



27. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 3. Mai 2006

**Nachruf auf den verstorbenen
Präsidenten des Zentralrats der Juden
in Deutschland, Paul Spiegel2771**

Mitteilungen der Präsidentin2771

**1 Vorschlag der Jury der Europäischen
Kommission, Essen und das Ruhrgebiet
zur Kulturhauptstadt 2010 zu benennen**

Unterrichtung
durch die Landesregierung.....2772

Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers.....2772
Claudia Nell-Paul (SPD).....2775
Manfred Kuhmichel (CDU)2776
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)2778
Ralf Witzel (FDP).....2780
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)2782
Dr. Fritz Behrens (SPD)2784
Oliver Keymis (GRÜNE).....2785
Angela Freimuth (FDP)2786

**2 Gesetz über die Feststellung des Haus-
haltsplans des Landes Nordrhein-Westfa-
len für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz
zur Änderung haushaltswirksamer Landes-
gesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/1700 – 14/1706, 14/1708,
14/1710 – 14/1715, 14/1720

In Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des
Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre
2005 bis 2009**

Drucksache 14/1101

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des
Landes Nordrhein-Westfalen an die
Gemeinden und Gemeindeverbände im
Haushaltsjahr 2006**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1717

zweite Lesung..... 2787

Einzelplan 12 - Einzelplan 20:

Finanzministerium
Allgemeine Finanzverwaltung..... 2788

Gisela Walsken (SPD)..... 2788
2805

Volkmar Klein (CDU) 2791
2808

Rüdiger Sagel (GRÜNE) 2795
Angela Freimuth (FDP)..... 2798
2807

Minister Dr. Helmut Linssen 2801
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 2806

Ergebnis..... 2834

Einzelplan 11:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales 2808

**Teilbereich „Arbeit und berufliche
Weiterbildung, Soziales“2808**

Rainer Schmeltzer (SPD)2808
Norbert Post (CDU)2811
Barbara Steffens (GRÜNE)2813
Dr. Stefan Romberg (FDP)2816
Minister Karl-Josef Laumann.....2818

Teilbereich „Gesundheit“2821

Rainer Bischoff (SPD)2821
2833
Rudolf Henke (CDU)2823
Barbara Steffens (GRÜNE)2825
Dr. Stefan Romberg (FDP)2826
Oskar Burkert (CDU)2829
Minister Karl-Josef Laumann.....2830

Ergebnis.....2833

**Einzelplan 03:
Innenministerium2835**

**Teilbereich „Innen und Verwal-
tungsstrukturereform“2835**

Dr. Karsten Rudolph (SPD)2835
Theo Kruse (CDU)2837
Monika Düker (GRÜNE)2839
Horst Engel (FDP)2841
Minister Dr. Ingo Wolf.....2843
Horst Becker (GRÜNE)2845

Teilbereich „Sport“2846

Hans-Theodor Peschkes (SPD)2846
Holger Müller (CDU)2847
Dr. Michael Vesper (GRÜNE)2848
Christof Rasche (FDP)2849
Minister Dr. Ingo Wolf.....2850

Ergebnis.....2851

Gemeindefinanzierungsgesetz2851

Hans-Willi Körfges (SPD)2851
Hendrik Wüst (CDU)2854
Horst Becker (GRÜNE)2855
2863
Horst Engel (FDP)2858
Minister Dr. Ingo Wolf.....2860
Martin Börschel (SPD)2860
Rainer Lux (CDU)2862

Ergebnis.....2864

Einzelplan 05:

Ministerium für Schule
und Weiterbildung..... 2864

Ute Schäfer (SPD) 2864
Bernhard Recker (CDU) 2866
Sigrid Beer (GRÜNE)..... 2869
2878

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 2871
Ministerin Barbara Sommer..... 2873
2880

Carina Gödecke (SPD) 2875
Klaus Kaiser (CDU) 2877
Ralf Witzel (FDP) 2878

Ergebnis..... 2880

Einzelplan 10:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz ... 2881

Annette Watermann-Krass (SPD) 2881
Marie-Luise Fasse (CDU) 2882
Johannes Remmel (GRÜNE) 2885
2895

Holger Ellerbrock (FDP) 2887
2896

Minister Eckhard Uhlenberg 2890
2896

Friedhelm Orgies (CDU) 2894

Ergebnis..... 2898

**3 Veräußerung eines Grundstücks des Son-
dervermögens Bau- und Liegenschaftsbe-
trieb NRW – Bebautes Grundstück in
Aachen**

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Absatz 2 LHO
Vorlage 14/425

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1664..... 2898

Ergebnis..... 2898

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 17:40 Uhr)

Minister Armin Laschet
(13:30 bis 15:15 Uhr)

Minister Karl-Josef Laumann
(ab 15:00 Uhr)

Minister Oliver Wittke
(bis 13:00 Uhr)

Minister Dr. Ingo Wolf
(ab 17:15 Uhr)

Monika Brunert-Jetter (CDU)

Hans-Dieter Clauser (CDU)

Karl Kress (CDU)
(ab 15:00 Uhr)

Birgit Fischer (SPD)

Ralf Jäger (SPD)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 27. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 1 haben wir **Gäste** im Haus. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herr Dr. Reiniger, und der Kulturdezernent der Stadt Essen, Herr Dr. Scheytt, sind heute hergekommen, um die Debatte, die wir gleich führen werden, zu verfolgen.

(Allgemeiner Beifall)

Zunächst wollen wir allerdings des verstorbenen **Paul Spiegel gedenken.**

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Nachricht vom Tode Paul Spiegels, der am Sonntag im Alter von 68 Jahren verstorben ist, erfüllt uns mit Schmerz und Trauer. Wir trauern mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern. Ihnen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Mit Paul Spiegel verliert unser Land eine große Persönlichkeit, die wie wenige andere dazu beigetragen hat, dass für Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens eine Zukunft in Deutschland überhaupt wieder vorstellbar wurde.

Als die Familie 1939 vor den Nazis nach Belgien flieht, ist Paul Spiegel keine zwei Jahre alt. Wie nahezu jede andere jüdische Familie wird auch die Familie Spiegel Opfer des Holocaust. Vater und Schwester kommen in ein Vernichtungslager, Schwester Roselchen stirbt in Auschwitz. Nach der Befreiung reist der Junge mit seiner Mutter aus dem belgischen Versteck zurück ins münsterländische Warendorf.

Hatte Leo Baeck, der große Berliner Rabbiner und Vater des deutschen Judentums, 1930 noch gehofft, dass „deutscher und jüdischer Geist durch ihre Vermählung zum Segen werden können“, hat er 1945 zutiefst resigniert gesagt: „Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“

Dass Leo Baeck hier irrte, ist ganz entscheidend. Menschen wie Paul Spiegel zu verdanken. Trotz des Leides, das ihm und seiner eigenen Familie zugefügt wurde, hat er sich am Aufbau des anderen, des demokratischen Deutschlands beteiligt und sich unermüdlich für Versöhnung eingesetzt. Dabei bestimmte der jüdische Glaube der Familie seine beruflichen und ehrenamtlichen Aktivitäten.

Bei der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ erlernte er den Beruf des Journalisten und arbeitete für deutsche und internationale Medien, bevor er seine Künstleragentur hier in Düsseldorf gründete.

Schon früh engagierte er sich für das jüdische Gemeindeleben in Deutschland. Aufbau und Stärkung dieses Lebens waren ihm Herzensangelegenheit. „Seiner“ jüdischen Gemeinde Düsseldorf war er bis zuletzt aufs Engste verbunden.

Mit zahlreichen Publikationen hat er dazu beigetragen, Nichtjuden das jüdische Leben näher zu bringen – zuletzt mit seinem einfühlsamen Buch „Was ist koscher?“.

1993 wurde Paul Spiegel Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland und nach dem Tode des unvergessenen Ignatz Bubis im Jahre 2000 zum Vorsitzenden gewählt. In diesem Amt hatte er zwei wichtige Aufgaben zu bewältigen: die Integration der russischen Zuwanderer in die inzwischen wieder über hundert jüdischen Gemeinden in Deutschland und die Wahrung der Interessen der Juden in unserem Land. Beides ist ihm in beeindruckender Weise gelungen – wenn auch in zunehmend kräftezehrender Arbeit.

Durch diese Integrationsarbeit hat er auch die Annäherung zwischen unserem Land und Israel entscheidend gefördert. Dass Deutschland und Israel seit nunmehr über vier Jahrzehnten wieder in Freundschaft und Vertrauen dieses besondere Verhältnis leben, ist auch dem Brückenbauer Paul Spiegel zu verdanken.

Der stets um Integration, Versöhnung und Ausgleich bemühte Paul Spiegel ist in seinem Amt des Präsidenten des Zentralrates zu einer moralischen Autorität geworden. Dabei setzte er sich nicht nur für die Menschen jüdischen Glaubens ein. Ebenso stritt er beherzt für Minderheiten, für Menschen anderen Glaubens, insbesondere Muslime, für Benachteiligte und Schwache.

„Paul Spiegel war“, wie er zutreffend beschrieben wurde, „der Inbegriff der Menschlichkeit.“

Paul Spiegel war aber auch ein ständiger Mahner vor Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er

forderte gerade von jungen Menschen mehr Zivilcourage und geißelte Antisemitismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit – auch in der Sprache.

Niemand litt wie er unter Anschlägen auf Synagogen, geschändeten Friedhöfen oder antijüdischen Hetzparolen. Dennoch war er es, der nicht müde wurde, für Toleranz und Freiheit zu werben.

Paul Spiegel – darauf dürfen wir stolz sein – war ein Freund des Landtags Nordrhein-Westfalen. Ich weiß nicht, wie viele Termine er hier im Hause wahrgenommen hat; sein Rat war uns immer willkommen.

Gerne erinnere ich mich an das Lob, das er gegenüber diesem Parlament ausgesprochen hat, als wir im Jahre 2003 den von allen Fraktionen getragenen Antrag mit dem Titel „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen“ beschlossen haben.

Paul Spiegel sagte damals an die Adresse des Landtags:

„Nordrhein-Westfalen hat ein Zeichen gesetzt. Ich appelliere an alle anderen Landtage, Ähnliches zu versuchen. Ich bin stolz, ein Bürger dieses Landes zu sein.“

Paul Spiegel war im Januar dieses Jahres noch zweimal hier im Landtag: Am 19. Januar war er zu Gast bei der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, die Herr Vizepräsident Moron leitet. Sein letzter Besuch war am Sonntag, dem 29. Januar. Hier stand er geduldig in der langen Reihe der Bürgerinnen und Bürger und trug sich in das Kondolenzbuch des Landtags ein, um von seinem Freund Johannes Rau Abschied zu nehmen.

Heute nimmt der Landtag Abschied von Paul Spiegel, dem liebenswerten Menschen und der großen Persönlichkeit. Seine unverwechselbare Stimme wird uns fehlen. Wir erinnern uns in Dankbarkeit an seine Leistungen für unser Land und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Schalom, Paul Spiegel.

(Die Anwesenden nehmen nach einer Gedenkminute ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, wir treten in die **Tagesordnung** ein und kommen zu:

1 Vorschlag der Jury der Europäischen Kommission, Essen und das Ruhrgebiet zur Kulturhauptstadt 2010 zu benennen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Mit Schreiben vom 25. April 2006 hat die Staatskanzlei gebeten, die Unterrichtung auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung der europäischen Jury, Essen für das Ruhrgebiet zur Kulturhauptstadt Europas vorzuschlagen – so meine ich –, hat große Bedeutung für die Menschen nicht nur in Essen und im Ruhrgebiet, sondern auch in ganz Nordrhein-Westfalen. Deswegen haben wir alle die Daumen gedrückt. Aus diesem Grund haben wir uns alle gefreut, als die Entscheidung bekannt gegeben wurde. Das war ein großer Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Landesregierung wird sich mit besonderem Engagement daran beteiligen, dass die Kulturhauptstadt 2010 ein großer Erfolg für ganz Nordrhein-Westfalen wird.

Lassen Sie mich jedoch zunächst den Bürgerinnen und Bürgern des Ruhrgebiets – da stellvertretend Herrn Oberbürgermeister Reiniger – zu diesem Wettbewerbsergebnis gratulieren und ihnen für dieses Engagement danken.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben gute Voraussetzungen dafür, dass die Kulturhauptstadt 2010 ein voller Erfolg wird.

Eine Studie der GfW aus dem letzten Jahr vergleicht Nordrhein-Westfalen mit den Großräumen Paris, London, New York und Tokio. Sie zeigt, dass die kulturelle Dichte und Vielfalt Nordrhein-Westfalens mit den Großräumen Paris oder London vergleichbar, oder sogar kulturell reicher als Tokio ist. Dass Nordrhein-Westfalen in dieser Liga mitspielt, das ist vor allem ein Verdienst der Städte und damit auch ein Verdienst der Städte im Ruhrgebiet.

Das Ruhrgebiet ist heute eine der dichtesten und vielseitigsten Kulturlandschaften Europas. Welche Leistung das ist, meine Damen und Herren, kann man ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt,

dass es im Ruhrgebiet bis zum Ende des 19. Jahrhunderts noch kein Kunstmuseum und kein Theater gab.

Im Ruhrgebiet haben keine Fürsten kulturelle Reichtümer hinterlassen. Es hat seinen kulturellen Reichtum nicht ererbt, sondern erarbeitet. Das Ergebnis ist beeindruckend: ob nun das Aalto Theater oder das Bochumer Schauspielhaus, die Essener Philharmonie oder das Folkwang-Museum; Veranstaltungen wie die Triennale, die Ruhrfestspiele, die Tage alter Musik oder das Klavierfestival Ruhr sowie die Oberhausener Kurzfilmtage und die Duisburger Akzente. Meine Damen und Herren, das ist nur eine sehr, sehr unvollständige Liste.

Essen hat damit geworben, dass das Ruhrgebiet nicht weniger als 200 Museen, 100 Kulturzentren, 100 Konzerthäuser, 120 Theater, 250 Festivals und Feste, 3.500 Industriedenkmäler und 19 Hochschulen zu bieten hat. Meine Damen und Herren, wo gibt es das schon?

Mit diesem kulturellen Reichtum hat das Ruhrgebiet der Jury zufolge die Chance, Symbol für die neue Rolle zu werden, die Kultur zukünftig in jeder europäischen Metropole spielen muss, und zu einem Symbol für andere Städteagglomerationen, die sich ähnlichen Herausforderungen stellen müssen.

Diese Chance des Ruhrgebiets, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Chance für ganz Nordrhein-Westfalen, und diese Chance sollten wir auch gemeinsam wahrnehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Motto „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ gilt nicht nur für das Ruhrgebiet. Es lässt sich auch auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen. Denn in einer Zeit, in der nicht nur im Ruhrgebiet, sondern überall – das meint dann ganz Nordrhein-Westfalen – der Anteil der Industrieproduktion am Bruttosozialprodukt schrumpft und der des tertiären Bereichs zunimmt, kommt es mehr denn je auf die Entwicklung von Phantasie, Kreativität und Innovationsfähigkeit an. Kultur kann zu diesem Entwicklungsprozess einen entscheidenden Beitrag leisten.

Ich schlage vor, dass das Land zusammen mit der Stadt Essen, dem RVR und dem Initiativkreis Ruhr eine Kulturhauptstadt GmbH gründet und das Projekt von Anfang an in Partnerschaft mit den Städten und der Wirtschaft angeht. Eine solche Partnerschaft hat sich bereits in der Bewerbungsphase bewährt und sollte nunmehr fortge-

setzt werden. Dabei kommen auf alle Beteiligten, meine Damen und Herren, große Aufgaben zu.

Oberstes Prinzip sollte die Nachhaltigkeit sein. Wir sollten 2010 kein Strohfeuer abbrennen, sondern bis 2010 Strukturen schaffen, die auch über das Kulturhauptstadtjahr hinaus fortwirken und sich möglicherweise auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen lassen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dabei brauchen wir uns nicht nur auf die Schwerpunkte zu konzentrieren, die wir auch insgesamt in der Kulturpolitik des Landes setzen.

Erstens. Wir sollten uns vor allem auf die vorhandene Substanz besinnen und diese mit vereinten Kräften in Ordnung bringen, wo sie noch nicht oder nicht mehr in Ordnung ist. Dazu gehören auch ungelöste Fragen wie die Zukunft der Zeche Zollverein, die Trägerschaft des Ruhrmuseums und generell die Route der Industriekultur. Ich sage dazu: Dabei werden alle Beteiligten gefordert sein, nicht nur das Land, aber auch dieses.

Zweitens. Wir müssen das Vorhandene besser verkaufen. Wie für das gesamte Land benötigen wir auch für die Kulturhauptstadt eine systematische Marketing- und Tourismusstrategie, die im Sinne von Nachhaltigkeit Teil der landesweiten Strategie sein sollte. So sieht das Begleitkonzept für Essen beispielsweise vor, das Weltkulturerbe Zeche Zollverein zum touristischen Mittelpunkt der Kulturhauptstadt zu machen. Die Gutachter rechnen immerhin allein für dieses Weltkulturerbe mit einer Besucherzahl von zwei bis drei Millionen Besuchern im Jahre 2010. Insgesamt lassen sich, wie uns die Jury bescheinigt hat, durchaus bis zu sieben Millionen Besucher aus dem In- und Ausland erreichen. Hier ist mit einem Kaufkraftgewinn im zweistelligen Millionenbereich zu rechnen, von dem nicht nur das Ruhrgebiet, sondern ganz Nordrhein-Westfalen profitieren wird.

Drittens. Die Basis für eine nachhaltige Kulturentwicklung unseres Landes ist die kulturelle Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Hier wird sich entscheiden, ob auch künftig Wandel durch Kultur stattfinden wird oder auch nicht. Vor allem aber wird sich hier auch entscheiden, ob uns kulturelle Integration gelingt. Wer wie im Ruhrgebiet eine Region hat, in der Kinder aus 140 Nationen leben, und in diese Möglichkeit, in diese Realität investiert, der investiert zugleich auch in kulturelle Integration. Was kognitives Wissen nur schwer zu erreichen vermag, kann ästhetische Erziehung sehr viel besser und schneller erzielen, die Überwindung kultureller Grenzen, ohne diese zu verwischen.

Daher schlage ich vor, mithilfe von Partnern in Wirtschaft und Gesellschaft – hier meine ich insbesondere auch Stiftungen – das ehrgeizige Ziel zu entwickeln, bis zum Jahre 2010 das Ruhrgebiet zu einer Modellregion zu machen, in der möglichst jeder Schüler und jede Schülerin im Laufe der Schulzeit die Chance erhält, auf einem Instrument zu spielen oder in einer anderen Kunstsparte nicht nur konsumtiv, sondern auch aktiv tätig zu werden,

(Beifall von der CDU)

um anschließend ganz im Sinne von Nachhaltigkeit die Erfahrungen mit diesem Modell auf das ganze Land zu übertragen.

Zwar lässt sich das uns allen bekannte vergleichbare Projekt aus Venezuela nicht 1:1 auf das Ruhrgebiet und NRW übertragen, doch sollten wir nicht glauben, dass wir ein solches Projekt kultur- und sozialpolitisch nicht genauso nötig hätten wie etwa Venezuela. Was sich mit einem solchen Vorhaben an kultureller und integrativer Dynamik auch bei uns entwickeln lässt, hat zuletzt Simon Rattle mit seinem Projekt „Rhythm is it!“ vor Augen geführt. Ich denke, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist der Anstrengung von uns allen wert, ein solches Ziel am Beispiel des Ruhrgebiets ins Auge zu fassen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das wichtigste Ziel unserer Aktivitäten muss sein, dass wir einen Wandel einleiten oder fortführen, indem wir im Ruhrgebiet die allgemeine Stimmung positiv verändern. Ich bin sicher: Der Stolz und das Selbstwertgefühl in der Region werden zunehmen. Das spornt alle zu Innovationen an. Das wird die gemeinsame regionale Identität festigen, die das Ruhrgebiet mehr denn je nötig hat.

Die Landesregierung wird wie schon in den letzten anderthalb Jahren die Kulturhauptstadt nach Kräften unterstützen. Das Land hat bereits die Bewerbung mit einer halben Million Euro unterstützt.

Meine Damen und Herren, ich will deshalb noch einige Worte zur Finanzierung sagen. Gegenüber der EU-Jury hat Essen für das Ruhrgebiet ein Basisbudget von 48 Millionen € angegeben. Bisher sieht die Planung vor, dass vom Bund 9 Millionen €, von der Wirtschaft des Ruhrgebiets 8,5 Millionen €, von der Stadt Essen 6 Millionen € und vom RVR 12 Millionen € aufgewandt werden. Das Land wird sich ebenfalls mit 12 Millionen € beteiligen. Wir werden mit der Bundesregierung darüber sprechen, in welchem Umfang sie sich

wie seinerzeit im Fall Weimar noch weiter an der Finanzierung beteiligen wird.

Inwieweit sich dieses Budget im Sinne eines Matching Fund vergrößern lässt, wird die gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten zu beweisen haben. Für entsprechende Gespräche stehen wir zur Verfügung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum ist die Kulturförderung durch den Staat so wichtig? – Der Staat ist kein direkter Akteur des kulturellen Lebens. Aber er hat die Verpflichtung, die kulturellen Wurzeln und die kulturellen Strukturen zu erhalten, die unsere Identität ausmachen. Deshalb ist es ein markantes und wichtiges Signal, dass wir trotz aller Sparzwänge die Kulturfördermittel im Laufe dieser Legislaturperiode verdoppeln werden, wie es der Haushalt auch zeigt.

Der Staat muss den angemessenen Rahmen setzen für eine erweiterte und vertiefende künstlerische und kulturelle Bildung an den Schulen, Hochschulen und Akademien. Deshalb stärkt die Landesregierung die künstlerisch-kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen. So hat die Landesregierung im März 2006 das neue, mit 1 Million € ausgestattete Landesprogramm „Kultur und Schule“ gestartet. In allen Schulformen werden damit künstlerische Projekte ermöglicht, die den Kindern und Jugendlichen schon früh vermitteln, wie wichtig Kunst und Kultur für eine umfassende Bildung des Menschen sind.

(Beifall von der CDU)

Aber der Staat muss auch dafür Sorge tragen, dass Kulturdenkmäler, Archive, Bibliotheken, Museen und alle Orte des geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Erinnerns gepflegt werden. Deshalb müssen wir die Substanz unserer kulturellen Schätze erhalten. Das ist der Grund, weshalb das Land die Kommunen mit 70 % der Kosten unterstützt, um wertvolle Bestände in den Archiven vor dem Papierzerfall zu bewahren.

Mit der Erweiterung der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen setzen wir ein weiteres bedeutendes Zeichen. Der Eröffnungstermin für den Erweiterungsbau von K20 wird voraussichtlich der 1. September 2008 sein, sodass sich die internationale Sammlung dann in neuer Form im Jahre 2010 präsentieren kann.

Meine Damen und Herren, neben dem Staat müssen sich aber auch die Bürgerinnen und Bürger mehr für Kultur engagieren. Wie erfolgreich ein solches Konzept ist, hat die Kulturhauptstadtbewerbung beispielhaft gezeigt; denn ihr Erfolg ist vor allem ein Erfolg der bürgerschaftlichen Eigen-

initiative und der Unterstützung durch führende Unternehmen, denen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt sei.

Der Geist der Kooperation, wie ihn Kultur zu bewirken vermag, ist zugleich, so meine ich, der Schlüssel für einen allgemeinen Modernisierungs- und Innovationsschub im Ruhrgebiet. Kultur war immer in der Geschichte die Vorreiterin neuer politischer und wirtschaftlicher Prozesse. Bereits Anfang Februar habe ich anlässlich des Politischen Forums Ruhr die neue „Initiative Zukunft Ruhr“ vorgestellt, mit der die Landesregierung gemeinsam mit allen Akteuren im Ruhrgebiet endlich den längst überfälligen Durchbruch bei der Modernisierung der Strukturen der Region schaffen will.

Die Leitidee dieser Initiative ist ganz einfach: Das Ruhrgebiet braucht effiziente Strukturen für die interkommunale Zusammenarbeit. Deshalb werden wir das RVR-Gesetz novellieren. Deshalb unterstützen wir die Absicht des RVR, eine gemeinsame Wirtschaftsförderungseinrichtung der Kommunen zu schaffen. Damit stellen wir die Wirtschafts- und Innovationsförderung für das Ruhrgebiet auf neue Grundlagen. Und deshalb entwickeln wir gemeinsam mit der NRW-Bank für Existenzgründer neue Finanzierungshilfen. Wir konzentrieren uns. In der Vergangenheit wurde sehr häufig nach dem Gießkannenprinzip alles und jedes gefördert.

(Widerspruch von der SPD)

Damit soll jetzt Schluss sein.

Deshalb liegt ein Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung. Aus diesem Grund haben wir im Haushalt 2006 37 Millionen € für den Aufbau eines neuen Max-Planck-Zentrums in Dortmund reserviert. Deswegen unterstützen wir auch die Degussa AG in Marl bei der Einrichtung eines neuen Science-to-Business-Center. Deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich, dass die Thyssen-Krupp AG gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Eisenforschung in Düsseldorf die Forschungskompetenzen in der Werkstoffforschung bündeln will.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen haben wir den Innovationspreis Ruhr 2006 verliehen. Der Hauptpreis ging an einen bundesweit einmaligen Herzinfarktverbund in Essen. Auch dieses Beispiel zeigt: Das Ruhrgebiet kann etwas! Es kann noch mehr, wenn es kooperiert. Das Projekt Kulturhauptstadt 2010 wird dabei im Mittelpunkt stehen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Frau Nell-Paul.

Claudia Nell-Paul (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden.“ Diese Vision hatte Willy Brandt – und zwar schon in den 60er-Jahren. Heute sind wir dieser Vision ein sehr großes Stück näher gekommen.

Dafür haben die Menschen gesorgt, deren Heimat das Ruhrgebiet ist. Gemeinsam mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen haben sie dafür gekämpft. Und sie haben gewonnen. „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ – unter diesem Motto sind Essen und das Ruhrgebiet mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 angetreten.

Das Motto „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ eint 5,3 Millionen Bewohner und Bewohnerinnen aus 140 Nationen in 53 Städten. Alleine diese Zahlen zeigen schon, dass das Ruhrgebiet ein Schmelztiegel der Nationalitäten ist. Was liegt da näher, als auch deren Kulturen mit all ihren Facetten in ein neues Bewusstsein zu rücken?

Wandel durch Kultur, Kultur durch Wandel ist die Realität, die sich aus der Geschichte von Kohle und Montan ergibt. Die Industrialisierung der Region ist nicht nur eine wirtschaftliche Leistung, sondern auch eine kulturelle und soziale Leistung der hier lebenden Menschen. Die Wandlung ihrer Region in eine lebendige Metropole ist und war das Ziel dieser Region. Wir wollen das durch diese Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas weiterführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Ruhrgebiet ist zwar eine Region, aber noch keine Metropole. Die Bewerbung zur Kulturhauptstadt soll diesen Wandlungsprozess jedoch unterstützen, obwohl noch die eine oder andere Kommune all zu eng in ihrem geographischen Terrain denkt. Dieses Kirchturnsdenken – wie wir es so oft beschreiben – soll durchbrochen werden. Ja, durch den Weg der Bewerbung ist es schon durchbrochen worden. Denn die Kommunen haben in einer unglaublich aktiven Art und Weise gemeinsam diese Bewerbung vorangebracht.

Dabei spielen natürlich die Kathedralen des Ruhrgebiets, die Zeugnisse der Industriekultur wie zum Beispiel die Zeche Zollverein in Essen, der Landschaftspark in Duisburg, die Jahrhunderthalle in Bochum und viele Stätten mehr eine wichtige Rolle. Die Umwidmung dieser Industriehallen zu Spielstätten für Theater, Oper oder Tanz haben

alle mit Bravour bestanden. Hier ist im wahrsten Sinne wirklich ein kleines Wunder passiert.

(Beifall von der SPD und Manfred Kuhmichel [CDU])

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er auf die Vielfalt und den Reichtum dieser Kulturlandschaft hingewiesen hat und dass wir, so finde ich, mit großem Stolz auf das Ruhrgebiet schauen können.

Erlauben Sie mir einen kurzen Nebensatz: Wer so manche Debatten hier im Plenum während der letzten Wochen und Monate verfolgt hat, wenn es ums Ruhrgebiet geht, der sollte sich jetzt daran erinnern. Das Ruhrgebiet ist stark, und das Ruhrgebiet wird weiter stark werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Grundlagen hierfür sind sehr früh gelegt worden, und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern auch im kulturellen Wandel. Ich erinnere an die IBA, die heute noch einzigartig in der Bundesrepublik und darüber hinaus da steht. Ich erinnere darüber hinaus an das von den alten Landesregierungen verfolgte Konzept der regionalen Kulturpolitik, die vieles auf den Weg gebracht hat, was wir hier heute bestaunen können.

Die Industriehallen sind eben auch der Ort, der daran erinnert, dass hier einst Tausende Menschen Arbeit fanden. Das Ruhrgebiet hat verstanden, dass es sich neue Wege erschließen muss, und zwar durch und mit der Kultur. Motor für die Umgestaltung und Umstrukturierung des Reviers ist die Kulturwirtschaft. Sie schafft neue Arbeitsplätze, sie löst alte Infrastrukturprobleme. Wie gesagt: Die Grundlagen haben wir schon früh gelegt.

Die Jury hat mit ihrer Wahl das Engagement der Menschen im Ruhrgebiet belohnt, die diese Bewerbung mit viel Herzblut vorangetrieben haben. Wir möchten ihnen an dieser Stelle einen ganz besonderen Dank übermitteln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber auch denjenigen, die die Bewerbung Essens zur Kulturhauptstadt Europas zu ihrer ganz persönlichen Herausforderung gemacht haben, möchte ich im Namen der SPD-Fraktion herzlich danken. An erster Stelle möchte ich auch namentlich einmal Dr. Oliver Scheytt, den Kulturdezernenten der Stadt Essen, und den Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herrn Dr. Reiniger, nennen.

(Beifall von SPD und CDU)

Beide haben die Bewerbung zu ihrer ganz persönlichen Sache gemacht. Ich möchte auch erwähnen, dass die Kolleginnen und Kollegen Kulturdezernenten, sieben an der Zahl, bereits 2001 die Bewerbung initiiert, nicht lockergelassen und auch in ihren eigenen Kommunen manchmal gegen Widerstände die Bewerbung auf den Weg gebracht haben. Unser Dank gilt aber auch den vielen Sponsoren für ihre großzügige und vorbildliche Unterstützung sowie ihr Engagement für dieses wunderbare Vorhaben. Ich glaube, in positivem Sinne darf man heute die RAG ruhig einmal nennen.

(Beifall von der SPD)

Wir können nur hoffen, dass die derzeitige Landesregierung den Enthusiasmus der Menschen an Rhein und Ruhr gebührend würdigt und alles daran setzen wird, dass das Jahr 2010 für das Ruhrgebiet ein voller Erfolg wird. Dies wird sich für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen positiv niederschlagen.

Denn der Titel beinhaltet als Begriffe auch „Kulturhauptstadt“ – Essen und das Ruhrgebiet – sowie „Europa“. Wir Nordrhein-Westfalen sind mit-tendrin in Europa. Wir wollen und müssen zeigen, dass wir bei allen Bürgern Europas Interesse für dieses anspruchsvolle Konzept mit seinem innovativen Charakter wecken und erfüllen können. So könnte das Ruhrgebiet – wie es die Jury auch schreibt – zu einem Symbol des Wandels für viele andere Ballungszentren in Europa werden.

Meine Damen und Herren, wir als Land sollten für Essen und das Ruhrgebiet Hilfe und Unterstützung anbieten. Wir sollten – das will ich ein bisschen einschränkend sagen – uns davor auch hüten, dem Ruhrgebiet das Zepter aus der Hand zu nehmen.

(Beifall von Thomas Eiskirch [SPD])

Die Ehre der Präsentation und des Titels „Kulturhauptstadt Europas“ gebührt Essen und dem Ruhrgebiet – bei aller Hilfe, die wir anbieten können.

Meine Damen und Herren, unser Fazit: Der Himmel über der Ruhr ist wieder blau. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Nell-Paul. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war ja einmal eine

gute Nachricht aus Brüssel in Sachen Europa; das ist nicht immer der Fall. Es ist nicht immer be-
rauschend und prickelnd, was von dort kommt.
Diesmal gab es eine große Ausnahme. Es war am
Dienstag, den 11. April, Schlag 11:45 Uhr, als die
erlösende Botschaft kam – Sie wissen, welche.
Dazu hat sich der Ministerpräsident eben erklärt.

Ich war dabei, als das Ganze live über eine Groß-
bildleinwand übertragen wurde. Ich stand neben
dem Oberbürgermeister und habe gemerkt, wie
sich die Anspannung löste und wie sich die vielen
Hundert Menschen, die im Foyer des Rathauses
in Essen waren, freuten und auch etwas laut wur-
den. Es war nicht so wie bei einem UEFA-Cup-
Sieg, aber man konnte deutlich merken: Wir sind
das Ruhrgebiet!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Entscheidung
aus Brüssel ist in dreifacher Hinsicht gut und rich-
tig:

Zunächst einmal ist sie gut für Essen. Nehmen
Sie mir das nicht übel. Essen ist seit 57 Jahren
meine Heimatstadt. Ich habe mich über die vielen
Jahre hinweg daran gewöhnt, mit Klischees zu
leben, gelegentlich Mitleid zu empfangen, wenn
man sagt, dass man aus Essen kommt. Aber die-
se Zeiten, das wissen wir alle, sind längst vorbei.
Die Trümmer sind lange weggeräumt. Es ist gut,
dass Essen diesen Zuschlag für das Ruhrgebiet
bekommen hat.

Deswegen sage ich zweitens: Diese Entschei-
dung ist für das Ruhrgebiet natürlich gut. Essen
ist nur als Bannerträger ins Rennen gegangen.
Diese Entscheidung ist für eine Stadt wie zum
Beispiel Castrop-Rauxel gut, meine Geburtsstadt.
Manche sagen, das sei die lateinische Überset-
zung von Wanne-Eickel. Es ist so: Sie ist gut für
Castrop-Rauxel.

Sie ist gut für Bottrop; dort ist meine Frau gebo-
ren.

(Zuruf von der SPD: Das hatte aber keinen
Einfluss auf die Entscheidung!)

Diese Entscheidung ist gut für alle Kommunen zwi-
schen Duisburg und Dortmund, zwischen Reck-
linghausen und Hattingen. Sie ist gut für 5,3 Millio-
nen Menschen aus 140 Nationen, wie wir eben
schon hören konnten.

(Beifall von der CDU)

Diese Entscheidung ist last but not least sehr gut
für das ganze Land Nordrhein-Westfalen. Wer
daran Zweifel hat, meine Damen und Herren – ge-

legentlich hört man das –, der hat, wie man im
Ruhrgebiet sagt, „den Schuss noch nicht gehört“.

Wir werden doch zuhauf internationale Gäste ins
Ruhrgebiet bekommen. Wir leben in einer mobilen
Gesellschaft, in der man in einer guten ICE-
Stunde alle Kommunen im Land erreichen kann –
große Kommunen wie Münster, Köln, Düsseldorf
und Aachen, um nur diese vier zu nennen. Diese
auch kulturellen Regionen sind für die Gäste,
die das Ruhrgebiet besuchen, schnellstens zu er-
reichen. Auch dort werden neue Kontakte ge-
knüpft werden und ein neues kulturelles Leben
wird beginnen.

Meine Damen und Herren, natürlich wird die Ent-
scheidung diejenigen, die sich auch beworben
hatten und nicht zum Zuge gekommen sind, et-
was betrüben. Aber nehmen wir es doch einfach
sportlich: Nordrhein-Westfalen hat den Zuschlag
bekommen; die Bewerber aus Görlitz mögen es
mir nachsehen.

Es wird viel darüber gesprochen, dass das Ruhr-
gebiet eine hohe Integrationskraft hat. Das ist
wahr. Es wird von Integrationsfaktoren gespro-
chen. Dabei werden Kultur im Allgemeinen, Musik
– das mit den Instrumenten ist ein sehr guter Vor-
schlag, Herr Ministerpräsident –, Theater und
Kunst herangezogen; all das ist richtig. Aber es
gibt einen Integrationsfaktor im Ruhrgebiet, der
schon sehr lange besteht: Das ist der Sport und
besonders der Fußball – das in Zeiten der Fuß-
ball-WM.

Es kommt nicht von ungefähr, dass der Chef der
Brüsseler Jury im Rahmen der Begründung für die
Empfehlung, Essen für das Ruhrgebiet vorzuschla-
gen, eine Äußerung des Essener Oberbürgermeis-
ters ansprach, der sagte, dass er früher, als er als
kleiner Steppke, mit sechst, sieben, acht Jahren –
genauso wie ich; wir sind fast gleich alt –, Fußball
spielte, total zugesaut war, dass er schwarz war
wie ein Bergmann. So war das tatsächlich.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Der Staub im
wörtlichen Sinne ist weg. Aber diese Bewerbung,
die vier Jahre lang operativ vorbereitet wird und
die im Jahre 2010 mit einem Höhepunkt gekrönt
wird, bietet die Möglichkeit, auch im übertragenen
Sinne den letzten Staub zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, deshalb danke ich
stellvertretend für alle, die mitgemacht haben, für
die Menschen aus der Wirtschaft, für die Kultur-
schaffenden, für viele Initiativen, für viele Sponso-
ren, dem Oberbürgermeister, Wolfgang Reiniger,
und dem Kulturdezernenten, Dr. Oliver Scheytt,
auch noch einmal im Namen der CDU-Fraktion für

die wahrhaft glänzende Präsentation der Bewerbung Essens für das Ruhrgebiet.

(Beifall von der CDU)

Das waren überzeugende Auftritte, die dazu geführt haben, dass sich die Brüsseler Jury so entschieden hat. Von nichts kommt nichts. Das war wirklich professionell.

Ich darf mich auch bei dem Ministerpräsidenten für die Unterrichtung bedanken. Das Land wird weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Natürlich wissen wir, dass die Bewerbung von der Vorgängerregierung initiiert worden ist. Aber diese Landesregierung ist in der Verpflichtung, weiter am Ball zu bleiben und dem Motto zu folgen, dass das, was für das Ruhrgebiet gut ist, auch für das Land gut ist. Ich freue mich über den Konsens, der in diesem Hohen Haus über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg darüber besteht, dass die Bewerbung von allen mitgetragen werden soll.

Meine Damen und Herren, auch von mir eine kleine Bemerkung in Richtung Finanzen: Der Ministerpräsident hat eben deutlich gemacht, in welcher Größenordnung sich das Ganze bisher darstellt. Ich kann verstehen, dass es vor dem Hintergrund eines desaströsen Haushalts natürlich Sorgen gibt, dass das Ruhrgebiet mehr bekommen könnte, als gegenüber anderen Regionen vertretbar oder verträglich ist. Aber für Alträume besteht keine Veranlassung: Der Rahmen ist gesetzt.

Denken Sie immer daran: Im Ruhrgebiet ist über die vielen Jahrzehnte so viel Kohle gefördert worden, dass es gelingen wird, die Kohle, die wir noch brauchen, um die Bewerbung zu einem guten Abschluss zu bringen, auch noch zu fördern.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wie die Landtagspräsidentin lade auch ich Sie sehr herzlich ein – wir haben die Einladung jetzt alle bekommen –: Am 17.05., übernächste Woche Mittwoch, findet der Regionalabend Ruhrgebiet statt. Das trifft sich hervorragend. Wie die Landtagspräsidentin bitte auch ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Nehmen Sie diese Veranstaltung wahr! Freuen Sie sich mit den Menschen aus dem Ruhrgebiet über diese erfolgreiche Bewerbung.

Ob Sie schwarz, gelb, grün oder rot sind: Lassen Sie sich von der Freude anstecken! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ein herzliches Glückauf!

(Beifall von CDU, FDP und Sylvia Löhrmann [Grüne])

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kuhmichel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch mir ist das eine oder andere aus der Kindheit eingefallen. Wenn meine Mutter die Wäsche vom Trocknen wieder reinholte, dann war sie manchmal dreckiger als vorher. Das ist eine Erinnerung an das Essen, in dem ich geboren wurde und aufgewachsen bin – Essen-Bergeborbeck, als die Zinkhütte noch lebte, das Essen, von dem mein Großvater mir so viel erzählt hat: So sah es hier nach dem Krieg aus, jetzt steht hier in Holsterhausen das größte Hochhaus weit und breit, erklärte er mir Ende der 60er-Jahre stolz. Ich war ein Teenie und beeindruckt von dem Hochhaus, das heute natürlich nur noch ein Zwerg ist.

Doch damals war manches, was heute möglich ist, schlicht undenkbar und unvorstellbar. Wenn mir damals jemand prophezeit hätte, Essen werde einmal Kulturhauptstadt, dann hätte ich gesagt: Du spinnst! Noch dazu zusammen mit der ganzen Region drum herum: Undenkbar, unvorstellbar! – Jetzt wird es so kommen. Darüber freue ich mich riesig.

Wir Grünen gratulieren neben Essen und dem Ruhrgebiet auch ganz Nordrhein-Westfalen und auch Europa.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Essen und dem Ruhrgebiet zu dieser erfolgreichen Bewerbung und dem spannenden Projekt. Nordrhein-Westfalen, weil die Kulturhauptstadt gewaltige Impulse für unser ganzes Land bringen wird, die weit über das Jahr 2010 hinausreichen werden. Und Europa, weil Essen mit dem Ruhrgebiet einen neuen, modernen Typ von Kulturhauptstadt verkörpert und Analysen und Lösungen für die Probleme urbaner Räume im Europa des 21. Jahrhunderts bietet. Europa hat sich mit dieser Bewerbung selbst einen Gefallen getan.

Doch das ist nicht vom Himmel gefallen, meine Damen und Herren, das hat sehr viel mit kommunaler und regionaler Zusammenarbeit und mit der guten Kommunikation zu tun. Daher auch mein ausdrücklicher Dank und ein großes Kompliment an die Akteure und Unterstützer und Sponsoren dieser Bewerbung vor Ort,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

stellvertretend an Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Reiniger, und an Sie, Dr. Oliver Scheytt. Das war erstklassig: Weiter so!

Das hat aber auch viel – ich bedauere, dass Sie nicht die Größe gehabt haben, das zu sagen – mit der erfolgreichen Arbeit roter und grüner Landespolitik zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die IBA hat seinerzeit dafür gesorgt, die Stätten der Industrie überhaupt zu erhalten. Die Triennale füllte und füllt diese industriellen Stätten heute mit neuem Leben. Stellvertretend seien hier die Zeche Zollverein und die Jahrhunderthalle in Bochum genannt. Und das – dies an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Hauptausschuss gerichtet – sind gut investierte Ziel-2-Mittel in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unser damaliger Kultur- und Städtebauminister, Michael Vesper, hat sich konsequent für die Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt eingesetzt. Er ist auch einer der Väter des Erfolgs.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen möchte ich ihn gerne mit einem Zitat selbst zu Wort kommen lassen:

„Die Begeisterungsfähigkeit und die Neugier des Publikums in der Region stecken an. Von diesem enthusiastischen Interesse der Menschen für Kunst und Kultur wird auch unsere Bewerbung getragen. Mit dem Leitmotiv „Wandel durch Kultur“ steht Essen für einen neuen, zukunftsweisenden Typ von Kulturhauptstadt. Mit unserer Kunst der Verwandlung werden wir Europa verführen.“

Das hat Michael Vesper bei der Übergabe der Bewerbung am 2. Juli 2004 in Berlin gesagt, und er hat Recht behalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Essen und die Region haben Europa verführt, und wir werden Europa weiter verführen. Nicht zuletzt die Art und Weise, wie sich Essen durchsetzte, setzt Maßstäbe für die Zukunft. Nicht Klüngelrunden haben die Auswahl in NRW getroffen, sondern eine hochkarätige Jury – ein kluger Schachzug von Michael Vesper.

So hatte Essen eine faire echte Chance, sich auch gegen die vermeintlich kulturell höherwertige Konkurrenz aus Köln und Münster durchzusetzen. Diese Chance hat sich die Region nicht nehmen lassen. Das Konzept von Essen und seiner Region war so überzeugend, dass letztlich ganz NRW hinter der Bewerbung stand. Deshalb kann auch ganz Nordrhein-Westfalen stolz auf die Kulturhauptstadt sein.

Die bundesdeutsche Jury, die Jury der Kultusministerkonferenz, ist schließlich zu folgendem Urteil gekommen. Ich zitiere:

„Die innere und äußere Dimension der Bewerbung ist mit der aller anderen Projekte unvergleichbar. Ganz besonders ist die Beteiligung der anderen ebenso betroffenen Städte im Ruhrgebiet. Hier geht es um Sein oder Nichtsein eines Kerngebietes der industriellen Vergangenheit Deutschlands und Europas. Grundlage wie Ziel dieser Entwicklung ist eine kulturelle Neudefinition, die über die Bewahrung und Neubespiegelung bedeutender Industriedenkmäler und deren touristische Erschließung hinausgeht.

Notwendig ist in diesem Fall die Bildung eines veränderten kollektiven Bewusstseins. Verödete Anlagen sollen zu Produktionsstätten eines neuen urbanen Selbstverständnisses werden, das die Region als Beispiel gelungener Modernisierung in die Zukunft tragen kann.“

Das ist richtig. Deshalb ist die Kulturhauptstadt 2010 keine Medaille, die man sich anhängt, sondern eine große Herausforderung. Deshalb darf der Prozess für die Kulturhauptstadt nicht schöne Schminke für ein Jahr sein, sondern muss Strukturwandel neu definieren und weiterentwickeln.

Und bei dem Frühstück, das wir heute Morgen mit dem Oberbürgermeister und dem Kulturdezernenten hatten, ist genau das noch einmal betont worden. Darüber bin ich sehr froh. Das zeigt, dass die Recht haben, die schon immer sagen: Kultur ist nicht das Sahnehäubchen, das obendrauf kommt, sondern die Hefe im Teig. So ein Verwandlungsprozess geht im Grunde nur mit Kultur.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht um die Verwandlung einer städtischen Region von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft. Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar und unterstreiche nachdrücklich, dass Sie als Maßstab des Erfolges das Prinzip der Nachhaltigkeit definiert haben, weil es eben keine Eintagsfliegen sein können und sein dürfen. Natürlich geht es darum, die Dinge zu vermitteln. Vom Verkauf möchte ich da nicht so gerne sprechen, aber es geht um Substanzveränderung. Es geht wirklich um Substanzveränderung.

Bei diesem Prozess gilt es meiner Ansicht nach, folgende Herausforderungen zu meistern:

Erstens. Die Kulturhauptstadt ist die große Chance, den Prozess zu vollziehen, dass aus der Addition von konkurrierenden Nachbarstädten eine Metropol-

region wird, die Ruhrstadt. Frau Nell-Paul hat das zu Recht gesagt.

Zweitens. Es geht – so paradox das zunächst klingt – um die Entwicklung von identitätsstiftender Urbanität. Das möchte ich genauer erklären:

Das Ruhrgebiet zeichnet sich durch viele Widersprüche aus. Einer der Widersprüche ist: Kaum eine Region Europas ist aufgrund mehrerer Einwanderungsschübe kulturell so vielfältig, so bunt, so multikulturell wie das Ruhrgebiet, und das ist auch gut so; und doch wirkt kaum eine Region zugleich kulturell nach wie vor einförmig aufgrund der früheren wirtschaftlichen Monostruktur.

Was dem Ruhrgebiet tatsächlich lange fehlte, war Urbanität; doch in den vergangenen Jahrzehnten wurde aus dem Rhythmus der riesigen Maschinen wieder der Puls menschlicher Lebendigkeit.

Die Ruhrregion ist eben nicht mehr eine – Zitat – Brennstoffdemokratie, wie es Georg Kreisler in den 50er-Jahren in seiner Satire auf Gelsenkirchen so wunderbar auf den Punkt gebracht hat. Nur eine kleine Kostprobe:

„Das gibt es nur bei uns in Gelsenkirchen, herrliche Stadt der urdeutschen Kohlenbergwerkindustrie. Das gibt es nur bei uns in Gelsenkirchen, in unserer einzigartigen Brennstoffdemokratie.“

Hören Sie es sich an, ich habe es dabei. – Das ist vorbei. Nicht nur der Himmel ist wieder blau, das Leben spielt sich auch wieder über Tage ab.

Diesen Prozess fortzusetzen und voranzutreiben, ist der Anspruch, den die Bewerbung zur Kulturhauptstadt sich selbst gegeben hat. Deshalb, da bin ich sicher, wird die Kulturhauptstadt nicht vor allem die Kunst der Welt nach Essen und in die Region holen – das auch –, aber sie muss und sie wird vor allem die eigenen Stärken und Kräfte stärken, die Kulturen im Ruhrgebiet selbst und dem ganzen Europa präsentieren. Die Kulturhauptstadt wird dann erfolgreich sein, wenn sie die ganze Gesellschaft berührt, ergreift und sie zu einer neuen Einheit in kultureller Vielfalt zusammenführt.

Damit bin ich auch schon bei meinem letzten Punkt: Es ist auch die große Chance, all das, was diese Region, die Schmelztiegel verschiedener Kulturen, Ethnien, Lebenswelten und Lebensentwürfe ist – ich freue mich auch, dass Essen die wunderschöne Synagoge hat; das möchte ich mit Bezug auf den Beginn unserer heutigen Sitzung auch sagen –, bietet, zu integrieren und damit die Identität aller Menschen, die dort leben, die dort ihr Zuhause haben, zu stärken und so die Region

nach vorne zu bringen. Es ist die Kunst der Verwandlung und Vermehrung der riesigen, zum Teil brach liegenden Potenziale nicht nur der Flächen, sondern auch und gerade der Menschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf diesem Weg wünschen wir Grüne, aber ich denke, auch wir alle, dem Ruhrgebiet und damit ganz NRW alles Gute und leisten gerne weiterhin unseren Beitrag, dass die Kulturhauptstadt zu dem Erfolg wird, den wir uns alle wünschen. Damit sage ich heute zum ersten Mal im neuen Sinne: Essen, Glück auf für eine neue Zukunft! – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die FDP spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit der Nominierung der Stadt Essen als Kulturhauptstadt Europas stellvertretend für das gesamte Revier ist die seit vielen Jahren und Jahrzehnten immer mal wieder krisengeschüttelte Ruhrregion wieder eine erste Adresse auf dem bundesweiten und internationalen Parkett. Die Kulturhauptstadt wird zunehmend zum Symbol des Strukturwandels, vor allem aber auch für den Willen der Menschen, die in dieser Region leben, selbst zur Modernisierung und Erneuerung beizutragen. Das ist ein wichtiges Signal für eine gute Zukunft im Ruhrgebiet.

Ich persönlich bin mir sicher: Noch vor zehn Jahren wäre das anerkennende Votum der internationalen Jury in dieser Weise nicht denkbar gewesen. Die EU hat damit die jahrelangen Kraftanstrengungen der Menschen im Revier honoriert, und das zu Recht. Das Ruhrgebiet wird immer klarer Europas Metropolregion Nummer eins, und das wird auch endlich in Europa zunehmend so wahrgenommen.

Wenn Sie früher außerhalb Europas beispielsweise mit Amerikanern darüber diskutiert haben, wie Europa wahrgenommen wird, ihnen dabei eine Landkarte Europas, die Agglomerationsräume dokumentiert, gezeigt und sie gefragt haben, wo die Metropole, das Herz Europas ist, dann guckten alle auf den mit Abstand größten Ballungsraum, das Ruhrgebiet, der nicht nur im Herzen Europas liegt und zu allen Teilen seine Bezüge hat, sondern der auch wie kein anderer Raum eine immense Verdichtung und gewachsene Vielfalt über

Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte zu bieten hat.

Die Nominierung der Kulturhauptstadt ist deshalb ein Anlass zur Freude für alle – in Essen, im Ruhrgebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt. Wir freuen uns über eine Auszeichnung, die mit Sicherheit in die weitere Ruhrgebietsgeschichte eingehen wird, und das auch vom Charakter her.

Ruhrkultur ist eben nicht Weimarer Klassik, und das ist auch gut so. Kultur hat Ecken und Kanten. Auch Mona Lisa ist nicht nur im klassischen Definitionssinne schön. Essen und die Ruhrregion werden daher mit ihrem eigenen und auch markanten Profil immer mehr zur Mona Lisa Europas werden.

Der Charme des Ruhrgebiets macht sich nicht an Kirchtürmen fest, sondern an der regionalen Identität einer traditionellen Industriekulturlandschaft im Umbruch.

Bemerkenswert ist auch – das haben wir nicht nur beim Vorauswahlverfahren innerhalb unseres Landes Nordrhein-Westfalen gesehen, sondern haben dieses Phänomen in dem gesamten jahrelangen, professionell von allen Entscheidern moderierten Prozess zu Recht immer wieder als wesentlichen Erfolgsbaustein in dem Bewerbungsverfahren so hervorgehoben –, die Geschlossenheit einer Region insgesamt, wo es kein Kirchturmdenken gab, wo sich andere Städte im Umland nach den ruhrgebietsinternen Vorabstimmungen, wie man die Bewerbung präsentiert und an welcher Stadt man sie festmacht, eben nicht, nachdem die Entscheidung zugunsten der Stadt Essen ausgegangen ist, aus irgendeiner falsch empfundenen Konkurrenz beleidigt zurückgezogen haben.

Nein, eine gesamte Region hat geschlossen darum gekämpft, diesen Titel zu erlangen. Das ist vorbildlich auch bei all dem, was man sich visionär für eine Ruhrstadt zukünftig vorstellen kann, sprich: die regionale Identität endlich dort zu stärken, wo viel zu lange über Jahre und Jahrzehnte hinweg viel zu kleinteilig, parzelliert in Lokal-egoismen gedacht worden ist.

Das Votum der Jury ist deshalb auch ein überzeugendes Zeichen dafür, dass letzten Endes die Geschlossenheit der Region siegt und der Strukturwandel endlich beherzt von allen in Angriff genommen werden wird. Schon seit Jahren sind im Revier hochrangige kulturelle Angebote entstanden, die nun endlich ihre überregionale Bedeutung finden.

Nun führt im Land kulturpolitisch kein Weg an Essen und dem Ruhrgebiet mehr vorbei. Das gilt sicherlich auch für den Bund, und wir wollen alles dafür tun, dass dies auch in Europa künftig so ist. „Kulturhauptstadt Essen“ – diese Auszeichnung ehrt deshalb nicht nur die Stadt, sondern eine Region mit 53 Kommunen im Umland, die hinter der Bewerbung standen.

Mit den Essenern zitterten ganz unmittelbar über 5 Millionen Menschen. Über 600.000 von ihnen haben keinen deutschen Pass. Sie stammen aus 140 Nationen; knapp die Hälfte von ihnen ist türkischer Herkunft. Auch das ist richtig: Es gibt keine andere Region in Deutschland, die über etliche Jahrzehnte eine so bunte Zuwanderungsgeschichte hat wie das Revier.

Heute gönnen sich die Bürger dort neben einer umfänglichen freien Szene auch vier Opernhäuser im klassischen Sinne, fünf Universitäten, 200 Museen und acht Theater.

In den nächsten Wochen und Monaten kommt jede Menge Arbeit auf uns zu. Mit der erfolgten Nominierung ist das Wesentliche, was wir bis 2010 erreichen wollen, natürlich noch nicht geleistet. Da gibt es viel, was auf uns zukommt, und darauf freuen wir uns für die Zukunft ganz ausdrücklich.

Die nächsten Schritte liegen auf der Hand. Unmittelbar nach der Sommerpause soll eine Gesellschaft als Träger der Kulturhauptstadt 2010 gegründet werden. Darin werden die Stadt Essen und der Regionalverband Ruhr als Repräsentant der Kommunen, die im Initiativkreis Ruhrgebiet zusammengeschlossen Unternehmen und das Land NRW partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Schon die Bewerbung hatte für die Kultur im Ruhrgebiet einen gewaltigen Schub gebracht. Diese Entwicklung – dessen bin ich mir sicher – wird sich weiter beschleunigen, verfestigen und mit all den begleitenden Maßnahmen zu einem großen Erfolg werden.

Wir brauchen ein touristisches Begleitkonzept. Wir werden den Perspektivplan Ruhrmetropole weiterentwickeln, das gemeinsame Regionalmarketing vorantreiben und zukünftig natürlich auch verstärkt in unsere Bemühungen im interkulturellen Dialog und für eine ausgeprägtere kulturelle Bildung im Ruhrgebiet investieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Die Entscheidung für Essen und das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas 2010 ist deshalb auch Aufforderung und Startzeichen für eine neue

Ruhrgebietspolitik; denn es wird höchste Zeit für einen gemeinsamen Neuanfang im Revier.

Tradition und Moderne sind kein Gegensatz. Deshalb gilt: So sehr alle Fraktionen hier im Landtag gemeinsam ihren Beitrag dazu geleistet haben, das Projekt bis zu diesem Stadium auf den Weg zu bringen – da sind natürlich auch alle Appelle meiner Vorredner richtig, dass wir gegenseitig die Größe haben sollten, dass jeder, der seinen Erfolgsbaustein geleistet hat, auch ein Anrecht darauf hat, dass dies nicht verschwiegen wird –, genauso sehr müssen wir natürlich perspektivisch miteinander ringen, wie es weitergeht, eingebettet in eine Gesamtstrategie zur Ruhrgebietsentwicklung.

Ich glaube, dass sich da die politischen Diskussionen auch in diesem Haus noch aufeinander zu bewegen werden. Das betrifft die Fragen, wie wir zukünftig mit Innovationsschüben umgehen, wie wir im Strukturwandel Wirtschaft und Wissenschaft modernisieren und wie wir die politischen Entscheidungsstrukturen im Ruhrgebiet mit einer Novelle des RVR-Gesetzes demokratisieren. Baustellen gibt es also genügend; sie sind dafür da, dass man sie in Angriff nimmt.

Aber in der Tat: Wie schon in den letzten Wochen besteht sicherlich auch in nächster Zeit großer Anlass zur gemeinsamen Freude und – in der Erwartung eines weiter gehenden Entwicklungsschubs für die Region – auch das gemeinsame Ziel und der Wille zur Zusammenarbeit für Essen, für das Ruhrgebiet und für Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Wir werden in vielen Gesellschaftsbereichen wichtige Innovationen, die die Region braucht, erleben. Deshalb haben wir als FDP-Landtagsfraktion die Größe zu sagen, weil das nun einmal in der zeitlichen Abfolge so war: Wir danken auch all denjenigen, die damals regiert haben, für die wertvollen Vorarbeiten und Initialzündungen, die verbunden mit diesem Thema geleistet worden sind.

Wie dieser Dank hier von der heutigen Opposition eingefordert worden ist, verbinden wir das umgekehrt mit der meines Erachtens berechtigten Erwartung, dass Sie jetzt auch uns, wo wir heute in der Verantwortung stehen, in der gleichen Größe das Zutrauen und Vertrauen vermitteln, dass wir das Beste für die weitere Ruhrgebietsentwicklung wollen, und Sie auch die Maßnahmen unterstützen, die wir in Angriff nehmen, damit mit einem starken Ruhrgebiet auch NRW insgesamt zu neuer Stärke zurückfindet. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich komme nicht aus dem Ruhrgebiet, aber als Abgeordneter einer in dem Landeswettbewerb unterlegenen Stadt freue ich mich trotzdem über die Entscheidung der Jury.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich weiß – Manfred Kuhmichel hat es vorhin gesagt –: Wenn es Münster geworden wäre, hätten wir genauso die Unterstützung aller anderen Landesteile.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Ich habe mich in den letzten Jahren mit der Frage „Kulturhauptstadt Europas“ schon zwangsweise sehr intensiv beschäftigt. Aber dass diese Entscheidung nun für Essen ausgegangen ist, ist, glaube ich, vor allen Dingen ein Kompliment an die vielen tausend Menschen, die haupt- oder ehrenamtlich in dieser Region im Kulturbereich tätig sind. Ich glaube, sie freuen sich zu Recht über die öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit, die sie brauchen und die sie manchmal vermissen.

Meine Damen und Herren, vor 2 1/2 Jahren noch konnte man in einer überregionalen Zeitung lesen – ich zitiere –:

„Wo liegt Nordrhein-Westfalen? Das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland mit einem der wichtigsten urbanen Verdichtungsräume Europas in seiner Mitte, ist immer mehr an den Rand gerückt. ... Es ist ein Land der selbst gewählten Langeweile und Durchschnittlichkeit geworden, unfähig und vermutlich auch unwillig, noch an der Spitze mitzuhalten. Das gilt zumal für die Zentralregion des Rhein-Ruhr-Verdichtungsraumes, und hier wieder besonders für das Ruhrgebiet im engeren Sinne.“

So weit das Zitat.

Meine Damen und Herren, das hat sich seit dem 22. Mai letzten Jahres deutlich zum Besseren gewendet. Dieser Umschwung bekommt nun dadurch, dass das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt wird, einen neuen, wesentlichen Schub. Die Brüsseler Wahl bietet eine einmalige Chance für ein neues Image der Ruhrregion nach Kohle, nach Stahl. Sie bietet die Chance, den dichtesten Ballungsraum Europas nicht nur als Kulturmetropole Ruhr zu

beschwören, sondern Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Schon die Bewerbung war einzigartig. 53 Städte und Gemeinden taten sich zusammen, um als Einheit, als Projekt eines zukunftsweisenden neuen Städtetyps des 21. Jahrhunderts die europäische Wahl zur Kulturhauptstadt zu gewinnen. Doch damit dieser Städtetyp nicht Vision bleibt, müssen solche Visionen, müssen diese Potenziale aktiviert werden. Und diese Potenziale sind im Ruhrgebiet sowohl in seinem historisch rheinischen wie in seinem historisch westfälischen Teil vielfältig.

Das zeigt sich schon an der Menge der kulturellen Einrichtungen – wir haben vorhin schon einige Zahlen gehört –; diese Dichte ist im Ruhrgebiet viel größer als in anderen Gegenden. Wo gibt es auf einem Raum fünf Opernensembles, fünf Ballettcompagnien, acht Sprechtheater, sechs große Orchester mit im Jahr über 4.000 Veranstaltungen und allein in diesen Einrichtungen über 1,5 Millionen Besuchern? Außerdem laufen in diesem Raum – wir haben es vorhin schon gehört – nicht nur die neuen großen, sondern auch die bedeutenden alten Festivals wie die Ruhrfestspiele, die Kurzfilmtage in Oberhausen, die morgen eröffnet werden, die „Tage Alter Musik“ in Herne und vieles mehr. Im letzten Jahr konnte man Folgendes in der „Zeit“ lesen:

„Man kann sich morgens aussuchen, wo man abends eine Mozart-oder Mahler-Sinfonie, eine Strauss- oder Monteverdi-Oper hören möchte, man kann sich prall umworben und eingeladen fühlen.“

Das ist die Kulturregion Ruhr.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber es ist nicht nur diese hoch entwickelte Infrastruktur dieser Region – man sollte auch darauf hinweisen, dass diese nicht nur hoch entwickelt, sondern durch die kommunale Finanzlage auch gefährdet ist –; es sind nicht nur die großen kulturellen Institutionen, sondern es sind auch die vielen anderen Einrichtungen des kulturellen Lebens: etwa die Musikschulen, die Jugendkunstschulen, die Bibliotheken, die großen und kleinen Museen, die historischen Stätten, die ideenreich und unkonventionell arbeiten.

Ich greife gerne die Ankündigung des Ministerpräsidenten auf – und bedanke mich dafür –, hier in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Projekt zur kulturellen und musikalischen Bildung von Kinder und Jugendlichen durchzuführen. Wir werden die-

se Aktivitäten aus dem Parlament, aus der CDU-Fraktion mit Anträgen begleiten und unterstützen.

Wir können in Nordrhein-Westfalen und gerade im Raum Ruhrgebiet auf vieles zurückgreifen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen sieben Landes-Jugendmusikensembles. Wir haben in Duisburg schon vor ein paar Jahren mit dem gleichen Choreographen, der in Berlin „Rhythm is it!“ gemacht hat, ein ganz ähnliches Projekt gehabt, in dem Kinder aus unterschiedlicher Herkunft über Ballett zusammengebracht worden sind.

Zudem hat Kultur hohe Bedeutung für die Wirtschaft der Region. In den Berufen der Kulturwirtschaft arbeiten mittlerweile auch im Ruhrgebiet mehr Menschen als im Montanbereich: 42.000 Arbeitsplätze in 10.000 Betrieben. Es wäre über Tourismus und die Wirkung einer Kulturhauptstadt zu reden. Aber ich glaube, die Kulturhauptstadtentscheidung ist, wie ich schon sagte, vor allen Dingen ein Kompliment an die ehren- und hauptamtlichen Kulturschaffenden, die Künstlerinnen und Künstler im Ruhrgebiet und in ganz Nordrhein-Westfalen.

Die öffentlich getragene und die freie Szene, die soziokulturellen Einrichtungen, auch die Initiativen der Brauchtumspflege und vieles andere mehr bilden das Fundament einer kulturellen Infrastruktur, wie sie im Ruhrgebiet einzigartig ist und zu einer Kulturkompetenz geführt hat, die es abzurufen gilt, um die Menschen im Ruhrgebiet in den kommenden vier Jahren in den Prozess mitzunehmen, der mit dem Motto „Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur“ charakterisiert ist. Denn wenn sich die Menschen mit der Kultur ihres Landes identifizieren, wenn die Menschen sagen: „Kultur macht NRW“, wird es gelingen, das Zugehörigkeitsgefühl zur Region Ruhr zu ermöglichen und zu stärken. Nur durch ein solches Zugehörigkeitsgefühl wird sich das Ruhrgebiet nachhaltig entwickeln.

Das heißt aber auch, dass die umzusetzenden und noch zu planenden Projekte und Initiativen mit Blick auf 2010 auf Nachhaltigkeit angelegt sein müssen. Das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt darf nicht ein zwar grandioses, aber nur einmaliges und damit zeitlich auf 2010 begrenztes Ereignis werden. Es geht auch nicht an, das Ruhrgebiet nur als die museale, sentimentale Darstellung einer großen industriellen Vergangenheit zu präsentieren. Darauf muss man bei aller Schönheit von Zollverein, bei aller Schönheit der Jahrhunderthalle sehr achten: Es geht nicht darum, eine große wirtschaftliche und industrielle Vergangenheit zu beschwören, sondern darum, auf diesen Potenzialen aufzubauen und den Wandel durch Kultur deutlich zu machen.

„Kulturhauptstadt 2010“ muss ein wichtiger und dauerhaft ausstrahlender Meilenstein werden, ausstrahlend über Nordrhein-Westfalen hinaus. Nordrhein-Westfalen muss und kann durch das Ruhrgebiet zu einer Modellregion für Europa werden. Wir haben das schon gehört.

Zum Thema Integration ist schon viel gesagt worden. Ich will vielleicht noch eines hinzufügen: Die neue Landesregierung hat schon einiges zu einer besseren Integration – auch im Ruhrgebiet – getan, und das Ruhrgebiet bietet für den Prozess einmalige Voraussetzungen. In den letzten 150 Jahren hat das Ruhrgebiet einmalige Integrationsleistungen vollbracht. Das Einwanderungsgebiet „Ruhrpott“ hieß seine neuen Bürger schon immer willkommen.

Ich komme zum Ende. Die Initiativen sollten auch in Zusammenarbeit mit der Partnerin der europäischen Kulturhauptstadt, mit der ungarischen Stadt Pécs, gemeinsam durchgeführt werden, um die Kulturhauptstadt-Sache, wie es schon die Aktion Twins gezeigt hat, als offenes Projekt für Europa und für Deutschland zu begreifen. Das ist eine Aufgabe nicht nur für die Regionen, sondern für ganz Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland.

Wir werden die Vorbereitungsaktivitäten intensiv unterstützen, ohne das Rheinland und ohne Westfalen zu kurz kommen zu lassen. Die Kulturszene an der Ruhr und in ganz NRW kann sich auf die CDU-Landtagsfraktion verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sternberg. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens (SPD): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Auch von meiner Seite zunächst einen ganz herzlichen und kräftigen Glückwunsch an Essen, an das Ruhrgebiet, an die Menschen, die dort leben und arbeiten, und sportliche Anerkennung für den erzielten Erfolg.

Das sagt jemand, der hier steht als Bürger aus einem anderen Landesteil, als Vorsitzender des Kulturausschusses, auch als jemand, der sich kulturell ehrenamtlich am Niederrhein in besonderer Weise engagiert und nun doch ein bisschen neidvoll nach Essen schaut. Aber so viel Anerkennung, so viel Lob muss ein. Wir werden natürlich aus allen Landesteilen, die wir kulturell engagiert

sind, das Event „Kulturhauptstadt Essen 2010“ unterstützen. Das ist gar keine Frage.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Essen ist nach Weimar 1999 endlich wieder eine deutsche Kulturhauptstadt Europas, wenn auch eine ganz andere. Das kam schon zur Sprache. Der Juryvorschlag, der zu dieser großen Freude Anlass gibt, ist ein wichtiges Etappenziel für die weitere Entwicklung des Ruhrgebiets, ein Signal zum neuen Aufbruch. Um eine Anleihe in der Fußballsprache zu nehmen: Jetzt geht's erst richtig los. Ich denke, das ist eine Art Startschuss für weitere Entwicklungen in einem wichtigen Herzstück unseres Landes.

Um Herrn Kuhmichel, den Essener Kollegen im Plenum, der auch den Fußball bemüht hat, anzusprechen: Ich meine, es würde Zeit, meine Damen und Herren, dass das Ruhrgebiet auch wieder einmal Fußballhauptstadt – wenn nicht Europas, dann wenigstens Deutschlands – in Form einer Meisterschaft würde. Auch daran sollten wir weiter arbeiten und die Daumen drücken.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Machen Sie einen Vorschlag!)

Dichteste Fußballlandschaft sind wir wahrscheinlich schon, genauso wie dichteste Kulturlandschaft. Das Wort von der dichtesten Kulturlandschaft ist oft bemüht worden. Es sagt sich so leicht, aber seien wir ehrlich: Wer im Lande Nordrhein-Westfalen nimmt das wirklich so wahr? Was gibt es hier noch zu tun, um das außerhalb des Ruhrgebietes, allein in unserem Lande, stärker ins Bewusstsein zu bringen? Auch hier ist die Kulturhauptstadt natürlich eine Chance.

Wenn man bedenkt – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen –, dass das erste Theater im Ruhrgebiet 1892, also vor gut 100 Jahren, gegründet wurde, das Grillo-Theater in Essen, dass das erste Kunstmuseum 1902 in Hagen geschaffen und eröffnet wurde, das Folkwang-Museum, und dass es eine erste Universität erst Anfang der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegeben hat, dann wird einem bei einigem Nachdenken klar, was hier in etwas mehr als 100 Jahren wirklich erarbeitet und nicht ererbt worden ist. Sie haben es gesagt. Das ist in erster Linie ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger und ihres Engagements im Ruhrgebiet und seinen Städten und Gemeinden.

Auf dem, was erreicht wurde, kann man jetzt für 2010 aufbauen. Das ist, wenn wir uns den Bereich der Kultur anschauen, der kulturelle Humus der Region, wie jemand geschrieben hat. Den gilt es

nun fruchtbar zu machen. Dieser Humus ist das Ergebnis von Bemühungen von Gesellschaft und Politik über viele Jahre und Jahrzehnte. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass es vor allem ein Verdienst der Städte im Ruhrgebiet und ihrer Bürgerinnen und Bürger ist. Das ist wahr. Es ist endlich einmal wieder ein verdienter Lohn für die Anstrengungen und Entbehrungen der Jahre und der harten Arbeit.

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch – das ist gottlob auch von einigen aus den Regierungsfractionen gesagt worden –, dass Landespolitik daran einen Anteil hat, nicht nur weil sie die Bewerbung unterstützt hat, sondern auch aus den Jahren und Jahrzehnten davor. Ich als jemand, der 1977 angefangen hat, im Lande Verantwortung zu übernehmen, unter anderem dann schnell für Teile des Ruhrgebietes als Regierungspräsident, erinnere an die Initiativen unter Heinz Kühn. Ich kam in die Staatskanzlei, da war er noch Ministerpräsident. „NWP 75“ war ein wichtiges Programm, das Wurzeln und Grundlagen gelegt hat. Es kam 1979 die Ruhrkonferenz von Johannes Rau, die man nicht vergessen darf, mit ihren Initiativen für das Ruhrgebiet, und schließlich die IBA Emscherpark 1989 bis 1999.

Ich will an dieser Stelle wenigstens zwei Namen nennen, die sich nach meinem Dafürhalten in der Landespolitik in jenen Jahren einen besonderen Verdienst um die Entwicklung des Ruhrgebietes erworben haben. Das sind Christoph Zöpel als seinerzeit zuständiger Minister, der den Mut hatte, die IBA zu schaffen, und auf dieser Grundlage schließlich Professor Dr. Karl Ganser, der die wesentlichen inhaltlichen Ideen eingebracht hat. Es sind einzigartige Veranstaltungsorte entstanden. Nach meiner Beobachtung ist auch eine neue Identität der Region im Entstehen. Die Kulturhauptstadt 2010 wird die konsequente Fortsetzung dieses Weges sein.

Das Ruhrgebiet ist eine Region mit Tradition und Moderne, mit kultureller Vielfalt und Offenheit. Das Ruhrgebiet ist, wie es jetzt oft gesagt wird, eine Metropolregion. Dieser Beschreibung stimme ich ausdrücklich zu. Es ist keine Stadt im herkömmlichen Sinne. Deshalb hielt ich immer den Begriff Ruhrstadt, über den einige Zeit philosophiert worden ist, für falsch. Es ist ein dezentraler Großraum mit vielen Zentren, vielen Peripherien und mit phantastischen Entwicklungsmöglichkeiten in allen seinen Teilen – nicht nur in einem Zentrum, etwa Essen, sondern auch darüber hinaus.

Es ist die Keimzelle der industriellen Vergangenheit, auf die wir jetzt aufbauen. Sie ist auch kultu-

relles Erbe, das wir jetzt in die Zukunft führen müssen. Das Ruhrgebiet ist – der Begriff ist schon gefallen – Schmelztiegel von Zuwanderern und Kulturen gewesen, und dies ist es heute noch. Wenn ich heutzutage manche Debatte über Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft und weit darüber hinaus, bis in die USA, höre – nicht unbedingt im Landtag, sondern an anderen Stellen in der deutschen Gesellschaft –, dann kommt es mir so vor, als habe es die Erfahrungen, die Probleme, aber auch die Erfolge im Ruhrgebiet nie gegeben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Europa, meine Damen und Herren, und wir alle können in dieser Frage vom Ruhrgebiet sicher lernen. Das Ruhrgebiet kann Beispiel für ganz Europa sein. Deshalb ist die Entscheidung richtig, auch aus europäischer Sicht. Es gibt noch viel zu tun. Meine Redezeit ist zu Ende; ich kann auf all das nicht mehr eingehen.

Ich hoffe sehr, dass die Kulturhauptstadt 2010 Motor ist, dass sie Treibstoff ist, dass sie Katalysator ist für eine gedeihliche Entwicklung der gesamten Region, nicht nur in kulturellen Fragen.

Überlegungen, die der Ministerpräsident hier vorgetragen hat, finden meine Zustimmung. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass wir jetzt aufpassen müssen, den Ruhrgebietslern das Heft nicht zu sehr aus der Hand zu reißen, sondern ihnen ihre eigene Verantwortung zu lassen und sie mit dem, was wir als Land organisatorisch, finanziell zu tun haben, zu unterstützen. Wir wollen das als Kultur Ausschuss dieses Hauses, sicherlich in großer Übereinstimmung über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg, tun.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss sagen: Auch Sozialdemokraten werden in den Städten, Kreisen und Gemeinden und im Land engagiert mitmachen, wenn es darum geht, das Revier noch weiter nach vorne zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Behrens. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE):

„Wie würde sich der Klang dieser Republik ändern, wenn die Politik das ernsthafte Gespräch mit den Künsten und Wissenschaften suchte, eine Zusammenarbeit – vielleicht nur temporär – über den Zustand der Gesellschaft, ihrer ge-

genwärtigen Erkenntnisvermögen und ihrer Weltfähigkeit.

Wenn es um Aushandeln und Verhandeln von Werten und Identifikationen, überhaupt um gegenseitige Fragen, gehen könnte!

Was könnte das für einen Wert haben, in einer Zeit, in der die Angst vor der Zukunft messbar und proportional zum Wachstum der Arbeitslosenzahlen steigt und Hartz IV zu einem Synonym dafür geworden ist!“

Das war ein Zitat von Adrienne Göhler, die mit ihrem soeben erschienenen Buch „Verflüssigungen“ für die dringend notwendige Durchlässigkeit von Denkgrenzen plädiert. Sie war eine der Jurorinnen der NRW-Jury, die sich für Essen und das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas 2010 ausgesprochen hat. Köln hat es geschmerzt und Münster auch. Aber nun werden wir alle gemeinsam in NRW auf das Jahr 2010 hinarbeiten – und vor allem darüber hinaus.

Über die Bedeutung von Kultur für die Gesellschaft wird immer und gerne viel gesprochen. Der Dialog zwischen den Künsten und der Politik ist allerdings anstrengend, oft leider auch nur auf die finanziellen Aspekte konzentriert, denn Kunst und Kultur sind auf die öffentliche Förderung ebenso angewiesen wie auf die möglichst direkte Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, in der sie wirken. Umso wichtiger ist es, die Entscheidung für Essen und das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas als eine weitere Chance zu begreifen.

Während der RuhrTriennale-Gründungsintendant Gerard Mortier beseelt von der „Wiedererrichtung des Himmels“ träumte und diejenigen, die dort die Kathedralen der Industriekultur nun als Kulturkathedralen erlebten, in seinen metaphorischen Bann zog und damit sicherlich den Boden für die höchst erfreuliche Entscheidung von Brüssel mit bereitete, muss nun – das ist meine feste Überzeugung – der Boden für eine breite, umfassende Beteiligung aller Kreativen im Ruhrgebiet und in Essen bereit werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es gelingt, die vielen Künstlerinnen und Künstler vor Ort auf diese Forschungs- und Entdeckungsreise mitzunehmen, dann könnte in der Ruhrmetropole das entstehen, was klanglich schon so nahe liegt: die Kulturmetropole. Wenn es gelingt, Kultur nicht als Dienstleistung zu begreifen, sondern als Lebenselixier, als das Element, welches unsere Gesellschaften friedlich und

zivilisatorisch gestaltbar macht, dann schießen wir hoffentlich über das Ziel weit hinaus.

Wenn es gelingt, den Begriff Multikultur als „vielfältig bereichernd“ und nicht als „gleichmacherisch“ zu besetzen, dann haben wir in unserer Kulturhauptstadt beste Voraussetzungen, ein wirklich internationales, weltoffenes, mehrjähriges Kulturfest zu begehen und seinen Höhepunkt 2010 gemeinsam zu feiern.

Und vor allem: Auch danach sind wir alle auf die kreativen Ideen der Künste und der Wissenschaften angewiesen. Wenn es also gelingt, Kunst und Kultur in unserem Land und darüber hinaus dauerhaft als gesellschaftliche Lebensvoraussetzung begreifbar zu machen und immer mehr Menschen dabei mitzunehmen, dann haben wir gemeinsam sehr viel vor, und wir wissen dabei immer auch, dass wir scheitern können.

Adolf Muschg, der sich als Juror ebenfalls für Essen ausgesprochen hatte, brachte es vor gut einem Jahr, am 17. März 2005, in der „Zeit“ auf den Punkt:

„Das ehemalige Revier atmet nicht mehr Staub, sondern Zukunft.“

Nun werden wir es versuchen; der Auftrag ist von Europa offiziell erteilt worden. Wir sind ein im vielfachen Sinne reiches und freies Land, und je mehr Menschen das so sehen können und wollen, umso reicher und vor allem freier sind wir. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Abschließend hat für die FDP-Fraktion Frau Freimuth das Wort. Bitte schön.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident! Herr Oberbürgermeister Reiniger! Meine Damen und Herren! Wir alle haben uns über die Entscheidung der Jury für die Kulturregion Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt 2010 sehr gefreut und entsprechend gratuliert. Es ist vieles von den Kolleginnen und Kollegen bereits gesagt worden, was ich nur nachträglich unterstreichen kann, welche Bedeutung es für die Region, für den Strukturwandel im Ruhrgebiet hat. Damit wird auch Anerkennung für die Leistungen dokumentiert, die bereits im Ruhrgebiet erbracht worden sind, insbesondere im Bereich der Integration.

Mich haben an der Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt einige Dinge – ich bin ja Westfälin und

deswegen nicht so leicht begeisterungsfähig – begeistert, unter anderem das Engagement, mit dem die Bewerbung aus der Bevölkerung heraus getragen wurde. Uns wurde im Kulturausschuss berichtet, dass es gelungen ist, auch die Bewohner aus den unterschiedlichsten Nationen und mit den unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen zu gewinnen, so etwas wie aktive Botschafter, aktive Begleiter der Gäste der Kulturhauptstadt zu werden. Ich finde es toll,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

mit wie viel Engagement nicht nur – Sie mögen es mir bitte nachsehen – des Oberbürgermeisters, des Kulturdezernenten, der Mitglieder des Rates oder einiger Unternehmen, deren Beitrag wir an dieser Stelle nicht gering schätzen wollen, sondern auch von Menschen der Region die Kulturhauptstadt getragen wird. Das ist ein Punkt, der mich überzeugt und begeistert hat und offensichtlich auch bei der Jury Anerkennung gefunden hat.

Nun stellen sich jedoch einige Fragen. Wir, insbesondere die Essener und die Menschen im Ruhrgebiet, können das als Zwischensieg verbuchen. Aber mit diesem Nährboden, mit diesem Zwischenziel haben wir natürlich jetzt eine große Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Es ist eine Riesenchance für das Ruhrgebiet und das gesamte Land Nordrhein-Westfalen, die wir nutzen müssen für den Imagegewinn als Kulturland Nordrhein-Westfalen und für die touristischen Angebote, die wir miteinander noch stärker entwickeln müssen und in die wir auch – das ist meine Vorstellung und Bitte – die anderen Landesteile einbeziehen sollten.

Herr Kollege Behrens hat gerade freimütig gesagt, er gucke ein bisschen neidisch auf Essen und das Ruhrgebiet. Das ist, so wie ich ihn kenne, nicht im Sinne von missgünstig, sondern einzig und allein im Sinne von „Das hätte ich gerne auch“ gemeint. So ergeht es, glaube ich, auch vielen anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel Ostwestfalen, Südwestfalen und dem Münsterland; für die Rheinschiene, die ja im Allgemeinen etwas besser bedient ist, gilt das vielleicht nicht so stark. Wir dürfen nicht verkennen, dass andere Regionen in Nordrhein-Westfalen ebenfalls attraktive Kulturlandschaften sind. Das meine ich nicht nur im Sinne von Landschaft, sondern es sind Landschaften, in denen Kultur gelebt und engagiert betrieben wird.

Wir müssen nun eine Konzeption entwickeln. Hier trägt in besonderer Weise das Land eine gewisse Mitverantwortung, denn es wäre in der Tat zu viel verlangt, das den Kolleginnen und Kollegen in Es-

sen und den Menschen im Ruhrgebiet abzuverlangen. Wir als Land müssen aus diesem Nährboden, auf diesem Fundament – Essen Kulturhauptstadt, das Ruhrgebiet Kulturregion Europas 2010 – eine Strahlkraft für ganz Nordrhein-Westfalen entwickeln. Es ist in der Tat völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es kein Strohfeder sein darf, sondern dass wir nachhaltig in die Strukturen investieren müssen, dass wir nachhaltig dafür Sorge tragen müssen, dass es eben nicht nur bei dem Einmaleffekt für 2010 bleibt, sondern dass Menschen das Land Nordrhein-Westfalen nach wie vor als Kulturland erleben und erfahren.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ich freue mich auf die gemeinsame Diskussion, über den gemeinsamen Erfolg und insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet, dass sie mit so viel Engagement herangegangen sind und das Ruhrgebiet auch belohnt worden ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich wünsche Herrn Oberbürgermeister Reiniger und Herrn Dezernenten Scheytt alles Gute. Der Landtag ist in großer Übereinstimmung mit Ihnen der Meinung: Das ist ein Riesenprojekt. Wir freuen uns darüber. Wir wollen es gemeinsam zum Erfolg führen. Glück auf! Alles Gute für Sie! Der Landtag wird Ihnen dabei helfen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/1700 – 14/1706, 14/1708,
14/1710 – 14/1715, 14/1720

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Drucksache 14/1101

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1717

zweite Lesung

Außerdem, meine Damen und Herren, liegen Ihnen als Tischvorlage insgesamt 114 Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur zweiten Lesung vor.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird natürlich zunächst über diesen Änderungsantrag abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2006 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr findet heute keine Abstimmung statt. Das ist die Zeit, in der Sie sich ein bisschen stärken dürfen. Aber diejenigen, die dann reden wollen, und diejenigen, die dann vielleicht an der Debatte teilnehmen möchten, müssen natürlich hier bleiben.

Nach der Beratung des Einzelplans 10 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20** auf:

Finanzministerium

Es geht dabei um die Teilbereiche Allgemeine Finanzverwaltung sowie Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/1712 und 14/1720 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Nr. 1 der Tischvorlage zu Einzelplan 12 und Nrn. 3 bis 7 der Tischvorlage zu Einzelplan 20 und die Änderungsanträge der Fraktion der Grünen Nr. 2 zu Einzelplan 12 und Nrn. 8 bis 10 zu Einzelplan 20.

Jetzt kommen wir zur Debatte. – Die eröffnet für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Walsken. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegte Haushalt ist kinderfeindlich, unsozial und nicht zuletzt verfassungswidrig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, er ist ein wachsender Umverteilungshaushalt zugunsten nur weniger Privilegierter in diesem Lande. Ich sage dazu nur drei Stichworte: Landwirtschaftskammern, Reiterstaffeln und Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist die Bildung?)

Die Kleinsten, Herr Kollege, sind die größten Verlierer.

(Zustimmung von der SPD)

Die CDU und gerade die FDP machen Politik auf dem Rücken derjenigen, die sich kaum wehren können. Sie machen Politik gegen die Kinder in Nordrhein-Westfalen. Fast 200 Millionen € haben Sie den Kindern und Jugendlichen in diesem Land genommen. Mit einem Federstrich, Herr Finanzminister, haben Sie das Vertrauen der Jugendlichen in die Verlässlichkeit der Politik zerstört.

(Beifall von der SPD)

Nicht einmal mehr als 100.000 Unterschriften der Volksinitiativen konnten sowohl die CDU als auch die FDP bewegen, das Jugendfördergesetz mit entsprechendem Geld auszustatten und das entsprechende Geld zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der FDP, hätten Sie wenigstens die zusätzlichen 16,3 Millionen € für die Landwirtschaftskammern genommen und sie den Kindern und Jugendlichen

in Nordrhein-Westfalen für ihren Landesjugendplan gegeben,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Frau Walsken!)

das wäre ein Signal gewesen. Das wäre hier das richtige Signal gewesen.

(Beifall von der SPD)

Sie wären dafür sicherlich gefeiert worden.

Aber: Sie haben sich für eine bessere Ausstattung der Funktionärskammern der Landwirte entschieden.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unverschämtheit!)

Deshalb, Herr Dr. Rüttgers, fragen wir uns: Warum haben Sie das „Jahr der Kinder“ und nicht das „Jahr der Landwirtschaft“ ausgerufen? Das wäre angemessener gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, das ist noch nicht alles. Wenn Sie in den Haushaltsplan hineinschauen, stellen Sie fest: Über 150 Millionen € gehen den Kindergärten, den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen verloren. Ihre Kürzungen werden zu höheren Elternbeiträgen führen. Sie verlassen sich auf die Kommunen, schon einzuspringen, beziehungsweise glauben, das auf dem Rücken der Eltern austragen zu können.

Wenn Sie schon der Opposition nicht glauben, verstehe ich nicht, warum Sie nicht wenigstens auf Caritas, Städte- und Gemeindebund hören oder einer der vielen Zuschriften oder einem der vielen Beiträge aus den Anhörungen Glauben schenken. Das sind weiß Gott keine Meinungen aus sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, sondern sie vertreten eine breite Bewegung in diesem Land. Sie brauchen nur nach draußen zu gehen, dann haben Sie eine Kostprobe dessen, was Sie mit diesem Haushalt in diesem Land angerichtet haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es sind mehr als 200 Millionen €, die der Finanzminister den Kindern und Jugendlichen nimmt. Nach den Beratungen von CDU und FDP – immerhin die regierungstragenden Fraktionen in diesem Hause – gibt es Veränderungen von knapp 44 Millionen €. Das heißt: Nicht einmal ein Fünftel der Kürzungen in diesem Bereich haben die Abgeordneten rückgängig gemacht. Das ist lächerlich.

(Beifall von der SPD)

Es zeigt – das soll die Öffentlichkeit wissen –, dass die Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen in diesem Parlament offensichtlich nichts mehr zu sagen haben.

(Beifall von der SPD)

Wir werden insbesondere dort, wo CDU-Kolleginnen und -Kollegen Wahlkreise direkt geholt haben, der Öffentlichkeit klar machen, was Sie hier zulasten von Kindern und Jugendlichen und der Sozialpolitik in diesem Hause beschließen. Wir werden es deutlich machen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hut ab vor Kollegen Tenhumberg, der sich öffentlich zu der Kinder- und Jugendpolitik in diesem Lande bekennt!

(Beifall von der SPD)

Wir werden sehr genau beobachten, welches Schicksal den Kollegen in den Beratungen der nächsten Tage erwartet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir sind ja nicht bei der SPD!)

– Stellen Sie Zwischenfragen! Wir können uns gerne auseinander setzen, lieber Kollege, kein Problem.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur die Kinder- und Jugendpolitik, sondern auch die Sozialpolitik, die es mit diesem Haushaltsplanentwurf schwer getroffen hat. Die Proteste von Familienberatungsstellen, Frauenhäusern, insbesondere der Regionalstellen Frau und Beruf, die jetzt noch einmal bluten müssen, von den Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen, den Drogenberatungsstellen, den Studentenwerken, den Krankenhausgesellschaften, den Ehrenamtlern im Sport sowie denjenigen, die sich in der Straffälligenhilfe und bei den Drogenberatungen engagieren – sie stehen zum Teil draußen vor der Tür – haben deutlich gezeigt: Achtung, soziale Netze werden zerreißen! Achtung, es geht eine soziale Kälte in diesem Land um – genau nach jenem 22. Mai, seitdem Sie den Menschen klar machen, wo Ihre Politik hinführt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie haben nicht einmal ein Jahr gebraucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis die Menschen draußen gemerkt haben, welche Ihrer Versprechungen

Sie mit diesem Haushaltsplanentwurf gebrochen haben.

(Beifall von der SPD – Horst-Emil Ellinghaus [CDU]: Liebe Frau Walsken, lassen Sie den Mist!)

Die Sozialpolitik erleidet Kürzungen von über 60 Millionen €. Die Regierungsfractionen haben nach heftiger, auch kontroverser Beratung, nach großem Krach 3,7 Millionen € davon zurückgeholt. Am schlimmsten betroffen ist jetzt, nachdem die Änderungen vorliegen, aus meiner Sicht die Migrations- und Integrationsarbeit. Wir werden uns damit noch beschäftigen.

Schade, Herr Kollege Laschet ist nicht da, der freundliche Integrationsminister. Er tut mir Leid, weil er gar nicht weiß, wie er das, was Sie hier beschließen, im Land verkünden und verkaufen soll. Denn er hat eine Reihe sehr vernünftiger Ansätze in seiner Politik.

Meine Damen und Herren, glauben Sie bitte nicht, dass das, was hier von CDU und FDP vorgelegt wird, ohne Alternative in diesem Land ist. Es gibt die Alternative, sie ist möglich. Es ist möglich, einen kinderfreundlichen, einen sozialen und einen seriös und solide finanzierten Haushalt hier und heute vorzulegen. Es ist möglich!

(Zuruf von der CDU: Warum haben Sie es dann noch nicht gemacht? – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Aufgabe eines Staates, liebe Kollegen, wie wir ihn verstehen, ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Menschen müssen gleiche Chancen auf Teilhabe, auf Bildung, auf Gesundheit und Wohlstand haben. Diese Chancen muss und kann ihnen nur ein Staat eröffnen, denn die Privaten – der Markt – werden diese Aufgaben nicht übernehmen.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Wir wissen um unsere Verantwortung für dieses Land – auch als Oppositionsfraction. Unser Gegenentwurf zu Ihrer Politik der Kälte und Kinderfeindlichkeit liegt vor.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist unglaublich! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Es stimmt! Ihre Politik ist unglaublich!)

Er ist keinesfalls Fundamentalopposition; das hätten Sie gerne gehabt. Er geht einen besseren Weg, und über den wollen wir mit Ihnen streiten. Wir hätten dies sehr gern in den Fachausschüssen getan. Ich kann es nicht oft genug wiederholen – auch hier in der Öffentlichkeit –: Sie haben

die Auseinandersetzung in den Fachausschüssen nicht gewollt. Sie haben sie vermieden, indem Sie dort keine Haushaltsanträge vorgelegt haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir bieten den Menschen in diesem Lande einen zweiten Weg an, einen, der die soziale Balance wahrt, einen Weg, der die Kinder als unser kostbarstes Gut nicht links liegen lässt, sondern Perspektiven sichert und Chancen eröffnet. Wir werden im Land für diesen Weg werben – auch nach diesen Haushaltsplanberatungen. Wir werden es klar sagen: Eine Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien muss nicht sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Darf nicht sein!)

Der Weg der Konzentration auf unsere Kinder, auf unsere Zukunft, den wir in den letzten Jahren unserer Regierung begonnen haben, muss fortgesetzt werden, und die sozialen Netze dürfen nicht zerreißen. Deshalb, meine Damen und Herren, bieten wir Ihnen die Rücknahme von Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik in Höhe von 323,1 Millionen € an.

(Christian Lindner [FDP]: Und die Erhöhung von Steuern!)

– Hören Sie gut zu! Bleiben Sie gespannt, aber ruhig!

323,1 Millionen € durch eine solide Finanzierung unter Beteiligung des Sparstrumpfes Bau- und Liegenschaftsbetrieb,

(Beifall von der SPD)

unter Beteiligung des Beitrages für die Landwirtschaftskammern – jawohl, die Landwirtschaftskammern! –, durch Reduktion der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, für Gutachten und Sachverständige. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an Ihren Antrag bei den Haushaltsplanberatungen des letzten Haushaltsjahres.

(Zuruf Christian Lindner [FDP])

Und – jetzt können wir gerne in die Auseinandersetzung gehen –: Ja, wir reden auch über Steuerermehreinnahmen. Wir reden über Steuerermehreinnahmen, die dieser Finanzminister, seitdem er im Amt ist, nicht etatisiert hat.

Dazu nur einmal die Fakten, um sich ein eigenes Bild zu machen:

Wir haben bereits seit Mitte des letzten Jahres, seit Mitte 2005, mehr Steuern, Herr Kollege.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Da müssen Sie einmal im Haushaltsplan nachgucken. Das ist ganz einfach; das kann man nachsehen. Wir haben im Jahre 2005 360,7 Millionen € mehr eingenommen.

Der Verlauf der ersten Monate dieses Haushaltsjahres bestätigt diese Entwicklung. Lassen Sie sich nicht durch eine Presse aus dem Finanzministerium täuschen: Es gab nur einen kurzen Einbruch im Januar wegen eines erwarteten Steuererstattungsfall, der bekannt war. Die führenden Wirtschaftsinstitute sowohl in Kiel als auch in Berlin gehen bundesweit davon aus, dass es zu mehr Steuereinnahmen kommen wird. Sie rechnen mit 5 bis 6 Milliarden € mehr Steuern. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass etwa 10 % – Abzug Länderfinanzausgleich und andere Mechanismen – nach Nordrhein-Westfalen fließen, dann ist die SPD-Fraktion mit ihren 350 Millionen € Steuermehreinnahmen absolut auf der richtigen Seite. Sie werden es sehen nach der Steuerschätzung, meine Damen und Herren. Sie brauchen sich an dieser Stelle nur zu gedulden.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Hoffentlich! Das wird uns helfen!)

Wenn wir dann – jetzt bitte ich die Kollegen, die so gerne dazwischenschreien, um erhöhte Aufmerksamkeit – unsere Deckungsvorschläge, die eine Summe von 585 Millionen € ausmachen, mit unseren Umschichtungen zugunsten von Kindern und Jugendlichen, zugunsten der Sozialpolitik gegenrechnen, bleibt ein Ansatz von 262 Millionen €, den wir nutzen würden, um die Schulden in diesem Land abzubauen – die Schulden abzubauen, weil dies die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich machen, da die Steuerquellen in diesem Jahr zum ersten Mal wieder sprudeln.

(Zurufe von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist die Alternative.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber auch von der FDP, Sie müssen nicht die Kleinsten in diesem Land zu den Verlierern machen. Sie müssen nicht soziale Kälte in diesem Land einziehen lassen.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Wo ist denn soziale Kälte?)

Und Sie können zusätzlich noch Schulden abbauen. Das stand ja immer auf Ihrer Agenda. Sie müssen es aber politisch wollen.

(Beifall von der SPD)

Denn Sie haben hier die Mehrheit. Ich fordere Sie im Namen meiner Fraktion auf: Stimmen Sie un-

seren Anträgen zu, und Sie haben einen kinderfreundlichen, einen sozialen, aber auch einen soliden Haushalt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen uns keine Illusionen: Der Haushalt, den wir hier beraten, verlangt von allen in unserem Land sicher viel, aber er wird, wenn wir ihn denn so in der dritten Lesung in zwei Wochen beschließen, fair, gerecht, seriös und vor allen Dingen kinderfreundlich sein.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Wem, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, kommt denn wohl das Geld aus dem Schulhaushalt zugute? Sie meinen offenbar, den Lehrern. Wir meinen, den Schülern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn 316 Millionen € mehr für Schule ausgegeben werden, dann ist das ein Ausweis von Kinderfreundlichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Beim Beitrag der Frau Kollegin Walsken hatte ich stellenweise den Eindruck, dass sie über den Landeshaushalt 2004 redet. Denn wenn sie uns jetzt vorrechnet, dass irgendwelche Summen – 150 Millionen € hat sie, glaube ich, gesagt – weniger für Kindergärten zur Verfügung stehen,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

dann muss ich doch feststellen, dass Kürzungen von 72 Millionen € entsprechend dem § 18 GTK schon seit zwei Jahren gelten. Da ist nichts neu eingeführt worden. Das sind die Kürzungen, die Sie beschlossen haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie einmal weiter im Gesetz! Zu Ende lesen, Herr Kollege! Nicht nur Halbwahrheiten erzählen!)

Wenn man über Geld und über den Haushalt redet, ist es eigentlich immer angezeigt, sich das Ganze mit der gebotenen Sachlichkeit anzuschauen und es zu analysieren. Im Haushaltsentwurf 2006 gibt es eine Differenz zu 2005 – aber Sie kennen die Zahlen – von 104 Millionen € bei der Kindergartenfinanzierung. Davon sind aber 54 Millionen € eine sogenannte Bugwelle, bei der

wir im letzten Jahr nachfinanzieren mussten, was Sie in der Vergangenheit versäumt hatten.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist das Problem?)

Uns das jetzt als Kürzung für 2006 anzukreiden, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann ja wohl nicht wahr sein.

(Beifall von der CDU)

Da reduzieren sich die 104 Millionen € schon einmal ganz erheblich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So haben Sie auch den Haushalt gerechnet, wie Sie gerade rechnen!)

– Die Zahl der Zwischenrufe steht ja nur für Ihre Unsicherheit.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie einmal bei Ihnen darauf geachtet? Die Rede der Kollegin Walsken war nicht mehr zu hören bei all den Zwischenrufen! – Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Wenn wir dann richtigerweise das Streichen des Elternbeitragsdefizits nicht als Problem der Kindergartenträger, sondern der Kommunen betrachten und selbstverständlich im Kontext der Gemeinde-, der Kommunalfinanzierung insgesamt in diesem Land sehen müssen – ein anderes Kapitel, bei dem die Gemeinden sicher gut wegkommen –, dann bleibt unter dem Strich ein minimales Abschmelzen von 8 Millionen € im Haushaltsentwurf.

(Gisela Walsken [SPD]: Was? – Carina Gödecke [SPD]: Das ist geradezu lächerlich!)

– Ja, das brauchen Sie doch nur zu subtrahieren. 104 minus 54 minus 42 macht acht.

(Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe ja Ihre Unruhe. Das sind aber ganz einfache mathematische Operationen.

Wir haben jetzt im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen, die Finanzierung für Kindergärten noch einmal deutlich auszuweiten. Wenn ich sinnvollerweise

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Einmaleffekte herausrechnen, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir das Geld, das die Kindergartenträger erhalten, in den Haushaltsberatungen noch einmal um 23 Millionen € erhöht haben.

(Beifall von der CDU)

Unterm Strich kommt im Jahre 2006 mehr Geld bei den Kindergartenträgern an, als es im Jahre 2005 der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo haben Sie denn Rechnen gelernt?)

Aber der allerwichtigste Aspekt der Kinderfreundlichkeit

(Lachen von der SPD)

ist doch ein ganz anderer. Das ist der übergeordnete Aspekt der Generationengerechtigkeit, die Sie immer mit Füßen getreten haben.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Ende 2005 hatte dieses Land einen Schuldenberg von 112 Milliarden € aufgetürmt und eine Zinsausgabenquote von 9,6 %. Das klingt alles technisch. Man sieht, wie dramatisch das ist, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir jeden zehnten Euro aus diesem Landeshaushalt für Zinszahlungen reservieren müssen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das wird noch schlimmer! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen noch Schulden drauf! – Weitere Zurufe)

Das nimmt uns doch die Spielräume für heute. Wenn wir so weitermachen wie Sie in der Vergangenheit, würden wir die Spielräume für künftige Generationen noch mehr zurückschneiden. Das können wir nicht wollen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist nicht zu fassen!)

Wir sind zur letzten Landtagswahl angetreten mit dem Konzept: Ein Sanierungsplan für Nordrhein-Westfalen muss her. Wir müssen einerseits den Haushalt konsolidieren und zum anderen, wie eben beschrieben, Geld freischaufeln, um mehr Geld für Kinder, Bildung und Zukunft insgesamt zur Verfügung zu haben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Nach der Wahl haben die Koalitionsfraktionen das noch einmal bestätigt und als gemeinsames Ziel der Landesregierung mit auf den Weg mitgegeben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Landesregierung ist dem mit ihrem Haushaltsentwurf nachgekommen. Dieser Haushalts-

entwurf ist ein erster Einstieg in eine Konsolidierung für unser Land.

(Norbert Römer [SPD]: Mit den höchsten Schuldzinsen! – Carina Gödecke [SPD]: Sie werden im GTK-Bereich noch weiter sparen! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie jetzt den Eindruck erwecken, die Koalitionsfraktionen hätten eigentlich viel mehr Anträge stellen müssen, kann ich nur sagen: Alles Unsinn, wir sind dem Finanzminister sehr dankbar dafür, dass er ziemlich genau das umgesetzt hat, was wir ihm mit auf den Weg gegeben haben. Herzlichen Dank, Herr Finanzminister!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben versagt in der Fraktion! – Weitere Zurufe)

Jetzt will ich gern dem Kollegen Sagel noch weitere Möglichkeiten zu Zwischenrufen geben. Ich will nämlich darauf hinweisen, dass inzwischen offenbar drei Fraktionen dieses Hauses voll und ganz von der Notwendigkeit einer Konsolidierung überzeugt sind.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das sind alle vier Fraktionen! Sie haben nicht zugehört!)

Ich habe jedenfalls mit sehr großem Interesse den Abschlussbericht der Kommission für nachhaltige Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen der Grünen-Landtagsfraktion gelesen.

(Beifall von der CDU)

Ich füge hinzu: Das ist vielleicht ein bisschen spät; denn daran beteiligt waren zwei frühere Staatssekretäre, die selber dazu beigetragen haben, dass die Probleme nicht früher angegangen worden sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben nur das gelesen, was Ihnen gefällt!)

Aber in diesem Bericht werden richtige Erkenntnisse und richtige Antworten propagiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da schauen wir mal!)

Da muss es einigen in den Ohren klingeln. Ich empfehle, das einmal nachzulesen. Auf Seite 11 wird die Schuldenstandsquote zwischen verschiedenen Bundesländern verglichen. Ganz klar wird festgestellt, dass die Schuldenstandsquote in Nordrhein-Westfalen höher als in allen anderen Flächenländern in Deutschland ist. Deswegen muss etwas getan werden. Wir sind erstmals –

anders als andere Regierungen in der Vergangenheit – bereit, wirklich etwas zu tun.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ach, das stimmt doch nicht!)

Es gibt aber noch mehr Erkenntnisse, die im völligen Widerspruch zu dem stehen, was Frau Kollegin Walsken eben gesagt hat. Ganz zum Schluss ist quasi als Vermächtnis an den Leser zum weiteren Befolgen nachzulesen, wie denn künftig mit Steuermehreinnahmen verfahren werden soll. Dort steht ganz klar, dass jegliche Steuermehreinnahme vollständig in die Reduzierung von Neuverschuldung gesteckt werden muss.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist eine richtige Erkenntnis, und wir setzen sie um.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wo sind sie denn im Haushalt veranschlagt, Herr Klein? – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

– Ich komme noch darauf zu sprechen.

Die SPD will offensichtlich weiter die alten Rezepte verfolgen: erstens Probleme verdrängen und zweitens die Zahlen so lange schönrechnen, bis es irgendwie passiert. Mich erinnert das an den verzweifelten Versuch, Vergangenheit zu verlängern. Damit können wir die Zukunft aber nicht gewinnen.

(Sören Link [SPD]: Welch hohle Phrase!)

Wir alle haben volles Verständnis dafür, dass es überall im Land den Wunsch gibt, mehr Geld für viele wichtige, sinnvolle und interessante Projekte zu haben. Wir wissen, dass wir den Menschen einiges abverlangen. Natürlich ist es heute offenbar weniger bequem als in den 70er-Jahren, dieses Land als Koalition zu führen. Wir sind uns aber dieser Verantwortung bewusst. Sicher ist es einfach, viel Geld anzukündigen und in einer Art Wunschlistenpolitik zu verteilen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann wissen Sie, wovon Sie reden! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Die Opposition hat es da leicht. Sie kann jeden bedienen und jedem nach dem Mund reden, ist aber ganz sicher, dass sie den Realitätstest nicht erbringen muss. Sie verfährt nach dem Motto: Wir fordern erst einmal, weil die Ablehnung sicher ist.

(Zuruf von der SPD: So haben Sie also gearbeitet!)

Das ist aber keine Basis für unser Land. Gleichzeitig wird noch die Neuverschuldung beklagt. Meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Sie können nicht auf der einen Seite Klientelpolitik betreiben und alle möglichen Versprechungen machen und auf der anderen Seite die Enden nicht zusammenbringen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich will noch zu zwei Vorschlägen etwas sagen, mit denen Sie versuchen wollen, das Ganze zu decken. Beides ist gleichermaßen unseriös.

Sie wollen in den Haushaltsplan Einnahmen in Höhe von 150 Millionen € einstellen: Darlehensrückführungen vom BLB.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Darlehensrückführungen sind möglich,

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

wenn entsprechende Immobilien verkauft worden sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, richtig! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben sich einen Sparstrumpf angelegt!)

Das ist aber nicht nur unsicher – meine Damen und Herren, Sie kennen doch auch den gegenwärtigen Immobilienmarkt –, sondern auch völlig unrealistisch.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach, ach!)

Sie knüpfen an alte Luftbuchungen an. Sie haben das in der Vergangenheit immer wieder so gemacht. Sie haben alle möglichen, vielleicht irgendwann einmal auftretenden Verkäufe, Forderungsabtretungen usw. als Einnahme in den Haushalt eingestellt – aber nur, damit es erst einmal auf dem Papier stimmte. Das ist aber doch nicht die seriöse Politik eines vorsichtigen Kaufmanns. Das machen wir nicht mit. Das war unseriös. Das ist ein Problem Ihrer alten Haushalte gewesen. Aber heute wird das nicht mehr so gemacht, weil es nicht anständig ist.

Jetzt haben Sie eben gesagt, dass sich Steuererhöhungen oder Steuermehreinnahmen im Haushalt wiederfinden müssten. Meine Damen und Herren, das wäre doppelt unseriös. Das ist einmal unseriös, weil man heute sicherlich bei vorsichtiger Schätzung nicht darauf bauen kann, dass die Steuerquellen wesentlich stärker sprudeln, als es im jetzigen Haushalt veranschlagt ist.

Klar ist, dass Sie damit an Ihre alten Verfahrensweisen anknüpfen. Das ist in der Vergangenheit ja

gerade das Problem gewesen. Ich habe hier eine Liste darüber, wie sich Ihre Steuererwartungen und das, was Sie in den Haushalt eingestellt haben, in den vergangenen Jahren zu den wirklichen Steuereinnahmen verhalten hat: Im Jahre 2005 haben Sie 3,05 Milliarden € zu viel an Steuereinnahmen geschätzt. Im Jahre 2004 lag die Schätzung um 1,45 Milliarden € zu hoch. Im Jahre 2003 haben Sie die Einnahmen um 3,66 Milliarden € zu hoch geschätzt, und im Jahre 2002 waren es 1,71 Milliarden €, die Sie zu viel geschätzt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Meine Damen und Herren, das ist doch nicht seriös. Sie haben damals einfach nur extrem hohe Steuereinnahmen geschätzt, damit der Haushalt ausgeglichen war. Wir haben Sie immer darauf hingewiesen und ermahnt, zur Realität zurückzufinden. Sie haben das so gemacht, weil Sie in diesem Land die Wahrheit und die Realität einfach nicht sehen wollten.

(Beifall von der CDU)

Wir sind dem Finanzminister deshalb sehr dankbar dafür, dass er realistische Steuereinnahmeerwartungen als Grundlage für die Haushaltsplanung in den Haushaltsplanentwurf hineingeschrieben hat. Das ist der eine Punkt, an dem wir Ihnen zu Recht Unseriosität vorwerfen.

Der zweite Punkt betrifft das, was die Grünen in ihrem Gutachten geschrieben haben: Wenn es denn wirklich zu höheren Steuereinnahmen kommt – das wäre wunderbar für dieses Land und würde kaum einen mehr erfreuen als die Koalition und den Finanzminister –, lautet die klare Aussage, dass wir diese Mehreinnahmen zu einer Reduzierung der Neuverschuldung nutzen werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch nötig. Denn dieser Haushaltsplanentwurf enthält 5,88 Milliarden € Neuverschuldung. Das ist – erstens – deutlich höher, als es die Kreditverfassungsgrenze in Art. 83 unserer Landesverfassung vorsieht, und das ist – zweitens – einfach auch unter dem Gesichtspunkt der eben genannten Generationengerechtigkeit zu viel. Deswegen ist alles andere, als jetzt schon anzukündigen, Steuermehreinnahmen für die Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen, unseriös. Wir wollen in diesem Jahr einen seriösen Haushalt verabschieden. Ich freue mich, dass das inzwischen offensichtlich grundsätzlich auch von den Grünen so gesehen wird. Ich würde es begrüßen, wenn wir über diesen Haushalt weiter eine konstruktive Diskussion führen könnten, sodass der Haushalt am

Ende vielleicht mit einer größeren Mehrheit als nur der der Koalitionsabgeordneten

(Minister Karl-Josef Laumann: Wieso „nur“?)

beschlossen werden könnte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sagel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich war sehr gespannt auf diesen ersten wirklichen Haushaltsentwurf der neuen Koalition. Ich muss sagen: Ich bin nicht nur enttäuscht, sondern Sie haben bei dieser ersten harten Bewährungsprobe vollständig versagt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Landtag haben wir das chaotischste Haushaltsberatungsverfahren erlebt, das ich hier jemals mitgemacht habe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gab keine Anträge von Ihnen in den Fachausschüssen. Zwei Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses kamen Sie mit Ihren Anträgen um die Ecke. Als Fraktionen haben Sie vollständig versagt und sich als völlig unfähig erwiesen. Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist unausgeglichen und weder solide noch transparent.

(Minister Karl-Josef Laumann: Junge!)

Vor dem Landtag stehen die Demonstrantinnen und Demonstranten. Sie stehen dort zu Recht, denn das, was Sie in der Kinder- und Jugendpolitik gemacht haben, geht auf keine Kuhhaut und ist gegen Kinder und Jugendliche gerichtet. Das ist die Politik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen betreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Klein, das, was Sie hier gerade vorgerechnet haben, ist wirklich mehr als ein Witz. Auf die Verbesserungen, die Sie hier gemacht haben wollen, werde ich im weiteren Verlauf meiner Ausführungen noch zurückkommen.

Man konnte hier in den letzten Wochen einiges lesen. Beispielsweise konnte man in der „WAZ“, der größten Tageszeitung Nordrhein-Westfalens, lesen: CDU und FDP beschimpfen sich. – Der Grund waren die monatelangen Haushaltsberatungen, in denen Sie nicht zu Potte gekommen

sind und letztlich nur die historisch geringste Veränderung an einem Haushaltsentwurf vorgenommen haben, die es jemals gegeben hat: 1 Promille, 48 Millionen €, haben Sie gerade umzuschichten geschafft.

Mit 1 Promille ist man nicht mehr fahrtüchtig, und Sie sind nicht mehr politiktüchtig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben das, was Sie den Leuten vor der Wahl versprochen haben, in Wirklichkeit überhaupt nicht erfüllt. Versprochen, gebrochen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das, was Sie mit diesem Haushalt gemacht haben. Die Änderung, die Sie vorgenommen haben, ist reine Makulatur und soll nur dazu dienen, die Volksseele zu besänftigen.

Ich muss vor allem auch feststellen, dass die FDP als Bettvorleger des Finanzministers gelandet ist, denn gerade die FDP hatte im Landtag noch sehr vollmundig angekündigt, Korrekturen an diesem Haushalt vorzunehmen. Sie sind als Pappkamerad gelandet.

Ich kann Herrn Linsen nur gratulieren: Sie haben sich wirklich vollständig durchgesetzt und die Fraktionen mit ihren Abgeordneten zu Statisten degradiert. Sie haben Ihnen noch einige Zückerchen hingehalten, um einige Veränderungen – nämlich 48 Millionen €, dieses berühmte 1 Promille – am Haushalt vornehmen zu können.

Schauen wir uns das einmal an: Veränderungen bei 48 Millionen € hat Ihnen der Finanzminister gestattet. Eine wirkliche Deckung haben Sie für diesen Betrag nicht, sondern haben diese über die Mieten und Pachten beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb erzielt. Als wir das vorher nachgefragt hatten, hieß es vonseiten des Ministeriums: Keine Änderungen! – Jetzt auf einmal ging an der Stelle etwas.

Auch die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich haben wir noch nicht, sondern das ist etwas, was möglicherweise kommt. Also an der Stelle keine seriöse Haushaltspolitik, und es sind auch die Änderungen nicht solide finanziert.

Heute Morgen haben wir dann noch etwas zum Thema „Schülerverkehr“ erlebt. In seltener Arroganz der Macht wollten Sie noch nicht einmal die Spitzenverbände anhören. Das haben Sie dann mit Haushaltresten aus dem Jahr 2005 finanziert. Wenn das solide und tatsächlich zukunftsgerichtet finanziert ist, kann ich wirklich nur lachen! – Es gibt viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, die

mit der Politik, die Sie betrieben haben, unter die Räder kommen. Das, was Sie hier servieren, ist ein karges Linsengericht. Und es werden falsche Prioritäten gesetzt.

Wir müssen feststellen, dass dieser Haushalt sozial unausgewogen ist und darin Ihre Klientelpolitik festgeschrieben, aber nicht das erfüllt wird, was hier groß angekündigt worden ist, nämlich eine sozial gerechte, den Haushalt konsolidierende Politik zu betreiben.

Sie steigen auf den „Kahlen Asten der Verschuldung“ mit jetzt fast 6 Milliarden € Neuverschuldung. Damit haben Sie schon im Nachtragshaushalt 2005 angefangen, als sie die Verschuldung um 2 Milliarden € erhöht haben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wenn ich mir ansehe, dass Sie bei der mittelfristigen Finanzplanung – das sind die Zahlen, die der Finanzminister selber ausweist – eine Verschuldung von 132,6 Milliarden € für das Jahr 2009 prognostizieren, und das beinhaltet, dass Sie einen Schuldendienst von 5,2 Milliarden € pro Jahr haben, sagt das einiges über Ihre nachhaltige Finanzpolitik aus, die Sie hier beschreiben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Wir werden vermutlich bei der nächsten Landtagswahl 140 Milliarden € Schulden haben. Das heißt, 25 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen werden Sie in fünf Jahren aufgenommen haben. Das sind Ihre eigenen Zahlen, die ich zitiere.

(Zuruf von der CDU: Das sind alles Ihre Zinsen!)

Das ist Ihre haushaltskonsolidierende Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Mit Ihnen hätten wir doch 170 Milliarden! – Helmut Stahl [CDU]: Schon einmal etwas von Zinseszinsfaktoren gehört?)

– Die Zinsen sind auch ein Punkt: Sie gehen von einem Zinssatz aus, der bei 4 % liegt. Nachhaltig davon auszugehen, dass die Zinsen bei 4 % liegen, ist mehr als fragwürdig. Das hat übrigens auch unsere Haushaltskommission gesagt.

(Zuruf von der CDU: Ja, wenn die das sagt!)

In Wirklichkeit werden sie wahrscheinlich deutlich höher liegen. Dann werden wir ganz andere Probleme haben; denn Sie wissen genau, dass ein halbes Prozent höhere Zinsen 500 Millionen € ausmachen, die Ihnen in der Landeskasse fehlen.

Es ist auch interessant, was Sie ansonsten noch so treiben.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Was ist das denn für eine Sprache?)

Es gibt keine Impulse für Wirtschaft und Arbeit, über 1 Million Arbeitslose. Es ist keinerlei Konzept zu erkennen, was Sie in Nordrhein-Westfalen dagegen machen. Interessanterweise habe ich bisher bei keiner Ihrer Haushaltsreden nur ein Sterbenswörtchen zum Thema „Wirtschaft und Arbeit“ gehört. Ich muss sagen: Das ist mehr als enttäuschend.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Gerade Sie haben den Mund sehr voll genommen. Wir sagen: Wir müssen etwas für Wirtschaft und Arbeit tun. Sie sollten bei den Steinkohlesubventionen anfangen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Doch offensichtlich macht sich nun auch die CDU – über die FDP brauchen wir gar nicht mehr zu reden – zum Verteidiger der Steinkohle.

(Lachen von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es ist schon sehr interessant, dass Sie sich offensichtlich durch hohe Parteispenden Ihre Meinung abkaufen lassen. Das gilt gerade für die FDP.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Widerspruch von CDU und FDP)

Das soziale Ungleichgewicht habe ich schon angesprochen. Es ist ein völliges Versagen von Minister Laschet bei zukunftsgerichteter Politik für Kinder und Jugendliche, also für die nachfolgenden Generationen zu erkennen. Gerade der Kinder- und Jugendbereich ist massiv unter die Räder gekommen. Die Änderungen, die Sie vorgenommen haben, sind nicht dazu angetan, positive Impulse zu setzen.

Sie betreiben Klientelpolitik. Denn auf der einen Seite kürzen Sie bei Kindern und Jugendlichen, also den zukünftigen Generationen. Auf der anderen Seite erhöhen Sie den Ansatz um 11 Millionen € beim Flughafen Münster/Osnabrück, Sie erhöhen die Ansätze beim Straßenbau und bei den Landwirtschaftskammern. Das heißt, gerade die FDP müsste sich das Thema eigentlich zu Eigen machen: Sie sorgen für mehr Bürokratie. Unser Slogan „Rinder statt Kinder“ trifft genau das, was Sie mit diesem Landeshaushalt betreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist richtig, dass wir Grünen den Haushalt konsolidieren wollen. Deswegen haben wir ein umfas-

sendes Gesamtkonzept vorgelegt. Mit unserem Entwurf liegen wir rund 100 Millionen € unter dem, was der Finanzminister vorgeschlagen hat und was die Koalitionsfraktionen jetzt absegnen werden. Nimmt man die Prognosen von der SPD – rund 350 Millionen € Steuermehreinnahmen – und die von CDU und FDP angenommenen 25 Millionen € durch Haushaltsverbesserung des Länderfinanzausgleichs, lägen wir – wenn man das dazurechnet – rund eine halbe Milliarde unter dem Haushaltsentwurf des Finanzministers. Das heißt, wir würden eine halbe Milliarde € weniger Schulden machen. Das machen wir als Grüne.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie von CDU und FDP aber verfrühstücken dieses Geld – das gilt im Übrigen genauso auch für die SPD, wie ich kritisch anmerken muss –, indem Sie Nachbesserungen am Haushalt vornehmen, während wir das solide aus dem Haushalt heraus finanzieren wollen.

Wir ducken uns auch nicht finanzpolitisch weg, wenn es um den Bund geht, wie das der Ministerpräsident macht. Denn es geht natürlich darum, in Berlin deutliche Worte anzuschlagen, weil wir die Unterstützung des Bundes brauchen, um zu höheren Steuereinnahmen für die Länder zu kommen, also auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

Das ist im Übrigen auch in der Anhörung, die wir durchgeführt haben, deutlich gesagt worden. Die Deutsche Steuergewerkschaft unterstützt uns dabei, dass wir zum Beispiel dadurch Mehreinnahmen erzielen, dass wir die kw-Stellen – was die Steuerprüfer angeht – nicht wegekürzen. Dadurch würden wir in diesem Haushaltsjahr mindestens 100 Millionen € Steuermehreinnahmen erzielen. Der DGB spricht von Ihrem Haushalt als einem Dokument der Hilflosigkeit. Das RWI kritisiert das, was Sie zukünftig steuerpolitisch machen wollen, also zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denn auch das ist für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen völlig abträglich. Damit werden Sie keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Wir meinen, dass man sich auch Gedanken um die Bundespolitik machen muss. Deswegen haben wir in unserem Haushaltskonzept gesagt, dass wir eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 % und natürlich auch eine Schließung der Steuerschlupflöcher brauchen.

Schaut man sich den Haushalt konkret an, ist es so, dass wir uns auch für die Kommunen einsetzen. Durch die Kreditierung, die Sie ablehnen,

würden wir die Finanzierung sichern. Darüber haben wir uns sehr intensiv im Haushalts- und Finanzausschuss unterhalten. Aber auch da waren Sie nicht bereit mitzumachen.

Wir wollen die Kürzungen in vielen sozialen Bereichen rückgängig machen, zum Beispiel bei der Stiftung Wohlfahrtspflege in Höhe von 11 Millionen €. Wir wollen 30 Millionen € zusätzlich in den Ausbau und die Sanierung der Krankenhäuser investieren, und wir wollen ein Investitionsprogramm von 25 Millionen € auflegen – anstelle der Steinkohlesubventionierung, die wir, wie gesagt, massiv kürzen wollen und bei der wir immer noch darauf warten, dass die FDP tatsächlich zur Sache kommt und nicht den Bettvorleger der CDU und der großen Koalition in Berlin bildet.

Wir haben sehr kritisch geprüft, welche Haushaltsvorschläge Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Sie haben gesagt: Die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und für Sachverständige sollen auf null reduziert werden. Genau das Gegenteil machen Sie: Sie haben die Positionen sogar noch erhöht.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie haben zum Beispiel die Position für Sachverständige erhöht. Die Staatskanzlei hat sich eine halbe Million Euro mehr für Sachverständige gegönnt, obwohl sie auf der anderen Seite das Personal massiv aufgestockt hat; so gibt es allein 27 neue Stellen in der Staatskanzlei.

Ihre Stellenpolitik ist äußerst interessant. Sie haben sich als erstes, nachdem Sie an die Regierung gekommen sind, über 90 neue Stellen geschaffen. Das heißt, die Ministerialbürokratie, die Bürokratie, die Sie eigentlich reduzieren wollen, stocken Sie erst einmal ordentlich auf, damit Ihre Leute versorgt sind. Gleichzeitig werfen Sie uns vor, Frau Ministerin Höhn hätte nicht genügend Stellen abgebaut.

Ihr Finanzminister musste aber in der letzten Woche zugeben, dass Frau Höhn zwischen 1995 und 2000 schon über 1.000 Stellen abgebaut hat. Das sind die Fakten. Das sind die Tatsachen. Und das musste der Finanzminister selbst zugeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man kann es übrigens heute auch in der Zeitung lesen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Frau Höhn war die sparsamste Ministerin! Das hat der Finanzminister selber gesagt!)

Wir haben eine sparsame Personalpolitik betrieben. Wir müssen diese Personalpolitik auch in Zukunft fortsetzen. Das heißt, wir erhöhen nicht rigoros Stellen, wie Sie das machen, sondern wir müssen uns sehr wohl überlegen, wie wir damit umgehen und eine vernünftige Politik machen.

Gerade wurde vonseiten von Herrn Klein von der CDU-Fraktion erwähnt, dass es unsere grüne Haushaltskommission gegeben hat. Jawohl, sie hat eine Menge vernünftiger Vorschläge gemacht. Das ist noch nicht alles Konsens bei uns in der grünen Fraktion. Wir werden über das, was dort vorgeschlagen worden ist, eine breite Debatte führen.

Es werden aber nicht nur ökologische Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen. Wir haben gesagt: Wir müssen uns auch mit dem ganzen Personalbereich intensiv auseinander setzen. Wir müssen sehr genau gucken, wo wir das Personal in Zukunft brauchen und wo wir es einsetzen können.

Wir sind aber gegen eine Politik, wie Sie sie betreiben, bei der Privatisierung um jeden Preis betrieben wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU lässt sich von der FDP am Gängelband durch diesen Saal führen. Wir sind zum Beispiel dagegen, dass die LEG privatisiert wird, wie Sie das in den letzten Tagen vorgeschlagen haben. Das ist eine Politik, die nicht nur gegen das Personal, sondern auch gegen die Mieterinnen und Mieter dieser Wohnungen gerichtet ist. Und das ist eine Politik, die mit uns so nicht zu machen ist.

Wir möchten, dass nicht nur der Haushalt konsolidiert wird und eine nachhaltige Haushaltspolitik stattfindet, sondern dass dieser Haushalt sozialverträglich und ökologisch gestaltet zukünftig ausgerichtet wird. Wie gesagt, wir haben sehr konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben eine sehr sparsame, solide und seriöse Haushaltspolitik gemacht.

Der Haushaltsentwurf, den Sie vorgelegt haben, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie konsolidieren nicht. Ich wiederhole: Sie treiben die Schulden massiv in die Höhe. Sie machen eine Politik, die sozial ungerecht ist, die gegen Kinder und Jugendliche gerichtet ist. Sie betreiben auch keine Politik, die tatsächlich dazu dient, Wirtschaft und Arbeit in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Von daher ist klar: Diesem zukunftsfeindlichen Haushaltsentwurf, den Sie hier vorgelegt haben, werden wir nicht zustimmen. Wir werden uns differenziert zu anderen Anträgen verhalten.

Wir selber haben 124 Anträge gestellt, die meiner Meinung nach dazu beitragen würden, dass dieser Haushalt tatsächlich sozial und ökologisch gerecht und zukunftsweisend wäre. So würde man dafür sorgen, dass die Schulden deutlich gesenkt werden. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Angela Freimuth von der FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der Debatte dachte ich, ich wäre in einem bizarren Theater. Mich hat bei dem Redebeitrag der Kollegin Walsken sehr nachdenklich gestimmt. Kollegin Walsken hat die Frage der Kinderfreundlichkeit aufgeworfen.

Was die SPD-Fraktion hier geschildert hat, das hat mich, offen gestanden, sehr erschrocken. Wenn wir Kinderfreundlichkeit so definieren wollen, was ich ausdrücklich nicht tue, dass wir nachfolgenden Generationen einen stetig anwachsenden Schuldenberg hinterlassen, dann mag das vielleicht eine Meinung sein. Danach mag es auch legitim sein, weiter und immer weiter in dem Gedanken verhaftet zu bleiben, sich ausschließlich Gedanken darüber zu machen, wie Mittel verteilt werden können. Dann mag man das so machen.

Dann mag man auch weiter eine Politik, auch ein Denken fortsetzen, in dem imaginäre Privatisierungserlöse in die Verteilmasse eingerechnet werden. Dann mag man damit fortfahren, imaginäre „Steuer-Mehreinnahmen“ einzuplanen. Man kommt im Ergebnis immer dazu, dass man das hinterher nicht realisieren kann, sondern dass sich die Nettokreditaufnahme und damit der Schuldenberg insgesamt immer weiter erhöhen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ausdrücklich: Das ist nicht mein Verständnis von Kinderfreundlichkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich verstehe unter kinderfreundlicher Politik, auch unter kinderfreundlicher Finanz- und Haushaltspolitik eine Politik für die nachfolgenden Generationen, beginnend mit den heute lebenden Kindern, die in zwanzig, dreißig Jahren völlig zu Recht den Anspruch, das Interesse und das Recht auf eigene Gestaltungsoptionen in der Gesellschaft haben, in der sie dann leben, für die sie dann Verantwortung übernehmen und Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist für mich Haushaltskonsolidierung und eine Senkung der Verschuldung ohne jede Alternative.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Eckdaten sind genannt. 112 Milliarden € Schulden, Stand: 31.12.2005. Ein Zehntel des Haushalts geben wir allein für Zinsen aus bei, zugegeben, sehr niedrigem Zinsniveau. Wenn die Zinsen steigen, dann bekommen wir eine völlig andere Belastung. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir bei der Überlegung, welche Mittel wir denn überhaupt zum Ausgeben, zum Verteilen haben, in der Tat eher einen restriktiven Ansatz wählen, den des „vorsichtigen Kaufmanns“ – so haben wir es in den Koalitionsvereinbarungen formuliert –, in denen wir Einnahmen eher zu niedrig prognostizieren.

Für den Fall, dass es dann tatsächlich ein Mehr gibt – ich freue mich, dass wir eine Übereinstimmung von drei Fraktionen hier im Haus haben –, wird jeder Euro, der mehr und zusätzlich an Steuereinnahmen hereinkommt, tatsächlich für die Reduzierung der Nettokreditaufnahme und damit für die Schuldensenkung aufgewendet und aufgewendet werden müssen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Der Kollege Sagel hat uns gerade vorgeworfen, wir würden mit den Änderungsanträgen, die wir im Verfahren gestellt haben, lediglich ein Promille umschichten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist so!)

– Das ist in der Tat Fakt. Aber ich habe auch im Haushalts- und Finanzausschuss bereits gesagt, dass sich weder an der Quantität noch an dem Volumen der Änderungsanträge ablesen lässt, ob dies eine Verbesserung oder eine Verschlechterung des Haushalts darstellt. Man kann die vorgelegten Anträge dafür in Betracht ziehen. Sie haben zweifelsohne – das ist anerkannt und zugestanden – mehr Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, aber gestatten Sie mir auch den Hinweis: Mit deren Annahme würde der Haushalt in keiner Weise verbessert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sehen manche Menschen draußen aber anders! –
Gisela Walsken [SPD]: Sie müssen mal rausgehen, einfach vor die Tür!)

– Ich habe das gerade schon zur Kenntnis genommen. Im Beratungsverfahren ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass der Haushalt und auch die Haushaltsdebatte – gerade die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, aber auch die SPD-Frak-

tion haben im Ältestenratverfahren mehrfach darauf hingewiesen – zum originären Budgetrecht des Parlamentes gehören und dass deswegen auch diese Debatte zum Haushalt die Stunde des Parlamentes ist.

Ich habe mit Interesse wahrgenommen, dass zum Beispiel die eine oder andere Kollegin zeitgleich draußen bei den Demonstranten war, anstatt hier der parlamentarischen Debatte zu folgen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das haben wir in der Vergangenheit von Ihnen gelernt!)

Das, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

ist auch nicht der richtige Stil. Ich habe volles Verständnis dafür, dass sich Jugendliche und in der Jugendarbeit Tätige für ihre Interessen einsetzen und engagieren, ich habe auch Verständnis dafür, dass Politiker mit den jungen Menschen und den in der Verbandsarbeit Tätigen ins Gespräch kommen; deswegen ist das kein Vorwurf. Ich will nur sagen: Man muss dann mit dem einen oder anderen Argument, mit der einen oder anderen Formulierung ein bisschen genauer umgehen.

Heute Morgen ist von der Kollegin Walsken und vom Kollegen Sagel der Vorwurf erhoben worden, dieser Haushalt sei sozial unausgewogen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] –
Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Lassen Sie mich noch einmal zu dem zurückkommen, was ich ganz am Anfang sagte, nämlich: Die bisherige Verschuldungspolitik, die ausschließlich an der Stellschraube Verteilung festmachte,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Meine Güte! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

ist aus meiner Sicht sozial feindlich, sozial unausgewogen und geht ausdrücklich gegen die Interessen nachfolgender Generationen, die sich heute im Verfahren viel zu wenig wehren können. Die Kollegin Walsken war so freundlich, auf die Verfassungswidrigkeit hinzuweisen. Man muss in der Tat darauf hinweisen – der Hinweis ist völlig berechtigt, ich mache ihn sogar selber –, dass wir mit der Nettokreditaufnahme über der Investitionssumme liegen. Aber ich will an der Stelle auch darauf hinweisen: All Ihre Änderungsanträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, versetzen uns nicht in die Lage, dass wir auf

ein Niveau kommen, wo die Nettokreditaufnahme unterhalb der Investitionssumme liegt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Nein, Frau Kollegin Löhrmann, auch bei Ihnen nicht. Der Kollege Sagel hat gerade noch vorge-rechnet, er würde eine halbe Milliarde Euro ge-winnen; aber wir brauchen an der Stelle immer noch ein bisschen mehr.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eine halbe Mil-liarde besser als Sie!)

Für die Überwindung dieser Hürde haben Sie uns leider keine wirklichen Hilfen gegeben. Das liegt aber auch daran – das honoriere ich –, dass das das Anerkenntnis dessen ist, dass Sie uns in eine Situation gebracht haben, in der es uns Zins- und Ausgabeverpflichtungen eben nicht ermöglichen, an der Stelle eine weitergehende Haushaltskon-solidierung zu betreiben, als wir das mit dem Haushaltsentwurf 2006 bereits vorgenommen ha-ben.

Bei den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ist lange und auch zu Recht darüber diskutiert wor-den, ob es uns gelingt, allein durch Einsparungen Haushaltskonsolidierung betreiben zu können. Ich habe in den vergangenen fünf Jahren immer ge-sagt: Nein, Einsparungen allein reichen aus mei-ner Sicht nicht aus, sondern wir müssen uns aus-drücklich Gedanken darüber machen, wie wir die Einnahmesituation des Landes Nordrhein-Westfalen verbessern können.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Oh!)

An der Stelle hat Herr Kollege Dieckmann in den vergangenen Jahren von mir auch Recht bekom-men, wenn er darauf hinwies. Aber, meine Damen und Herren, das geht nicht, indem man immer weiter an der Steuerschraube dreht. Sie haben in den letzten zehn Jahren eine Politik betrieben, die ansiedlungsfeindlich war, von der eben keine Im-pulse für Wachstum und Beschäftigung ausge-gangen sind.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was erzählen Sie denn da?)

Es ist aus meiner Sicht zwingend erforderlich, dass wir die Zahl der Menschen ohne Beschäfti-gung in unserem Land senken;

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo sind denn Ihre Impulse?)

ansonsten fehlen diese Menschen auch als Steu-erzahler, von der sozialen Komponente der Ar-beitslosigkeit an der Stelle völlig zu schweigen. Deswegen ist und bleibt das eine der Hauptauf-

gaben der Koalition der Erneuerung. Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen.

Gestern im Kabinett – so wurde berichtet – sind einige wichtige Impulse zum Thema Bürokratie-Abbau und Verschlinkung der öffentlichen Ver-waltung gemacht worden, die zu einem Abbau von Doppelzuständigkeiten führen, zu transparen-ten und einfachen Zuständigkeiten, wodurch Mehrfachzuständigkeiten vermieden werden kön-nen, die zu mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwal-tung führen, zu einer Verschlinkung der Verwal-tung, in der die Behörde schließlich Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unter-nehmen ist.

Meine Damen und Herren, das ist einer von ganz vielen noch folgenden Schritten auf dem Weg, mit denen wir Nordrhein-Westfalen wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort machen werden, wodurch wir, weil sich mehr Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen ansiedeln, auch tatsächlich Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze erhalten und auf diese Art Weise die Möglichkeit und die Chance haben, zu mehr Steuereinnahmen zu kommen.

Ich sage an diese Stelle noch einmal ganz klar: Die Mehrwertsteuererhöhung, so wie sie im Au-genblick auf der Bundesebene geplant ist, ist Gift für diese zarte Pflanze des wirtschaftlichen Wachstums.

(Beifall von der FDP)

Deswegen auch meine herzliche Bitte an die Kol-leginnen und Kollegen von der CDU, aber auch in besonderer Weise an die Kolleginnen und Kolle-gen von der SPD: Machen Sie diese zarte Pflanze Konjunktur nicht kaputt. Lassen Sie die Finger weg von der Mehrwertsteuererhöhung. Wir brau-chen sie nicht. Wir können es auch anders schaf-fen. Wir müssen es ohne weitere Steuererhöhun-gen schaffen; denn die Steuer- und Abgabenlast in unserem Land ist ohnehin viel zu hoch und eine der Hauptwachstumsbremsen in unserem Land.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Frau Kollegin Löhrmann.

Eine Anmerkung möchte ich noch zu dem Punkt „allgemeine Finanzverwaltung“ machen. Kollege Sagel war vorhin so freundlich und hat auf die mit-telfristige Finanzplanung hingewiesen, die ja zu-mindest einmal kurz angesprochen werden will. – Ich freue mich darüber und erwarte es auch, dass es uns mit einer Politik, die wir die nächsten Jahre in Nordrhein-Westfalen machen werden, und mit dem Schwergewicht Nordrhein-Westfalens auch

im Bund, gelingen wird, diese mittelfristige Finanzplanung, was die Verschuldung angeht, nach unten zu korrigieren. Wir nehmen uns dabei eben kein Beispiel an der rot-grünen Vorgängerregierung, die die mittelfristige Finanzplanung im Hinblick auf die Verschuldung immer wieder nach oben korrigieren musste.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Löhmann vor.

Angela Freimuth (FDP): Ich habe der Kollegin Löhmann gerade schon mitgeteilt, dass ich dazu im Augenblick keine Neigung verspüre, da ich noch gern zum Einzelplan 12 zwei Anmerkungen machen möchte. Ich bitte die Kollegin um Verständnis; das ist nicht böse und auch nicht persönlich gemeint.

Gerade bei Einzelplan 12 sind in der Vergangenheit kw-Vermerke ausgebracht worden; und es ist gerade den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzverwaltung viel abverlangt worden. Das, was die Bediensteten des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt, insbesondere aber auch die in der Finanzverwaltung, für unser Land leisten – das lassen Sie mich als Haushälterin und damit als Fachabgeordnete für die Finanzverwaltung sagen –, ist ganz enorm.

Wir müssen angesichts der Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung dafür sorgen, dass die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter effizient eingesetzt werden können, zum Beispiel zur Bekämpfung des Steuerbetrugs, sei es bei der Umsatzsteuer oder bei anderen Steuerarten. Deshalb ist es zum einen notwendig, zu einem effizienten und leistungsgerechten Steuersystem zu kommen, zum anderen aber auch unabdingbar, unserer Finanzverwaltung die Technikunterstützung, die ja schon seit Jahren bei der Berechnung der kw-Vermerke eingeplant ist, endlich zur Verfügung zu stellen.

Was die Binnenmotivation der öffentlichen Bediensteten angeht, fällt es mir sehr schwer, dass wir mit diesem Haushaltsplan gerade den Bediensteten des Landes nochmals enorm viel abverlangen. Ich weiß, dass das für den einen oder anderen eine große Schwierigkeit bedeutet. Ich drücke mich bei der Debatte darum aber auch nicht weg, da es mit Blick auf die im Haushalt insgesamt ablesbare Kostenverteilung und angesichts des Anteils der Personalkosten notwendig ist, gemeinsam mit den Beschäftigten des Landes einen Weg zu suchen. Deswegen hoffe ich auch, dass wir für den Tarifbereich ähnliche Lösungen wie für die

Beamten und Beamten finden. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat Finanzminister Dr. Linszen für die Landesregierung das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen zum Haushalt 2006 finden – das kann man mit Sicherheit sagen – in einer schweren Krise aller öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik Deutschland statt, wobei wir feststellen müssen, dass die finanziellen Verhältnisse in diesem größten deutschen Bundesland, unserem Land Nordrhein-Westfalen, gerade in Relation zu anderen großen Flächenländern besonders angespannt sind.

Wir müssen bei allem, was wir finanzpolitisch überlegen – so habe ich die bisherigen Haushaltsberatungen verstanden –, immer daran denken, dass wir mit diesem Haushalt auch ein Signal für Wachstum und Beschäftigung setzen.

Meine Damen und Herren, ein solches Signal setzt man heute nicht mehr so wie früher, als noch Plisch und Plum regierten, also in den 60er-Jahren der großen Koalition, indem man große öffentliche Investitionsprogramme auflegt – ich glaube, das haben mittlerweile fast alle eingesehen –, sondern indem man dafür sorgt, dass der Staat in seiner finanzpolitischen Haltung, in der Solidität seiner Finanzen vorbildlich wird und damit auch ein Signal setzt, dass Steuerbürger wieder dem vertrauen können, was im Land und im Bund finanzpolitisch passiert.

Meine Damen und Herren, wir haben als Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Verantwortung, weil wir den größten Etat aller Bundesländer verwalten und weil wir mit allem, was wir tun, praktisch immer 20 % der Bundesrepublik mitbestimmen, weil wir einen Anteil von 20 % bei fast allen einschlägigen Kriterien haben.

Die neue Regierung, die Koalition der Mitte, ist angetreten, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, um den Haushalt, den wir übernommen haben, zu sanieren. Wir haben mit den Ihnen bekannten Schritten – mit der Haushaltssperre, mit dem Nachtragshaushalt und mit diesem ersten eigenen Haushalt – sicherlich die entscheidenden Signale für diese Legislaturperiode gesetzt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aha, aha!)

Wir müssen die Nettoneuverschuldung dauerhaft und nachhaltig senken, und wir müssen sie unter die Summe der landeseigenen Investitionen bringen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aha, aha!)

Ich glaube, dass dieses Signal mit diesem Haushalt angekommen ist, auch wenn Sie ihn, Frau Walsken – zumindest war es so in der ersten Lesung, dann haben Sie etwas davon Abstand genommen –, als den Haushalt mit der größten Nettoneuverschuldung, der je in diesem Land eingebracht worden ist, skizziert haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist er auch!)

Aber Sie haben wohl inzwischen gemerkt, dass es uns mit der Konsolidierung ernst ist und Sie, wenn Sie diese Melodie fortsetzen würden, am Ende die Verlierer wären, weil Sie ahnen, dass wir mit diesem Haushalt die Marke für die Nettoneuverschuldung endgültig setzen und nicht wie Sie permanent erste oder zweite Nachtragshaushalte einbringen werden. Das ist ein großer Unterschied. Ich vermute, Ihre Nervosität ist auch darauf zurückzuführen, dass Sie das Gefühl bekommen, die – nämlich wir – könnten mit dem, was sie tun, tatsächlich Recht haben und auch noch erfolgreich sein.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Wir werden in einem dritten Schritt – das wird sicherlich in der nächsten Legislaturperiode sein – einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Aber Sie merken an all dem, was wir beraten: Ein langer Atem ist notwendig, und wir können nicht mehr alles bezahlen, was wünschenswert ist. Auf Dauer kann man nicht auf Pump leben. Sie haben in den vergangenen Legislaturperioden Ihre neu aufgelegten Programme immer mit zusätzlichen, neuen, meist höher werdenden Nettoneuverschuldungen bezahlt. Damit kann man herrlich Geschenke machen, aber irgendwann erreicht es die nächste Generation und das Bewusstsein der Bevölkerung. Diese Koalition ist wohl auch deshalb gewählt worden, weil man wusste, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir beschränken uns mit diesem Haushalt auf das, was absolut notwendig ist. Eben hat auch die Kollegin Freimuth noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass das mühsam ist und viel Ärger bringt, weil es viele Einschränkungen auferlegt. Aber wir haben einen gerechten Haushalt vorgelegt, den wir – da bin ich gerade den Koalitionsfraktionen sehr dankbar – mit hoher sozialer Sensibilität gestaltet haben.

(Beifall von der FDP)

Sie merken auch selber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass hier nicht rein fiskalpolitisch argumentiert wird. Wir haben eine solche Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss geführt – auch eine, wie ich fand, sehr interessante Diskussion mit dem Kollegen Schartau –, in der wir uns über die Grenzen dessen, was man zumuten kann, was man unter dem Diktat der horrenden Verschuldung dieses Landes tatsächlich machen kann und was man tun muss, um den Interessen der nächsten Generation gerecht zu werden, unterhalten haben.

Wir sind uns völlig darüber im Klaren, dass man mit einer solchen Politik nicht den großen Glanz verbreiten kann. Dafür sind wir auch nicht angetreten, sondern wir sind angetreten, um die existenziellen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen zu lösen. Das ist verantwortliche Politik.

Ich möchte gerne noch etwas zum Begriff „nachhaltige Politik“ sagen. Auch darüber haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss debattiert. Frau Kollegin Löhrman hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich der Begriff auf die finanzpolitische Seite, die ökologische Seite und die sozialpolitische Seite erstreckt. Alle drei Bereiche hat man im Auge zu behalten. Mittlerweile dämmert es allen, dass wir Freiräume für die nachfolgende Generation, Freiräume für eine Politik, die wieder Zukunftsinvestitionen für das Land Nordrhein-Westfalen vornimmt, schaffen müssen.

Ich möchte auch gerne ein paar Worte zu dem verlieren, was Frau Löhrmann der Öffentlichkeit am Wochenende mit ihrer Kommission vorgestellt hat. Im Grunde bestätigen Sie die Erkenntnisse der von uns eingesetzten Hartmann-Kommission.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Sie aber in den Papierkorb geschmissen haben – die Ergebnisse!)

Ich kann nur sagen: Selbstverständlich haben wir über die Zahlen, über das, was an Personal im öffentlichen Haushalt freigesetzt werden soll, in den Ausschüssen debattiert. Sie sind auf die Zahl 20.000 gekommen. Als ich das hörte, habe ich mir überlegt, welche Diskussionen Sie wohl mit der Kollegin Walsken geführt haben müssen, die gerade im Ausschuss zur Beratung des ersten Nachtrags noch erklärt hat, dass man eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben und die Leute extra im öffentlichen Dienst beschäftigt hätte, um den Arbeitsmarkt nicht besonders zu belasten. Diese Diskussion muss schon arg kontrovers gewesen sein – es sei denn, Sie sind erst jetzt zu neuen Erkenntnissen gekommen.

Ich glaube, wir müssen uns noch intensiver über das notwendige Tempo der Konsolidierung unterhalten. Wir haben ein bestimmtes Tempo eingeschlagen; im Laufe dieser Legislaturperiode wollen wir die Verfassungsgrenze für die Verschuldung in jedem Fall einhalten.

(Zuruf von der SPD: Das ist sehr löblich!)

Liebe Frau Löhrmann, als ich das, was Sie niedergelegt haben, gelesen habe, habe ich gedacht: Es ist doch verdammt leicht, in der Opposition theoretische Erörterungen zu führen, wenn man den Praxisbeweis nicht antreten muss. Denn Sie haben in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1995 ähnliche Worte gefunden, die ich mir übers Wochenende noch einmal mit Genuss zu Gemüte geführt habe.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie mit Genuss Ihre Oppositionsrede!)

Wenn Sie diese grundsätzlich wohlklingenden Aussagen über die Notwendigkeit der Haushalts-sanierung mit dem vergleichen, was Sie in den zehn Jahren getan haben, fällt Ihnen der Kontrast und das ganze Elend dieser Politik auf. Ich darf zitieren, was Sie 1995 niedergeschrieben haben:

„Verantwortbar ist nur eine Finanzpolitik, die sich einer Einschränkung der Handlungsspielräume kommender Jahre und Jahrzehnte energisch widersetzt.“

Jawohl! Aber was haben Sie getan?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damals waren Sie gegen diese Koalitionsvereinbarung!)

Ich darf Ihnen noch ein zweites Zitat vorhalten: Das Wiedergewinnen von finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch Senkung der Zinslast müsse sein. – Die rot-grüne Koalition hat in den Jahren 1995 bis 2005 die Schulden um 30 Milliarden € erhöht.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Genau das machen Sie jetzt auch!)

Wenn Sie diesen Betrag mit 4 % verzinsen, lieber Herr Sagel, haben Sie uns zusätzlich 1,2 Milliarden € Zinslast auferlegt. Was meinen Sie, was wir mit dem Geld, das wir jetzt zu den Banken tragen, heute machen könnten?

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die Folge Ihrer Politik, und das ist etwas, was theoretisch in Ihren Papieren gut klingt, aber offensichtlich von Ihnen in der Praxis nicht durchgeführt wurde.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Haushalt – ich darf das wiederholen – steht unter dem Leitmotiv: Wir konsolidieren, wir modernisieren, und wir investieren.

Ich möchte gerne heute in der zweiten Lesung über ein paar Investitionsbereiche sprechen. Sie kennen unsere Aussage: Die Ziele der Koalitionsvereinbarung sind vor allen Dingen Konsolidierung des Haushaltes, Investition in Bildung, Investition in Kinder und Jugendliche.

Ich meine, wir müssen uns schon vor Augen führen, was in diesem Haushalt geleistet wird. In diesem Haushalt werden allein für die Jugendlichen, die sich in der Ausbildung befinden, 1.610 neue Lehrerstellen oder Lehrerstellenäquivalente geschaffen. Wenn Sie die 1.000 dazu zählen, die wir im vorigen Jahr geschaffen haben, dann sind Sie bei 2.610.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Koalition ist noch kein Jahr im Amt, und trotzdem ist dieses schon bewirkt worden – trotz des Sparhaushaltes, den wir Ihnen vorlegen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auch wenn Sie es nicht gerne hören, Frau Walsken: Die Zahlen, die Sie über das verlautbaren, was wir im Kindergartenbereich eingespart hätten, werden von Woche zu Woche größer. Erst hatten Sie der interessierten Öffentlichkeit einen Betrag von 104 Millionen € genannt – das ist die Differenz zwischen dem Ansatz 2005 und 2006 –,

(Gisela Walsken [SPD]: Wie, 104 genannt?)

dann haben Sie 72 Millionen € draufgelegt – das war die Summe, um die Sie die Sachkostenpauschale gekürzt hatten und die wir selbstverständlich weiterführen wollen. Damit waren Sie auf einmal schon bei 177 Millionen €.

(Gisela Walsken [SPD]: 176! Von Anfang bis Ende! Immer!)

– Frau Walsken, Sie wissen, dass das nicht stimmt. Ich wiederhole, was Kollege Klein gesagt hat, weil Sie es offensichtlich nicht verstehen wollen. Es ist Ihre einzige Botschaft, die Sie haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist auch eine Botschaft!)

Wenn Sie immer behaupten, bei den Kleinen würde am meisten gekürzt, dann stimmt das einfach nicht. Es ärgert mich, wenn Sie falsche Dinge verbreiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das noch einmal vortragen. Wir haben 104 Millionen € Differenz zwischen 2005 und 2006. Davon sind 54 Millionen € Bugwelle abzuziehen. Als Kollege Klein das vorhin vorgetragen hat, haben Sie gelacht. Sie haben seit 2000 – das wissen Sie, die Sie hier haushaltspolitische Verantwortung getragen haben – jedes Jahr

(Gisela Walsken [SPD]: Dazu stehen wir, Herr Kollege!)

zu wenig Geld etatisiert. Wir haben mit dem zweiten Nachtragshaushalt 54 Millionen € zusätzlich einstellen müssen, um Ihre Sünden der Vergangenheit wieder glattzubügeln.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie müssen also fairerweise diese 54 Millionen € von den 104 Millionen € abziehen. Dann sind Sie bei 50 Millionen € Differenz. Davon sind 42 Millionen €, jetzt noch einmal um 7 Millionen € gekürzt, also 37 Millionen € das, was wir für den Elternbeitragsdefizitausgleich brauchen. Wenn wir jetzt 23 Millionen durch die Regierungsfractionen neu drauflegen, dann ist das, was für Kindergärten ausgegeben wird, gegenüber dem Jahr 2005 rein vom Volumen her mehr.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch Unsinn! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann wundern Sie sich über Pisa!)

Das ist die Wahrheit, die Sie nicht hören wollen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich kann es Ihnen auch einmal andersherum vorrechnen. Sie verschweigen, dass wir mittlerweile 10 % weniger Kinder in den Kindergärten haben. Meine Damen und Herren, 2001 besuchten 565.000 Kinder einen Kindergarten, im Jahre 2006 sind es nur noch 510.000 Kinder. Und wenn Sie einmal umrechnen, was wir pro Kind ausgeben, dann haben Sie 2001 1.329 € pro Kind ausgegeben. Wir geben im Jahre 2006 1.487 € pro Kind aus. Das sind nach Adam Riese 158 € mehr, als Sie ausgegeben haben.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Warum glauben die Leute das draußen nicht?)

Ich möchte Ihnen gerne zum Schluss meiner Ausführungen sagen, dass wir mehr als eine Viertel Milliarde – Sie haben richtig gehört: mehr als 250.000 Millionen € – mehr für Kinder und Jugendliche in diesem Haushalt 2006 eingestellt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kindergarten Zahlen habe ich Ihnen vorge-rechnet. Die Schulzahlen habe ich Ihnen vorge-rechnet. Wenn Sie Sprachförderung, Ausgaben für soziale Brennpunkte dazu rechnen, dann sind Sie bei diesem Ergebnis: mehr als eine Viertel Milliarde mehr in diesem Bereich, den Sie sich of-fensichtlich zum Hauptangriffspunkt gewählt ha-ben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das klingt ja wie Hohn!)

Wir sind mit diesem Haushalt transparent, wir sind seriös und wir sind ehrlich. Wir haben keine Luft-buchungen, auch nicht bei den Einnahmen. Frau Walsken, auch wenn Sie es nicht mehr hören mö-gen – ich kann es auch bald nicht mehr hören –: Dem BLB, einem Betrieb, den Sie um 1,4 Milliarden € Kapital gebracht haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Was?)

wollen Sie weitere 150 Millionen € abnehmen nach dem Motto: Es ist ja sowieso ein Staatsbetrieb; da kommt es nicht mehr darauf an.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelt-zer [SPD]: Und Sie wollen Kaufmann sein?!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minis-ter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Ach so, ich dachte, Sie hätten sich gerade zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Wenn Sie erklären, da seien Sparstrümpfe geschaffen wor-den, dann sollten Sie doch dem Hohen Hause wirklich einmal den Gefallen tun, das vorzutragen: einem Betrieb, der ein Minuskapital hat, bei dem wir nicht, im Gegensatz zu Ihnen, etwas rausho-len können, weil wir ihn endlich einmal auf ordent-liche Füße stellen, 150 Millionen € abzunehmen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Schwarze Kassen, keine Sparstrümpfe!)

Sie wissen, mit welchen Geburtsfehlern, die wir mit Hilfe von Unternehmensberatern im Jahre 2006 beseitigen werden, der BLB 2001 ins Leben geschickt worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben in Ihren Anträgen so freundlich geschrie-ben, Frau Walsken, dass ein ehrlicher Kaufmann Steuermehreinnahmen etatisieren würde. Ich garanti-ere Ihnen, dass Steuermehreinnahmen, wenn sie

mit Sicherheit zu erwarten sind, dieses Plenum in einer zweiten Ergänzungsvorlage rechtzeitig erreichen werden. Da können Sie ganz sicher sein. Aber anders als Sie geben wir diese Steuermehreinnahmen, falls sie entsprechend der uns hoffentlich Ende der nächsten Woche vorliegenden Steuerschätzung eintreffen sollten, absolut in die weitere Rückführung der Nettoneuverschuldung, sodass wir dann das Ziel von 5,89 Milliarden € Nettoneuverschuldung unterschreiten werden – vorausgesetzt, die Steuerschätzungen werden dieses Ergebnis ermöglichen.

Ich glaube, dass wir in diesem Parlament gebrannte Kinder sein müssen, wenn wir sehen, dass die frühere Koalition alleine im Zeitraum von 2001 bis 2005 die Steuereinnahmen um 10 Milliarden € – Sie haben richtig gehört: um 10 Milliarden € – insgesamt zu hoch angesetzt hat und, als die Steuern nicht kamen, kräftig neue Schulden machen musste, womit sie natürlich wieder zusätzlich 400 Millionen € Zinsen bewirkt hat.

Ich freue mich darüber, dass vielleicht die Grünen in der Opposition zu einer nachhaltigen Finanzpolitik finden werden. Ich weiß, wie schwer es ist, Frau Löhrmann, das in der eigenen Fraktion durchzusetzen und mehrheitsfähig zu machen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ich glaube nicht, dass alle bei Ihnen auf dem Kurs sind. Jedenfalls habe ich die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss anders verstanden. Aber man soll die Hoffnung nie aufgeben. Sie wissen, dass sich auch die Opposition entscheiden muss, ob man sich an die Seite von Lobbyisten stellt und gegen die Koalition anreitet oder ob man einen Kurs der Vernunft geht und sagt: An diesem Kurs, den diese schwarz-gelbe Koalition eingeschlagen hat, führt kein Weg vorbei!

Das ist natürlich schwierig in einem Land, Frau Löhrmann, wo sich die Lobbyisten immer hinter einer der großen Volksparteien verstecken können. Das ist der Vorteil und der Charme bei der großen Koalition in Berlin: Da können sie das nicht mehr. Deshalb müssten die eigentlich mehr bewirken, als sie jedenfalls bisher gezeigt haben. Ich gebe auch diese Hoffnung nicht auf.

Ich bedanke mich am Schluss dieser Beratung über die Einzelpläne 12 und 20 für die sehr konstruktive Arbeit der Koalitionsfraktionen, die offensichtlich immer wieder bestätigen, dass an diesem Kurs der Konsolidierung des Haushaltes im Interesse unserer Kinder und Kindeskiner kein Weg vorbeigeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Linssen hat die vereinbarte Redezeit um mehr als vier Minuten überschritten. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung haben die Fraktionen die Möglichkeit, jeweils auch vier weitere Minuten Redezeit in Anspruch zu nehmen. Unabhängig davon hat die SPD-Fraktion ohnehin noch Redezeit. Zu Wort hat sich Frau Abgeordnete Walsken gemeldet.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, es ist gut, dass man noch etwas Redezeit übrig hat, denn so kommen Sie mir nicht davon an den Stellen, wo Sie eine besondere Aufregung provoziert haben. Ich liebe es immer wieder, in die Zahlen hineinzuschauen.

Das Stichwort Bau- und Liegenschaftsbetrieb – Sie haben es angesprochen – möchte ich gerne noch einmal aufgreifen. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist weder wirtschaftlich am Ende noch hat er Liquiditätsprobleme noch ist er sonst irgendwie am Rande von Insolvenz oder sonstigen schwierigen wirtschaftlichen Lagen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat seit 2002 jährlich etwa 550 Millionen € an Zinsen in die Landeskassen abgeführt. Es ist doch interessant, dass diese Landesregierung ausweislich ihres Etatansatzes wieder mit 557,3 Millionen € Zinszahlungen – einem Betrag, den Sie, Herr Finanzminister, gerade als zu hoch kritisiert hat – rechnet. Das haben Sie der Öffentlichkeit gerade verschwiegen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat er bestimmt nur vergessen!)

Zur Tilgung: Seit 2002 ist der Betrieb ohne Probleme in der Lage, bis zu 171,1 Millionen € – das war im vergangenen Jahr – aus dem Darlehen zu tilgen. Wir sagen jetzt in unserem Deckungsvorschlag: 150 Millionen € sind seriös kalkuliert. Herr Finanzminister, Sie müssen mir einmal erklären, wieso das nicht möglich sein soll. Sie haben, um die Wirtschaftsprüfer zu irritieren, gesagt: BLB, behalte das Geld! Wir legen einen Sparstrumpf an, damit wir später, also kurz vor den Wahlen, dieses Geld wieder zurückführen können. – Wir sagen: Das ist der falsche Weg, denn der Betrieb kann jetzt helfen, Ihre kinderfeindliche und unsoziale Politik abzumildern. Er kann zu diesem Zweck ohne Probleme 150 Millionen € an Tilgungsleistungen zusätzlich in den Landeshaushalt hin-

einführen. Ich bleibe dabei, und es leitet sich aus den Zahlen ab.

Zum Kindergartengesetz – das scheint Sie ja besonders geärgert zu haben – sage ich ausdrücklich, wie bereits im Haushalts- und Finanzausschuss: Wir stehen zu einer zu finanzierenden Bugwelle. Wir haben in unserem Änderungsantrag 176,6 Millionen € veranschlagt, und zwar sehr bewusst, Herr Finanzminister. Wir nehmen – rechnen Sie es einmal in Ihrem Hause durch – den Einsparbetrag bei den Sachmitteln – das haben wir vor einem Jahr versprochen, und das machen wir jetzt – in Höhe von 72,1 Millionen € zurück,

(Beifall von der SPD)

weil uns die Umwandlung in U3-Plätze wichtig ist.

Wir sagen auch, dass uns der Elternbeitragsdefizitausgleich wichtig ist, weswegen wir nicht wollen, dass die Elternbeiträge erhöht werden. Wir wollen nicht, dass die Kommunen es tragen. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: 42,3 Millionen € ist uns das wert.

Des Weiteren brauchen wir eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses, weil wir frei werdende Kindergartenplätze in U3-Plätze umwandeln wollen. Deshalb stehen wir auch da ausdrücklich zu 62,2 Millionen € zusätzlich für die Kindergärten, weil uns das politisch wichtig ist, Herr Finanzminister. Hören Sie auf, immer so zu tun, als würden wir mit falschen Zahlen operieren. Ich wiederhole es noch einmal: Wir stehen zu 176,6 Millionen € Umschichtungen zugunsten einer kinderfreundlichen Politik in diesem Lande. Wir sind in der Lage, das seriös zu decken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, da Sie sich ja so häufig auf uns bezogen haben, was ich zunächst einmal immer als Kompliment werte, möchte ich doch noch einmal auf einige Punkte eingehen und drei Feststellungen treffen.

Erstens. Bei dem Zeugnis, das Sie meinten, uns für unsere Oppositionsarbeit in diesem Haushaltsverfahren zu geben, haben Sie wohl etwas verwechselt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben nämlich ein Verhalten beschrieben, das Sie in den vergangenen zehn Jahren, die ich diesem Hause angehöre, an den Tag gelegt haben. Sie haben sich an die Seite jeder Protestbewegung gestellt und allen alles versprochen. Sie müssen nun zur Kenntnis nehmen, dass Sie das hier nicht einhalten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Gegensatz zu manch anderen in diesem Lande sind wir nicht aus der Verantwortung ausgebücht, haben uns den kritischen Diskussionen gestellt und sind zu den Menschen hingegangen. Frau Freimuth, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit den Leuten sprechen. Der Vorwurf richtet sich mindestens zu 80 % auch gegen Sie. Ich glaube, Herr Kollege Lindner war auch dort, was ja auch richtig war, denn wir sind eingeladen worden. Parlament heißt nicht nur, im Parlament zu reden, sondern auch, außerhalb und auf den Plätzen mit den Menschen zu sprechen. Das halte ich für eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens, Herr Linssen, werden wir einen Punkt im Protokoll genau nachlesen: dass Sie alle Menschen, die sich in einem demokratischen Rechtsstaat jetzt zu Recht gegen die Kürzungen wehren, die Sie hier entgegen Ihren Versprechungen vornehmen, die Sie in Kenntnis der Finanzlage des Landes gemacht haben, wie wir schon bei der ersten Lesung anlässlich des Sammelbandes der Reden von Herrn Diegel feststellen konnten, abtun mit: „Das sind alles Lobbyisten, denen ging es nur um sich selbst“, das finde ich bezeichnend. Da ist ganz viel Ehrenamt im Spiel! Dass Sie mit Ihrem Haushaltsentwurf, mit diesen kleinen Fitzelchen, die Sie da zum Teil kürzen, die aber in der Substanz für die Verbände, Vereine und für die Infrastruktur unseres Landes von unschätzbarem Wert sind, feststellen: „Das sind Lobbyisten“, das finde ich bezeichnend. Diese Einschätzung teile ich ausdrücklich nicht. Die haben Sie in der Vergangenheit auch nicht geteilt; das möchte ich hier noch einmal ganz klar feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Drittens: Jetzt komme ich zu der Haushaltskommission. Ich stelle das noch einmal dar: Diese Kommission ist von unserer Fraktion berufen worden, sie ist aber unabhängig gewesen, obwohl es bei den Personen Identitäten gab. Da haben nicht nur grüne Mitglieder mitgearbeitet. Schon gar nicht war das eine rot-grüne Kommission. Ich habe den Zusammenhang Ihrer Anmerkung eben überhaupt nicht verstanden.

Wir als Fraktion werden das alles – anders, als Sie es mit der Hartmann-Kommission gemacht haben – vernünftig diskutieren. Wir werden den einen oder anderen Vorschlag hier auch einbringen. Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie das, was die Hartmann-Kommission formuliert hat, noch alles auf dem Schirm haben. Dass Sie sich jetzt wie auch sonst ein paar Rosinchen herauspicken, entspricht, glaube ich, nicht der Notwendigkeit, sich wirklich mit einer Politik der nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts auseinander zu setzen. Dazu muss man nämlich über alle Vorschläge sprechen und nicht nur über die, die Ihnen passen.

In dem Gutachten steht: Umsetzung der Ergebnisse der Bull-Kommission. – Die haben Sie doch schon längst in die Tonne gekloppt! Da steht etwas über den Beamtenstatus, mit dem man sich auseinander setzen muss. Fehlanzeige! Das haben Sie so schnell alles nicht gelesen, weil Sie offenbar immer nur interessengelenkt lesen und dann sagen: Ach, da steht etwas über die alte Regierung. – Aber dass die Kritik an dem Kurs Ihrer Regierung in dem Gutachten, das Sie hier so gelobt haben, viel schärfer formuliert worden ist, das sollten Sie, bevor Sie das weitertragen, sich vielleicht noch einmal ein bisschen genauer angucken. So einfach ist das nämlich nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine letzte Anmerkung: Diese Haushaltsslage und die Haushaltsslagen in den vergangenen zehn Jahren haben auch mit einer Blockadepolitik von CDU und FDP im Bundesrat zu tun. Sonst hätten wir Subventionsabbau schon viel nachhaltiger betreiben können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die hat auch zu tun mit Wirtschaftsfaktoren, mit globalen Entwicklungsprozessen – Stichwort: Terrorattacken –, die Sie bitte schön nicht einfach so einer Farbe zuschreiben sollten. Gucken Sie sich alle Länderhaushalte an! Ich denke, es würde einer seriösen Debatte gut tun, wenn wir das alles noch einmal genauer auseinander sortieren würden. Vielleicht müssen wir damit nach dem Abschluss der Haushaltsberatungen anfangen.

Aber dass man mit dem Zerschlagen von öffentlicher, ehrenamtlicher, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Löhrmann!

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): ... sozialer Infrastruktur diesen Haushalt sanieren könnte, dieser

Auffassung ist meine Fraktion nicht. Deswegen ist Ihr Weg insbesondere in dieser Frage aus unserer Sicht falsch. Konsolidieren tun Sie darüber hinaus gehend auch nicht.

Das als Reaktion, weil Sie mich so häufig und so gerne angesprochen haben! – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das war ein langer Schlusssatz. – Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth, FDP-Fraktion, das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Löhrmann, lieber Herr Sagel, weil die Kollegin Löhrmann das Thema Steinkohlesubventionen gerade noch einmal angesprochen hat – Kollege Sagel hat es ja vorhin schon einmal aufgegriffen und hat uns da vollmundig aufgefordert –:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich meinte auch die Pendlerpauschale, die Eigenheimzulage ...!)

Ich darf schon Wert auf die Feststellung legen, dass es eine Koalition aus Sozialdemokraten, die auch nach wie vor dazu stehen – das ist anerkannt, das ist so –, und Bündnis 90/Die Grünen war, die die verabredete Laufzeit der Kohlesubventionen verlängert hat. Den Hinweis muss man Ihnen, Herr Sagel, und Ihnen, liebe Frau Löhrmann, hier noch einmal in aller Ausdrücklichkeit geben:

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig! Ihr habt mitgemacht in Berlin!)

dass Sie die Verantwortung dafür haben, dass wir die Steinkohlesubventionen noch nicht auslaufen lassen können, dass wir nicht aussteigen,

(Gisela Walsken [SPD]: Gut so!)

sondern erst einmal Verträge und Bewilligungsbescheide, die unter Ihrer Federführung, in Ihrer Verantwortung ausgestellt worden sind, erfüllen müssen. Deswegen finde ich es eine Verlogenheit ohnegleichen, wenn Sie sich hier hinstellen ...

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Verlogen sind Sie doch! Sie haben sich doch kaufen lassen mit den Parteispenden!)

– Herr Sagel, dazu habe ich Ihnen schon einmal etwas gesagt. Mich oder die FDP kaufen zu können, Herr Sagel, das ist völlig ausgeschlossen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Diesen Vorwurf, den Sie hier schon zweimal erhoben haben, wo Sie wirklich nur noch die Immunität schützt, dass Sie ...

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zahlen Sie das Geld zurück!)

– Herr Sagel, wenn Sie Belege für Ihren Vorwurf haben, legen Sie sie vor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er hat doch gesagt, es soll zurückgezahlt werden!)

Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen. Eine solche Verabredung – an dieser Stelle erlaube ich mir den freundlichen Hinweis – haben Sie nie zustande gebracht. Ganz im Gegenteil:

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrer Unterschrift sind die Verträge zur Subventionierung verlängert worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun will auch die CDU-Fraktion nicht abseits stehen. Herr Klein hat sich auch noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, Frau Löhrmann, warum Sie so allergisch reagieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich reagiere nicht allergisch!)

Ich habe Sie doch im Prinzip gelobt. Ich habe mich erfreut gezeigt, dass auch vernünftige Erkenntnisse in Ihrem Papier stehen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich habe Sie vor allen Dingen gelobt, weil Sie endlich – endlich! – zu der Erkenntnis gekommen sind, dass die Finanzen dieses Landes konsolidiert werden müssen. Nicht mehr und nicht weniger! Das ist aber etwas, finde ich, was durchaus vermerkt werden muss, weil es eben nicht selbstverständlich ist. Wenn man seinen Blick ein bisschen weiter nach links richtet, dann stellt man fest, dass diese Erkenntnis dort leider immer noch nicht da ist.

Wenn es aber so ist, dass wir konsolidieren müssen – ich denke, das ist bei der Diskussion jetzt deutlich geworden –, dann ist damit leider unvermeidlicherweise verbunden, dass wir den Men-

schen in diesem Land einiges abverlangen müssen. Das ist ganz klar. Die Verantwortung, die wir für das Größere haben, für die größere Gemeinschaft, nämlich unter Hinzunahme künftiger Generationen, macht es unumgänglich, genau so zu entscheiden. Das wissen Sie.

Wir sollten konstruktiv darüber diskutieren, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden. Wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir einfach so weitermachen wie in der Vergangenheit: mit Luftbuchungen über Verkäufe beim BLB, völlig unrealistischen Einnahmen, zu hohen Steuerschätzungen. Das ist nicht der richtige Weg. Das muss hier abschließend noch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20. Wir haben vereinbart, dass in der Mittagspause keine Abstimmungen stattfinden. Die Abstimmungen finden erst nach 14 Uhr statt, so dass ich jetzt überleiten kann auf den nächsten Einzelplan.

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung, Soziales“**.

Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ – Mit diesem Slogan ist die Union in die Landtagswahl des vergangenen Jahres gezogen. Herr Minister Laumann hat es in seiner Erklärung vor dem Ausschuss zur zukünftigen Regierungsarbeit noch einmal unterstrichen. Jetzt, ca. ein Jahr danach, stellen wir fest: Sie haben keine Arbeit geschaffen, demnach – nach Ihren eigenen Formulierungen – unsozial regiert, was sich nicht nur an den Kindern und Jugendlichen in diesem Land festmacht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor zwei Tagen hatten wir den Tag der Arbeit. Was sagt der Ministerpräsident? – Er steht zur Tarifautonomie, er steht für Flächentarifverträge, er setzt auf die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften – das typische Bild dieser Landesregierung: draußen das Wunschbild der Zuhörer

zeichnen und in der tatsächlichen Politik anders handeln als versprochen.

(Beifall von der SPD)

Was ist denn mit der Tarifautonomie? – Zwölf Wochen nunmehr untersagt der Finanzminister den Unikliniken, zu verhandeln. Der Einsatz des Ministerpräsidenten für die Tarifautonomie ist gleich null.

Und der Arbeitsminister? – Auf dem CDA-Landeskongress einstimmig eine Resolution für Tarifverhandlungen verabschieden, um wenige Tage später den Medien mitzuteilen, es stehe ihm nicht zu, seinem Kabinettskollegen Ratschläge zu erteilen, und bei einem Arbeitnehmerempfang in Dülmen wiederum mitzuteilen, dass man die Gewerkschaften an dieser Stelle nicht demütigen dürfe. Ja, was denn nun, Herr Laumann? – Geben Sie endlich Ihrem Finanzminister den notwendigen Ratschlag, Tarifverhandlungen zuzulassen; denn dieser Finanzminister hat diese Ratschläge nötig.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken
[SPD]: Das traut er sich nicht!)

Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Phase, die ausgesprochen hoffnungsfroh stimmt. Der Export und zunehmend auch die Nachfrage im Inland stützen die Konjunktur stärker als noch vor wenigen Monaten erwartet.

Wir befinden uns zugleich auf dem Arbeitsmarkt in einer weiterhin äußerst angespannten Lage. Der konjunkturelle Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt nur am konjunktursensitiven Ende. Die strukturellen Probleme bleiben bestehen, und zwar bei den ganz Jungen und bei den Älteren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt weiterhin zu, das zeigen uns die Zahlen des vergangenen Donnerstags, die die Regionalstelle der Bundesagentur nur zufällig am Tag der Verkündung der erhöhten Wachstumsprognose veröffentlicht hat.

Die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger stieg im April langsam, aber offensichtlich abgekoppelt von der wirtschaftlichen Belegung abermals auf nunmehr 705.280 Bezieher an.

Am Donnerstag gab es auch eine andere bedenkliche Übersicht: Landesweit waren Ende April 74.020 und damit 4,9 % weniger Ausbildungsplätze gemeldet als vor Jahresfrist. Zugleich stieg die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb eines Jahres um 9.750 junge Menschen oder 8,7 %. Das ist nicht alles: Wir beklagen zugleich 38.000 unversorgte Jugendliche, eine Zahl, die noch aus den letzten Jahren rührt. Das ist eine

Entwicklung, die uns alle nicht glücklich schätzen darf. Das heißt: Die Probleme verschärfen sich und verschärfen sich von Jahr zu Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Kluft, die uns in höchstem Maße Sorge bereiten muss. Ich fordere: Das Land darf sich nicht verstecken. Die Landespolitik hat eine große Verantwortung sowohl für die Langzeitarbeitslosen als auch für die Jugendlichen.

Doch was passiert in Nordrhein-Westfalen? – Hinter der eindrucksvollen Fassade des Arbeitsministers: viel zu wenig. Viele Ankündigungen, teilweise oder besser gesagt meistens in den Medien, manchmal auch im Plenum oder im Ausschuss. Viele Schnellschüsse mit vermeintlich enormen Erfolgszahlen – medienpolitisch genial. Aber die tatsächliche Umsetzung – wie von uns moniert –: erschreckend wenig.

Als Beispiel nenne ich das Werkstattjahr, das – wie wir Ihnen damals in der Debatte attestiert haben – vom Ansatz her gut ist, sich im Detail aber zu dem entwickelt hat, was wir befürchteten: zu einem Rohrkrepierer, der sehr weit hinter den von Ihnen vollmundig angekündigten Ergebnissen zurückbleibt. Die Expertenanhörung hat zusätzlich die handwerklichen Fehler eindrucksvoll aufgezeigt.

Dieser Arbeitsminister hat außerdem bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, dass die Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik massiv heruntergefahren werden. Das hat sich in dem Haushaltsentwurf leider bewahrheitet. Die Landesregierung hat die Mittel dort um mehr als 22 % gekürzt.

Ebenfalls seit letzter Woche wissen wir: Das war nicht alles. Finanzminister Linssen griff nochmals in Laumanns Kasse. Zusätzlich werden weitere 2 Millionen € aus der Arbeitsmarktpolitik abgesaugt. Die lapidare Begründung im Antrag: kann auch von Dritten erbracht werden.

Das sind Mittelkürzungen, die genau zwei Gruppen treffen: die Langzeitarbeitslosen und die Jugendlichen. Das ist das, was sich hinter der freundlichen, medienwirksamen CDA-Fassade abspielt: der Abschied des Landes aus dem Arbeitsmarkt, durchgeführt durch den Arbeitsminister – prost Mahlzeit kann ich an dieser Stelle nur sagen.

Der Raubbau an den Perspektiven der Arbeitsuchenden in Nordrhein-Westfalen wird weder durch die Anstrengungen des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit noch durch zusätzliche Mittel der freien und kommunalen Träger auszugleichen

sein. Das Land entzieht der nachhaltigen Beschäftigungspolitik den finanziellen Boden.

Ihr Zaubermittel, Herr Laumann, heißt Europa. Ja, da, wo wir europäische Mittel einsetzen können, müssen wir dies auch tun. Aber, Herr Minister, mit dem Tenor, dass wir als Land auch in der Verantwortung bleiben. Die Kofinanzierung zukünftig ausschließlich auf Dritte abzuwälzen ist landespolitisch unverantwortlich. Sie müssen zur Kofinanzierung des Landes stehen und auch sachlich und fachlich Verantwortung übernehmen.

Die Kommunen in unserem Land werden die notwendige Kofinanzierung nicht schultern können. Somit werden Mittel nicht in vollem Umfang abgerufen, und Sie, Herr Laumann, stehen gut da, weil Sie eine gute Idee hatten, die Dritte nicht in der Lage waren umzusetzen. Das ist ein populistischer, aber billiger Taschenfummlertrick, den wir Ihnen an dieser Stelle arbeitsmarktpolitisch nicht durchgehen lassen werden und auch nicht durchgehen lassen dürfen – wir nicht, die Betroffenen und die Arbeitslosen in diesem Land. Herr Minister, das sind Ihre Arbeitsuchenden. Sie wissen wie ich: Die Zahlen haben sich trotz Ihrer vollmundigen Ankündigungen im Herbst letzten Jahres zum Vorjahr in keinsten Weise verbessert.

Zu dem Sozialen, was Ihres Erachtens Arbeit schafft, habe ich jetzt einiges gesagt. Aber wie sieht es mit Ihrem Sozialen in Ihrem Haus aus? – Sie haben den Ansatz der Stiftung Wohlfahrtspflege um 11 Millionen € auf 14 Millionen € in 2006 gekürzt. Dies wird nach Ihren Aussagen dadurch kompensiert, dass es Haushaltsreste in entsprechender Höhe gibt, sodass auch in diesem Jahr unverändert 25 Millionen € zur Verfügung stehen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Wir alle wissen, dass es Gespräche zwischen den Fraktionen darüber geben sollte, die Förderung der Stiftung langfristig auf dem Niveau von mindestens 25 Millionen € zu sichern. Trotz der Ankündigung der CDU im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dass man gemeinsam zu einer verbindlichen Absicherung der Stiftung Wohlfahrtspflege für die Zukunft kommen wolle, hat es allerdings bis heute in dieser Frage keinerlei Bewegung gegeben.

Deshalb fordere ich an dieser Stelle nochmals nachdrücklich dazu auf, dass die Stiftung Wohlfahrtspflege nicht kaputtgespart werden darf. Sie ist noch eines der wenigen Instrumente, die das Land hat, um innovative Ansätze zu fördern. Wenn langfristig nicht eine Nettoförderung von 25 Millionen € gesichert wird, dann sind auch Ein-

schnitte beispielsweise in der politischen Behindertenarbeit unabwendbar.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wenn Sie sich angucken, was Sie früher gemacht haben, ist Ihre ganze Rede scheinheilig!)

Damit ist dann auch Ihre Ansage, Herr Minister, dass die Behindertenpolitik die Königsdisziplin der Sozialpolitik sei, nichts als Augenwischerei und wieder einmal ausschließlich populistisches Blenden.

Die freie Wohlfahrtspflege ist in drei großen Bereichen von Kürzungen des Landes betroffen. Zum Ersten wird die Globaldotation um knapp 500.000 € auf 9,3 Millionen € gekürzt. Zum Zweiten werden in fast allen Bereichen, in denen die Wohlfahrtsverbände als Träger aktiv sind, die Projektmittel gekürzt. Zum Dritten sind sie betroffen von der Kürzung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege.

Einmal abgesehen von den Einschnitten in den vielen einzelnen Politikfeldern, die wir in den Beratungen um die verschiedenen Einzelpläne noch ausführlich diskutieren werden, wird damit in der ganzen Breite gesellschaftlicher und sozialer Aufgaben das Ehrenamt geschwächt. Das Ehrenamt, das doch in den Reden – wohl gemerkt: nur in den Reden – des Ministerpräsidenten so in den Vordergrund gestellt wird, spielt bei Ihnen leider immer nur – um die fußballerische Sprache zu benutzen – im Abseits.

(Beifall von der SPD)

Durch die Kürzung der Globaldotation werden der freien Wohlfahrtspflege direkt Mittel und damit Kapazitäten und Kompetenzen für Innovationen, neue Konzepte und Ideen zur Förderung eines zeitgemäßen bürgerschaftlichen Engagements genommen.

Die soziale Arbeit benötigt hingegen in vielen Arbeitsfeldern zusätzliche Ressourcen, um mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe den vielschichtigen Problemen vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – ich nenne hier zum Beispiel Armut, Ausgrenzung, Pflegebedürftigkeit, mangelnde Prävention im Gesundheitsbereich, mangelnde Bildungsunterstützung – qualifiziert begegnen zu können.

Mit den geplanten Kürzungen wird den Ehrenamtlichen und Freiwilligen die Möglichkeit genommen, ihre oftmals sehr anstrengenden sozialen Tätigkeiten zu unterstützen und damit wertzuschätzen. Allein der Appell, dass Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt engagieren sollen, reicht nicht aus und wird den Umfang des Engagements natürlich

nicht steigern. Das Engagement der Ehrenamtlichen in unserem Land ist enorm. Mit Ihrer Haushaltspolitik entziehen Sie ihnen nach und nach die Grundlagen für ihre Arbeit.

(Beifall von der SPD)

Die neue Landesregierung hat die Schaffung von 1.000 neuen Ausbildungsplätzen versprochen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass der Ansatz für die Finanzierung der Altenpflegeausbildung lediglich um 397.800 € steigt, von 30,6 Millionen € in 2005 auf 31 Millionen € in 2006. Die Schaffung von 1.200 zusätzlichen Schulplätzen in der Altenpflegeausbildung war unserer Landesregierung im Doppelhaushalt 2004/2005 allerdings noch 4,6 Millionen € wert. Dass mit dem bescheidenen Mittelansatz von rund 400.000 € 1.000 zusätzliche Schulplätze geschaffen werden können, funktioniert nur, weil die Landesregierung die pauschale Förderung pro Platz von derzeit 317 € in zwei Schritten auf 280 € ab 2007 absenkt.

Damit werden die Wählerinnen und Wähler wieder einmal in zweifacher Weise betrogen. Zum einen wurden aus versprochenen Ausbildungsplätzen nur noch Schulplätze. Und diese müssen zum anderen von den Trägern der Altenpflegefachseminare auch noch selber finanziert werden. Die Landesregierung macht auch hier wieder einmal Versprechungen, die andere einlösen müssen, die dann unter Umständen auch noch dichtmachen müssen, weil Sie ihnen den Hahn auf Tröpfchen-niveau abgedreht haben. Das nenne ich bei der Sozialpolitik die Laumannschen Daumenschrauben des 21. Jahrhunderts.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Ihre Reden überall im Land entsprechen nicht dem, was Sie hier in Regierungsverantwortung vollziehen. Wenn Sie als Arbeits- und Sozialminister nur halbwegs so handeln würden, wie Sie draußen reden, dann ginge es uns im Land besser. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Nur für jemanden, der es aufmerksam verfolgt hat: Wir hatten aufgrund eines technischen Defizits die Zeit auf 13 Minuten eingestellt. Herr Schmeltzer, Sie sind unterhalb dieser 13 Minuten geblieben. Ich sage das auch nur für den Fall, dass jemand nachfragen sollte, weshalb die Redezeit an der Stelle länger als die verabredeten zehn Minuten war. Für die nachfolgenden Redner haben wir aber jetzt die korrekte Zeit eingespielt.

Ich gebe als nächstem Redner für die Fraktion der CDU dem Kollegen Post das Wort.

Norbert Post (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Schmeltzer, Sie haben das hervorragend beschrieben:

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich befürchte, da kommt noch etwas!)

Ihre Hinterlassenschaften sind deutlich geworden. Das war ein Bekenntnis zu einer Hinterlassenschaft, die Sie uns im Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsbereich hier garniert haben. So aber kommen Sie nicht davon. So einfach ist das nicht, all das aufzuzählen, was Sie nicht gemacht haben, und uns das in die Schuhe zu schieben.

Der Haushalt Arbeit, Gesundheit und Soziales wird ja weitestgehend, was das Land angeht, in Höhe von 1,5 Milliarden € durch Bundes- und 750 Millionen € durch Landesgesetze festgezurr, sodass höchstens 15 % überhaupt bewegliche Mittel bleiben. Mit den Personalkosten zusammen heißt das, dass jedem kundigen Thebaner klar wird, dass es nur einen geringen beweglichen Prozentsatz gibt. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Der Haushalt des Ministeriums musste Streichungen hinnehmen. Das war schmerzlich. Das haben wir nicht gerne gemacht. Das sind im Gesamthaushalt jedoch keine Einsparungen, sondern nur geringere Kreditierungen. Das müssen Sie sich bewusst machen, wenn es darum geht, dass Sie diese Kreditierungen doch irgendwann bezahlen wollten. Das hatten Sie einmal vor. Ob das überhaupt möglich ist, haben Sie uns nicht erzählt.

Dennoch: Wir stehen zu dem Grundsatz, nach dem Arbeitserhalt und Arbeitsschaffung die beste Grundlage für eine vernünftige Sozialpolitik und für einen guten Sozialstaat sind. Jugendliche in Ausbildung zu bringen hilft gegen Jugendarbeitslosigkeit später. Fortbildung hilft, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Innovative Stützung des Arbeitsmarktes hilft langfristig, neue Arbeitsplätze zu schaffen. So waren im Bereich der Arbeitsmarktpolitik neue Konzepte möglich, die beim Bildungs-scheck mit 12,6 Millionen € und durch das Werkstattjahr, das auch in diesem Jahr gefördert wird und im vorigen Jahr Anlaufschwierigkeiten hatte, weil es erst im November starten konnten, dargestellt werden.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das Programm „Jugend in Arbeit“ allerdings wollte die rot-grüne Regierung ganz kürzen und über-

haupt nicht weiterführen. Das kann jetzt weiterlaufen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben es ausgebaut!)

Im Laufe des Jahres werden wir sicher Strukturen aufzeigen können, nach denen sich die durchaus vorhandene Arbeit, die sich aber für die Menschen wegen des geringen Einkommens nicht lohnt, doch zu Arbeit machen lässt. Wir werden Ihnen Vorschläge vorlegen, die mit Sicherheit Menschen in Arbeit bringen, die Sie eigentlich schon vergessen hatten.

(Heiterkeit von Rainer Schmeltzer [SPD])

Zurück zur Haushaltstechnik. Die nötigen Einsparungen führen nicht zu Nachteilen für die Beschäftigten oder für die Arbeitslosen, sondern erhalten weitestgehend Strukturen und zerschlagen sie nicht. Ich weiß sehr wohl, dass es Kürzungen gibt.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Die haben mir wehgetan. Sie haben uns das Leben nicht einfacher gemacht, den Haushalt auch im Vorfeld zu beraten. Aber wir wissen auch, dass nicht-nachhaltige Haushaltspolitik eine saumäßige Sozialpolitik ist. Die nicht-nachhaltige Haushaltspolitik haben Sie uns hinterlassen.

Lassen Sie mich zum Sozialhaushalt kommen. Eine durchgreifende und nachhaltige Haushaltskonsolidierung kann leider auch den Sozialbereich nicht ganz ausnehmen; ich sagte das eben. Nur solide Landesfinanzen sichern auch die Zukunft der sozialen Hilfen für Menschen, die auf diese Hilfen angewiesen sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eben!)

Deshalb fällt es besonders schwer, in diesem Bereich Einsparungen hinzunehmen. Das ist allerdings – das haben Sie ganz vergessen – auch in den vergangenen Jahren schon in größerem Maße bei uns angetragen worden. Unter der Vorgängerregierung wurden die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen schon erheblich gekürzt. Sie mussten Streichungen hinnehmen. Darum war für uns Augenmaß gefordert. Ob wir das immer erreicht haben, entscheiden die Menschen. Aber wir mussten an der Stelle sicherlich – das betone ich ausdrücklich – besonders sensibel vorgehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nur haben wir mit den Leuten vorher gesprochen! – Minister Karl-Josef Laumann: Mit wem? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit den Verbänden zum Beispiel! – Weitere Zurufe)

Sie werden eindeutig zugestehen müssen, dass der Haushalt Arbeit, Soziales und Gesundheit in dieser schlechten Lage des Landes fast ungeschoren davongekommen ist.

So stehen für Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderungen erneut – wie im Vorjahr – 4,46 Millionen € zur Verfügung. Auch bei den Hilfen für demenziell erkrankte alte Menschen bleibt die Landesförderung ungekürzt. Ebenso werden Wohnberatungen und neue Wohnformen in vollem Umfang weiter gefördert. Angesichts der wachsenden Bedeutung alternativer Wohnformen ist es ein vorrangiges Ziel, die Strukturen abzusichern. Darüber sind wir übrigens im ganzen Haus, denke ich, einig. Den Antrag werden wir in der nächsten oder übernächsten Woche zu beraten haben.

Das gilt auch für die Globaldotation an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Das haben diese nicht gern gehört; das ist mir vollkommen klar. Aber wegen der hervorragenden Verhandlungen des Ministers mit den Verbänden und mit dem Einsehen, dass Geld nun einmal nicht vermehrbar ist, ist es zu einer akzeptierbaren Kürzung gekommen, die über die Jahre möglich erscheint. Das gibt den Verbänden auch für die nächsten Jahre die notwendige Planungssicherheit.

Den größten und entscheidenden Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet nachweislich die Stiftung Wohlfahrtspflege. Sie erhält aus dem Spielbankengeschäft 11,065 Millionen € weniger als im vergangenen Jahr. Sie ermöglicht durch diesen Verzicht, dass andere Bereiche, wie eben deutlich gemacht, verschont bleiben konnten. Ich verhehle nicht, dass diese Entscheidung mir auch schwer gefallen ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihnen scheint alles schwer gefallen zu sein!)

– Ja. Wir gehen verantwortungsbewusst mit den Dingen um.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das merkt man aber nicht!)

Herr Schmeltzer, merken Sie sich das. Diese Entscheidung akzeptiere ich nur sehr schweren Herzens. Uns als CDU-Fraktion war es in den vergangenen Jahren auch immer ein Anliegen, den in NRW unverzichtbaren Beitrag der Stiftung für die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur und des sozialen Klimas krisenfest zu machen. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten.

Es sei Ihnen gesagt: Wir werden auch die Mittel der Stiftung wieder auf den alten Stand bringen.

(Zuruf von der SPD: Wann?)

Davon können Sie ausgehen. Dieses Jahr stehen der Stiftung 25 Millionen € zur Verfügung,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! – Minister Karl-Josef Laumann: 25,6 Millionen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Legen Sie dar, wie wir es verabredet haben!)

und nächstes Jahr auch. Schauen Sie nach im Haushalt; Sie werden es sehen! Wir hätten noch Hunderte von Wünschen gehabt. Es gibt Wünsche, deren Erfüllung wir im Haushalt auch gern mit einer gewissen, den Entscheidern der letzten Jahre eigenen Freigiebigkeit hätten ausführen mögen. Aber wir haben uns auch im Arbeits- und Sozialbereich sowie im Gesundheitshaushalt eine Selbstbeschränkung auferlegen müssen, weil eine weitere Anhäufung der Schuldenberge der unsozialste Weg ist, nämlich der Weg, den Leuten die Last aufzubürden, die heute nicht mitentscheiden können.

Der Haushalt ist so konzipiert, dass wir ihn mitverantworten können. Diese Verantwortung gilt zum einen der heutigen Situation der Gesellschaft, zum anderen haben wir aber auch eine Verantwortung für künftige Generationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schwer genug für uns und diejenigen, die aus ihrer Sicht die bisherigen Förderungen und Initiativen als notwendig erachtet haben. Die grundsätzliche Fragelinie, der man sich stellen muss, ist in etwa wie folgt zu beschreiben: Muss alles, was als wünschenswert betrachtet wird, wirklich gemacht werden? Muss alles – auch wenn es sozialpolitisch noch so sinnvoll ausgeführt wird – gegen Bezahlung und Förderung gemacht werden? Hat unsere Freizeitgesellschaft nicht noch andere Ressourcen? Muss alles, was sinnvoll erscheint, vom Staat bezahlt werden?

Wenn wir, wie bisher, diese Fragen weiterhin mit Ja beantworten, ändert sich nichts. Das Ergebnis kennen wir. Auf dem Arbeitsmarkt hat es auch nicht nachhaltig geholfen. Wohl aber hat es in den letzten Jahren zu dieser chaotischen Finanzlage des Landes geführt. Diese Politik würde zu einer sich weiter potenzierenden Verschuldung führen, derer wir nicht mehr Herr werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie die Kraft zusammen und arbeiten Sie für die Zukunft unserer Kinder und nicht auf Kosten der Zukunft. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Post. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Post, gerade von Ihnen hätte ich mir ein bisschen mehr Selbstkritik gewünscht, und zwar bezogen auf das, was Sie in den letzten Jahren, als Sie in der Opposition waren, hier vollmundig verkündet haben, was Sie tun würden, wenn Sie an der Regierung wären, was Sie den Menschen in diesem Land versprochen haben, bewusst und wissentlich vor dem Hintergrund der Haushaltslage, in der sich das Land befindet.

Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht vom Himmel gefallen, sondern die haben Ihre Kolleginnen und Kollegen uns in jeder Haushaltsdebatte und bei jeder Einzelplanberatung vorgeworfen. Trotz dieser Haushaltslage haben Sie aber immer wieder verkündet, was Sie alles anders und mehr finanzieren wollten, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Ich werde Ihnen das gleich anhand einiger Beispiele noch einmal verdeutlichen. Sie haben den Menschen viel versprochen, Ihre Versprechen aber gebrochen.

An der Stelle hätte ich von Ihnen eine Portion Selbstkritik, vielleicht sogar ein Stück weit die Zurechnung dessen, was Sie in der Vergangenheit mit uns gemacht haben, erwartet. Sie haben hier bei jeder Haushaltsdebatte die Menschen auf die Bäume getrieben und sie dazu aufgefordert, Widerstand zu leisten und Protest zu erheben gegen Kürzungen, bei denen sich unsere Begründungen in mancherlei Hinsicht nicht von denen unterscheiden, die Sie heute anführen.

Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen.

Zur Arbeitsmarktpolitik! Wir haben – Kollege Schmeltzer hat es eben noch einmal gesagt – mehr Jugendliche denn je ohne Ausbildung. Die Zahlen steigen sogar noch. Was haben Sie in den letzten Jahren hier im Landtag vertreten? Gerade Sie auch als Person haben immer versprochen: „Betrieb und Träger“ ist ein ganz wichtiges Programm für die Jugendlichen im Übergang. Sie haben es als das wichtigste Programm überhaupt bezeichnet, das man unbedingt auflegen und erhalten müsse. – Ich selber war Kritikerin der Kürzung und Streichung bei BUT. Der Vorgängerminister hat seinerzeit gesagt: Wir müssen das ma-

chen und die Jugendlichen in dem Programm „Betrieb und Schule“ unterbringen, weil das Programm preiswerter ist. Wir wollen ein Angebot für mehr Jugendliche, das preiswerter ist, statt für weniger Jugendliche auf hohem Qualitätsniveau.

Damals haben Sie den Aufstand geprobt und die Landesregierung gezeißelt. Sie haben gesagt, das Geld müsse im Haushalt zur Verfügung stehen. Jeder einzelne Jugendliche müsse qualifizierte und hochgradig wichtige Angebote gemacht bekommen. Wo sind Ihre Angebote jetzt? Wo haben Sie BUT wieder eingerichtet? Jetzt hätten Sie die Möglichkeit gehabt; damals haben Sie es versprochen. Das Versprechen ist gebrochen.

Das gilt auch bezogen auf „Jugend in Arbeit“. Sie haben heute wieder von der bösen rot-grünen Landesregierung gesprochen, die „Jugend in Arbeit“ heruntergefahren habe. Aber Sie haben doch jetzt die Macht: Warum fahren Sie das Programm nicht wieder herauf, wenn es so gut war?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das machen Sie nicht, sondern stellen sich jetzt noch hin – obwohl Sie an der Macht sind – und sagen: Wir können nicht, weil die anderen etwas falsch gemacht haben! – Das ist hanebüchen. Jedes Kind lernt doch, dass man die Verantwortung für sein Handeln aktuell und jetzt, hier und heute selber übernehmen muss.

(Widerspruch von Norbert Post [CDU])

– Herr Post, Sie waren eben an der Reihe. Sie können sich gerne noch einmal zu Wort melden. Lassen Sie mich jetzt ausreden.

Die Verantwortung, die Sie hinsichtlich dieses Haushalts haben, übernehmen Sie bitte selber. Gehen Sie nicht hin und machen solche Sprechblasen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte noch weitere Beispiele bringen. Gerade der Übergang von der Schule in den Beruf und das Übergangsmanagement sind wichtig. Darüber haben wir in der Vergangenheit geredet. Es gab immer wieder die Ermahnung, dort müsse Geld hineingegeben werden. Statt den Jugendlichen eine bessere Berufsberatung anzubieten, werden selbst Berufsberatungsangebote der Regionalstellen „Frau und Beruf“ gestrichen. Auch andere Maßnahmen werden gestrichen. Statt den Jugendlichen zu helfen, wird auch dort der Hahn zugedreht. Sinnlose Warteschleifen werden angeboten.

(Widerspruch von Norbert Post [CDU] – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch nicht wahr!)

– Nein, Herr Post, schütteln Sie nicht den Kopf. Das ist die Politik, die Sie in diesem Bereich machen.

Zum Werkstattjahr hat der Kollege eben schon etwas gesagt. Auch dort handelt es sich um Warteschleifen für die Jugendlichen. Sie werden in dem Umfang noch nicht einmal mehr angenommen. Das ist nicht das, was einem Jugendlichen eine Ausbildung oder eine Berufsperspektive bietet. Sinnvolle Maßnahmen für Jungen und Mädchen haben Sie nicht auf den Weg gebracht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Henke?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Aber klar, Herr Henke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Henke.

Rudolf Henke (CDU): Frau Kollegin Steffens, nachdem Sie alles kritisiert haben, was nicht in Anträge umgesetzt worden ist, möchte ich Sie fragen: Besäßen Sie die Güte, dem Hohen Hause noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass sich während der letzten Amtszeit der rot-grünen Koalition die Haushaltssituation alleine um etwa 30 Milliarden € verschlechtert hat, weil Sie jedes Jahr in einer Größenordnung zwischen 5 und 6 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgenommen haben?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Dazu kann ich gerne etwas sagen, Herr Henke. Dass sich die Haushaltssituation verschlechtert hat, darüber haben wir heute Morgen schon anlässlich der Generaldebatte über den Einzelplan des Finanzministers geredet. Ich rede hier aber nicht über zusätzliches Geld, sondern über die Mittel, die beispielsweise für „Jugend in Arbeit“ oder andere Programme verwendet werden könnten. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe Haushaltsänderungsanträge gestellt, die kostenneutral sind. Die Spielwiesen, die Sie zum Teil bedienen, möchten wir nicht bedienen, sondern wir sagen: Die Prioritätensetzung muss bei Jugendlichen, bei Jugend und Arbeit, bei den Langzeitarbeitslosen geschehen. Es geht um den

Arbeitsmarktbereich. Herr Post, wenn Sie unsere Anträge gelesen hätten, würden Sie erkennen, dass es in keinem einzigen Fall um zusätzliches Geld geht. Aber Sie gehen sogar hin und schreiben in der Pressemitteilung der CDU zu der Kostendeckung Ihrer neuen Änderungsanträge, dass es sozial gerecht und ausgewogen sei, im Arbeitsmarktbereich noch einmal 2 Millionen € zu streichen. Also wenn Sie da so viel Geld haben, setzen Sie es in diesen inhaltlichen Bereichen ein, wo es dringend notwendig ist, statt dort zu kürzen.

Wir haben im Ausschuss Gespräche mit den Chefs der Argen in NRW geführt. Alle sagen: Die sozialpolitische Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen liegt jetzt in einem hohen Maße bei der Landesregierung. Angebote wie Kombilohn, die wieder zeitlich befristet sind und große Mitnahmeeffekte auslösen, sind nicht die Angebote, die notwendig sind.

Wir haben andere Anträge und andere Vorschläge eingebracht, die im Arbeitsmarktbereich – wie gesagt – in Gänze kostenneutral sind; sie kosten null Euro mehr. Aber Sie wollen den Zug in eine andere Richtung steuern. Ich sage: Das ist eine Richtung, die falsch ist und nicht zum Ziel führt. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie einen Bruchteil dessen, was Sie in der Opposition zur Arbeitsmarktpolitik verkündet haben, jetzt in der Regierung umsetzen. Dann entstünde für das Land eine andere Politik – zumindest eine, die sozialpolitisch nicht so katastrophal ist wie das, was Sie jetzt umsetzen.

Ich möchte auch etwas zu den anderen sozialpolitischen Bereichen sagen, auch wenn Kollege Schmeltzer schon viel zum Thema Globaldotation der Wohlfahrtsverbände gesagt hat, und auf die Stiftung Wohlfahrtspflege eingehen. Herr Post, Sie und gerade auch Frau Monheim, die mit Herz, Leib und Seele an der Stiftung hängt, haben in der Opposition einen Antrag zur seriösen Sicherstellung der Finanzierung der Stiftung Wohlfahrtspflege eingebracht und gefordert, dass sie endlich mehr Geld bekommt. Sie wollten eine prozentuale Festschreibung der gesamten Spielbankerlöse, damit dauerhaft eine Mindestsumme sichergestellt ist und jedes Jahr ein Sahnehäubchen obendrauf kommt.

Damals habe ich mit Frau Monheim und vielen anderen aus der Opposition darüber geredet und gesagt: Ich halte diesen Antrag für unseriös. Wir können froh sein, wenn wir die Summe, die wir haben, halten. – Darauf kamen wilde Beschimpfungen, das sei eine Sauerei, die Spielbankerlöse müssten den Menschen zugute kommen, für die sie gedacht seien.

Jetzt kürzen Sie massiv. Es ist Augenwischerei zu sagen: Da steht aber die Summe von so und so viel drin. – Sie kürzen so massiv, dass wir noch genau eine einzige Sitzung in diesem Jahr durchführen können, wenn es bei diesem Haushalt bleibt, weil alle anderen Mittel für die Beschlüsse der letzten Jahre verausgabt sind.

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Laumann, und sagen, es wäre eine Katastrophe, wenn man bei der Krankenhausfinanzierung schon die Mittel der Zukunft bewilligen würde,

(Minister Karl-Josef Laumann: Darüber reden wir gleich!)

dann ist das genau dasselbe, was Sie jetzt für die Stiftung Wohlfahrtspflege verlangen, wenn der Finanzminister die Mittel im nächsten Jahr zusagt. Denn dann können wir nur über Verpflichtungsermächtigungen Beschlüsse fassen, die im nächsten Jahr finanziert werden, weil die Stiftung ...

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist ja nicht wahr!)

– Doch, das ist wahr. Das haben wir von der Stiftung auch schriftlich.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

– Hören Sie mal: Ich sitze in der Stiftung, Sie nicht! Gucken Sie sich die Unterlagen an!

(Minister Karl-Josef Laumann: Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

– Es sind noch Mittel in Höhe von 4 Millionen € da, über die wir beschließen können. Alle anderen Mittel sind verausgabt. Das ist kein Blödsinn; darüber können wir uns auch gerne anders unterhalten. Sie müssen den Leuten nicht auch noch hier etwas vormachen; es reicht schon, wenn Sie das mit Ihrer Politik landauf, landab tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch auf zwei andere Bereiche eingehen. Bei der Altenpflegeausbildung haben wir wieder den Standard, der sich quer durch den Haushalt zieht: „versprochen – gebrochen“. Das machen Sie überall. Hier haben Sie 1.000 zusätzliche Altenpflegeausbildungsplätze versprochen. Die Altenpflegeausbildungsplätze gibt es in dieser Form nicht, weil es die Praktikumsplätze nicht gibt.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das wussten Sie vorher; deswegen konnte man solche Versprechen machen. Jetzt setzen Sie noch eins obendrauf und gehen mit der Summe der Finanzierung pro Platz herunter. Es ist schon

heute klar, dass deswegen Fachseminare schließen müssen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schließen!)

weil sie mit dieser Finanzierung keine adäquate qualifizierte Ausbildung vollziehen können. Es sind gute Seminare, die schließen werden. Damit werden wir einen noch größeren Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen haben. Gerade die CDU-Fraktion hat früher immer den Fachkräftemangel im Altenpflegebereich gegeißelt. Jetzt potenzieren Sie ihn im Vergleich zu dem, was wir in der Vergangenheit hatten.

Noch ein Beispiel, worüber in der Vergangenheit geredet und zu dem den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen worden ist. Jetzt machen Sie eine Politik, bei der die Leute verdammt hart aufschlagen: Das sind neue Wohnformen im Alter und Wohnberatung.

Wir hatten eine Enquetekommission und übereinstimmend Ergebnisse – ein Buch, das überall in der Bundesrepublik gelobt wird. Statt diese Inhalte umzusetzen, steuert die Landesregierung in eine andere Richtung und sagt: Das soll irgendwer anderes machen.

Ein letzter Punkt, der mich am Ende Ihrer Rede heftig irritiert hat: Müssen wir denn alles finanzieren, was wünschenswert ist? Muss denn wirklich alles finanziert werden, oder kann das nicht vielleicht auch ehrenamtlich passieren?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Die Menschen in diesem Land leisten außerordentlich viel ehrenamtlich. Bei ihnen wird im Haushalt sowieso an allen Stellen gekürzt, weil das Ehrenamt Ihnen keinen Euro wert ist. Nun darüber zu reden, ob nicht noch mehr ehrenamtlich geleistet werden kann, finde ich zynisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz des geschätzten Kollegen Henke, eine Bewertung des letzten Haushaltes zitieren. Herr Henke sagte damals, der Haushalt sei ein haushaltspolitisches Desaster für die Sozialpolitik in NRW. Ich kann nur sagen: Das haben Sie jetzt um ein Vielfaches übertroffen, Herr Henke. Das hier ist mehr als ein sozialpolitisches Desaster. „Viel versprochen – viel gebrochen“ ist Ihre Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich hoffe, dass die Menschen das nicht allzu lange mitmachen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat Kollege Dr. Romberg für die Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Herr Schmelzer, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte höchstes politisches Ziel sein. In der Hinsicht sind wir völlig d'accord. Die Frage ist nur, ob wir hier in Nordrhein-Westfalen solitär Arbeitsmarktpolitik machen können, um Menschen in Arbeit zu bringen? Oder sind wir auf Voraussetzungen aus Berlin angewiesen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Auch!)

– Auch.

Wenn man die Arbeitsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen beurteilt, wäre es schon wichtig, beide Faktoren zu berücksichtigen. Ich denke, bei den Berliner Faktoren kommt erschwerend hinzu, dass sich der Arbeitsmarkt noch nicht ausreichend mit Leben erfüllt hat. Wenn man bedenkt, dass das Problem der ineffizienten Arbeitsvermittlung noch nicht angepackt worden ist, dass Millionen Euro vergeudet werden, ohne dass Menschen in Arbeit kommen, dass andere Strukturen wie die private Arbeitsvermittlung immer noch ein Schattendasein führen, dass Leiharbeitsfirmen verteuert werden, obwohl sie einen guten Weg darstellen, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen, muss man zu dem Schluss kommen, dass all das mit beurteilt werden sollte, wenn wir über Arbeitsmarktpolitik sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das muss man auch beurteilen, wenn man vollmundig etwas anderes ankündigt!)

– Es stimmt nicht, dass ich hier vollmundig irgendetwas anderes angekündigt habe, Herr Kollege Schmeltzer.

Sie haben von einer Phase der Wirtschaft gesprochen, die hoffnungsvoll stimmt. Wenn das Wirtschaftswachstum, das die Bundesregierung jetzt auf 1,6 % schätzt, wirklich die Hoffnung ist, die wir in den Arbeitsmarkt setzen, dann ist das zu wenig ehrgeizig. Wenn man bedenkt, dass im europäischen Umland ein Wirtschaftswachstum von 3 %, in den Vereinigten Staaten von über 5 % zu verzeichnen ist, dann wird deutlich, dass der negative Abstand, den wir haben, immer weiter zunimmt. Dieses Problem haben wir und auch das Problem, dass Millionen Menschen hier nicht in Arbeit kommen. Das muss sich ändern. Wir müssen den Arbeitsmarkt in Düsseldorf fit machen,

genauso in Berlin. Dafür tragen Sie auch Mitverantwortung.

Jetzt ist eine Mehrwertsteuererhöhung geplant, die auch Sozialdemokraten vehement einfordern. Herr Steinbrück, der in Nordrhein-Westfalen einmal ein hoher Würdenträger war – das ist noch gar nicht so lange her –, setzt sich jetzt vehement für die Mehrwertsteuererhöhung ein. Glauben Sie ja nicht, dass das eine soziale Politik ist.

(Beifall von der FDP)

Die Mehrwertsteuererhöhung trifft Menschen, die wenig Einkommen haben und die sich bestimmte Luxusgüter nicht mehr leisten können, wenn zusätzlich 3 % erhoben werden.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich würde in diesem Zusammenhang gerne deutlicher die Stimme der nordrhein-westfälischen SPD hören. Befürworten Sie diese Mehrwertsteuererhöhung auch so vehement, wie es Herr Steinbrück tut? Oder sind Sie da gespalten?

Wir haben das Problem, dass die Menschen für den Arbeitsmarkt zu wenig qualifiziert sind. Das Problem, dass die Bildungsabschlüsse nicht das notwendige Niveau und viele Menschen keinen Abschluss haben, ist über Jahre entstanden. Auch da setzt der neue Haushalt andere Schwerpunkte. Es wird vermehrt in Bildung investiert; neue Lehrer sind eingestellt worden. Man muss frühzeitig anfangen, statt nachher zu reparieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Es ist unkluge Politik, immer nur den Schaden zu begrenzen.

Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, sich zu bilden und zu qualifizieren, um dann eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Das werden wir anders machen. Es dauert natürlich eine gewisse Zeit, bis wieder ein vernünftiges Bildungsniveau an nordrhein-westfälischen Schulen erreicht wird. Auch das ist Sozialpolitik. Hoher Bildungsstand ist wichtig, um nachher in der Gesellschaft seinen Platz zu finden. Da sind wir, wie ich denke, völlig d'accord.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen wird das neue Bildungssystem von allen so definitiv bekämpft: Lehrerverbänden, Schülerverbänden, Elternverbänden!)

– Veränderungen werden immer bekämpft. Hier wurde vieles immer auf demselben Stand gehalten. „Da könnte ja jeder kommen“, war das Argument. Es wurde gesagt: Das hatten wir immer schon, deswegen ist das gut.

Neue Wege brauchen Mut, Bewegung und Flexibilität. Da sollte man auch Zeit und Geduld haben, die Ergebnisse abzuwarten. Ich bin sicher, dass die Ergebnisse gut sind.

Frau Kollegin Steffens, die Grünen haben in den letzten zehn Jahren mitregiert. In Ihrer Rede hatte ich den Eindruck, als würde das ausgeblendet, als wäre die Situation in diesem Land von den Grünen überhaupt nicht mit zu verantworten.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Dieser Haushalt ist der erste, für den wir Verantwortung tragen. Die Erblast von 111 Milliarden € hat uns Rot-Grün übergeben.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da war er wieder, der Redebaustein!)

Wenn ein Arbeits- und Sozialhaushalt auf Landesebene aufgestellt wird, ist entscheidend, wie viele Mittel man zur Verfügung hat. Das gänzlich auszublenden und zu sagen, jetzt würden die Prioritäten falsch gesetzt, ist nicht nachvollziehbar.

Hinsichtlich der 2 Millionen € übrigens, die im Nachtrag von den Koalitionsfraktionen aus der Arbeitsmarktpolitik umgeschichtet worden sind, haben wir die Prioritäten anders gesetzt. Wir haben argumentiert: Dieses Geld ist im Bereich Kinder wichtiger als in der Arbeitsmarktpolitik. – Dazu stehe ich auch; das vertrete ich offensiv. Dazu gibt es unterschiedliche Ansichten. Diese Priorität setzen wir aber so.

(Zurufe von der SPD)

Es ist gut, dass Minister Laumann in der Arbeitsmarktpolitik bei den Arbeitsmarktinstrumenten, die die Landesregierung eingesetzt hat, versucht, auch außerhalb des Landeshaushaltes nach Geldquellen zu schauen. Dass EU-Mittel eingeflossen sind, ist wichtig; sonst wären viele Programme nicht mehr finanzierbar gewesen.

Das Werkstattjahr zum Beispiel ist ein jetzt anlaufendes Instrument, das gerade jungen Menschen, die bisher keine Chance hatten, eine Chance gibt. Das ist ein wichtiges Instrument, das leider nur mithilfe von EU-Mitteln möglich ist.

Dasselbe gilt für ältere Menschen mit Behinderungen, die integriert werden müssen. Auch das ist heute nur noch mit EU-Mitteln möglich. Es ist gut, dass die Landesregierung auf diese Mittel zurückgreift.

Weiteres Beispiel sind die Bildungsschecks. Wir haben eben gesagt: Qualifizierung und Bildung sind wichtig. Auch die Weiterbildung, insbesondere die berufliche Weiterbildung ist ein Instrument,

um das Bildungsniveau zu steigern, um die Chancen von Arbeitnehmern auf ihrem weiteren Berufsweg möglichst gehaltvoll zu unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie sieht es denn mit der Kofinanzierung aus?)

Es ist auch nicht so, dass im Bereich der Pflege jetzt alles kaputt gespart oder der Sozialstaat getötet würde. Das sind Vokabeln, die zurzeit zu hören sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind hier gar nicht gefallen!)

Im Landeshaushalt werden nach wie vor viele wichtige Projekte gefördert, die das Sozialgefüge mit erhalten, beispielsweise die Weiterentwicklung von ambulanten Hilfen für Menschen mit eingeschränkten Alltagskompetenzen. Diese werden unverändert fortgeführt. Im Bereich Wohnen bleiben die Wohnberatungsstellen, Frau Steffens, voll erhalten. Auch in diesem Zusammenhang haben Sie gerade behauptet, da werde etwas kaputt gemacht; das ist so nicht richtig.

Auch die Förderung bei der Qualitätssicherung in der Pflege wird fortgesetzt. Programme zur Unterstützung pflegender Angehöriger, Bewegungsangebote für Hochaltrige, Wohnprojekte – all das wird fortgesetzt. Von daher können Sie nicht behaupten: Dieses Land ist unsozial geworden.

All das sind Dinge, die fortgesetzt werden, bei denen wir nicht sagen können: Dieses Land ist damit unsozial geworden. – Dieses Land wird sozialer, weil die vorhandenen Mittel effizienter eingesetzt werden, weil wir von der Neuverschuldung herunterkommen wollen, weil wir soziale Infrastruktur auch noch in 20 Jahren erhalten wollen.

Wir baden jetzt die verkorkste Politik vergangener Politiker aus, die schon vor zehn, 20 Jahren schon Geld ausgegeben haben, das nicht da war. Wir können aber nur das Geld verteilen, das tatsächlich erwirtschaftet wurde. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde Geld verteilt, bevor es erwirtschaftet wurde. Das machen wir jetzt anders. Wir sehen zu, dass Geld erwirtschaftet wird, und nur das kann dann auch verteilt werden. Nur so können wir den Sozialstaat retten und erhalten.

NRW wird sozialer mit der Regierungspolitik von Schwarz-Gelb; darauf können Sie vertrauen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hunderttausende von Menschen vertrauen hier vor dem Landtag darauf!)

Es nimmt Ihnen keiner ab, wenn Sie hier schreien, dass wir NRW unsozial machen. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war ein Armutszeugnis!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf 2006 ist die finanzpolitische Grundlage für eine integrierte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von der CDU)

für eine Politik eines starken Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministeriums, des MAGS, eines Ministeriums, das mit der Tradition dieses Landes zu tun hat, aber von der Regierung vor mir zerschlagen wurde.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte zunächst einmal einige unwahre Behauptungen einiger Vorredner klarstellen: Trotz aller Unkenrufe, Frau Steffens, kann die Stiftung Wohlfahrtspflege in diesem Jahr 25 Millionen € bewirtschaften. Damit hat sie genauso viel Geld zur Verfügung wie in all den Jahren vorher. Wenn wir bei einer Stiftung, die Haushaltsausgabereste von 11 Millionen € im Haushalt hat, 14 Millionen € drauflegen, damit sie wieder 25 Millionen € bewilligen kann, wie es immer war, kann man nun wirklich nicht von Kürzungen sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist Fakt!)

Ich werde kritisiert, weil ich den Landesanteil in der Kofinanzierung der ESF-Mittel zurückfahre. Ich will ganz ruhig darauf hinweisen, dass wir in Deutschland seit der Einführung der Hartz-Gesetze eine andere Arbeitsmarktpolitik haben, und das ist in Berlin beschlossen worden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Ihnen!)

Die Argen und die Optionskommunen hatten im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen 1,1 Milliarden € für Arbeitsmarkt- und Eingliederungspolitik zur Verfügung und haben davon 660 Millionen € an den Bund zurückgegeben. Das ist die Wahrheit. Dass ich in dieser Situation eine Arbeitsmarktpolitik mache, bei der ich das ESF-Geld nehme und mit den Argen und Optionskommunen rede, die auch im ersten Quartal dieses Jahres nur etwa ein Drittel des Geldes ausgegeben haben, liegt doch wohl auf der Hand und ist keine

falsche Politik. Das kann überhaupt keine falsche Politik sein.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Falsche Politik ist, wie Sie haushalten!)

Jetzt sage ich Ihnen, was den vereinigten Oppositionsfractionen hier im Landtag nicht gefällt: Sie wissen, dass ich in diesem Haushalt viele Millionen Euro eingespart habe und dass der Sozialminister, der Gesundheitsminister und der Arbeitsminister dieses Landes kaum in der Kritik steht. Es ärgert Sie, dass wir es so geschickt gemacht haben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

Die Wahrheit ist, dass wir die Gelder wesentlich zielgerichteter ausgeben, als es früher der Fall war; deswegen haben wir auch keinen großen Protest. Die Schwachen fallen bei mir eben nicht durch den berühmten Rost.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird sich zeigen!)

Übrigens: Die Wohlfahrtspflege ist ausgesprochen gut auf mich zu sprechen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind draußen vor der Tür! Waren Sie schon da?)

weil sie bei Ihrer Regierung, bei Frau Fischer erlebt hat, dass ihr von heute auf morgen 20 % ihres Budgets weggenommen wurden. Ich habe mit den Wohlfahrtsverbänden darüber gesprochen, wie wir in drei Jahren eine Regelung von 20 % hinbekommen. Sie haben mir dann selber den Vorschlag mit 5 %, 5 % und 10 % gemacht. Das wird in den nächsten drei Haushaltsjahren von mir eingehalten, weil ich das so zugesagt habe. So kann man das mit den Verbänden auch regeln.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Geht doch!)

Es ist richtig, dass wir heute in erster Linie über den Arbeits- und den Ausbildungsmarkt sprechen. Natürlich sind die Rahmenbedingungen schlecht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen von 2000 bis 2005 rund 400.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Wir sind von rundum 5,9 Millionen auf 5,5 Millionen gefallen. Da habe ich nicht regiert. Aber ich mache auch gar nicht den Vorwurf, dass das alles an der Landespolitik liegt. Trotzdem: Das grundlegende Problem unseres Arbeitsmarktes sind die fehlenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse. Wenn man davon 400.000 in fünf Jahren

verloren hat, dann hat man ein erhebliches Problem.

Zu den Ausbildungsplätzen: Im Jahre 2000 hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch 128.000 abgeschlossene Ausbildungsverträge, 2001 waren es 126.000, 2002 115.000, 2003 111.000, 2004 115.000 und 2005 111.000. Das heißt, in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten fünf Jahren fast jede vierte Lehrstelle im dualen System weggefallen. Habe ich da regiert, oder waren andere dran?

Gleichzeitig sind die Schulabgängerzahlen von 195.000 im Jahre 2000 auf 213.000 im Jahr 2005 gestiegen sind. Das heißt, wir haben eine sehr schwierige Situation am Ausbildungsmarkt und im Übergang von der Schule in den Beruf, und das mittlerweile quer durch alle Qualifikationsstrukturen. Das wissen wir.

Was habe ich gemacht? – Ich habe in dieser Situation die Politik um den Ausbildungskonsens erhöht.

Im Jahre 2005 hat die Landesregierung 19,8 Millionen € rund um die Lehrstellen zur Verfügung gestellt. Ich stelle im Jahre 2006 51 Millionen € rund um die Lehrstellen und den Ausbildungskonsens zur Verfügung.

(Beifall von CDU und FDP)

Da muss man doch jetzt wohl zugeben, dass ich diesem Problem fehlender Lehrstellen im dualen System, das auch ich nicht von heute auf morgen ändern kann, mit einer äußerst geschickten Politik in der Frage des Ausbildungskonsens begegnet bin und den jungen Leute dadurch die Sorge, wenn es im dualen System nicht klappt, genommen habe, dass wir ihnen keine Hilfestellungen geben.

Im Jahre 2005 haben 84.000 junge Leute an Maßnahmen rund um den Ausbildungskonsens teilgenommen, während es bei mir 193.000 junge Leute sein werden. Vor allen Dingen haben wir den sogenannten Kompetenzcheck, wie es der Ausbildungskonsens wollte, erheblich ausgebaut, damit wir auch in der Treffsicherheit bei den unterschiedlichen Arten von Lehrstellen, für die sich die jungen Leute interessieren, besser werden. Vor allen Dingen muss es aufhören, dass so viele ihre Lehrstelle nicht antreten oder in den ersten Monaten wieder hinschmeißen; denn die werden leider nicht immer wieder neu besetzt. Deswegen kann man mit einer sichereren Auswahl am meisten helfen.

Ich finde, das ist eine gute Politik. Deswegen haben Sie das ja auch nicht kritisiert, und aus die-

sem Grunde wirkten Ihre Reden ja auch ein Stück weit scheinheilig.

Als ich ins Amt kam, gab es 20.000 junge Leute, um die sich in Nordrhein-Westfalen niemand kümmerte, außer in den ein, zwei Tagen, wenn sie zur Schule gehen. Ich habe dann gesagt: Reden wir nicht lange, womöglich noch ein ganzes Jahr. Ich will, dass das Werkstattjahr jetzt sofort in Kraft tritt. Und das war eine richtige Entscheidung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden im kommenden Jahr auch in der Durchführung besser werden. Die Idee ist alternativlos richtig; das wird uns an jeder Stelle bescheinigt.

Als ich ins Amt kam, hatte die alte Landesregierung nicht einmal beschlossen, wie der sozialverträgliche Ausstieg der Bergleute weitergehen soll; denn sie hatten das Anpassungsgeld in der alten Landesregierung, weil sie sich nicht mehr einigen konnten, nicht verlängert. Und ich musste in wenigen Wochen Millionen Euros besorgen, um diesen Beschluss im Kabinett vorzubereiten, sonst wäre nämlich Ende Dezember dieses Jahres das unter Rot-Grün beschlossene Anpassungsgeld ausgelaufen und damit wären die Voraussetzungen für einen sozialverträglichen Abbau in den Bergwerken weggefallen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kannten doch die Voraussetzungen!)

Als ich ins Amt kam, wurde auch schon über die Vogelgrippe geredet. Seitdem ich im Amt bin, haben wir 67 Millionen € ausgegeben, um unsere Bevölkerung vor der Grippe zu schützen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kommt nachher!)

und Sie hatten im Haushalt nicht einmal einen einzigen Euro dafür vorgesehen. Und in den Plänen, die wir in den Schubladen vorgefunden haben, war lediglich eine Versorgung von 3,5 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Das ist die Wahrheit über Ihre Politik, über Ihre vernachlässigten Aufgaben und über das, was wir in diesem Ministerium vorgefunden haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wissen, dass das so nicht stimmt, und kriegen auch noch einen cholerischen Anfall dabei!)

Wir haben uns dann an die Arbeit gemacht und uns dafür entschieden, unsere Arbeitsmarktpolitik stark zu konzentrieren. Wir machen Potenzialbe-

ratung. Das kommt in der mittelständischen Wirtschaft sehr gut an, auch bei den Gewerkschaften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das kommt an; das ist richtig! Nur, es kommt nichts dabei herum!)

Damit haben wir 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen; das ist nachweisbar. Wir haben den Bildungscheck eingeführt – genial finanziert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Genial? Das war doch wohl zulasten der Arbeitnehmer, die das selber kofinanzieren müssen!)

– Dazu sage ich Ihnen eines: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Und die Zahl von etwa 10.000 Bildungschecks, die wir seit Januar in Nordrhein-Westfalen an tüchtige Leute, die sich beruflich weiterqualifizieren wollen, ausgegeben haben, bestätigt mein gutes Programm.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie stehlen sich aus der finanziellen Verantwortung!)

Wir haben dafür gesorgt, dass der Berufsschulunterricht in 19 Innungen so flexibilisiert wird, dass im zweiten Ausbildungsjahr nur noch ein Berufsschultag stattfindet, damit wir im Handwerk wieder zu mehr Lehrstellen kommen. Ist das etwa eine falsche Politik?

Wir haben dafür gesorgt, dass wir in der Altenpflegeausbildung heute rund 300 Altenpflegerinnen in Nordrhein-Westfalen mehr in der Ausbildung haben als zu Ihrer Regierungszeit. Ist das etwa schlecht? Es sind 300 mehr als zu Ihrer Zeit, und dann wagen Sie es, diese Politik zu kritisieren?

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Natürlich, weil sie die alten Kosten von uns dafür eingesetzt haben!)

Auch hier sind wir auf einem guten Weg.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Meine Sozialpolitik ist dadurch gekennzeichnet, dass wir in der Behindertenpolitik äußerst verlässlich sind. Dies muss so sein. Wer am Schutz von ungeborenen Kindern interessiert ist, muss hier äußerst verlässlich sein. Wir sind hier innovativ, und wir werden in wenigen Monaten dem Landtag Nordrhein-Westfalen ein allumfassendes Konzept – auch über Ressorts hinweg abgestimmt – einer Teilhabepolitik für Behinderte in Nordrhein-Westfalen vorlegen. Das ist nämlich nicht nur eine Aufgabe der Sozialpolitik, das betrifft auch die Wohnungspolitik und viele andere Felder.

Deswegen möchte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss festhalten: Wenn man gut über die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen redet, wenn man gut über das MAGS redet, wenn man gut über den Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister redet, ist man in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nahe bei der Wahrheit. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laumann.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum **Teilbereich „Gesundheit“**.

Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Laumann, das Loben eines starken MAGS und starke Worte ersetzen keine gute Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Laumann, wir wagen es, Sie zu kritisieren. Ich habe manchmal bei dem Selbstbild, das Sie hier darstellen, den Eindruck, als glaubten Sie, die Sonne würde nicht mehr am richtigen Punkt im Osten aufgehen, wenn Sie nicht Minister wären. Ich sage, Sie geht gleichwohl am richtigen Punkt auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil wir nahe bei der Wahrheit sind und sagen, was Sie und das MAGS in der Gesundheitspolitik wirklich wollen, will ich Ihnen sagen, dass Sie im Bereich der Gesundheitspolitik in Ihrer Amtszeit einen Kahlschlag in bestimmten Bereichen hinterlassen haben, den die gesamte gesundheitspolitische Landschaft als etwas völlig anderes empfindet, als dass Sie hier eine gescheite Gesundheitspolitik gemacht hätten.

(Beifall von der SPD)

Nachdem Sie erst Wochen im Amt waren, haben Sie zu dem Bereich Krankenhausinvestitionen erklärt, dass Sie die Investitionen für zwei Jahre streichen wollen. Wissend, dass sich die Krankenhäuser in einem Umwälzungsprozess und bezüglich der DRGs in einer Neuorientierung befinden. Wissend, dass unsere Krankenhäuser im Vergleich zu anderen Ländern auch darauf angewiesen sind, dass sie eine gute, qualitative und gehaltvolle Ausstattung haben müssen.

(Widerspruch von der CDU)

Sie haben uns dann permanent vorgerechnet, warum das so sein müsse. Das bedeuten wohl auch wieder die Zwischenrufe von Herrn Post und Herrn Henke, die im Gegensatz zu den Menschen in der Krankenhauslandschaft noch das glauben, was Sie, Herr Minister, einmal vorgerechnet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben gemeinsam in der Krankenhausversammlung NRW gegessen. Wir haben eine Anhörung gemacht, bei der Sie, Herr Post, auch anwesend waren. Außer drei marktradikalen Professoren – noch nicht einmal Sie glauben wohl, dass das, was die erzählt haben, irgendeine Zukunft hätte; Herr Romberg steht denen wohl näher –, die die Förderung ganz abschaffen wollten, weil der Markt auch bei der Gesundheitspolitik alles regelt, haben alle anwesenden Fachleute überhaupt nicht nachvollziehen können, warum Sie diese Kürzungen bei den Investitionen vornehmen. Kein Mensch kann das nachvollziehen, außer Ihnen selbst.

(Beifall von der SPD)

Im zweiten Schritt haben Sie die Krankenhäuser noch einmal bestraft, indem Sie bei der Finanzierung der Großgeräte, bei den Krankenhauspauschalen für Modernisierung und Geräte-Erneuerung, noch einmal 11 Millionen € eingespart haben, weil Sie den Zeitraum der Anpassung von zwei auf vier Jahre verlängert haben. Sie haben also die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen zunächst verunsichert und dann nicht nur verärgert, sondern auch gegen die Wand laufen lassen. Das tun Sie weiterhin.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege Bischoff, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Post?

Rainer Bischoff (SPD): Nein, ich bin jetzt gerade gut in Schwung. Herr Post oder Herr Henke kommen bestimmt noch nach mir. Das sind die, die das, was Herr Laumann ihnen erzählt, noch glauben.

Ihre Politik führt zu einer eindeutigen Gefährdung der Krankenhauslandschaft und zu einem Desaster in der gesamten gesundheitspolitischen Landschaft. Es ist ein gesundheitspolitischer Kahlschlag festzustellen, von dem ich gerade schon sprach.

Darüber hinaus, Herr Laumann, zeigt der erste Haushalt der neuen Mehrheitsfraktionen Folgendes: Die heutige Presse gibt wieder, dass die Ansteckungszahlen bei Aids auf Rekordniveau sind. Was machen Sie? – Sie haben zunächst erklärt, Sie hätten im Bereich Aids überhaupt nicht gekürzt. Ich erinnere an die Ausschusssitzung, die Charakter hatte. Ich will das einmal schildern, Herr Laumann, die anderen waren ja nicht dabei: Als Erstes haben Sie erklärt, Sie hätten gar nicht gekürzt. Dann haben wir Ihnen erklärt, dass bei den Junkie-Programmen, bei den Programmen für Lesben und Schwule und bei den Spritzenautomaten erheblich gekürzt worden ist.

(Zuruf von der CDU: Gar nicht wahr!)

Daraufhin hat sich Herr Laumann umgedreht, wie er es gerade auch tut, und erklärt: Sagen Sie einen schönen Gruß ins Land, der Minister Laumann sagt, das mit den Spitzenautomaten machen wir wieder rückgängig. – Aber Sie haben keinen Antrag gestellt, und unsere Anträge abgelehnt. Das, Herr Laumann, nenne ich unseriöse Politik.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Bischoff, Herr Romberg hat eine Zwischenfrage.

Rainer Bischoff (SPD): Nein, ich bin gerade in Schwung. Außerdem habe ich krankheitsbedingt Schwierigkeiten mit der Stimme. Ich mache also zuerst meinen Part zu Ende.

Das nenne ich unseriöse Politik, überhaupt keinen Antrag zu stellen. Auch das war neu für mich. Ich habe das einmal „Kastration der Fachpolitiker“ genannt – ich gebe zu, das ist ein bisschen heftig formuliert –, in den Ausschüssen überhaupt keine fachpolitischen Anträge mehr zu stellen. Das haben wir anders gemacht, als wir noch Fachpolitiker in der damals die Regierung tragenden Koalition waren.

Im Bereich der Suchtgefahren sind die Fallzahlen ebenfalls erheblich gestiegen. Hier haben Sie überproportional um mehr als 20 % gekürzt, Herr Laumann. Ich sage immer Herr Laumann, ich meine aber auch die CDU- und die FDP-Fraktion, die alles nachgebetet und keine Änderungsanträge gestellt haben. Da überproportional gekürzt wurde, war das offensichtlich politisch gewollt, obwohl wir wissen, dass weiterhin im Bereich der Suchtgefahren höhere Fallzahlen da sind und dort dringend etwas getan werden müsste.

Ich habe eben von gesundheitspolitischem Kahl-schlag gesprochen. Den gibt es auch im Wortsinne. Programme wie „Frau und Gesundheit“ existieren schon jetzt nicht mehr. Die haben Sie kahl geschlagen, die haben Sie beerdigt. Herr Henke hat im Ausschuss eine wunderbare Beerdigungsrede gehalten. Er hat Sie über den grünen Klee gelobt, um dann unseren Antrag abzulehnen und keinen Antrag zu stellen. Die beiden Kolleginnen waren an ihrem letzten Arbeitstag in unserer Ausschusssitzung und konnten danach das Licht ausmachen. Das war wunderbar, Herr Henke, so eine Beerdigung zu inszenieren.

Genauso sind die Krebsberatungsstellen annähernd beerdigt worden. Interessant dabei ist, Sie haben fast alle Programme mit hohem ehrenamtlichen Engagement gekippt, in denen also mit geringen Mitteln eine hohe Effektivität durch ehrenamtliche Tätigkeit erzeugt worden ist. Herr Laumann, Sie sind doch Gewerkschaftler. Es gab einmal einen wunderbaren Spruch der DGB-Jugend: Sonntags reden, montags handeln. – Also: Sonntags das Ehrenamt loben und montags die Haushalte beschließen, mit denen das Ehrenamt abgeschafft wird. So geht es nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die Politik dieser Landesregierung!)

Ich wiederhole, zu all dem haben die die Koalition tragenden Fraktionen in drei Lesungen des Ausschusses nicht einen Antrag gestellt. Wir haben selbstverständlich sowohl dort als auch hier für die heutige Abstimmung zu allen inhaltlichen Positionen, die ich gerade angesprochen habe, Änderungsanträge gestellt. Insofern lautet mein Fazit der ersten Haushaltsaufstellung der neuen Koalitionsfraktionen: Ihr gesundheitspolitischer Haushalt ist ein gesundheitspolitischer Kahl-schlag. Sie gefährden die Krankenhauslandschaft in NRW qualitativ. Sie beerdigen wichtige und richtige gesundheitspolitische Programme.

Sie sparen bei Drogensüchtigen und Aids-Infizierten und, was noch schlimmer und wichtiger ist, bei der Aids-Präventionsarbeit, damit ihre Zahl nicht zunimmt. Somit sparen Sie an der falschen Stelle.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist schlimm für die Betroffenen. Das ist schlimm für die Gesellschaft. So ist Ihr gesamter Gesundheitshaushalt für Nordrhein-Westfalen: schlimm für die Betroffenen, schlimm für die Menschen, unzureichend für unser Land Nordrhein-Westfalen. Herr Minister Laumann, in punkto Gesundheitspolitik sind Sie eindeutig zu kurz gesprungen. Das Ziel einer qualitativen Gesund-

heitspolitik haben Sie im ersten Jahr Ihrer Amtszeit eindeutig verfehlt.

Ich appelliere an alle Fraktionen – die Änderungsanträge werden gleich im Anschluss abgestimmt; meine Hoffnung ist nicht groß, was die Lernfähigkeit der regierungstragenden Fraktionen angeht, das will ich zugestehen –, den Änderungsanträgen zuzustimmen und die schlimmsten Auswüchse der gerade geschilderten Politik zu verhindern. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Henke.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Ich will mit einigen Bemerkungen des Komplimentes, des Dankes und einer Sympathieerklärung beginnen, die ich an die Oppositionsfraktionen des Hohen Hauses richte. Das Kompliment gilt Ihren Anträgen, die Sie während der Ausschussberatungen eingebracht haben und in der zweiten Lesung stellen, nicht allen, aber doch den meisten. Denn fast alle Ihre Anträge konzentrieren sich auf Themenfelder, über die zu diskutieren sich lohnt, und es handelt sich um Anträge, denen man gerne von ganzem Herzen zustimmen würde, wenn man all das außer Acht lässt: die tatsächliche Haushaltslage Nordrhein-Westfalens mit immerhin gut 112 Milliarden € Verschuldung, die rot-grünen Hinterlassenschaften nach 39 Jahren SPD-geführter Regierung, die Verpflichtung Nordrhein-Westfalens für die Finanzsituation in ganz Deutschland.

Das gilt natürlich für die Krankenhäuser, die sich sicher freuen würden, 30 Millionen € Zuschüsse und weitere 30 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen mehr zu erhalten. Das gilt für die Bekämpfung der Suchtgefahren und der Immunschwäche Aids, wo man praktisch nie genug tun kann. Das gilt für die Zuschüsse zur Förderung ehrenamtlichen Engagements, der Prävention, der Gesundheitsförderung, der Selbsthilfe, bei Behindertenverbänden und der Bürgerorientierung, für die sicher geeignete Adressaten zu finden wären, und auch für eine Fortsetzung der Zuschüsse an die Koordinierungsstellen Frauen und Gesundheit, deren Arbeit wir alle gemeinsam hohe Wertschätzung entgegenbringen.

Mein Kompliment geht an Sie, weil Sie es uns außergewöhnlich leicht gemacht haben, die Haushaltsberatungen zu bestehen, denn die sympathischen, gutherzigen, nach Zweck und Höhe ganz

sicher wünschenswerten Anträge, die sie gestellt haben, sind im Ganzen und im Detail entweder ohne jede Deckung oder ohne seriöse Deckung geblieben, und sie laufen darauf hinaus – das ist die Essenz dessen, was Sie sagen – die Landesverschuldung weiter zu steigern. Deswegen erfahren Sie von der CDU-Fraktion eine relativ leicht verständlich zu machende Antwort, nämlich die, dass es nicht möglich ist, Ihren Anträgen zuzustimmen, wenn Sie damit eine zusätzliche Erhöhung und Steigerung der Kreditmittel als Finanzierungsweg beschreiten müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt doch nicht! Sie haben die Deckung von Frau Walsken nicht zur Kenntnis genommen!)

Natürlich verursachen Kürzungen im Haushalt immer Schmerzen und Unbehagen, dennoch sind sie notwendig. Denn es ist, Herr Schmeltzer, Herr Bischoff, ein Ergebnis Ihrer Haushaltsführung in der Vergangenheit,

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dass wir soziale Sicherheit im Lande gewährt haben!)

dass das Land von 100 € Steuereinnahmen dem Bürger nur noch 87 € an Leistungen zukommen lassen kann und 13 € an Banken, an Kreditinstitute, an Finanzinvestoren im In- und Ausland zahlen muss, weil die Verschuldung so hoch ist, wie Sie sie gemacht haben. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen ziehen Sie dem Ehrenamt den Boden unter den Füßen weg! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Umverteilung von den kleinen Steuerzahlern zu denen, die genug Geld haben, um dem Land Geld zu leihen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat nichts mit sozialer Politik zu tun. Das ist sozial kalt, das ist nicht nachhaltig, und deswegen darf dieser Weg nicht fortgesetzt werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer schreit, hat Unrecht!)

Und ohne eine Deckung lässt sich eine Erhöhung der Ansätze eben nur über eine Steigerung der Kreditmittel finanzieren.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU-Fraktion hat zu Recht entschieden, keinen Änderungsanträgen zuzustimmen, die nicht

mit seriösen Deckungsvorschlägen verbunden sind.

(Zuruf von der SPD: Ihre eigenen Leute gehen auf die Straße!)

Es geht nicht mehr, dass man jedes Jahr 255 Millionen € Krankenhausinvestitionen bewilligt, obwohl nur 169 Millionen € an Bargeld zur Verfügung stehen, sodass man zum Schluss einen Bewilligungsberg von über 600 Millionen € vor sich herschiebt.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit den Personalkosten?)

Da können Sie reden wie Sie wollen. Das war unseriös, das war nicht nachhaltig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat in der Vergangenheit denn immer mehr gefordert? Lesen Sie sich Ihre Oppositionsreden zu diesem Thema genau durch!)

Das war schlechte Finanzpolitik und deshalb auch schlechte Krankenhauspolitik, weil es eine Krankenhauspolitik ohne Verlässlichkeit war.

(Unruhe – Glocke)

Wenn Sie, Herr Bischoff, jetzt von Kahlschlag sprechen, wenn Sie den Terminus Kahlschlag angesichts der Summen verwenden, selbst wenn ich alles, was Sie selber über zusätzliche Anträge bewirken wollten,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sprechen so, Sie handeln so!)

addiere und sage, an dieser Frage, an der Höhe der Mittel, die Sie im Haushalt einstellen, entscheidet sich jetzt, ob ein Kahlschlag stattfindet oder ob kein Kahlschlag stattfindet, dann will ich Sie daran erinnern, dass der Einzelplan für das Haushaltsjahr 2006 eine Höhe von 2,803 Milliarden € hat und dass darin gesetzliche Ausgaben von 2,422 Milliarden € enthalten sind. Angesichts dieses Volumens machen Sie es von einem Ja oder Nein zu Ihren Anträgen abhängig, ob ein Kahlschlag stattfindet oder nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie bestimmen doch, wo! Sie treffen doch wieder die Menschen!)

Es findet kein Kahlschlag statt, sondern wer diesem Einzelplan, den der Minister eingebracht und begründet hat, zustimmt, der sorgt dafür, dass die Krankenhäuser im Jahre 2006 pro Bett und Jahr den gleichen Betrag wie in den Jahren 2004 und 2005 zur Verfügung haben, der sorgt dafür, dass die zielgruppenspezifische Aidsprävention nicht

reduziert wird, der sorgt dafür, dass sich die Einsparungen im Youth-Worker-Programm auf ganze sechs tatsächlich unbesetzte Stellen von 60 beschränken, der sorgt dafür, dass die bewährten Aufklärungs- und Beratungsangebote der Aidshilfen praktisch unverändert weitergeführt werden können, der sorgt dafür, dass der Kernbereich der örtlichen Suchthilfe-Infrastruktur in der Substanz nicht gefährdet wird, dass die Sucht- und Drogenberatungsstellen arbeits- und leistungsfähig bleiben, dass die Landeskampagne zur Suchtprävention und die Förderung von 96 Prophylaxe-Fachkräften bei Sucht- und Drogenberatungsstellen fortgeführt werden, dass die Grundförderung von knapp 160 Sucht- und Drogenberatungsstellen und die Förderung von rund 100 Stellen für die psychosoziale Betreuung von Substituierten fortgeführt werden,

(Rainer Bischoff [SPD]: Um 25 % haben Sie die gekürzt!)

dass das niedrigschwellige Hilfeangebot trotz einer Mittelreduzierung gesichert bleibt, dass das Spritzenautomatenprojekt fortgesetzt wird.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sind Meister im Schönreden!)

Dazu bedarf es keines Landtagsbeschlusses, sondern das kann durch das Verwaltungshandeln des Ministers geklärt werden und ist geklärt worden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kürzen und reden hier das Gegenteil! Das ist doch maßlos!)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der sorgt dafür, dass die Standortsicherung am Gesundheitsstandort und am Arbeitsplatz Gesundheit in NRW systematisch gefördert wird,

(Zuruf von der SPD: Schönreden! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist kein Schönreden mehr, das ist Blenden, was Sie machen!)

dass die Förderung der Selbsthilfe, der Hospizbewegung, der Kinder- und Jugendgesundheit, der Krebsbekämpfung im Wesentlichen unangestastet bleibt, und das in der finanziellen Situation, in der wir sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Alle Kürzungen werden aufgeführt und schöngeredet!)

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, wenn Sie das alles wollen, stimmen Sie dem Entwurf des Einzelplans 11 auch im Bereich Gesundheit zu und

lehnen Sie die Änderungsanträge von SPD und Grünen ab,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nee, wir machen ja keine Kahlschlagpolitik! Die überlassen wir eindeutig Ihnen!)

weil es unseriös in den Raum gestellte, nicht gegenfinanzierte Anträge sind. Das sind Luftbuchungen und das ist kein seriöser Weg. Damit wären wir am Ende der Legislaturperiode so weit, dass wir nicht nur 13 €, sondern 25 € pro 100 € Steuereinnahmen an die Banken abliefern müssten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das, was Sie gemacht haben, war unseriös!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Henke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Steffens.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, ich weiß nicht, wo Sie diesen Schnellkurs in Schönredeerei belegt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich muss sagen, Sie haben es sehr schnell geschafft, Mist als Gold zu verkaufen. Ich hatte das Gefühl, wenn es nur noch eine einzige Drogenberatungsstelle in Nordrhein-Westfalen gäbe, stellen Sie sich hierhin und würden sagen: Die Struktur ist erhalten geblieben.

(Beifall von der SPD)

Ich fand es extrem, wie Sie versuchen, das schönzureden.

Ein Kahlschlag, Herr Henke, ist auch nicht immer eine Frage der Kostensumme. Wenn eine Beratungsstelle ehrenamtlich gefördert wird, kann der Kahlschlag bei einer Streichung von sehr geringen Summen erfolgen, wohingegen bei anderen teuren Strukturen sehr viel mehr Geld für einen Kahlschlag gestrichen werden muss.

Aber vielleicht können wir Ihnen das noch einmal in Ruhe erklären. Wenn ich mir ansehe, was im ehrenamtlichen Bereich gerade in diesem Haushalt gestrichen worden ist, dann ist festzustellen, dass es sich in vielen Bereichen um einen Kahlschlag handelt. Aber der Reihe nach.

Herr Laumann, Sie hatten eben gesagt, Ihr Eindruck sei nicht, dass Ihr Haushalt und Ihre Kür-

zungen im Mittelpunkt der Kritik stehen würden. Wenn ich mir die Proteste gerade von den Wohlfahrtsverbänden draußen ansehe, die sich auch gegen Sie, gegen Ihre Sparpolitik richten, dann habe ich das Gefühl, Sie laufen nicht nur in dem Punkt, aber gerade in dem Punkt mit geschlossenen Augen durch das Land, denn anders kann man diese Proteste nicht übersehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

„NRW bleibt sozial“, ist noch die netteste Formulierung. Ich würde mir wünschen, dass Sie als Minister mit offenen Augen durch das Land gehen und sich ansehen, was die Menschen, und zwar nicht nur die Spitzen der Wohlfahrtsverbände, sondern auch die Menschen, die vor Ort von den Kürzungen betroffen sind, zu Ihrer Politik sagen. Hiermit sollten Sie nicht bis zur nächsten Landtagswahl abwarten.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten in diesem Haushaltsbereich. Zum Bereich Krankenhaus haben wir bereits einiges von Herrn Bischoff gehört. Wir hätten natürlich gern, dass Sie den Bewilligungsstopp im Rahmen des Haushalts zurücknehmen. Wir würden gern viel mehr Mittel für den investiven Bereich einsetzen. Aber Sie wissen, wir als Grüne machen immer eine realitäts-taugliche Haushaltspolitik. Deswegen haben wir hier nur eine Summe für einen Feuerwehrtopf eingefordert, der auch von Herrn Henke im Ausschuss als notwendig und wichtig beschrieben worden ist, und zwar genau für den Krankenhausbereich, wo durch rechtliche Vorschriften Abteilungen unter Umständen geschlossen werden müssen, wenn nicht schnell Veränderungsmaßnahmen oder Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dafür brauchen wir solche investiven Mittel, die sofort und so schnell wie möglich abgerufen werden können. Geben Sie sich einen Ruck. Richten Sie einen solchen Feuerwehrtopf ein. Wenn es den nicht gibt, wird es in Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr noch einige Probleme im Krankenhausbereich geben, die dieses Land nicht verdient hat.

Ein anderer Bereich, in dem Sie massiv sparen, ist der Bereich des Maßregelvollzugs. Ich habe in der Vergangenheit immer gesagt, dass das Thema Maßregelvollzug möglichst aus der politischen kontroversen Debatte herausgehalten werden muss. Aber das, was Sie jetzt mit den Kürzungen im Maßregelvollzug beginnen und mit dem kommenden Haushalt weiter fortschreiben werden, ist mehr als ein Spiel mit dem Feuer. Ich glaube, dass hier von Ihnen ein ganz gefährlicher Bereich aufgemacht wird. In dem Moment, in dem Sie die Mittel für die Abkommen und Vereinbarungen, die

vor Ort mit den Bürgerinitiativen getroffen worden sind, wo der Zaun ein Meter höher sein soll, wo die Turnhalle hin muss, streichen und kürzen, stören Sie den Frieden der Übereinkunft zwischen den betroffenen Anwohnern und Anwohnerinnen und dem, was im Maßregelvollzug passiert. Damit bewirken Sie einen Flächenbrand von Protesten gegen den Maßregelvollzug, den wir in diesem Land wirklich nicht gebrauchen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den können wir auch nicht vor dem Hintergrund gebrauchen, dass wir eigentlich, selbst wenn wir nun die Neubauten abgeschlossen haben, schon jetzt wieder über zukünftige Planungen im Maßregelvollzug und weitere Ausweitungen reden müssen, weil allein von 1994 bis 2000 die Anzahl der Patientinnen und Patienten um 60 % zugenommen hat. In Anbetracht dessen sollten Sie das Motto „Therapie statt Strafe“ ernst nehmen, indem bestmögliche Therapiemöglichkeiten geschaffen werden, denn die haben wir in den Einrichtungen nicht, wenn wir nicht schnell ausweiten und bestimmte bauliche Maßnahmen umsetzen. Sie wissen, wie die Landschaftsverbände, die alle nicht Rot-Grün, sondern in unterschiedlichen Konstellationen regiert werden, zum Maßregelvollzug und zur Sicherheit des Maßregelvollzugs stehen. Sie spielen mit dem Feuer und gefährden auch auf diesem Feld die Sicherheit unseres Landes.

Zu den sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen ist bereits einiges gesagt worden. Die Bereiche Aids und Sucht sind zwei ganz wesentliche Sektoren, wo Sie, Herr Henke, zwar einzelne Punkte aufrechterhalten, aber mal hier, mal da prozentual kürzen. Wir dürfen uns hier nichts vormachen. Das sind doch genau die Bereiche, wohinter Menschen, Schicksale stehen, wo wir durch ein Mehr an Prävention Krankheit und Suchtschicksale verhindern können. Anstatt mehr in die präventive Arbeit zu investieren, fahren Sie jedoch in diesem Bereich die Mittel zurück.

Frauen und Sucht ist ein Bereich, der mal eben, statt eigenständig zu bleiben, woanders integriert werden soll. Das ist gerade der Bereich, worüber es zunehmend in der Gesellschaft Diskussionen gibt, dass nämlich Frauensüchte komplett andere Süchte sind, zum Beispiel Essstörungen. Auch darüber gehen Sie einfach hinweg, und es wird gestrichen. Welche Haltung Sie als Minister zur Frauengesundheit haben, das haben Sie in den Ausschusssitzungen mehr als deutlich gemacht. Sie haben gesagt: Natürlich war Frauengesundheit einmal ein Thema. Die Koordinierungsstelle hat jetzt einige Jahre lang gearbeitet. Jetzt ist das Thema erledigt. Wir brauchen das als Land nicht

mehr. – Das zeigt, welchen Geistes Ihre Politik auf diesem Gebiet ist und welche Haltung dahinter steckt. Wir brauchen nicht weniger Koordinierung und nicht weniger Frauengesundheit, sondern mehr, denn alle wissenschaftlichen Studien und Untersuchungen besagen, dass man dann, wenn man in der Gesundheitspolitik an die einzelnen Bereiche geschlechterdifferenziert herangeht, sehr viele Kosten im Gesundheitssystem sparen kann. Aber es scheint Ihnen gar nicht um das Einsparen von Kosten und um Haushaltseffizienz zu gehen, sondern nur darum, eine komplett andere Politik in einigen Bereichen durchzusetzen.

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen haben heute im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder angemahnt und gesagt, der Haushalt sei katastrophal, deswegen müssten wir sparen, sparen für die Zukunft. Sparen ist ein legitimes Interesse, aber sehen Sie sich an, was Sie im Gesundheitsbereich einsparen und welche Folgekosten Ihre Einsparungen nach sich ziehen. Ich kann nur sagen: Sie investieren nicht in die Zukunft,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

sondern Sie leben durch diese politischen Entscheidungen im Gesundheitsbereich, Drogenbereich, Suchtbereich, Aidsbereich – auch mit den JVA-Kräften – auf Kosten der Zukunft unserer Kinder, weil Sie nämlich durch diese Streichungen sinnlose Mehrkosten auf Kosten von einzelnen Leuten provozieren und herbeiführen, was unverantwortlich für dieses Land ist.

Herr Henke, auch diesmal kann ich mit einem netten Satz von Ihnen meine Ausführungen beenden. Sie haben zu einem früheren Haushalt gesagt: Was Sie dort machen, das treibt einem wirklich die Tränen in die Augen.

Wenn Ihnen damals die rot-grüne Politik Tränen in die Augen getrieben hat, dann müssten Sie jetzt eigentlich wirklich am Ende sein, weil das, was Sie hier machen, ist ein Vielfaches dessen ausmacht und katastrophal ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Schmeltzer, Sie brauchen jetzt gar nicht wegzulaufen. Ich wollte Sie eigentlich noch einmal ansprechen, da es um Gesundheit und Arbeitsplätze geht.

Eine Viertelmillion Arbeitsplätze könnten allein in Nordrhein-Westfalen mit einem freiheitlichen Gesundheitssystem entstehen. Das hat das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut noch vor kurzem errechnet. Eine Viertelmillion neuer Arbeitsplätze könnten wir hier in Nordrhein-Westfalen sehr gut gebrauchen.

Ich habe mir die Reden der Opposition angehört: Frau Steffens sitzt auf der Landesenklaue NRW; Herr Bischoff hat vom gesundheitspolitischen Kahlschlag gesprochen. Sie sollten den Blick erst einmal nach Berlin wenden, denn Gesundheitspolitik wird vor allem in Berlin gemacht. Die Auswirkungen spüren die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das mit den Krankenhausinvestitionen haben Sie gemacht, nicht Berlin!)

Die Patienten sind nicht so versorgt, wie wir uns das wünschen und wie sich die Patienten das auch selbst wünschen.

(Rainer Bischoff [SPD]: Die Kürzungen im Drogenbereich haben Sie gemacht, nicht Berlin!)

Herr Bischoff, bei der Übernahme der Landesregierung durch das schwarz-gelbe Bündnis im letzten Jahr:

(Lachen von SPD und Grünen – Zuruf von der SPD: Bündnis?)

Wie war da nach vielen Jahren SPD-Regierung der Investitionsstau an den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei uns hatten die Sicherheit! Bei Ihnen kommt nichts mehr!)

Der Investitionsbedarf lag bei 11 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: Deshalb machen Sie ihn jetzt noch größer!)

NRW steht seit vielen Jahren ganz am Ende sämtlicher Bundesländer, wenn es um Krankenhausinvestitionen geht. Und Herr Bischoff spielt hier den Retter der Krankenhäuser! Das ist doch so was von unehrlich.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Art von Krankenhausinvestitionen ist ehrlicher!)

Da sollten Sie sich zurücknehmen und ganz leise sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gebt ihnen nichts, und sie wissen, woran sie sind!)

Die Gesundheitspolitik in Berlin sorgt erst einmal dafür, dass Patienten hier schlecht versorgt sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Krankenhausinvestitionen sind hier in Nordrhein-Westfalen gemacht, Herr Kollege!)

– Jetzt gehen wir aber erst einmal von der Frage aus, weshalb Krankenhäuser nicht optimal behandeln können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann müssen Sie mit Ihrem Koalitionspartner reden!)

Wenn ein Mensch mit Krebsverdacht im Dezember ein nordrhein-westfälisches Krankenhaus betritt, wird seine Operation auf Mitte Januar verschoben, weil die Budgets aufgebraucht sind, weil kein Geld mehr da ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann sprechen Sie mit Ihrem Koalitionspartner! Der sitzt auch in Berlin!)

Woran liegt denn das? Woran liegt es, dass über Jahre Leistungen budgetiert worden sind, dass strukturelle Reformen im Gesundheitssystem nicht angegangen worden sind? Woran liegt es denn? NRW ist für die gesundheitliche Versorgung des Landes zuständig. Aber die Rahmenbedingungen werden in Berlin gemacht.

(Karl Schultheis [SPD]: Klären Sie das doch mal mit Ihrem Koalitionspartner!)

Wenn hier ein Mensch mit einer psychischen Erkrankung drei Monate auf den ersten Facharztbesuch warten muss, dann ist das eine Reglementierung, die von Berlin so gewollt ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann reden Sie doch mit der CDU! Das ist Ihr Koalitionspartner!)

– Ach so! Damit haben Sie gar nichts zu tun? Damit haben Sie überhaupt nichts zu tun?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch Ihre Verantwortung!)

Ulla Schmidt ist seit Jahren Bundesgesundheitsministerin. Laut Umfragen ist Frau Schmidt seit vielen Jahren die unbeliebteste Bundesministerin.

(Beifall von der FDP)

Alle wollen, dass sie geht. Und Sie sagen: Damit haben wir nichts zu tun. – Das ist doch wirklich unlauter. Das ist doch wirklich so was von unlauter.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir nicht gesagt! Aber lenken Sie nicht von Ihrer schlechten Landespolitik ab!)

Die Strukturveränderungen sind dringend erforderlich, um das Gesundheitssystem hier in Nordrhein-Westfalen und auch die medizinische Versorgung zu verbessern.

Natürlich macht auch die Landespolitik ihre Aufgaben. Wir werden dafür sorgen, dass Krankenhausinvestitionen in Zukunft zeitnäher vonstatten gehen, dass Anträge nicht zehn Jahre brauchen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Den Karren haben Sie doch schon in den Sumpf gesetzt!)

dass der Bedarf überhaupt nicht da ist, sondern dass auch dort mehr Freiheit im System ist, dass alles dem Bedarf der Leute vor Ort angepasst wird. Wenn in einem Ort, wo ein Krankenhaus steht, in den letzten fünf Jahren vier Altenheime entstanden sind, dann sollte das Krankenhaus in Eigenverantwortung überlegen, ob es geriatrische Leistungen anbieten will. Das können Sie doch nicht verbieten und fordern: Da muss ein Antrag gestellt werden. – Und dann wartet man zehn Jahre ab. Die Menschen müssen direkt nach dem Bedarf vor Ort versorgt werden. Das ist über Jahre nicht passiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das aus Ihrem Munde!)

Die Freiheit brauchen wir in diesem System. Die ist bisher überhaupt nicht da gewesen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie arbeiten mit einem System wie in Großbritannien, wo die Krankenhäuser Pleite gehen! Das ist Ihr System!)

– Überhaupt nicht!

(Hannelore Kraft [SPD]: Uns geht es um die Menschen, um die Leistung dieser Menschen!)

Ich kann Ihnen lang und breit erklären, welches System wir meinen, ein System nämlich, bei dem man sozial abgesichert ist, bei dem jeder vernünftige Leistungen bekommt, bei dem das Geld nicht in Versicherungsstrukturen gesteckt wird, die Bürokratie schaffen, und das Geld bei den bedürftigen Menschen nicht ankommt.

Sie haben die Suchtpolitik angesprochen. Da kann mir keiner was vormachen. Ich habe genug Berufserfahrung und auch sonst Erfahrung mit Suchtkranken. Ich habe mir viele Angebote hier in Nordrhein-Westfalen angeguckt. In zahlreichen Orten wird hervorragend gearbeitet. Aber es gibt auch Strukturen, gerade auch im niederschweligen Bereich, da ist die Suchtpolitik, die dort gemacht wurde, wirklich hanebüchen. Da geht es

nicht darum, einen Menschen von seiner Sucht zu befreien, sondern da geht es darum, Konsumräume voll zu bekommen. Da ist man froh, dass Menschen von der Straße ...

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine pauschale Behauptung! Werden Sie konkret, Herr Kollege! Das ist eine Unverschämtheit! – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist unglaublich!)

– Das ist natürlich der Fall! Das wollen Sie nicht hören: dass überhaupt nicht die Drogenfreiheit das Ziel ist, sondern dass der Beigebruch bei Substituierten toleriert wird. Das finde ich unmöglich, dass das in der Präventionspolitik nicht engagiert angegangen worden ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Da wurde das toleriert. Es gibt Leiter von Einrichtungen, die sagen: Jeder hat ein Recht auf seinen Kick. Und wenn er substituiert wird, dann ist natürlich Beigebruch nötig.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist ein Rechtsverständnis! – Hannelore Kraft [SPD]: Unglaublich ist das!)

Wenn solche Menschen in öffentlich geförderten Einrichtungen, die für Drogenkranke zur Verfügung stehen, sind, dann muss sich in diesem Land etwas ändern. Wir werden dafür sorgen, dass sich das ändert.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Romberg!

Dr. Stefan Romberg (FDP): Wir wollen ein flächendeckendes Netz an Drogenberatungsstellen! Wir wollen Kompetenz! Wir wollen auch Präventionsfachkräfte, denn gerade vernünftige Prävention ist wichtig – frühzeitig in den Schulen, in den Kindergärten!

(Hannelore Kraft [SPD]: Gehen Sie mal in Ihren Wahlkreis!)

Das ist bisher nicht genügend passiert. Das muss sich unbedingt ändern.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Romberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke?

Dr. Stefan Romberg (FDP): Gerne doch, Herr Kuschke.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege, ich sage das vorneweg: Ich habe in den 18 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Parlament noch keinen Beitrag gehört, der so von Inkompetenz strotzte wie der, den Sie hier abgegeben haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Unverschämtheit!)

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Kuschke, Ihre Frage!

Wolfram Kuschke (SPD): Ich komme zu meiner Frage. Sie von der FDP-Fraktion sollten einmal Ihre eigenen Beiträge nachlesen, die Sie zum Thema Drogenpolitik gehalten haben!

Meine Frage, Herr Kollege, ist: Sind Sie nicht wenigstens bereit, zuzugeben, dass es bei allem Streit im Detail – mit Herrn Kollegen Henke und vielen anderen – in der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik in den vergangenen Jahren einen Grundkonsens gegeben hat, an dem auch Ihre Fraktion beteiligt war, und dass Sie vor dem Hintergrund dieses Konsenses nicht solche abenteuerlichen Ausführungen machen können, wie Sie es gerade getan haben?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Dass Sie einen Mediziner belehren!)

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Kuschke, Ihre Frage zeigt, wie weltfremd Sie sind. Welche Kompetenz haben Sie denn zu bieten?

(Beifall von FDP und CDU)

Ich weiß nicht, was Sie sich dabei denken, einen qualifizierten Facharzt für Nervenheilkunde und Psychotherapeuten hier so unqualifiziert anzugreifen! Ich weiß nicht, wo Sie Ihre Kompetenz herholen, nachdem Sie in der Staatskanzlei lange unwirtschaftlich gearbeitet und hantiert haben! Ist das Ihre Kompetenz, die Sie hier einbringen, Herr Kuschke?

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das zeigt nicht, dass sie kompetent sind, Herr Kollege!)

Zum Glück ist dieses Regierungshandeln abgewählt worden.

Wir fördern moderne Strukturen – auch in der Gesundheitspolitik, in der Telematik –: Wir wollen die Gesundheitskarte, damit Informationen besser fließen, damit Patienten besser behandelt werden. Wir wollen eine Weiterentwicklung von ambulanten Strukturen, die Förderung von Netzwerken –

gerade in der Psychiatrie – und die Unterstützung der komplementären Strukturen, die Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung. Aber ineffiziente Strukturen, die über Jahre hier gewachsen sind, müssen auch aussortiert werden. Das ist unser gutes Recht. Diejenigen, die vernünftig behandelt werden müssen, müssen vernünftig behandelt werden. Dafür werden wir sorgen! – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann sorgen Sie dafür! Nicht mit dieser Politik!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Burkert.

Oskar Burkert (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist hinlänglich bekannt. Die Schuldenstand nach Rot-Grün betrug zum Jahreswechsel 112 Milliarden €.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Burkert hat auch den Redebaustein gefunden!)

Das bedeutet: pro Tag 14 Millionen € Zinsen, oder: pro Sekunde 160 € Zinszahlungen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das ist der Stundenlohn von sieben bis acht Facharbeitern. Das ist ein Kahlschlag, Herr Bischoff.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das findet aber nicht sehr viel Beifall in Ihren Reihen!)

Durch Rot-Grün hat NRW jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Der Landeshaushalt ist zu einem Sanierungsfall geworden. Um Handlungsspielräume zurückzugewinnen, muss ein strikter Konsolidierungskurs gefahren werden.

Das gilt beispielsweise neben den vielen anderen Landesaufgaben auch für den Maßregelvollzug. Trotz der Einsparungen ist es unabdingbar, einen sicheren, effektiveren Maßregelvollzug zu gewährleisten. Das gegenwärtige Kostenniveau des nordrhein-westfälischen Maßregelvollzuges liegt über dem Durchschnitt der anderen Länder und ist daher kritisch zu prüfen. Dabei hat die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten die höchste Priorität.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann reden Sie mal mit denen! Das ist doch bei Ihnen in der Nähe!)

Doch den Bürgern ist das Kostenniveau von 250 € pro Tag nicht mehr zu vermitteln. Bündnis 90/Die Grünen wollen aber laut Antrag noch 11,7 Millionen € ohne Deckungsvorschlag draufsatteln.

Es muss eine Senkung der Kosten erfolgen, ohne dass die Sicherheit beeinträchtigt wird. Die Landschaftsverbände arbeiten bereits an Vorschlägen für Einsparungen.

Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 29. April heißt es: Grüne fordern verschärftes Sparen. 20.000 Stellen in den Ministerialbüros müssen abgebaut werden.

Wer hat denn dafür gesorgt, dass wir eine überbordende Verwaltung haben? – Die damaligen Staatssekretäre Morgenstern und Griese. Gehörten sie nicht der ehemaligen Regierung an, und tragen sie dann nicht auch Schuld an diesem Haushaltsdesaster?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren die im Gesundheitsministerium?)

Oder gibt es jetzt wegen des Doppelnamens Bündnis 90/Die Grünen eine Einteilung? – Die einen sind verantwortlich für die Schulden und für die zusätzlichen Forderungen im Haushalt 2006 – Bündnis 90 –, und für die Einsparung stehen die Grünen. Die einen haben in unverantwortlicher Weise das Geld von Kindern verfrühstückt, die noch gar nicht geboren sind. Die anderen empfehlen jetzt, Stellen abzubauen, Wasserentnahmegeld für den Braunkohletagebau und Abwärmeabgaben für Kraftwerke einzuführen, die jeden Bürger wiederum zusätzlich schröpfen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo ist denn die Gesundheitspolitik, Herr Kollege?)

Bitte, liebe Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, gehen Sie erst einmal in Klausur, diskutieren Sie intensiv, ausdauernd und ergebnisoffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind bei der Gesundheitspolitik!)

Vielleicht einigen Sie sich darauf, was Sie überhaupt wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie noch mal auf die Tagesordnung! Wir reden über Gesundheitspolitik!)

Wir werden die von Ihnen zusätzlich gestellten Anträge wie schon im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ablehnen, da ihnen keine entsprechenden Deckungsvorschläge gegenüberstehen. Ziel ist es, den Haushalt Nordrhein-Westfalens zu konsolidieren und damit das Land zukunftsfähig zu gestalten. Wir brauchen intelligen-

te, gerechte und zukunftsfähige Ansätze, und die sind mit diesem Haushalt bereits eingebracht.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Mit der CDU/FDP-geführten Landesregierung hat das Land gute Jahre vor sich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Burkert. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich einige in den bisher gehaltenen Reden behauptete Dinge klarstellen:

Für die Aidspolitik stellen wir im Jahre 2006 genauso viel Geld zur Verfügung, wie im Haushalt 2005 abgeflossen ist. Das heißt also: Keiner, der in diesem Bereich tätig ist, hat weniger Geld, als ihm 2005 zur Verfügung stand.

Zweitens möchte ich für die Regierung und das Ministerium betonen: Natürlich sind uns die Einsparungen in der Drogenpolitik, die wir sehr stark an der Schnittstelle Justizvollzug/Beratungsstrukturen vorgenommen haben, nicht leicht gefallen. Aber die Wahrheit ist: Ich glaube, dass der Sparhaushalt alternativlos richtig ist. Bei unseren Maßnahmen haben wir allerdings die Strukturen nicht zerstört. Ich möchte gerne, dass das zur Kenntnis genommen wird.

Wir alle sollten uns bei der Drogenpolitik, die wir in der nächsten Zeit gestalten müssen, nicht von Ideologie, sondern von reiner Fachlichkeit leiten lassen. Ich bin in der Frage der Drogenpolitik kein Ideologe. Es geht darum, einen Dreiklang in der Drogenpolitik beizubehalten:

Dazu gehört die Repression. Das heißt ganz klar, dass Drogendelikte keine Kavaliersdelikte sind. Dagegen muss mit voller Schärfe vorgegangen werden; es muss gewarnt, aufgeklärt und strafverfolgt werden – völlig klar!

Dazu gehört auch der Entzug. Wenn Menschen Probleme mit Drogen haben, gehört einfach Entzug dazu. Alles andere hilft am Ende nicht. Dann muss man diese Menschen beim Entzug und nach dem Entzug unterstützen. Das war vorher so und das wird auch in der nächsten Zeit unsere Drogenpolitik sein.

Es wird in der Drogenpolitik immer umstrittene Programme geben. Aber ich bitte einfach darum, sachlich darüber zu reden. Das betrifft zum Bei-

spiel die Frage: Wie geht es mit den Modellprojekten Heroin weiter? – Ich habe dazu noch keine abschließende Meinung. Man muss einfach sachlich darüber reden und dann zu einer Entscheidung kommen, die den Menschen dient

(Beifall von Wolfram Kuschke [SPD])

und nichts mit irgendwelchen Vorurteilen zu tun hat.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir das so angehen, dann sind wir auf diesem schwierigen Feld der Politik ganz gut aufgestellt. Das Elend, das Drogenabhängigkeit über Familien bringt, ist weder schwarz noch grün noch rot, sondern es ist eines der größten Probleme, die es gibt. Da müssen wir das Vernünftige tun.

(Beifall von CDU und SPD)

Dann möchte ich gern etwas zu den Krankenhäusern sagen, und zwar auch in aller Sachlichkeit. – Der Umsatz aller Krankenhäuser in Deutschland beträgt 65 Milliarden €. Alle Länder zusammen fördern außerdem die Krankenhäuser mit 2,8 Milliarden €.

Jedes vierte Krankenhaus in Deutschland befindet sich in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in unseren nordrhein-westfälischen Krankenhäusern einen Umsatz von 15 Milliarden €, hatten aber auch schon unter der Vorgängerregierung alles in allem eine Krankenhausförderung von nur 500 Millionen €.

Das heißt: Wir liegen in der Krankenhausfinanzierung am Ende der Skala und lagen dort auch schon unter Rot-Grün. Denn wenn wir im Schnitt so fördern würden wie andere Länder, dann müssten wir 700 Millionen € zur Verfügung stellen. Das sind einfach die Parallelzahlen in Deutschland. Wie gesagt, die 500 Millionen € standen auch schon bei der SPD im Haushalt. Auch damals standen da keine 700 Millionen € – um das einfach ganz sachlich zu sagen.

Dass diese Landesregierung jetzt vor der Situation steht, dass Bewilligungsbescheide ausgegeben worden sind, die sich gut anhörten, die jetzt aber sie „bezahlen“ muss, das ist die zweite Seite. Deswegen bedarf es eben dieses Stopps bei den Investitionen.

Ein weiterer Punkt. Die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland hat sich geändert. In Krankenhäusern wird eben nicht mehr nach Tagen und Betten bezahlt, sondern nach diagnosebezogenen Fallpauschalen. Die haben wir gemeinsam in Berlin beschlossen. Deswegen müs-

sen wir in Nordrhein-Westfalen zu einer anderen Art der Krankenhausförderung kommen. Wenn also die Gelder für die Krankenhäuser nicht mehr danach bemessen werden, über wie viele Betten sie verfügen und wie lange da jemand drin liegt, sondern nach Fällen bezahlt werden, dann ist eine Krankenhausförderung, die sich auf Betten bezieht, auf jeden Fall nicht mehr mit dem jetzigen Entlohnungssystem von Krankenhäusern in Einklang zu bringen.

Wir sind im Ministerium dabei, über andere Schlüssel nachzudenken und einen zu finden. Ich gehe davon aus, dass der Landtag in 2006/2007 erhebliche Beschlüsse betreffend das Krankenhausgesetz fassen muss.

Ein weiterer Punkt. Wir kennen in unserem Land Nordrhein-Westfalen Krankenhäuser, die wirtschaftlich und vom Angebot her wie eine Eins in der Landschaft stehen, und wir kennen anderes. Da frage ich mich immer: Warum stehen die einen so gut da, und warum tun sich die anderen so schwer? – Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen werden vom Management also schon unterschiedlich gut geführt. Das ist die Wahrheit.

Krankenhauspolitik bei knappem Geld kann nicht dafür herhalten, dass wir Managementfehler durch hohe staatliche Zuschüsse auf Dauer ausgleichen,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wir müssen die Krankenhäuser so modernisieren, dass auch sie ihren Beitrag zu effektiver Versorgung und Wirtschaftlichkeit leisten.

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen, den ich einfach nicht begreife, obwohl ich mich sehr bemüht habe, mich da reinzudenken: Ich kann die in der Vergangenheit angewandten Kriterien, nach denen man Krankenhäuser bei Investitionen gefördert hat, dennoch nicht nachvollziehen. Ich weiß nicht, wie das entschieden worden ist. Wenn wir ehrlich sind: Das weiß keiner genau. Da gab es in den Bezirksregierungen Leute, die waren Krankenhauskönig und sind durch das Land gefahren und haben irgendwie Geld verteilt, sicherlich auch nach Kriterien.

Aber ich sage Ihnen ganz offen: In der heutigen Zeit müssen wir bei der Aufstellung eines neuen Förderprogramms dafür sorgen, durch das Ministerium klare, nachvollziehbare Kriterien zu entwickeln, die transparent werden lassen, warum wir das eine Krankenhaus fördern und ein anderes Krankenhaus nicht fördern. Ich will, dass die Dinge nachvollziehbar sind. Ansonsten kann man das nämlich nicht guten Gewissens vertreten, weil es

hier ja auch um Wettbewerbssituationen geht. Ich halte das für ganz wichtig.

In diesen Wochen wird in Berlin über die Gesundheitsreform beraten. Zurzeit sitzen die Gesprächspartner zusammen. Ihre Fraktion ist ja über Frau Fischer an den laufenden Gesprächen in Berlin beteiligt. Natürlich kommt es, bevor ich hier im Land die Kriterien festlege, sehr auf das in Berlin erzielte Ergebnis an.

Eine ganz entscheidende Frage ist zum Beispiel: Wird die Gesundheitsreform in Berlin die Krankenhäuser stärker für ambulante Versorgung öffnen oder wird sie es nicht tun? Das hat erheblich mit dem Markt, der sich im Krankenhaus, im Gesundheitsbereich abspielt, zu tun. Sie wissen, dass wir diesbezüglich aufgrund der Fachärztlichkeit in Deutschland bislang sehr restriktiv waren. Das ist also ein Parameter, den man unbedingt kennen muss, um in der Krankenhausplanung das Richtige zu tun.

Ich glaube, dass wir zukünftige Krankenhauspolitik schlicht und ergreifend so machen müssen, dass wir die Zukunftsstrukturen mit dem knappen öffentlichen Geld unterstützen, aber es wird auch Strukturen geben, die aus dem Markt ausscheiden werden. Es wird am Ende des Jahres in Nordrhein-Westfalen nicht 430 selbstständige Krankenhäuser und 135.000 Krankenhausbetten geben.

Denn allein die Fallpauschalen haben dazu geführt, dass die Belegdauer pro Patient im Krankenhaus in einem Jahr um 7 % zurückgegangen ist. Wenn die Fallpauschalen erst richtig greifen, wird diese Belegdauer noch weiter sinken. Das heißt: Die Strukturen werden auch aufgrund dieser Situation schlanker werden. Deswegen wäre es sehr ärgerlich, wenn man in Krankenhäuser investierte, die vielleicht in ein, zwei, drei oder fünf Jahren gar nicht mehr in der Landschaft sind.

Dazu kommt eine Zentralisierung, Zentrenbildung. Wir haben so etwas für Brustkrebs. Wir werden das bei Darmkrebs kriegen. Wir haben es bei Schlaganfall. Wir werden für viele andere Erkrankungen in der modernen Medizin Zentrenbildung kriegen. Das muss man berücksichtigen. Auf der anderen Seite werden wir Regionalität und ortsnahe Versorgung vorhalten müssen.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zur Forensik machen. In Nordrhein-Westfalen leben 2.100 Menschen in forensischen Anstalten. Jeder Einzelfall kostet uns im Jahr rund 90.000 €. Wir sind mit einem Tagessatz von 245 € mit die Teuersten in Deutschland in der Forensik. Dass wir von diesem Betrag etwas runterkommen, dass wir auf 220 €,

auf den deutschen Schnitt, kommen müssen, das müssen auch die Landschaftsverbände, die diese Maßnahmen durchführen, einsehen.

Natürlich muss Forensik mit Therapie verbunden werden. Therapie spart am Ende auch viel Geld, wenn die Menschen nicht ewig in diesen Einrichtungen bleiben müssen.

Aber wir wissen doch auch, dass wir zurzeit in den forensischen Kliniken einen erheblichen Anteil von Menschen haben, die man nicht mehr therapieren kann. Die Fachleute sagen, es seien bis zu 20 %. Ich bin schon der Meinung – das ist die Meinung aller 16 Minister in Deutschland, die in den Ländern für Forensik zuständig sind –, dass wir diese Menschen aus der Therapie herausnehmen müssen, dass wir vernünftige Langzeiteinrichtungen haben müssen und dass wir zu erheblichen Kostensenkungen kommen müssen.

Ich bitte also, auch die Frage Forensik mit äußerster Sachlichkeit anzugehen. Der Grundsatz „Schutz der Bevölkerung“ steht ganz oben. Therapie der Therapiewilligen und der Therapiefähigen steht an nächster Stelle. Aber auch die Wirtschaftlichkeit ist zu berücksichtigen – vor allen Dingen im Hinblick auf diejenigen, die wir nicht mehr therapieren können. Das muss man auch einsehen, denn das alles muss letztlich von einer Volkswirtschaft beziehungsweise von einer Gesellschaft aufgebracht werden. Deswegen glaube ich auch, dass wir richtig liegen, wenn wir bei der Forensik genauer hingucken.

Bei der Forensik gibt es ein Problem grundsätzlich immer: Wir zahlen die Veranstaltung Forensik, und die Landschaftsverbände führen sie durch. Wenn das Zahlen und die Aufgabendurchführung auf zwei unterschiedlichen Schultern ruht, hat das immer zur Konsequenz, dass derjenige, der zahlt – das denke ich auch in diesem Fall – nicht die Kostenstrukturen – hier bei den Landschaftsverbänden – kennt.

Ich fordere auch von dieser Stelle die Landschaftsverbände auf, für mein Ministerium endlich einmal Transparenz in der Kostenstruktur der forensischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen herzustellen! – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Herr Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe)

Herr Laumann, drei – Herr Laumann, ich wäre dankbar, wenn Sie mir zuhören würden – Anmerkungen in aller Sachlichkeit: Zum Bereich Aids haben Sie ausgeführt, dass für das Jahr 2006 in den Haushalt eingestellt ist, was im Jahr 2005 ausgegeben wurde.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Der Finanzminister hat diesen Raum verlassen. Er hat im Juni eine Haushaltssperre verhängt. Diese Einrichtungen haben darunter gelitten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Insofern muss diese Aussage für die Öffentlichkeit übersetzt werden. Sie wollen die Kürzungen von 2005 im Jahr 2006 aufrechterhalten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das war vorher schon bewilligt, sagte man mir gerade!)

Punkt 2. Bei den Strukturveränderungen in der Förderung der Krankenhäuser kann man mit uns reden. Darüber besteht gar kein Zweifel. Dass es nicht mehr die Bettförderung und die alte Förderung geben mag, sondern dass man sie umstellt, damit habe ich überhaupt kein Problem.

Aber wenn der Verdacht besteht, dass Sie diese Diskussion der strukturellen Veränderung zum Anlass nehmen, erst einmal die Förderung auszusetzen, kann man nicht mehr mit uns reden. Wir sollten das nicht miteinander verweben. Das scheint mir wichtig zu sein.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]:
Nichts wird ausgesetzt! Es gibt keine neuen Bewilligungen! – Gegenruf von Barbara Stefens [GRÜNE])

– Herr Henke, natürlich haben Sie die neue Investitionsförderung ausgesetzt.

(Zurufe)

Punkt 3. Bei der Krankenhausförderung war eine Passage in Ihrem Redebeitrag, Herr Laumann, von der ich es wichtig finde, dass Sie das der „Landschaft“ noch einmal erklären. Ich habe den Verdacht, es könnte ein bisschen so verstanden werden, als wolle man die Diskussion darüber, dass die Krankenhauslandschaft in sich schrumpfen wird – das haben Sie eben als Perspektive dargestellt –, möglicherweise mit der mangelnden Förderung der Investitionen verbinden. Es könnte der Eindruck entstehen, die Landesregierung förderte nicht, um den Schrumpfungsprozess zu be-

fördern. Das wäre ein sehr unguter Eindruck. Das will ich nur noch einmal gesagt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Das ist ein Eindruck, dem man entgegentreten muss! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Bischoff. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratung des Einzelplanes 11.

Es stehen umfangreiche Abstimmungen an. Deshalb möchte ich auf die als Neudruck auf Ihren Plätzen liegende Tischvorlage, in der die Änderungen durch Fettdruck deutlich gemacht worden sind, hinweisen.

Ich schlage vor, zunächst die **Abstimmungen zum Einzelplan 11** durchzuführen. Die SPD-Fraktion hat Einzelabstimmungen beantragt. Dabei gehen wir nach den laufenden Nummern in der Tischvorlage vor.

Ich rufe auf die laufende Nummer 11 zum Einzelplan 11, **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1723**. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 12: auch ein **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1724**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 13: auch ein **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1725**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 14: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1726**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Laufende Nummer 15: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1727**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 16: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1782**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 17: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1784**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 18: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1785**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 123: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1786**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 19: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1789**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 20: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1807**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 21: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1808**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 22: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1809**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 23: ebenfalls ein **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1810**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 24: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1811**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag ebenfalls **abgelehnt**.

Laufende Nr. 26: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1813**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 124: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1814**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 27: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1815**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag ebenfalls **abgelehnt**.

Laufende Nr. 28: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1827**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 11. Wer für den Einzelplan ist, den

bitte ich das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 11** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 12**.

Ich rufe die laufende Nr. 1 auf: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1728**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 2: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1790**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 12** mit Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen jetzt zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 20**.

Ich rufe die laufende Nr. 3 auf: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1747**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 4: ebenfalls ein **Antrag** der SPD **Drucksache 14/1748**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist ebenfalls mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 100: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1824**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 5: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1749**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 6: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1750**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 7: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1751**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 8: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1771**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 9: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1774**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 10: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1775**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 121: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1772**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 122: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1773**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 20**. Wer ist für diesen Einzelplan? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Einzelplan mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Einzelplan 03**:

Innenministerium

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“**.

Ich erteile Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen jetzt über die in Haushaltszahlen geronnene innenpolitische Jahresbilanz der schwarz-gelben Landesregierung. Wir erinnern uns an die wichtigsten Wahlkampfaußagen von CDU und FDP, die noch nicht einmal zwölf Monate alt sind.

Sie lauteten: Erstens. Es sollte keine weiteren Kürzungen bei den Einkommen der Polizeibeamten geben. Zweitens. Die innere Sicherheit sollte von Kürzungen im Landeshaushalt ausgenommen werden. Drittens. Es sollten mehr Polizeibeamte eingestellt werden. Viertens. Es sollten zwei Reiterstaffeln aufgebaut werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wenn man auf die Bilanz schaut, Herr Innenminister, haben Sie weder Kosten noch Mühen gescheut – beim letzten Punkt. Der Aufbau der zwei Reiterstaffeln hat einmalige Kosten in Höhe von 1,235 Millionen € verursacht und zieht nach Ihren Angaben jährliche Gesamtkosten von rund 2,1 Millionen € nach sich – eine Summe, mit der sich 60 Polizeibeamte im gehobenen Dienst bezahlen ließen. Bis 2010 – also bis ans Ende Ihrer Regierungszeit – werden sich die Ausgaben für die, wie Sie sie nennen, hoheitlichen Reiter auf privaten Pferden auf dann mindestens 10 Millionen € belaufen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, war bislang aber auch der einzige originäre Beitrag von Schwarz-Gelb zur inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen: der Aufbau von zwei Reiterstaffeln, die zur Fußball-WM bedingt einsatzbereit sind und bei denen nach heutigen Pressemitteilungen die Hälfte der Pferde ausgemustert werden musste.

Wir hätten es lieber gesehen, Herr Minister, wenn Sie Ihre Anstrengungen in gleichem Maße auf die Einführung des Digitalfunks für die Fußball-WM gerichtet hätten, denn die nordrhein-westfälische Polizei braucht im 21. Jahrhundert nicht Zaumzeug und Satteldecken, sondern eine moderne digitale Ausrüstung.

(Beifall von der SPD)

Was die anderen drei Punkte, Ihre anderen drei großen Wahlversprechen angeht, so gilt einmal mehr: Sie tun nicht, was Sie sagen, und Sie sagen nicht, was Sie tun. Oder kürzer und einfacher: versprochen – gebrochen.

Erstens. Die von der SPD geführten Landesregierung in den Jahren zwischen 2003 und 2005 vorgenommene Absenkung des Weihnachtsgeldes bei Beamten, also auch bei Polizeibeamten, haben Sie – das ist uns und anderen auch noch in guter Erinnerung – als Sonderopfer angegriffen und angekündigt: Mit Ihnen werde es dergleichen nicht mehr geben.

Inzwischen wissen wir: Sie sanieren den Haushalt auf dem Rücken von Polizeibeamten, denen Sie das Weihnachtsgeld nicht nur weiterhin, sondern noch stärker kürzen, nämlich auf 30 % – und das bei einer ganzen Reihe von Belastungen, die den Beamten in den letzten Jahren auferlegt werden mussten.

Ich glaube, Herr Innenminister, Sie haben Ihren Job offensichtlich missverstanden: Sie sollen eigentlich den Fahndungsdruck auf Kriminelle und

nicht den sozialen Druck auf Ihre Polizeibeamten erhöhen.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang ist es ein besonderes Ärgernis, dass der Polizeihaushalt nach der Einführung der zweigeteilten Laufbahn immer noch 600 Stellen der Besoldungsgruppe A 7 und 1.750 Stellen der Besoldungsgruppe A 8 enthält. Sie wissen, dass es sich bei den betroffenen Beamten um diejenigen handelt, die häufig im Funkstreifenwagen und in der Bereitschaftspolizei Tag für Tag einen harten und nicht selten gefährlichen Job machen. Diese Beamten gehen mit einem Bruttoeinkommen ohne Zulagen von zumeist rund 1.800 € im Monat nach Hause. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes bedeutet für diese Gruppe eine Kürzung des Jahresbruttoeinkommens um rund 8 %.

Viele dieser zumeist jungen Beamten, die gerne eine Familie gründen möchten, warten seit Jahren auf eine Beförderung. Die im Haushaltsentwurf enthaltenen 300 Beförderungsmöglichkeiten nach A 8 und 700 Beförderungsmöglichkeiten nach A 9 sind deshalb nach unserer Meinung wesentlich zu niedrig angesetzt.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern Sie deshalb auf: Verdoppeln Sie die Beförderungsmöglichkeiten für Polizeimeister und Polizeiobermeister. Damit kommen sie schneller in die zweigeteilte Laufbahn, und Sie setzen damit ein Zeichen der sozialen Gerechtigkeit und der Anerkennung für dienstlich besonders stark beanspruchte Beamte.

Zweitens. Vor und auch noch nach der Wahl haben Herr Rüttgers und Sie, Herr Innenminister, verkündet: Der Kern des Einzelplans 03 stehe nicht zur Disposition. An der inneren Sicherheit werde nicht gespart. – Inzwischen wissen wir: Sie haben die Polizei nicht aus den Haushaltskürzungen herausgehalten. Ich sage Ihnen: Das ist nichts anderes und nichts weniger als ein Dammbruch – wie wir im Haushalt sehen können, im Kleinen wie auch im Großen.

Entgegen der Zusagen Ihres Staatssekretärs im Innenausschuss wird zum Beispiel der Landespräventionsrat nun doch auf null gesetzt. Insgesamt wird der Polizeihaushalt im Vergleich zum letzten Haushalt einer SPD-geführten Regierung um insgesamt 125 Millionen € gekürzt. Unter dem Strich bedeutet Schwarz-Gelb für die Innenpolitik: Weniger Geld für die Polizei, weniger Geld für die Prävention und weniger Geld für die innere Sicherheit.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte erwähnt, dass CDU und FDP im Landtagswahlkampf mit dem Versprechen auf Stimmenfang gingen, die Zahl der einzustellenden Polizeinachwuchskräfte zu erhöhen. Tatsächlich werden im Personalhaushalt 2006 aber 346 Planstellen für Polizeibeamte gestrichen. Auch das bedeutet Schwarz-Gelb für unsere Innenpolitik: Statt wie versprochen mehr Beamte einzustellen werden mehr Stellen abgebaut. Deswegen bleibe ich dabei: Die Landesregierung betreibt einen Stellenabbau zu Lasten der inneren Sicherheit.

(Beifall von der SPD)

Diese Feststellung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, gilt umso mehr, als die Koalition nicht imstande ist, durch eine schlüssige Polizeireform gleichmäßig leistungsstarke Behörden zu schaffen und hierdurch frei werdendes Personal im operativen Dienst einzusetzen. Die vom Innenminister eingebrachte Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes verspricht die Einsparung von allenfalls 145 Funktionen. Bis auf den heutigen Tag kann der Innenminister dem Parlament nicht sagen, über wie viele Stellen wir genau reden.

Dass wir einer Zusammenlegung von Polizeibehörden nicht zustimmen können, die dem Prinzip „vom Pensionsalter zur Organisation“, aber nicht dem Grundsatz „von der Aufgabe zur Organisation“ folgt, ist selbstredend.

(Beifall von der SPD)

Herr Innenminister, Ihr Motto lautet: Fahnden statt verwalten. – Aber die Realität ist: Sie fahnden nach Konzepten und verwalten weiterhin eine überholte Behördenstruktur.

(Beifall von der SPD)

Ihre Reformpläne – auch das haben wir gesehen – sind in einer beispiellosen Art und Weise in der Anhörung des Innenausschusses untergegangen. Die Kollegen von der CDU haben immerhin in Aussicht gestellt, über die Änderungen noch einmal nachzudenken. Herr Kruse hat unter anderem versprochen, dass die Kritik der Experten nicht folgenlos ist.

Weil ich glaube, dass eine schlüssige Neuordnung der Polizeiführung und der Polizeiverwaltung eine breite parlamentarische Basis braucht, appelliere ich heute von dieser Stelle aus erneut an Sie,

mit uns in konkrete und konstruktive Gespräche über eine schlüssige Polizeireform einzutreten.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine zwölf Monate nach dem Regierungswechsel ist die Düsseldorfer Innenpolitik unberechenbar geworden. Die Sicherheitsarchitektur in unserem Land wankt – und dies zum Schaden Nordrhein-Westfalens und seiner Bürger, die ein Recht auf Sicherheit haben.

Nordrhein-Westfalen nimmt im Konzert der Länder keine Schlüsselrolle mehr ein. Nordrhein-Westfalen wird unter einer Regierung Rüttgers auf der bundespolitischen Ebene in der Innenpolitik nicht mehr wahrgenommen. Aus der besonderen Stellung, die sich der einzige liberale Innenminister in Deutschland noch nach dem Wahlsieg in NRW erhofft hatte, ist nichts geworden.

In der Konstellation der B-Länder gehen seine Initiativen regelmäßig unter, und in der Konstellation einer großen Koalition ist der sogenannte liberale Innenminister in eine Außenseiterposition geraten. Deshalb ist der Niedergang der nordrhein-westfälischen Innenpolitik auch anhand der Haushaltszahlen mit Händen zu greifen.

Die Regierung Rüttgers – das ist unser Vorwurf – betreibt den Abbau der inneren Sicherheit. Sie agiert unüberlegt und unzuverlässig und treibt so ständig neue Unruhe in den Polizeibetrieb. Sie besitzt weder einen zeitgemäßen Begriff von einer wirksamen Kriminalpolitik, noch entfaltet sie ein Gespür für sensible Fragen der Sicherheitsarchitektur.

Ihre Flüchtlingspolitik ist unter dem Strich illiberal. Ihre Bleiberechtsinitiativen sind in der Innenministerkonferenz liegen geblieben, nicht wieder aufgegriffen worden. Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes interessiert Sie, Herr Minister, nur am Rande. Zur wirksamen Bekämpfung des Rechtsextremismus fällt Ihnen nichts Besonderes ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt sicherlich viele Gründe, den Einzelplan 03 abzulehnen. Ich habe Ihnen nur einige der wichtigsten genannt. Betrüge die Redezeit 20 Minuten statt 10 Minuten, hätte ich noch viele Argumente aneinander reihen können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Kruse.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Entwurf für den Landeshaushalt 2006 verdeutlicht die neue Landesregierung, dass sie der Konsolidierung des Haushalts höchste Priorität einräumt.

Zu dieser Grundausrichtung gibt es, ernsthaft diskutiert, keine Alternative. Da die Möglichkeiten zur Generierung zusätzlicher Einnahmen für eine Landesregierung begrenzt sind, muss die Konsolidierung des Landeshaushalts konsequenterweise über eine Reduzierung der Ausgaben erfolgen. Auch im Einzelplan 03 des Innenministeriums wird dieser Weg deutlich. So sinken die Gesamtausgaben um 4,2 % und die Personalausgaben um 1,2 % auf 4,08 Milliarden € beziehungsweise auf 3,03 Milliarden €.

Die CDU-Fraktion trägt diese Ansätze ausdrücklich mit. Mit der moderaten Reduzierung zumal der Personalausgaben verdeutlichen wir, dass die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit als grundlegende Voraussetzung für die individuelle Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Aufgabe der neuen Landesregierung ist. Denn die Erblast, meiner sehr verehrten Damen und Herren, die wir von der alten Landesregierung auch im Bereich der inneren Ordnung, der inneren Sicherheit insgesamt übernommen haben, ist gewaltig. Herr Kollege Rudolph, wir nehmen nach wie vor im Ländervergleich einen Abstiegsplatz ein.

Für mich ist es vollkommen unverständlich, dass der ehemalige Finanzminister – er ist leider heute nicht da – und der heutige SPD-Landesvorsitzende, Jochen Dieckmann, diese Vergangenheit vollständig ausblendet – so heute exakt vor einer Woche auf dem GdP-Landeskongress. Frau Kollegin Düker, Herr Rudolph, wir waren dabei, als Herr Dieckmann in nahezu klassenkämpferischer Manier – das bedeutet für Herrn Dieckmann schon etwas – die Personal- und Finanzpolitik der neuen Landesregierung kritisierte.

Wofür ist Herr Dieckmann in den letzten Jahren eigentlich verantwortlich gewesen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Fehlentwicklungen und falschen politischen Entscheidungen in der Vergangenheit kann nicht erwartet werden, dass innerhalb kurzer Zeit eine Trendwende herbeigeführt wird. Wir werden viele Jahre und sicher mehr als eine Legislaturperiode benötigen, bis auch in diesem sensiblen

Themenbereich der inneren Sicherheit bessere Ergebnisse erzielt werden. Hierzu sind viele kleine Schritte, aber vor allen Dingen Mut und Tatkraft erforderlich.

Herr Kollege Rudolph, Sie haben es angesprochen, und ich bekenne es in schonungsloser Offenheit: Ja, es ist richtig, wir haben im Landtagswahlkampf vor circa einem Jahr und auch in unserem Wahlprogramm anderes und auch mehr für diesen Themenbereich versprochen. Natürlich sind weder die Innen- noch die Rechtspolitiker darüber begeistert, dass ihre Fachbereiche von Sparmaßnahmen nicht verschont bleiben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann ändern Sie es doch!)

– Gleichwohl, Frau Kollegin Düker, stellen wir uns den damit verbundenen besonderen Anstrengungen ausdrücklich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Flächenländern eine unterdurchschnittliche Aufklärungsquote. Wenn es gilt, die Zahl der Straftaten zu reduzieren und die Aufklärungsquote zu verbessern, um damit insgesamt das Niveau der Sicherheit zu erhöhen, muss die Polizei in Nordrhein-Westfalen effizienter ausgerichtet werden, als sie es heute ist.

Wir diskutieren zurzeit auch auf Bundesebene – alle Volksparteien machen dies –, was sich der Staat überhaupt noch leisten kann. Brauchen wir mehr oder brauchen wir weniger Staat? Da es keine Alternative zu einer nachhaltigen Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Landeshaushaltes über eine Begrenzung und Reduzierung der Ausgaben gibt, wird es in den kommenden Auseinandersetzungen auch um Antworten auf die Fragen gehen: Was sind und wie erfüllt der Staat, in diesem Fall das Land Nordrhein-Westfalen, seine klassischen hoheitlichen Aufgaben?

Wann nun die Funktionsfähigkeit eines Landes in welchem Ausmaß beeinträchtigt ist und zu welchen Konsequenzen ein weiter schwindendes Staatsvertrauen der Bürgerinnen und Bürger führt, das ist schwer zu beantworten. Allerdings würde eine weitere und stetige Steigerung der Nettoneuverschuldung das Land in absehbarer Zeit in eine außerordentlich ernste Notlage führen.

(Carina Gödecke [SPD]: Mit anderen Worten: Es bleibt bei Versuch und Irrtum!)

Von daher bleibt es richtig, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Für die Union bleibt es Priorität, dass die Gewährung von Sicherheit für die Bürger

und die Verhinderung von Straftaten nicht dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen dürfen. Die neuen Koalitionspartner und die neue Landesregierung wollen, dass wieder mehr gefahndet statt verwaltet wird. Ja, wir wollen die Polizei von Verwaltungsaufgaben entlasten. Wir treten ein für Bürokratieabbau und die Straffung der Strukturen sowohl bei der Binnenmodernisierung als auch im äußeren Bereich.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das schauen wir uns aber an!)

Über das von Ihnen angesprochene Polizeiorganisationsgesetz, Herr Rudolph, reden wir nächste Woche und darüber hinaus.

In den letzten 15 Jahren sind zu viele Führungs-, Stabs- und Innendienststellen geschaffen worden. Deswegen muss die interne Organisationsstruktur der Behörden optimiert und die Aufgabenwahrnehmung der Polizei insgesamt gesteigert werden. Wir wollen Personal aus Verwaltungsbereichen in die operativen Bereiche zurückgewinnen – im Übrigen schon eine von der CDU in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre gestellte Forderung, die allerdings von der rot-grünen Mehrheit damals abgelehnt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur effizienteren Ausrichtung der polizeilichen Arbeit gehören auch Veränderungen und Verbesserungen der Bildungsmaßnahmen. Sie sind notwendig. Wir werden die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Polizei reformieren und spezialisieren, nicht zuletzt wegen der Kriminalitätsentwicklung und zahlreicher neuer Aufgaben, die die Polizei zu bewältigen hat. Natürlich gilt es auch, die Internationalisierung der Aufgabenwahrnehmung und die Entwicklung der Polizeiwissenschaft im Blick zu behalten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen möchte ich auch die Stärkung des Ehrenamtes ausdrücklich erwähnen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dafür kürzen Sie im Flüchtlingsrat!)

Sie ist der CDU-Landtagsfraktion ein besonderes Anliegen. Warum? – Wir kennen die zahlreichen Hilfsorganisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz und bei der Feuerwehr wirkungsvoll zusammenarbeiten. Deutschland und seine Sicherheitsarchitektur sind ohne die Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger im Bevölkerungsschutz schlechterdings nicht vorstellbar.

Wir können alle dankbar dafür sein, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein leistungsfähiges Notfallvorsorge- und Gefahrenabwehrsystem haben. Die Struktur der inneren Sicherheit in Deutschland wird gerade auch in der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft auf die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen setzen können. Wir vertrauen auf die Einsatzbereitschaft und die Mitarbeit der ehrenamtlich getragenen Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz. Die Koordination der vorhandenen Ressourcen und der Ausbau der Fähigkeiten stehen auf der Tagesordnung der neuen Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Rudolph und wahrscheinlich gleich auch Frau Kollegin Düker, Sie kritisieren die Kürzungen im Landeshaushalt bei Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen: Ihre Ausländer- und Asylpolitik ist insgesamt gescheitert. Ihre Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft waren eine Lebenslüge. Das Dogma, das schon alles gut werde, wenn man sozusagen bis zur Aufgabe der eigenen Werte und Ordnungssysteme tolerant und antiautoritär sei,

(Sören Link [SPD]: Wer hat denn so etwas gesagt?)

bezog sich bei Ihnen freilich nicht nur auf die Ausländerpolitik, sondern auch auf die Schul- und Bildungspolitik. Auch in diesem Themenbereich ist die Erblast, die Sie uns hinterlassen, erdrückend und hat sowohl zu einer Verfestigung von Parallelgesellschaften in Nordrhein-Westfalen als auch zu erheblichen Integrationsdefiziten in unserer Gesellschaft geführt.

(Beifall von der CDU)

Nicht zuletzt deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die neue Landesregierung erfreulicherweise ein Integrationsministerium geschaffen, welches auch die Fehlentwicklungen der vergangenen Perioden aufzuarbeiten hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo denn?)

Wir wissen, dass die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in die Zuständigkeit der Länder fällt. Hier gibt es Unterschiede. Die CDU-Fraktion hat schon vor ca. anderthalb Jahren gefordert, die Asylverfahren in NRW zu beschleunigen, weil die Vorgehensweise zum Beispiel in Bayern, in Baden-Württemberg und auch in Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Beck deutlich schneller und kürzer ist. Wir setzen uns für ein entschlossenes Vorgehen bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht ein. Ein generelles Bleiberecht und eine

umfassende Altfallregelung sozusagen für alle vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer lehnen wir vom Grundsatz her ab.

Lassen Sie mich auch in aller Klarheit sagen: Die Integration in Nordrhein-Westfalen, die Integration in unsere Gesellschaft wird nur dann gelingen, wenn sie dem zu Integrierenden erstrebenswert erscheint. Darum muss, wenn die Eltern dazu nicht willens oder in der Lage sind, der Staat durch umfassende Maßnahmen dafür sorgen, dass den Ausländerkindern der Weg in ein erfülltes Leben geöffnet wird. Der Staat muss die jungen Leute, ob ausländischer oder deutscher Herkunft, aber auch spüren lassen, dass er die Verletzung der Regeln des zivilisierten Zusammenlebens nicht hinnimmt. Das unterscheidet die neue Ausrichtung in der Sicherheitspolitik von der der alten Landesregierung.

Frau Präsidentin! Es wird angezeigt ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, noch bin ich männlichen Geschlechts.

Theo Kruse (CDU): Sehr geehrter Herr Moron, ich bitte um Nachsicht.

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen und in Zeiten der Veränderungen. Die katastrophale Finanzlage muss bewältigt werden. Das zieht sich sozusagen wie ein roter Faden durch alle Wortbeiträge, zumindest der Redebeiträge der Koalition von CDU und FDP.

(Carina Gödecke [SPD]: Dann können die Wortbeiträge doch kürzer werden!)

Wir sind dazu bereit. Ich glaube, hierzu leistet auch der Einzelplan 03 einen Beitrag. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kruse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kruse, wenn alles das, was Sie hier im Land machen, insbesondere was die Polizeipolitik angeht, so Klasse ist, würde ich gern wissen, warum denn die Polizei so in Aufruhr ist

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und warum keine Veranstaltung vergeht, in der Sie, Herr Kruse, Herr Engel, oder der Herr Minister, nicht ausgepiffen werden. Warum stehen denn 3.000 bis 4.000 Polizisten auf dem Düsseldorfer Burgplatz, um gegen ihre Politik zu demonstrieren? Das hatten wir in fünf Jahren rot-grüner Politik nicht, obwohl wir der Polizei – das will ich ganz deutlich sagen – sehr viel Unannehmes zumuten mussten, nämlich mehr arbeiten für weniger Geld. Wer macht das schon gerne? Aber einen solchen Aufruhr, wie wir ihn zurzeit haben, habe ich in den letzten fünf Jahren nicht erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also, so prima kann das, was Sie machen, nicht gewesen sein. Sie müssten Ihnen ja dankbar sein, wenn das, was Sie sagen, stimmt.

Der massive Zorn der Polizistinnen und Polizisten in NRW hat auch nicht nur damit zu tun, dass wir hier über Kürzungen diskutieren. Wir müssen ganz schonungslos zugeben: Auch eine rot-grüne Regierung hätte mit den Gewerkschaften über Kürzungen diskutiert. Aber das ist nicht der Punkt. Dieser massive Zorn ist deswegen entbrannt, Herr Kruse, weil Sie die Menschen in diesem Land schlicht und einfach belogen haben, und deswegen sind die sauer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wussten doch ganz genau, dass Sie eine Verdoppelung der Einstellungsermächtigung bei der Polizei von 500 auf 1.000 jedes Jahr nicht umsetzen können. Wider besseres Wissen haben Sie das versprochen. Und der 1,5%ige Stellenabbau im Verwaltungsbereich der Polizei wird entgegen Ihrer Versprechung auch durchgezogen. – Ich könnte die Reihe fortsetzen.

Das Problem ist, dass Sie sich die Zustimmung bei der Polizei als Partei der sogenannten inneren Sicherheit ergaunert haben,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

und diesen Ruf haben Sie bei den Polizistinnen und Polizisten inzwischen verloren.

Der Zorn ist aus meiner Sicht verständlich. Wenn dann noch hinzukommt, dass Sie ihnen noch eine Polizeireform vorsetzen, die keiner will und die jegliches Konzept und jegliche Zieldefinition vermissen lässt, dann, meine Damen und Herren, regiert in der inneren Sicherheit Chaos statt Konzept. Deswegen wird demonstriert, und deswegen sind die Leute auf der Straße, Herr Kruse.

Sie als Partei der inneren Sicherheit sparen als Erstes im Bereich der Polizei. Deshalb sind die Leute sauer. Und das kann ich auch verstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten ...

Monika Düker (GRÜNE): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage; sonst geht meine Redezeit hier zu weit herunter.

Zum Konsolidierungsbeitrag Nummer eins des Einzelplans 03 fällt dem Innenminister ...

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich Sie einmal kurz unterbrechen, Frau Abgeordnete. – Wir haben ein Sicherheitsproblem. Die Polizei bittet uns, dieses Haus jetzt zu verlassen. Alle!

Wir unterbrechen die Sitzung.

(Unterbrechung von 15:32 bis 15:39 Uhr)

Vizepräsident Edgar Moron: Wir setzen die Sitzung fort.

Meine Damen und Herren, wir hatten kein Sicherheits-, sondern ein technisches Problem, das uns allerdings eine Sicherheitsgefährdung signalisierte. Es handelte sich also nicht um einen Versuch, einmal zu sehen, ob das Warnsystem noch funktioniert, sondern es war tatsächlich ein Bombenalarm, der aber durch einen technischen Defekt ausgelöst wurde.

Das Wort hatte Frau Düker, und sie weiß hoffentlich noch, wo sie stehen geblieben ist und wo sie jetzt weitermachen muss. – Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema Sicherheitspolitik, bei dem wir gerade sind, wurde gleich einem Praxistest unterzogen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Beim Einzelplan 03 ist natürlich der größte Batzen die Polizei, das Thema Sicherheitspolitik. Aber ich möchte für meine Fraktion noch einen anderen Schwerpunkt setzen.

Es ist wahrlich kein Meisterstück, Konsolidierungsaufgaben, Herr Minister, in diesem riesigen, millionenschweren Einzelplan so zu erledigen, dass Sie als Ihren Konsolidierungsbeitrag feststellen: Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen wird platt gemacht. Das spart lediglich ganze

150.000 € im Jahr. Dies ist kein Konsolidierungsbeitrag, sondern es ist doch völlig klar, dass das einen ganz anderen Hintergrund hat. Eine Deckung wäre nämlich vorhanden; wir haben Millio-
nensummen in diesem Etat.

Sie leisten sich eine Reiterstaffel, die für bestimmte Menschen ganz schön sein mag, aber für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht gebraucht wird. Sie kostet ungefähr 2 Millionen € im Jahr. Sie wissen ganz genau, dass wir hier keine Haushaltsdebatte führen, wenn es um den Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen geht. Nein, es geht Ihnen hier um die Zerschlagung eines Netzes von ehrenamtlichen Strukturen, das sich über Jahre aufgebaut hat, und deren Aktive sich zum Ziel gesetzt haben, Minderheiten, Flüchtlingen in unserem Land, die kaum oder gar keine Lobby haben, Hilfe und Unterstützung anzubieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau diese Politik wollen Sie nicht mehr. Mit diesem Symbol, diesen 150.000 €, enttarnen Sie sich. Das hat nichts mehr mit Liberalität zu tun. Das ist nur noch erbärmlich.

Noch erbärmlicher, Herr Kruse, finde ich Folgendes: Nachdem Sie in all den Jahren, in denen wir hart um solche kleinen Töpfe gerungen haben, jedes Jahr die Arbeit des Flüchtlingsrates immer wieder dadurch unterstützt haben, dass Sie dem Antrag der damaligen rot-grünen Koalitionsfraktionen, den Haushaltsansatz für den Flüchtlingsrat wieder herzustellen, zugestimmt haben, tragen Sie in diesem Jahr, in dem Sie an der Regierung sind, die Kürzungspolitik der Landesregierung mit. Das ist eine Politik gegen Minderheiten, eine Politik gegen Ehrenamtlichkeit. Sie erwähnten den Katastrophenschutz. Richtig, da wollen Sie die Ehrenamtlichkeit stärken.

Ich glaube, bei Ihnen gibt es zwei Klassen von Ehrenamtlichkeit: die, die sich für die falschen Minderheiten, für die falschen Menschen, die in Not sind, einsetzen, und die, die es für die Richtigen tun. Ich finde diese Politik erbärmlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen weiterhin, dass in diesem Land auch die Rechte von Minderheiten Geltung haben, Herr Kruse, und für Menschen, die in größter Not sind, ein Hilfsangebot zur Verfügung steht. Die 150.000 € sind nur dazu da, das Netzwerk von Ehrenamtlichen zusammenzuhalten. Das wissen Sie ganz genau. Ich bin sehr enttäuscht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei den Kürzungen in diesem Bereich des Haushalts – Sie kürzen auch bei den Beratungsstellen –, gepaart mit Ihrer „Ausländer raus!“-Rhetorik, die Sie gerade wieder zum Besten gegeben haben – konsequente Rückführung; unsere Politik hat sich den Schwerpunkt der Rückführung von Ausländerinnen und Ausländern gesetzt –, Herr Kruse, dürfen Sie sich nicht zu wundern, wenn demnächst auch in Nordrhein-Westfalen dieser Rhetorik auf der Straße mit Fäusten Geltung verschafft wird.

Ich finde, wir sollten im Landtag versuchen, eine Politik zu machen, die auch die Minderheiten mit ihren Interessen einbindet, sie schützt, ihnen Hilfsangebote gibt. Dazu gehören für uns Grüne an allererster Stelle die Flüchtlinge in unserem Land. Dieser Politik haben Sie eine Absage erteilt. Ich persönlich bin davon sehr enttäuscht. Denn ich hatte den Eindruck, dass wir hierüber in den letzten Jahren immer einen Konsens hatten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Düker. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Redezeit. Herr Becker hat sich noch gemeldet. Noch ist er aber nicht dran. – Zunächst spricht für die FDP-Fraktion Herr Engel. Bitte schön.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Düker, Entschuldigung, durch den Alarm habe ich leider nur einen Teil Ihrer Rede mitbekommen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht auf alles eingehen kann.

Zunächst vorab: Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen – das beklagen wir alle bei jedem Einzelplan – ist mit 112 Milliarden € Gesamtverschuldung dramatisch. Die Nettokreditaufnahme von jährlich 5,8 Milliarden € muss reduziert werden. Drastische Einschnitte zur Verringerung der Neuverschuldung des Landes sind unumgänglich. Und das alles vor dem bundesrepublikanischen Hintergrund, Frau Kraft, von über 1.440 Milliarden € Schulden. Das ist die Gesamtsituation im Bund.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die neue Landesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Belastung aus dem zwingend erforderlichen Konsolidierungskurs auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ohne den Einzelnen dabei zu überfordern. Daher sind fast alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen, wie zum Beispiel Kommunen, landeseigene Einrichtungen, selbstverständlich aber auch die Landtagsfraktionen und die Kabinettsmitglieder selbst. Ausgehend

von der Erkenntnis, dass die Wirkung einer Haushaltskonsolidierung am größten ist, wenn sie über die Ausgabenseite erfolgt, wenn sie also bei Transferausgaben in den Personalbereich und nicht bei den Investitionen ansetzt, kann dabei auch der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben.

Da den beabsichtigten Stellenkürzungen Grenzen gesetzt sind, ist ein weiterer Beitrag durch eine weiter abgesenkte Sonderzahlung unumgänglich. Die genaue Ausgestaltung der Regelung zur Sonderzahlung ist derzeit noch offen. Die Koalition wird jedoch den in NRW bislang beschrittenen Weg einer sozialverträglichen Staffelung weitergehen.

Dass diese Maßnahmen bisher nur den Beamtenbereich betreffen, ist auch für mich unbefriedigend. Um diesen Zustand der Ungleichbehandlung zu beenden, sind von den Ländern die Tarifverträge gekündigt worden. Da, wie Sie sicher wissen, Tarifverträge nachwirken, können wir für den Landesbereich bis zum Abschluss der Verhandlungen an dem bisher unbefriedigenden Zustand leider nicht viel ändern und nur für die neu eingestellten Angestellten die gleichen Regelungen wie für Beamte zugrunde legen. Da nach Auffassung der Länder der für den Bund und die Kommunen geschlossene neue Tarifvertrag hinsichtlich der Einschnitte keine vollständige Angleichung an die Beamten vorsieht, kommt eine Übernahme nicht in Betracht. Die Verhandlungen bekanntlich laufen noch.

Die notwendigen Konsequenzen für die Alterssicherungssysteme aus der demographischen Entwicklung wurden erst spät gezogen. Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und trifft nicht nur den Beamtenbereich.

Ich spare mir jetzt die ganzen Details – die kennen Sie –, sondern möchte nur den Finanzminister und den Innenminister ermuntern, diesen Weg fortzusetzen. Wir brauchen am Ende, um Vertrauen zurückzugewinnen, einen selbst verwalteten, nicht rückholbaren Fond, eine Stiftung oder Versicherung. Also: Den Wurstvorrat nicht im Hundezwinger aufbewahren. Das führt dazu – das haben wir in der Vergangenheit gesehen –, dass am Ende eigentlich nichts mehr da ist.

Ich darf Ihnen noch einmal versichern, dass uns die in den Haushaltsberatungen 2006 getroffenen Entscheidungen gerade für den Beamtenbereich nicht leicht gefallen sind. Die neue Landesregierung ist aber mit dem Anspruch angetreten, dem bisherigen „Weiter so!“-Prinzip von Rot-Grün nicht mehr zu folgen, um wieder Handlungsspielräume

zu erhalten, die das Land zukunftssicherer machen und damit letztlich auch dem öffentlichen Dienst des Landes zugute kommen.

Lassen Sie mich noch einige Worte generell zum Einzelplan 03 sagen. Um die Sicherheit weiterhin mindestens auf gleichem Niveau halten zu können, müssen wir die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen effizienter ausrichten. Deshalb gilt das Motto: Weniger verwalten, mehr fahnden, Konzentration auf die Kernaufgaben. Aber auch dieser Bereich wird sich den Zwängen derzeit nicht widersetzen können. Von daher bin ich sehr froh, dass es durch bereits eingeleitete Reformen gelungen ist, insbesondere der Polizei wieder Luft zum Atmen zu geben und sie von den Fesseln hausgemachter Bürokratie zu befreien, zumindest stückweise und als allerersten Anfang.

Einige Beispiele, wie Mann-Stunden, die dem Dienst am Bürger zugedacht waren, in der Bürokratie mehr oder weniger verschwinden: Aufhebung der Workshops zur Mitarbeiterbefragung am 12. Juli 2005, Abschaffung der landesweiten Zielvereinbarung im Oktober und November 2005, Auflösung des Beratungsteams Steuerung und Führung. Es waren vorher 33 hoch bezahlte Mitarbeiter, jetzt sind es nur noch 18, allerdings mit veränderter Aufgabenstellung. Ich sage an dieser Stelle für die fachpolitischen Kollegen: Damit sind wir noch nicht fertig.

Reduzierung des Kennzahlenbedarfes. Kennzahlen wurden von ca. 2.200 auf jetzt 870 reduziert. Für den operativen Bereich verbleiben dabei nur noch 271. Deutlich weniger Bürokratie, die Mann-Stunden ohne Ende gekostet haben. Einstellung der produktbezogenen Arbeitszeiterfassung in der Polizei am 2. November 2005. Wir erinnern uns noch genau, als das im Innenausschuss vorgetragen wurde. Das macht 490 Stellenäquivalente, 490 Mann, die der Steuerzahler bezahlt hat, die aber nur nach innen hin Statistik gemacht haben. Also: Personalgewinn von 490 Stellen. Und natürlich die Eingliederung des polizeilichen Staatsschutzes in die zentrale Kriminalitätsbekämpfung.

Nächste Schritte werden folgen. Wir werden genau hinsehen. Kein Bereich bleibt ausgenommen, erst recht nicht die dauerhaft geschützten einsatzfernen Räume ohne jede Chance auf Täter- und Bürgerkontakte. Wir werden genau gucken, was sich da entwickelt hat und ob wir das noch brauchen oder ändern können.

Auch die Zahl – das sage ich ganz deutlich, weil immer etwas anderes kolportiert wird – der Einstellungsberater werden wir dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Das muss legitim sein. Draußen im

Lande wird wie eine Monstranz herumgetragen – auch bei den Demonstrationen – als wollten wir sie abschaffen. Das ist natürlich purer Unsinn.

Herr Dr. Rudolph und Frau Düker, vielleicht zwei, drei Bemerkungen zu Ihrer Kritik.

Herr Dr. Rudolph, Sie haben die Reiterstaffeln angesprochen, 1,3 Millionen €. Sie haben gesagt, damit könnte man round about 60 Polizeibeamte bezahlen. 50 Pferde hätten rund 1,3 Millionen € gekostet.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: 2,1!)

– Okay, einverstanden. – Aber Sie haben – lassen Sie mich das noch einmal sagen – verschwiegen, dass allein die Lenkungswirkung eines Polizeipferdes bei Demonstrationen 15 ausgebildete Polizeibeamte umfasst.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo haben Sie das denn her?)

Diese 50 Polizeipferde sind also bei Großeinsätzen ein Stellenäquivalent von gut sieben Hundertschaften. Wir setzen sie auch anders ein als zu Zeiten von Rot-Grün.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Warum müssen vier Pferde die ganze Zeit vor dem Landtag patrouillieren?)

– Herr Rimmel, ich habe das noch gar nicht gesehen. Darum müssen wir uns kümmern.

Dann haben Sie, Herr Dr. Rudolph, gefordert, den Fahndungsdruck zu erhöhen. Völlig richtig! Aber das machen wir doch, indem wir Bürokratie intern dahin tun, wo sie hingehört, nämlich in die Tonne.

Darüber hinaus haben Sie die missliche Beförderungssituation – A 7, A 8 – angesprochen. Wir haben 600 Leute mit A 7 und 1.500 Leute mit A 8, also mit 1.800 € brutto. Die Zahlen, glaube ich, stimmen. Das tut mir auch in der Seele weh, wenn demgegenüber nur 700 Beförderungsstellen nach A 9 und 300 Beförderungsstellen nach A 8 stehen. Daran müssen wir noch arbeiten. Aber mehr gibt zurzeit der Haushalt nicht her.

Des Weiteren haben Sie von Kürzungen des Polizeihaushaltes in Höhe von 125 Millionen € gesprochen. Sie müssen genau hinschauen. Wir werden nicht einen einzigen Schutzmann weniger haben. An dieser Stelle möchte ich – ich habe das extra mitgebracht; ich habe noch eine Redezeit von bis zu zwei Minuten – auf die Landtagsdrucksache 14/1765 hinweisen, nämlich auf die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage, wie viele Polizeibeamte im Jahr pensioniert werden. Lesen Sie das bitte

nach; aus Zeitgründen kann ich das jetzt nicht vortragen. Die Landesregierung sagt – bis zum letzten Polizeibeamten durchdekliniert – ganz klar, dass kein Personalabbau stattfindet. Sie sagt auch, das hätte die alte Landesregierung genauso getan. Man muss also genau hinsehen. Nur die Pensionierungen alleine geben keine Auskunft darüber, ob der Personalkörper im Bereich der Polizei reduziert wird oder nicht.

Lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen zur Verwaltungsstrukturereform schließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kabinett hat gestern die Weichen dafür gestellt, selbstständige Dienststellen im Bereich der Sonderverwaltung unter die Dächer der fünf Bezirksregierungen zu holen. Versuchen wir doch einmal, eine solche Maßnahme aus der Sicht des Bürgers, des Antragstellers, des Investors zu sehen. Als Stichwort nenne ich Garzweiler. Das alles haben wir hinter uns. Am Ende ist Garzweiler II gekommen. Aber was war das für ein Gezerre? Nun haben wir nur noch fünf Ansprechpartner. Das ist für dieses Land, für Investoren, für diejenigen, die etwas tun wollen – also nicht für die Unterlasser –, die einen Antrag einbringen wollen, die eine Genehmigung brauchen, eine gute Nachricht. Wir haben 667 Behörden in Nordrhein-Westfalen. Die ganze Detailarbeit wird noch kommen. Die Koalitionsfraktionen werden das konkrete Regierungshandeln begleiten. Ich freue mich darauf, denn diese Botschaft wird ankommen. Wir machen aus diesem Land das Land mit den kürzesten Genehmigungszeiten. Über Wachstum und Beschäftigung kommen wir dann auch wieder zu neuen Verteilungsspielräumen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Engel. – Jetzt hat der Innenminister, Herr Dr. Wolf, das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Werter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2006 ist von den Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung geprägt, die Nettoneuverschuldung zurückzuführen. Auch das Innenressort muss an verschiedenen Stellen seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Mir fallen die geplanten finanziellen Reduktionen bei den Sonderzahlungen wahrlich nicht leicht. Mit Blick auf die notwendige sukzessive Rückführung der Nettoneuverschuldung sind diese finanzpolitischen Entscheidungen allerdings ohne realistische Perspektive. Der Verzicht auf eine sparsame Haushaltsführung, insbesondere in den letzten

zehn Jahren rot-grüner Regierung, hat uns einen Schuldenstand beschert, dem wir im Interesse unserer Kinder und Kindeskinde Einhalt gebieten müssen.

Insgesamt sinkt der Haushalt des Innenressorts gegenüber dem Vorjahr um 178,3 Millionen €. Der überwiegende Anteil dieser Kürzungen, nämlich rund 135 Millionen €, entfällt auf den Asylbereich. Diese Kürzungen waren deshalb möglich, weil die Asylbewerberzahlen deutlich rückläufig sind. Dennoch haben wir auch hier Schwerpunkte gesetzt. So haben wir den Ansatz für die Rückführung und die Rückkehrförderung um rund 460.000 € auf 9,5 Millionen € erhöht.

Herr Rudolph, wie man angesichts der Zahlen, Reduktion um 178 Millionen €, davon 135 Millionen € für den Asylbereich, sagen kann, dass bei der Polizei 125 Millionen € gekürzt werden, wird Ihr Geheimnis bleiben. 178 Millionen € minus 135 Millionen € gleich 125 Millionen € – das kann uns offensichtlich nur Herr Rudolph erklären.

Es wird deutlich, dass hier eine ganz andere Politik vorherrscht. Wir haben versucht, den Kernhaushalt so weit wie möglich zu schonen. Allerdings haben wir in den verwaltenden Bereichen der Polizei 1,5 % der Stellen abzubauen, so wie das auch an anderer Stelle in der Landesverwaltung der Fall ist.

Meine Damen und Herren, man sieht sehr deutlich: Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist zentrales Anliegen der Landesregierung, weil wir eben den Kernbereich schützen. Das Ziel der Stärkung der inneren Sicherheit durch mehr Fahnden statt Verwalten ist ja auch von den Vordnern der Koalitionsfraktionen sehr deutlich betont worden. Wir haben deswegen den operativen Bereich der Polizei von den Stelleneinsparungen ausgenommen.

Es ist einfach unredlich, um nicht andere Ausdrücke zu benutzen, Herr Rudolph, wenn Sie sagen, dass wir für den großen Teil der Stellenkürzungen verantwortlich sind. Sie haben die kw-Stellen im Zusammenhang mit der Verlängerung der Arbeitszeiten ausgebracht. Deswegen sind 1.222 Stellen in den nächsten Jahren zu kürzen, wobei das Volumen der Polizeiarbeit wegen der verlängerten Arbeitszeit ja gleich bleibt. Wenn Sie so etwas früher zu verantworten hatten, dann sollten Sie das nicht so schnell vergessen. Da ist jede Larmoyanz fehl am Platze.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Was die Krokodilstränen anbetrifft, dass der Digitalfunk noch nicht eingeführt wurde, weise ich dar-

auf hin, dass dieser wirklich eine lange Geschichte hat. Ihre Regierungszeit war diesbezüglich prägend. Sie haben es nicht geschafft – Sie haben im Bund und im Land regiert –, das rechtzeitig in die Wege zu leiten. Noch immer warten wir auf die Vergabeentscheidung der Bundesregierung, in der Sie vertreten sind. Wir sind sozusagen Gewähr bei Fuß. Die 250 Millionen € stehen im Haushalt. Wenn die Entscheidung fällt, sind wir bereit, das umzusetzen. Das Land hat sich hier aus meiner Sicht hervorragend und vorbildlich verhalten. Wir haben kurz nach Antritt unserer Regierung die Mittel in den Haushalt eingebracht. Mehr kann man nicht tun. Wir warten, dass der Digitalfunk kommt.

Meine Damen und Herren, es gilt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Polizei in NRW bestmöglich aufzustellen, deswegen die Konzentration auf die Kernaufgaben – das hat der Kollege Engel sehr deutlich gesagt – und das Dreisäulen-Konzept – Binnenmodernisierung vorantreiben, Straffung der äußeren Struktur und Abbau von innerbehördlicher Bürokratie stärken. Das ist der richtige Weg.

Erfolgskennzahlen sind doch da, das ist von beiden Rednern hier gesagt worden. Wir haben die Anzahl der Polizeiinspektionen von 118 auf 89 verringert. Das bringt Personalgewinne für den operativen Bereich. Wir werden eine entsprechende Straffung der äußeren Struktur vornehmen. Herr Dr. Rudolph, wenn Sie uns an dieser Stelle erzählen wollen, wie reformieren geht, dann frage ich Sie: Was war denn Ihre Reformleistung im Hinblick auf die Anzahl der Polizeibehörden?

Zehn Jahre lang haben wir unter Rot-Grün Stillstand der Rechtspflege erlebt. Wir machen was – und schon sind Sie dagegen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber wir werden uns da nicht beirren lassen. Denn da ist auch – Herr Kollege Engel hat es angesprochen – Verwaltungsstrukturreform angesagt. Wenn wir die Mittelinstanzen entschlacken wollen, gehört dazu natürlich auch, dass wir die Polizei in die operativen Ebenen nach unten drängen, dort, wo sie hingehören, dort, wo Synergieeffekte zu nutzen sind.

Richtig ist auch darauf hingewiesen worden, dass wir innerbehördlich Bürokratie abgebaut und unnötige Kennzahlen beseitigt haben.

Wir werden – finanzpolitisch wiederum wichtig – weiterhin 500 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter einstellen.

Die Weiterführung der zweigeteilten Laufbahn ist ebenso gesichert wie die Nachschlüsselung.

Eines ist verwunderlich – da muss ich Sie einmal direkt ansprechen –: Warum haben Sie eigentlich all die Beförderungen, die Sie hier plötzlich einfordern, nicht vor neun Monaten vorgenommen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Haben wir ja! Sie haben das doch gestoppt, Herr Wolf!)

Das muss doch wirklich eine wundersame Wandlung sein, wenn man plötzlich entdeckt, dass da ein Stau von Tausenden von Beförderungen besteht. Das nimmt Ihnen draußen keiner ab. Sie können sich gern so positionieren – es wird Ihrer Glaubwürdigkeit nicht nutzen.

Auch um der Wahrheit die Ehre zu geben – das ist wichtig für uns –: Wir haben den Sachhaushalt der Polizei nicht gekürzt. Im Gegenteil: Er ist sogar um 1,2 Millionen € gestiegen. Sie sehen, uns ist die innere Sicherheit sehr viel wert. Uns sind auch die Polizistinnen und Polizisten sehr viel wert. Die Polizei in NRW genießt zu Recht einen guten Ruf. Die Polizei ist gut aufgestellt.

Wir sind aber nicht nur im polizeilichen Bereich tätig, sondern natürlich auch für die Ausstattung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr verantwortlich. Da möchte ich nur ganz beiläufig erwähnen, dass wir in diesem Jahr einen Riesenbeitrag zum Thema Großschadensabwehr leisten: durch die Bezahlung von Katastrophenschutzeinheiten, die wir gerade im Hinblick auf die großen Ereignisse, die in Kürze anstehen, schaffen. Wir werden im Jahre 2006 wiederum 21 Millionen € für Feuer- und Katastrophenschutz zur Verfügung stellen. Im Übrigen werden auch die Kommunen aus der Feuerschutzsteuer 4 Millionen € mehr bekommen.

Sie sehen, wir lassen uns das was kosten. Diese Landesregierung ist sich der Verantwortung für die innere Sicherheit bewusst und schafft die notwendigen haushaltsmäßigen Voraussetzungen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Für eine zweite Intervention der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verwaltungsstrukturreform, die der Innenminister zuletzt angesprochen hat, ist eine, die bis jetzt den Namen nicht verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, eine Verwaltungsstrukturreform, wie wir uns sie vorstellen, ist eine Ver-

waltungsstrukturreform, die eine Aufgabenkritik beinhaltet, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gespräch ist, wo zusammen festgestellt wird, was Reformbedarf ist und was nicht Reformbedarf ist.

Aber eine Verwaltungsstrukturreform, wie Sie sie jetzt machen, wo Sie Ebenen zerschlagen, wo Sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 35 Sonderbehörden und 11 Versorgungsämter quasi auflösen beziehungsweise verlagern, ist keine Reform, sondern ein Hauruckakt. Nicht die Spur einer ordentlichen Aufgabenkritik, nicht die Spur von Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht die Spur eines geordneten und transparenten Vorgehens, sondern einsame Kabinettsbeschlüsse, insbesondere getrieben von der FDP, die offensichtlich wieder das Bedürfnis hat, hier den Nachweis ihrer Notwendigkeit zu erbringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wie Sie mit den Kommunalverwaltungen, wie Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden umgehen, das darf ich Ihnen einmal aus der heutigen Presseschau zitieren:

„Rüttgers sauer: Städtetag fliegt aus CDU-Gremium

Die herbe Kritik des Städtetags Nordrhein-Westfalen an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat ein politisches Nachspiel. Hendrik Wüst, der neue Generalsekretär der Landes-CDU, will die Vertreter des Städtetags künftig von den internen Beratungen des CDU-Arbeitskreises Kommunales und Verwaltungsstrukturreform ausschließen. ‚Wir werden künftig vorab ohne sie tagen‘, erklärte Wüst. ... Es habe sich gezeigt, dass der Städtetag das Insiderwissen aus dem Gremium für seine eigene Argumentation nutze.“

Das ist eine absurde Kritik. Erstens. Sie meinen ganz offensichtlich die Kritik des Städtetages an Ihren Gemeindereformbeschlüssen und an den Gemeindefinanzbeschlüssen und daran, dass Sie immer weitere Aufgaben ohne Finanzausstattung auf die Kommunen verlagert haben.

Zweitens. Selbst wenn der Städtetag Insiderwissen – wie Sie das nennen – für eigene Argumentationen nutzt: Was daran Verwerfliches ist, wie dieser Vorwurf mit einem transparenten Verfahren zusammengeht, das vermag ich, meine Damen und Herren, nicht zu erkennen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie zerschlagen die Umweltverwaltung. Sie zerschlagen sie, ohne nachweisen zu können und ohne nachweisen zu wollen, wie Sie Aufgaben,

die bisher gut erfüllt worden sind, in Zukunft erfüllen wollen. Sie denken überhaupt nicht daran, nachzuweisen, wo die Aufgaben in Zukunft vernünftig wahrgenommen und erfüllt werden. Sie denken auch überhaupt nicht daran, nachzuweisen, warum und mit welchen Folgen Sie 1.000 Leute einsparen wollen.

Das alles ist keine Verwaltungsstrukturreform, sondern das ist, wie ich es eben sagte, ein Hau-ruckakt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn das so weitergeht, wenn Sie in den nächsten Jahren auch den Rest der Verwaltungsstrukturreform so abwickeln, werden Sie auch da den Widerstand der kommunalen Ebene zu spüren bekommen.

Eine letzte Anmerkung von meiner Seite an diesem Punkt: Ich bitte Sie herzlich, wenigstens in Zukunft die Verwaltungsstrukturreform so zu gestalten, dass die Verwaltungsstruktur auch eine kommunale Mittelebene umfasst und nicht allein eine staatliche Ebene. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass Sie etwas privatisieren, dass Sie etwas kommunalisieren und dass Sie den Rest verstaatlichen wollen. Das ist keine Mittelebene, wie Sie sie in der Vergangenheit den Kommunen versprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Becker. – Meine Damen und Herren, damit haben wir beim Einzelplan 03 den Bereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“ abgeschlossen.

Ich eröffne dann die Beratung über den **Teilbereich „Sport“**.

Auch hier gibt es Wortmeldungen. Für die SPD-Fraktion beginnt der Abgeordnete Peschkes.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Dieser Sporthaushalt ist kein Meisterstück, er ist nicht mal ein Gesellenstück. Die Qualität dieses Haushaltes entspricht exakt dem Verhalten der CDU, das sie bei den Beratungen im Sportausschuss an den Tag gelegt hat. Ich muss das in Erinnerung rufen. Diese Sitzung war ohne Beispiel.

Ganze sieben Minuten hat die Haushaltsberatung im Sportausschuss gedauert – einschließlich der Eröffnung durch den Vorsitzenden, einschließlich des Berichtes des Innenministeriums. Sieben Minuten lang waren CDU und FDP stumm wie die Fische. Sieben Minuten allerdings, in denen Sie dem Ausschuss und seinen Gästen auch Ihre Arroganz der Macht vorgeführt haben.

(Oh-Zurufe von CDU und FDP)

Sie waren nicht nur sprachlos, Sie haben sich einer Diskussion über den Sporthaushalt schlichtweg verweigert. Sie wollten gar nicht darüber reden, was Sie dem Sport eingebrockt haben. War es etwa Ihr schlechtes Gewissen? – Ich könnte mir das vorstellen. Sie haben gekniffen und waren bockig wie ein kleines Kind.

Das, meine Damen und Herren von der Koalition – das muss ich so sagen –, war einer parlamentarischen Debatte absolut unwürdig. Aber nicht nur in der Form, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, lagen Sie daneben, auch inhaltlich ist dieser Haushaltentwurf ein sportpolitisches Ar-mutszeugnis.

Er entspricht in keiner Weise den frohen Botschaften, die Sie landauf, landab verkünden. Sie reden draußen von dem hohen Gut und der Bedeutung des Ehrenamts und anschließend schlagen Sie hier in Düsseldorf diesem Ehrenamt die Beine weg, indem Sie die Übungsleiterpauschale zusammenstreichen.

(Beifall von der SPD)

Sie reden draußen von der Förderung des Spitzensportes und anschließend kürzen Sie in Düsseldorf die Mittel für die Sportstiftung, die diesen Spitzensport fördert.

(Beifall von der SPD)

Sie reden draußen von Eigeninitiativen und drehen diesen Initiativen im Landtag anschließend den Geldhahn zu. Sie lassen die Landesregierung mit dem Rasenmäher 20 % der Ansätze kürzen und protestieren nicht einmal ansatzweise. Ihnen ist dabei offensichtlich völlig egal, dass Sie über Jahrzehnte gut gewachsene Strukturen zerschlagen oder beschädigen.

Besonders schlimm – muss ich sagen – finde ich die Kürzung der Übungsleiterpauschale; besonders perfide empfinde ich die Art und Weise, wie die Übungsleiterpauschale gekürzt wurde. Sie, Herr Innenminister Dr. Wolf, erklären montags abends bei der Übergabe der NRW-Sportplakette in Bonn, wie wichtig diese ehrenamtlichen Übungsleiter für diese Gesellschaft seien. Sie haben es in einer so eindrucksvollen Art und Weise getan, dass den Gästen fast Tränen der Rührung gekommen sind. Zwei Tage später wird einer staunenden Öffentlichkeit die Kürzung der ohnehin schon nicht üppigen Pauschale präsentiert. Ich frage Sie: Ist das die neue Ehrlichkeit?

(Beifall von der SPD)

Ich erkläre Ihnen aber, was das ist: Das ist eine Ohrfeige für jeden ehrenamtlichen Übungsleiter. Ich füge hinzu: Diese Kürzungen sind nicht nur kurzfristig, sie sind auch gesamtgesellschaftlich in höchstem Maße kontraproduktiv.

Wenn man weiß, dass ein jugendlicher Straftäter das Hundertfache von dem kostet, was eine vorbeugende Jugendarbeit kostet, dann frage ich mich: Wieso gehen Sie diesen Weg, der die öffentlichen Haushalte in der Zukunft so stark belasten wird? – Aber auch das zeigt einmal mehr, dass Sie eine Politik nicht nur ohne Herz, sondern auch ohne jeglichen Verstand betreiben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Parl. Staatssekretär Manfred Palmen)

– Ja, der ist Ihnen manchmal etwas abhanden gekommen, Herr Palmen. Das stimmt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Koalition hat gezeigt, dass sie zu einer konstruktiven Diskussion über den Sporthaushalt nicht bereit und möglicherweise auch nicht in der Lage ist.

Von der viel beschworenen Sportfraktion, Herr Sportausschussvorsitzender Wirtz, ist in diesem Hause nicht mehr viel zu spüren. Die viel beschworene Sportfraktion ist nach diesem ersten knappen Jahr Ihrer Koalition nur noch ein Phantom. Diese fünfte Fraktion gibt es faktisch nicht mehr. Sie haben sie einseitig aufgekündigt. Ich finde das sehr schade, denn es nutzt Ihnen nur wenig, und dem Sport schadet es insgesamt sehr.

Alles in allem halte ich fest:

Erstens. Für den Sport bedeutet dieser Haushaltsentwurf eine Zäsur.

Zweitens. Die Koalition im Sportausschuss hat sich einer Debatte verweigert. Eigene Gedanken sind ihr fremd – von Gestaltungsvorschlägen ganz zu schweigen.

Drittens. Die Gemeinsamkeit der Sportpolitiker in diesem Hause ist Geschichte. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Peschkes. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Müller das Wort. Bitte schön.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Peschkes, wenn ich Sie so angehört habe, fällt mir mein alter Spruch ein: Me come the tears. Es

können einem wirklich die Tränen kommen, wenn man hört, wie schrecklich es doch um den Sport steht.

Es bleibt für die CDU-Fraktion dabei: Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Sportland Nummer eins. Wir haben im Jahre 2006 verschiedene Weltmeisterschaften: Die Fifa-WM, die Fußball-WM für geistig Behinderte, die Hockey-WM, die Reiter-WM. Wir haben über 3 Mio. € ausgewiesen, um diese Ereignisse, die auch schon vorher bekannt waren, ordnungsgemäß durchzuführen.

Diese Weltmeisterschaften sollen und werden neben der Freude an sportlichen Höchstleistungen für Nordrhein-Westfalen die Chance bieten, sich als freundliche und weltoffene Gastgeber zu präsentieren. Diese Sportweltereignisse haben aber auch den Sinn, Menschen – vor allen Dingen junge Menschen – in unserem Lande zu animieren, selbst Sport zu treiben. Die CDU-Fraktion wird sich deshalb noch in diesem Jahr unter anderem intensiv mit dem Thema „Früherkennung und Weiterentwicklung von Talenten“ befassen.

Nun einige konkrete Bemerkungen zum Sporthaushalt: Dabei werde ich mich hier in der Kürze der Zeit auf die Themen Sportpauschale und Übungsleiterpauschale beschränken, zumal die sonstigen Posten auch keine wesentlichen Änderungen enthalten und auch für den Rest keine Änderungsanträge vorliegen.

Zunächst einmal stelle ich fest, dass die Regierungskoalition die Sportpauschale mit ca. 50 Millionen € ausgestattet hat. Das sind sogar 5 Millionen € mehr als bisher, die den Kommunen per Umlage zur Verfügung stehen.

(Beifall von der CDU)

Diese 5 Millionen € hat es vorher auch schon gegeben, aber früher waren diese für von der Landesregierung gesteuerte Projekte, haben den Kommunen also nicht direkt zur Verfügung gestanden. Das ist eine ausgesprochen kommunalfreundliche Maßnahme. Damit hat sich die Lage für unsere Kommunen in der Frage sogar verbessert, und die Planungssicherheit bleibt garantiert. Wir gehen natürlich davon aus, dass die Mittel dann vor Ort entsprechend eingesetzt werden.

Die Höhe dieser Sportpauschale, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, stand von Anfang an der Beratungen nicht zur Disposition, obwohl ein Antrag der SPD dies zu unterstellen versuchte. Dass dieser Antrag – obwohl längst durch den Haushaltsentwurf, übrigens auch im Sinne der SPD, positiv erledigt – dem Sportausschuss dennoch zur Abstimmung vorgelegt wurde, bleibt

nicht nur mir unerfindlich. Soviel zum Thema: Stumm wie ein Fisch. Man muss auch wirklich nicht zu allem Unnötigen, was vorgetragen wird, etwas sagen. Das war völlig überflüssig.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen ja, dass Sie da sind. Darüber freuen wir uns auch. Aber dieser Antrag brauchte das nicht noch einmal zu unterstreichen.

Bei der Übungsleiterpauschale sieht der Landeshaushalt eine Kürzung von 1,5 Millionen € vor. Es ist doch klar, dass diese Kürzung bei niemandem Begeisterung hervorruft. Der Grund für diese Kürzung – da erzähle ich nichts Neues, aber es muss noch einmal gesagt werden, weil es einfach richtig ist – liegt wie in allen anderen Bereichen auch hier ausschließlich in der desolaten Finanzsituation, die uns Rot-Grün hinterlassen hat.

Jetzt stellen ausgerechnet diese beiden Fraktionen den Antrag, den letztjährigen Ansatz in Höhe von 7,6 Millionen € wieder herzustellen. Ich sage bewusst: den letztjährigen. Denn der ursprüngliche Ansatz betrug lange Jahre bis 2002 11,7 Millionen € oder früher 23 Millionen DM. Bei Rot-Grün sind die dann schon in den Jahren 2003 bis 2005 sukzessive auf 7,6 Millionen € – das entspricht einer Kürzung von ca. 35 % – reduziert worden.

Wir haben gerade Herrn Peschkes gehört. Ich vermute, Herr Vesper wird diesen Umstand auch noch würdigen. Da kann ich nur sagen: Ausgerechnet diese jahrelangen Dauerkürzer der Übungsleiterpauschale loben hier mit hehren Worten das Ehrenamt und die Bedeutung des Sports, wie wir schon gesehen haben, in auf die Tränen drückender Weise und bejammern, wie schrecklich hier doch alles ist. Da kann ich nur sagen: Hoch lebe der Gedächtnisschwund!

(Beifall von CDU und FDP)

Aber ich sage auch: Die Übungsleiterpauschale ist ein wichtiges Instrument zur Förderung des Ehrenamts im Sport, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Damit dieser Bereich aufgrund der nicht von uns verschuldeten Finanzsituation nicht von der Kürzung betroffen wird, wird das Ministerium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dafür Sorge tragen, dass die Fördermittel für den Kinder- und Jugendbereich nicht weniger werden, und zwar durch Umschichtung der Förderungen. Das Gleiche gilt übrigens auch für den Behindertensport. Betroffen sein wird der Erwachsenensport. Das halten wir aber in dieser Situation auch für vertretbar.

Abschließend stelle ich fest, dass der Sporthaushalt eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung des Sports in unserem Land ist. Wir werden auch weiterhin daran arbeiten: Nordrhein-Westfalen soll Sportland Nummer eins in Deutschland sein und bleiben. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Müller. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sporthaushalt 2006 ist naturgemäß sehr stark geprägt von den anstehenden Großveranstaltungen, von der Fußballweltmeisterschaft, der wir alle entgegenfiebern, aber auch von den Weltreiterspielen, von der Hockeyweltmeisterschaft und von vielen anderen Großveranstaltungen. Da zeigen wir uns in Nordrhein-Westfalen in der Tat von der besten Seite mit einem vielfältigen Programm, das den Gästen aus aller Welt unser Land und dessen Bevölkerung als weltoffene Gastgeber präsentiert. Wir alle freuen uns auf diese Ereignisse im Sport, aber auch auf alles, was drum herum stattfindet. Wir werden uns ja auch hier im Hause an zwei Abenden mit der Fußballweltmeisterschaft in geeigneter Form auseinander setzen. Das ist der positive Teil des Sporthaushalts. Ich kann auch vieles von dem unterstreichen, was der Kollege Müller und der Kollege Peschkes dazu gesagt haben.

Aber natürlich gibt es auch den schon angesprochenen Schatten. Da kann ich nur sagen: Lieber Herr Müller, hoch lebe der Gedächtnisschwund – daraus wird ein Schuh. Lesen Sie sich doch einmal die flammenden Appelle und Reden aus der CDU-Fraktion bei den Beratungen der früheren Haushalte durch.

(Beifall von der SPD)

Das muss Ihnen ja nun wirklich im Halse stecken bleiben, wie sehr die Wichtigkeit der Übungsleiterpauschale gerade von den CDU-Kolleginnen und -Kollegen stets vertreten wurde, von Frau Schräps, aber auch von anderen. Sie waren persönlich noch nicht dabei, aber im Geiste waren Sie wahrscheinlich auch damals schon dabei. Jetzt soll das alles nicht so gewesen sein. Geben Sie es doch zu: Sie sind im Innersten Ihres Herzens – und die Kollegen der CDU im Sportausschuss ebenso – doch für unseren Antrag.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen doch selber die Übungsleiterpauschale wieder auf das Vorjahresniveau anheben. Sie haben sich nur in Ihrer Fraktion mit diesem Anliegen nicht durchsetzen können. Das ist ja ehrenwert. Dagegen ist nichts einzuwenden. Jeder von uns unterliegt mal in seiner Fraktion. Dass Sie aber jetzt hier so tun, als wären Sie der Vertreter dieser Kürzung der Übungsleiterpauschale, das nimmt Ihnen doch keiner ab. Insofern ist das eine peinliche Kiste für die Koalition, gerade angesichts dessen, was in den vergangenen Haushaltsberatungen dazu immer gesagt worden ist. Und das lösen Sie jetzt nicht ein.

Man muss an der Stelle auch darauf hinweisen, dass die Kürzungen im Landesjugendplan zusätzlich auch noch einmal die Sportjugend treffen. Das kommt ja noch hinzu. Deswegen ist die Kürzung der Übungsleiterpauschale doppelt schwierig für die Sportjugend. Die können sich für all die Sonntagsreden nichts kaufen. Die können sich nur für das etwas kaufen, was am Ende im Haushalt zur Verfügung gestellt wird.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, wie auch schon im Sportausschuss, wo die Koalition ihn im Beisein des Präsidenten des Landessportbundes abgelehnt hat. Heute haben Sie noch einmal die Chance, ihn anzunehmen.

Meine Damen und Herren, gesondert müssen wir noch prüfen, wie sich die Kürzungen im Schulsport gestalten. Hier zeichnen sich weit reichende Kürzungen gerade bei den Beraterinnen und Beratern für den Schulsport ab. Das ist ja eine besonders eigenwillige Abschaffung des Beauftragtenwesens, indem man die „Beauftragten“ in „Berater“ umbenennt. Das ist sehr phantasievoll, Frau Kollegin Sommer. Großes Kompliment! Aber dass bei den Beratern und Beraterinnen dann auch noch so stark gekürzt wird, das halte ich für problematisch. Diese so wichtige Arbeit darf nicht mutwillig zerschlagen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darin sehe ich absolut keinen Sinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sport in Nordrhein-Westfalen zehrt zurzeit noch von den Erfolgen der Vergangenheit. Ich begreife diese Erfolge als Ergebnis der gemeinsamen Sportfraktion in diesem Hause. Was uns die Zukunft hier bringen wird, vermag ich nicht abschließend zu beurteilen. Aber ich hoffe, dass meine optimistische Grundhaltung auch hier nicht enttäuscht wird und man nicht skeptisch werden muss. Da müssen wir wirklich die nächsten Monate miteinander reden und schauen, ob die fünfte Fraktion wirklich tot ist, wie Herr Peschkes das

einschätzt, oder ob man sie nicht doch noch wiederbeleben kann. Ich würde mich freuen, wenn das ginge. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vesper. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sport ist ein klassisches Querschnittsthema. Das reicht von Sport und Bewegung im Kindergarten bis zum Seniorensport, vom Leistungssport bis zum Breitensport, vom Sport, den man aktiv betreibt, bis zu einem Sport, den man passiv genießt.

Der neuen Landesregierung und den Fraktionen von CDU und FDP ist die Förderung des Sportes – sei es finanziell oder durch die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen – besonders wichtig.

Sport hat auch eine Vielzahl von positiven Nebenwirkungen. Hierüber herrschte in der Vergangenheit fraktionsübergreifender Konsens. Sport verbindet Generationen und soziale Schichten. Sport hält die Menschen fit. Sport macht vor allem Spaß.

Eine Reihe von Großveranstaltungen und sportlichen Erfolgen machen Nordrhein-Westfalen in Deutschland zum Sportland Nummer eins.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Heute, meine Damen und Herren, geht es um den Sport im Landeshaushalt. Sport wird im Wesentlichen von privater Initiative getragen. Gerade diese private Initiative und dieses private Engagement gilt es aus unserer Sicht zu stärken und zu fördern.

Meine Damen und Herren, wir als FDP waren uns immer im Klaren, dass jeder in den Sport investierte Euro ein gut investierter Euro ist. Vor dem Hintergrund der von Rot-Grün ruinierten Landesfinanzen ist dies auf lange Zeit keine leichte Aufgabe. Dennoch können Schulen, Vereine, Sportler und Kommunen auf uns als verlässlichen Partner zählen.

Die Förderung des Sports verteilt sich auf verschiedene Ministerien und Einzelpläne. Das im Landessportplan zusammengefasste Volumen der Sportförderung beläuft sich für das Jahr 2006 auf über 130 Millionen €. Gegenüber dem letzten Haushalt ist dies eine Steigerung von 5,4 Millionen €. Das, meine

Damen und Herren, ist mit Sicherheit eine gute Nachricht.

Gerade der Sport im Bildungsbereich ist für uns von elementarer Bedeutung. Hier konnten die Mittel – ohne die Bezüge der Sportlehrer – um 1 Million € auf 40,7 Millionen € verstärkt werden. Auch die Mittel für den Sportstättenbau mit dem Kernbereich Sportpauschale ist mit über 65 Millionen € um 3,4 Millionen € besser ausgestattet als im vergangenen Haushalt. Auch das, meine Damen und Herren, lieber Herr Peschkes, ist sicherlich eine gute Nachricht.

Dennoch kommt auch der Sport nicht umhin, für seinen Bereich einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten. Um die Finanzierung anderer wichtiger Bereiche zu sichern, ist die Übungsleiterpauschale abgesenkt worden. Aus rein sportlicher Sicht wäre uns allen eine Verdopplung des Ansatzes sicherlich lieber gewesen. Unter den gegebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ist die Reduzierung jedoch vertretbar. Sie ist deutlich geringer ausgefallen als in anderen Bereichen des Haushalts.

Auch die Sportler wissen, dass zehn Jahre rot-grüner Regierung uns zu Einschnitten zwingen. Durch die jetzt vorgesehene Kürzung reduziert sich der durchschnittliche Förderbetrag je Verein um 13 € pro Monat. Dies wird meiner Ansicht nach die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen nicht gefährden, auch wenn die Oppositionsfraktionen bereits den Notstand ausgerufen haben.

Lieber Herr Peschkes, wenn Sie diese Zahl von 13 € pro Monat pro Verein hören, kann das doch nicht wirklich die Begründung für die Aufkündigung der fünften Fraktion in diesem Landtag sein. Herr Peschkes, das ist unsachlich. Das ist rein politisch motiviert. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen.

Besonders bemerkenswert ist, dass eine Oppositionsfraktion, deren sportpolitischer Sprecher in der Vergangenheit schon einmal Sportminister war, plötzlich das hohe Lied auf die Übungsleiterpauschale anstimmt, obwohl er selbst bereits 2004 die Übungsleiterpauschale im Haushaltsansatz gänzlich streichen wollte.

Jenseits der nackten Kennziffern wollen wir neue Impulse setzen. Hier seien nur einige Stichworte genannt: Wir müssen bei Talentfindung und Talentförderung die Strukturen überprüfen und weiterentwickeln. Bei der Spitzensportförderung müssen wir effizienter arbeiten. Insbesondere die Vereinbarkeit von Ausbildung beziehungsweise Studium und Leistungssport muss verbessert werden.

In fünf neuen Sportschulen in Nordrhein-Westfalen wollen wir die Förderung des Sports wesentlich ausbauen. Abschließend, meine Damen und Herren, muss man feststellen, dass die neue Landesregierung ihren Auftrag zur Förderung des Sports mit der Vorlage des Haushaltes ausdrücklich erfüllt. Die Rückmeldungen – auch vom Landessportbund –, die wir seit dem Regierungswechsel von der Basis und von Verbänden bekommen, bestätigen uns in unserem Tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun der zuständige Innenminister, Herr Dr. Wolf, das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der Sport kann bei der Haushaltskonsolidierung nicht ganz außen vor bleiben. Das ist aus den Diskussionsbeiträgen deutlich geworden. Ich möchte mich auf wenige Punkte beschränken, da die meisten Sachverhalte schon gesagt worden sind.

Entscheidend ist, dass diejenigen, die in früheren Zeiten den Grund für die schlechte Finanzlage gelegt haben, nun Kürzungen beklagen, die wir – das ist sehr deutlich geworden – sicherlich nicht gern vorgenommen haben. Das ist völlig klar.

Es ist schon bezeichnend, dass derjenige, der jetzt präsidiert, in seiner früheren Funktion – Kollege Rasche hat es gesagt – die entsprechende Übungsleiterpauschale ganz abschaffen wollte und nun beklagt, dass sie um 20 % gekürzt werden muss. Ich glaube – Herr Peschkes, das ist auch aus Ihren Worten deutlich geworden –, es bringt uns nicht weiter, wenn die Brandstifter hinterher Feuerlöscher spielen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht!)

Sie haben die Grundlage dafür gelegt, dass wir heute an vielen Stellen – leider Gottes – etwas kürzer treten müssen.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist zu einfach!)

Mir ist nicht ganz klar geworden, wie die Frage der Jugendverbände von Herrn Dr. Vesper noch einmal aufgebracht werden konnte. Hierbei ist nichts gekürzt worden. Wir haben lediglich eine Erhöhung nicht vorgenommen. Wir haben im Übrigen – das darf ich sehr deutlich sagen – in den letzten Jahren die Gelder gar nicht verausgabt. Es wird niemandem an dieser Stelle ein Nachteil geschehen.

Die Sportpauschale von 50 Millionen € werden wir weiterhin so dotiert lassen. Was den Schulsport betrifft: Machen Sie sich dazu keine Sorgen. Ich bin mit Frau Kollegin Sommer im Gespräch. Wir werden natürlich versuchen, diesen sehr gut in der Zukunft zu entwickeln.

Für die Fußball-WM geben wir 4,3 Millionen € aus. Das ist ein großer Batzen. Wir haben eine weitere Fußball-Weltmeisterschaft, auf die wir uns freuen, nämlich die Weltmeisterschaft der geistig Behinderten. Wir haben die Weltreiterspiele. Wir haben die Feldhockey-Weltmeisterschaft. Und wir haben auch noch die Polizei-Europameisterschaft im Fußball. – Ein richtiges Jahr des Sportes. Wir freuen uns darauf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung zum Einzelplan 03.

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 03**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge, die Sie der Übersicht unter den Nr. 29 bis 33 entnehmen können.

(Allgemeine Unruhe)

– Meine Damen und Herren, sind Sie bereit, abzustimmen? – Dann beginnen wir mit dem Antrag laufende Nr. 29, Titelgruppe 60 Titel 68 460, einem Antrag der Fraktion der SPD. Sie finden diesen **Antrag** unter **Drucksache 14/1688**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 30, einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1770**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag mit der laufenden Nr. 31. Hierbei handelt es sich um einen **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1823**. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag** mit der laufenden Nr. 32 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1781**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind wieder die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 33, ebenfalls einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1783**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 03 entsprechend der Beschlussempfehlung 14/1711. Wer ist für den Einzelplan 03? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

– Dass ich hier noch einmal Beifall erhalte!

(Heiterkeit – Rudolf Henke [CDU]: Und dann von dieser Seite!)

Meine Damen und Herren, ich rufe das

Gemeindefinanzierungsgesetz

auf und weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 sowie die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nrn. 34, 35 und 115 hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe viel Verständnis dafür, dass sich die Kollegen der Koalitionsfraktionen beim Thema „Gemeindefinanzen“ gerne geräuschlos aus dem Saal entfernen möchten,

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

bitte allerdings darum, dass das dann wirklich in der angemessen geringen Lautstärke erfolgt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, auch wenn Sie dafür Verständnis haben, dass die Kolleginnen und Kollegen herausgehen, habe ich kein Verständnis dafür, dass sie das so laut tun. Ich wäre dankbar, wenn Sie den Saal etwas leiser verließen

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und die Gespräche beenden würden.

Hans-Willi Körfges (SPD): Die Haltung der SPD-Fraktion zum Gemeindefinanzierungsgesetz kann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht losgelöst von der Gesamtsituation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erläutert werden. Diese Situation ist nach wie vor durch schwierige finanzielle und strukturelle Probleme in den meisten Kommunen unseres Landes gekennzeichnet. Der Einfluss des Landeshaushalts auf die Kommunen geht weit über den Bereich, der mit dem GFG zur Entscheidung ansteht, hinaus.

Erlauben Sie mir deshalb zunächst einige Anmerkungen zu den Kürzungen im Landeshaushalt, die außerhalb der Zuweisungen des GFG stattfinden, und zu deren Einflüssen auf die Kommunen und Kommunalfinanzen:

Das, was der Entwurf des Landeshaushalts den Kommunen in den Bereichen GTK, Landesjugendplan, Familien- und Altenhilfe, Krankenhäuser und Wohnungsbau, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall von der SPD)

Insoweit kann es eigentlich niemanden verwundern, wenn sich in Nordrhein-Westfalen eine breite Front der Kritik gegen diese Kürzungen, die unmittelbar auf die Kommunen durchschlagen, gebildet hat. In den Beratungen des Kommunalausschusses sowie des Haushalts- und Finanzausschusses haben wir zahlreiche Beispiele dafür angeführt, dass sich in den Kommunen partei- und fraktionsübergreifend ein deutlicher Protest gegen diese Politik der Landesregierung erhoben hat. Dies schlägt sich in zahlreichen Resolutionen von Stadträten und Kreistagen nieder.

Zwischenzeitlich ist es beinahe einfacher und kürzer, die Kommunen aufzuzählen, in denen es entsprechende Willensbildungen gegen diese Pläne im Landeshaushalt nicht gibt. Das lässt sich besonders für den Bereich der Kindertagesstätten und den Landesjugendplan feststellen.

Angesichts der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen in den einzelnen Gebietskör-

perschaften unseres Landes, meine Damen und Herren, fördern Sie durch Ihre Regierungspolitik zudem die Uneinheitlichkeit der Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Dort wo die Menschen mit den schwersten Problemen zu kämpfen haben und die Kommunen aufgrund ihrer strukturellen Probleme die geringsten Möglichkeiten besitzen, wirkt Ihre Politik am verheerendsten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall von der SPD)

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass beim Besuch des Herrn Ministerpräsidenten beim Städtetag der Jubel keinen Anfang nehmen wollte.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Stattdessen gab es eine sehr eigenartige Aufführung. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei den kommunalen Vertretern auch und gerade aus dem Lager der CDU, die sehr deutlich gemacht haben, dass es sich um keine parteipolitisch motivierte Kritik, sondern um eine einheitliche Kritik der Städte und Gemeinden in unserem Land gehandelt hat.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, statt sich mit dieser Kritik angemessen auseinander zu setzen – das ist eben bereits in einem anderen Zusammenhang diskutiert worden und war so schön –, hat der Ministerpräsident – das muss man noch einmal betonen – auch heute wieder überreagieren lassen. Heute war nämlich der „Rheinischen Post“ zu entnehmen, dass Herr Rüttgers sauer ist und die Vertreter des Städtetages in Zukunft von den Beratungen des CDU-Arbeitskreises „Kommunales“ ausgeschlossen sind.

Das war – ich sehe, dass sich dort jemand freut – im wahrsten Sinne des Wortes „ganz schön „wüst“. Darüber hinaus war dem gleichen Artikel zu entnehmen, dass Herr Laschet dem Städtetag schlechten Stil vorgeworfen hat. Über Stilfragen kann man immer streiten. Allerdings müssen sich die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von dieser Landesregierung einen Umgang nach Gutsherrenart nicht gefallen lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich erlaube mir an der Stelle den Hinweis, dass Majestätsbeleidigung in Deutschland seit 1918 nicht mehr unter Strafe steht.

(Beifall von der SPD)

Ihr Umgang mit Städten und Gemeinden ist, vorsichtig ausgedrückt, gewöhnungsbedürftig. Die Art

und Weise, wie Sie auf berechnigte Kritik reagieren, ist kein Zeichen von Souveränität, ist kein Zeichen von Sicherheit,

(Edgar Moron [SPD]: Richtig!)

sondern ist ein Zeichen von Machtverliebtheit und wenig Verständnis für die Situation unserer Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das steht natürlich nur als Beispiel für den Gesamtstil Ihrer Politik.

Konnexität, ein weiteres beliebtes Stichwort. Mit den Auswirkungen Ihrer Politik und dem Konnexitätsprinzip halten Sie es wohl auch nicht so genau. Mit Datum vom 10. April 2006 hat sich die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände wegen der Konnexitätsrelevanz des Schulrechtsänderungsgesetzes an die Landesregierung und die Fraktionen gewandt. Wie dem Antwortschreiben zu entnehmen war, hat das die Landesregierung offensichtlich überrascht, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen nur sagen: Bezogen auf die Kommunen überrascht uns bei dieser Landesregierung überhaupt nichts mehr.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass die geplante Änderung der Gemeindeordnung hinsichtlich des Gemeindefirtschaftsrechtes, der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, auf massive Kritik trifft, die auf dem Städtetag artikuliert worden ist. Hier wird unter dem Motto „Privat vor Staat“ aus ideologischen Gründen eine wichtige kommunale Aufgabe infrage gestellt.

Meine Damen und Herren, Zeitungslesen bildet: Ich habe dann nach dem Landesparteitag der FDP der überörtlichen Presse entnehmen dürfen, dass die NRW-Liberalen mit der CDU glücklich sind. Mit glücklichen Verbindungen ist das so ein Ding. Ich habe manchmal den Eindruck, die FDP ist glücklich und die CDU ist gebunden. Das gilt gerade auch für die Frage des Gemeindefirtschaftsrechtes.

(Beifall von der SPD)

Wir haben heute Morgen – ein weiteres Beispiel für Ihre Gemeindefeindlichkeit – eine Sondersitzung des HFA durchführen müssen, weil – man höre und staune – übersehen worden ist, dass eine von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes ohne die erforderliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erfolgen sollte.

Richtig ist, meine Damen und Herren – jetzt komme ich zum engeren Bereich des GFG –, dass es dort eine Reihe von systematischen Änderungen gibt, die von den Kommunen – das haben wir bei der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände deutlich festgestellt – mitgetragen werden. Dies gilt für den Abrechnungszeitraum, der den tatsächlichen Steuereinnahmen aus dem Referenzzeitraum entsprechen soll, sodass nachträgliche Abrechnungen entfallen.

Umstritten ist die Abkehr von der Spitzabrechnung zur Ermittlung des Solidarbeitrages. Hier hat zwar die Gemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände eine eindeutige Meinung abgegeben. Aber so ganz eindeutig war sie auf Nachfragen hin nicht.

Allerdings, meine Damen und Herren – da ergibt sich der Zusammenhang zu dem, was ich gerade ausgeführt habe – ist von den Kommunen ganz einhellig der Wunsch artikuliert worden, die Abrechnung des kreditierten Betrages auf mehrere Jahre zu strecken. Wenn man das GFG in Anbetracht der Steuererwartungen, die auch für die Gemeinden positiv sind, isoliert betrachten würde, wäre das ein Punkt, bei dem man über den Wunsch der Städte und Gemeinden geteilter Ansicht sein könnte.

In Anbetracht dessen, unter Würdigung aller Bezüge zwischen Land und Gemeinden, ergibt sich für uns zwingend, dass wir diesem Wunsch der Kommunen nach Entlastung folgen sollten. Wir waren nach der eindeutigen Anhörung zum GFG der Ansicht, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hier von sich aus die nötigen Konsequenzen ziehen würden, insbesondere weil mittelfristig nur ein Zinsverlust, der angesichts der relativ positiven Einnahmeerwartungen überschaubar ist, droht. Aus diesem Grunde haben wir im Kommunalausschuss und im HFA jeweils dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Sie dürfen uns beim Wort nehmen: Wir kommen auf diesen Punkt zurück. Leider ist absehbar, dass Ihre Haltung in dieser Frage nicht veränderlich ist. Deshalb werden wir dem GFG in der vorliegenden Form insgesamt nicht zustimmen.

An der Stelle will ich mich auch nicht an Spekulationen über die Entwicklung in den kommenden Jahren beteiligen. Die Tatsache, dass die Zweckzuweisungen nicht mehr im GFG veranschlagt werden, ist derzeit für die Kommunen finanzneutral. Wir erwarten allerdings von der Landesregierung, dass diese Zweckzuweisungen auch künftig von Kürzungen ausgenommen bleiben und dass

darüber hinaus der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände am Steueraufkommen auf Dauer auch in den kommenden Jahren prozentual auf gleicher Höhe bleibt wie im Augenblick.

(Norbert Post [CDU]: Anders als bisher!)

– Kollege Post, das war zwar eine nette, aber leider nicht zutreffende Zwischenbemerkung.

Lassen Sie mich im Ergebnis festhalten, dass es im laufenden Jahr in Nordrhein-Westfalen eine Menge Anlass zum Feiern geben wird: Wir freuen uns alle auf ein Landesjubiläum, das hoffentlich würdig begangen wird. Wir freuen uns auf die Fußballweltmeisterschaft. Es gibt allerdings ein kleines Jubiläum, das kein Anlass zur Freude ist: Nach einem Jahr schwarz-gelber Landesregierung, meine Damen und Herren, haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen keinerlei Grund zum Feiern. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Wüst von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von der SPD: Den General müsst ihr doch verstecken!)

– Das scheint Begeisterung auszulösen.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich wie immer über die Begeisterung, wenn ich zum Rednerpult gehe.

(Gisela Walsken [SPD]: Das bleibt nicht so, Herr Kollege!)

Ich wollte eigentlich die Grünen loben; die sind in freudiger Erwartung und haben in der Tat ein Lob verdient. Ich versuche, das auch wirklich ohne Ironie zu machen: Was man am Wochenende zu Ihren Gedanken zum Haushalt gelesen hat, verdient ernsten Respekt. Nach einem Jahr in der Opposition werfen Sie, wie ich finde, früh genug, um sich vor dem nächsten Wahlkampf ehrlich zu machen, den Ballast der alten Regierungsbeteiligung über Bord. Das verdient Anerkennung.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha! – Zuruf von der SPD: Was ist das denn?)

Es hat etwas lange gedauert, das muss man sagen. Selbst grüne Finanzpolitiker – also Ihre Parteikollegen – haben schon 2003 nachweislich so gedacht, wie die Regierung Rüttgers mit Finanz-

minister Linssen heute handelt. 2003 schon hat Oswald Metzger sein Buch „Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott“ herausgegeben.

„Organisierter Staatsbankrott“ – zehn Jahre lang haben sich die Grünen an dieser zugegebenermaßen straffreien Form organisierter Kriminalität zulasten der kommenden Generationen beteiligt.

In diesen Tagen werden Sie quasi zum Aussteiger. Sie schließen sich damit als dritte Kraft CDU und FDP in diesem Hause an, den schweren Weg der Konsolidierung mitzugehen. Zumindest sagen Sie das. Ich möchte das gerne glauben, denn tätige Reue soll man unterstützen und nicht verhindern.

Um solide Finanzpolitiker zu werden, müssen Sie noch etwas üben. Die Grünen schlagen vor, die Kreditierung zu strecken. Das Problem steckt darin, dass sie keine Deckung für die fehlenden Einnahmen im Jahre 2006 haben. Das war an anderer Stelle schon heftig umstritten. Es hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass Sie Ihren Fehler eingesehen haben.

Sie wollen die 674 Millionen € splitten, wollen von den Kommunen 337 Millionen € im Jahre 2006 und 337 Millionen € im Jahre 2007 zurück. Aber die volle Tilgung ist im Haushalt als Einnahme etatisiert. Wenn Sie die Einnahme halbieren, dann müssen Sie schon mitteilen, wo Sie die Deckung herholen. In Ihrer Rechnung fehlen am Ende diese 337 Millionen im Jahre 2006. Sie müssen dann in gleicher Höhe mehr Schulden machen. Das wollen wir nicht.

Sie verletzen damit das Jährlichkeitsprinzip und den Grundsatz der Ausgeglichenheit. Das gute Motiv lautet: Sie wollen sich ehrlich machen. Üben ist allerdings noch angesagt. Wenn Sie von den Grünen anders tilgen wollen, ist das in Ordnung. Sie müssen jedoch die gerade aufgeworfene sachliche Frage beantworten und um diese Klippe herumfahren, um am Ende im Club der Konsolidierer, Reformierer und Modernisierer der neuen Landesregierung aufgenommen zu werden. Allerdings muss ich zugestehen: Bei den Grünen ist da wenigstens noch Hoffnung.

Herr Körfges hat einige Dinge gerade für die SPD klargestellt. Es wird deutlich: Da bleibt alles beim Alten. Alles, was die Sozialdemokraten an Geld in die Finger bekommen, alles, was Frau Kraft, was Frau Walsken in die Hände bekommen, muss raus. Mehr Steuereinnahmen am Horizont: Raus damit! Der letzte Funke Leben aus dem BLB: Raus damit! Hoffnung auf bessere Entwicklung im Länderfinanzausgleich: Raus damit! Sie betreiben weiter den organisierten Staatsbankrott. Sie ma-

chen den Staat kaputt, von dem Sie an anderer Stelle Unmögliches verlangen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses eine Jahr schwarz-gelber Regierung ist ein gutes Jahr für die Kommunen. Herr Körfges, deswegen werden die Kommunen am 22. Mai mit uns feiern. Was Sie eben aus der Haushaltsausschusssitzung von heute Morgen zitiert haben, beruht offensichtlich auf einer selektiven Wahrnehmung. Es wurde uns auch gesagt, dass wir mit der Geschichte, über die wir heute gesprochen haben, auf dem richtigen Weg sind.

Genauso sind wir auf dem richtigen Weg mit dem Verbundsatz von 23 %. Dieser 23-%-Verbundsatz ist ein ehrlicher Verbundsatz, kein schön gerechneter, wie es früher bei Rot-Grün war. Die vergifteten Geschenke namens Kreditierung, die immer auch eine Wette auf bessere Einnahmen in den Folgejahren sind, haben ein Ende.

Gestern erst hat das Kabinett das Standardbefreiungsgesetz beschlossen. Ein so weitreichendes Gesetz ähnlicher Zielrichtung gibt es nirgendwo sonst in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir geben den Kommunen mehr Luft zum Atmen, wir geben ihnen mehr Freiheit. Unsere Kommunalpolitiker sind klug genug, damit weise umzugehen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Warum laden Sie dann den Städtetag nicht mehr ein?)

Deswegen werden wir alle gemeinsam am 22. Mai ein Jahr bessere Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen feiern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Wüst, Sie haben eben einer Fraktion dieses Hauses eine Form organisierter Kriminalität vorgeworfen. Ich finde, das ist nicht sehr parlamentarisch. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie so etwas künftig vermeiden würden. – Das war jetzt eine sehr zurückhaltende Anmerkung.

Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer heute Morgen die Sitzung des Finanzausschusses zu dem Thema „Kürzungen bei den Schülerbeförderungskosten“ erleben konnte und jetzt den Kollegen Wüst hören durfte, musste oder sollte wie ich, der kann das Ganze nur unter die Überschrift subsumieren: Zu-

nächst einmal kräftig kürzen, dann teilweise zurücknehmen, dann ausgewählte Zitatstücke, Versatzstücke benutzen und die dann als Lob von Dritten verkaufen. – Das geht an der Wirklichkeit vorbei, meine Damen und Herren. Das trifft nicht das, was Sie mit den Kommunen machen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Genau!)

Sie kürzen den Kommunen die Gelder. Sie sind nicht auf dem richtigen Weg, sondern Sie haben mit dem, was Sie gemacht haben, den Weg einer Teilumkehr beschritten. Und das ist heute Morgen mit dem ausdrücklichen Hinweis konstatiert worden, dass das nicht reiche und dass das, was Sie vorgenommen haben, kommunalfeindlich sei.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Erst holt man dem Bauern das Schwein aus dem Stall, dann bringt man drei Koteletts zurück!)

Meine Damen und Herren, die Beratung zum GFG 2006 hat deutlich gemacht: Wahlversprechen sind von gestern. Heute zählt die Devise: Augen zu und durch! CDU und FDP ziehen ihre Vorhaben durch. Unberührt von den vielen Stellungnahmen der Kommunen, von den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, Briefen, Protesten: In der Koalition ist man offensichtlich der Auffassung, man könne sich das erlauben!

Meine Damen und Herren, ich kann mir das nur so erklären, dass Sie hoffen, dass man sich in wenigen Jahren nicht mehr daran erinnert, wenn die Wahlen sind, dass Sie jetzt hoffen, weit genug von den Wahlen weg zu sein.

Ich sage Ihnen: Wer sich in der kommunalen Szene umhört, wer auch mit Vertreterinnen von CDU, quer durch die Bank in Kreisen, Städten und Gemeinden redet, der kommt zu dem Ergebnis: An Ihrer Basis ist Aufruhr.

Wer den Städtetag erlebt hat und wer sich die Dünnhäutigkeit, die ich auch jetzt wieder beobachte, anschaut, der muss zu dem Ergebnis kommen: Die Kritik des Städtetages hat ins Schwarze getroffen, hat Sie getroffen. – Nicht, dass Sie jetzt umkehren, dass Sie sich das etwa zu Herzen nehmen würden: Nein, Sie laden kommunale Spitzenverbände bei Gesprächen über Dinge aus, die diese berühren.

Meine Damen und Herren, festzuhalten ist: Die Kommunen erhalten mit dem GFG 2006 weniger Geld als 2005. Festzuhalten ist: Entgegen den Beteuerungen der Koalition haben Sie faktisch den Verbundsatz um 1,1 Prozentpunkte gesenkt. Das heißt, der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen wurde gesenkt. Einzig die System-

umstellung führt dazu, dass der Steuersatz, der Verbundsatz optisch in diesem Jahr erhalten bleibt. Einzig die Systemumstellung führt dazu.

Auch bei der Systemumstellung, die in der Sache richtig ist, haben Sie die Kommunen ein Stück weit über den Tisch gezogen. Sie wissen ganz genau, dass Sie sich für die Systemumstellung das Jahr 2004 mit dem letzten Quartal und das Jahr 2005 mit den ersten drei Quartalen genommen haben.

Wenn Sie das spitz durchrechnen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass Ihnen am Ende 39 bis 40 Millionen in der Landeskasse verbleiben, die nach Ihren eigenen Steuerschätzungen für 2006 nach dem alten System den Kommunen hätten zugute kommen müssen. Das haben Sie für sich einkassiert.

Meine Damen und Herren, wer dann weiß, dass Sie die Kreditierung in diesem Jahr vollkommen zulasten der Kommunen zurückfordern, dem wird Mehreres klar:

Erstens. Sie werden im nächsten Jahr mit dem Argument kommen, dass die 680 Millionen € nicht mehr für die Kommunen anstehen und deswegen ein komplett gleicher, absoluter Betrag im Verbund für die Kommunen in Ordnung wäre. Ich sage Ihnen voraus: Das ist die Vorbereitung zur Senkung des Verbundsatzes in Prozenten. Sie werden ihn nur in absoluten Beträgen stabil halten, und mehr werden Sie nicht tun.

Zweitens. Ihr ganzer Popanz der Neuverschuldung, die Sie weniger betreiben würden als die alte Regierung, bricht spätestens dann zusammen, wenn Sie sich allein die kommunale Komponente anschauen. Es war ursprünglich, nachdem Sie Ihren Nachtragshaushalt für 2005 vorgelegt hatten, sogar eine Kreditierung von 400 Millionen € für die Kommunen vorgesehen gewesen. Davon sind faktisch 140 Millionen € übrig geblieben, die Sie im letzten Jahr nach dem alten Haushalt geben mussten, und Sie fordern aus diesem Jahr 2005 und aus den Vorjahren insgesamt 680 Millionen € zurück. Bereinigen Sie die Nettoneuverschuldung des Landes um jeweils diese beiden Beträge und vergleichen das mit dem tatsächlichen Kassenschluss 2005, dann kommt heraus, dass von Ihrer Schimäre der gesenkten Neuverschuldung unter dem Strich nichts übrig bleibt. Mit anderen Worten: Sie haben die gesamte Finanzoperation nur auf Kosten der kommunalen Finanzen durchgeführt.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um gebrochene Versprechen, es geht auch um die mangelnde Verlässlichkeit, um den drastischen

Einbruch im gegenseitigen Vertrauen zwischen Kommunen, kommunaler Ebene und Landesregierung. Es geht auch darum, dass die kommunalen Finanzen weiterhin drastisch schlecht sind und eigentlich verbesserte Landeszuweisungen nötig machen.

Wenn ich in den alten Protokollen der letzten Jahre, als ich dem Landtag noch nicht angehört habe, nachlese, was Ihre finanz- und kommunalpolitischen Sprecher hier zum Besten gegeben haben und Sie gleichzeitig über die Verschuldung des Landes lamentiert haben, also was wussten Sie, was auf Sie zukommt, wenn Sie die Regierung übernehmen würden, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es ist genau wie an anderen Punkten: Versprochen und gebrochen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben sich unter Vortäuschung von Wahlversprechen, von denen Sie wussten, dass Sie sie nie einhalten, diesen Wahlsieg erschlichen.

Meine Damen und Herren, die Finanznot der Kommunen führt zu einem erheblichen Investitionsstau in den Kommunen, sodass wichtige Investitionen in die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur wie Schulen, sonstigen Gebäuden und Einrichtungen seit Jahren unterblieben sind, weiter unterbleiben und auch weiter verschoben werden.

Es ist bekannt: Die kommunale Szene war auch mit Rot-Grün nicht nur glücklich. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wer da auf Sie und auf diese schwarz-gelbe Koalition Hoffnungen gesetzt hat, ist bitter enttäuscht. Sie wissen das. Sie kennen die Resolution aus den Kommunen. Sie wissen, dass zum GFG, zu all den Rahmenbedingungen, die Sie auch im Kinder- und Jugendbereich vorgenommen haben,

(Beifall von den GRÜNEN)

Resolutionen auch von CDU-Mehrheiten, teilweise sogar von absoluten Mehrheiten unterstützt worden sind. Ich selber komme aus einem Kreis, wo wir mit allen vier Fraktionen trotz absoluter Mehrheit der CDU eine solche Resolution verabschiedet haben.

Wenn Sie hier so tun, als ob das alles fehlgeleitete Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wären, kann ich Ihnen nur sagen: Die Protokolle sind dann aufschlussreich. Die muss man dann verschicken. Ich empfehle sie dann auch den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zum Nachlesen. Was Sie da Ihren eigenen Parteifreunden attestieren, ist kein Kompliment. Ich glaube, das fällt auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf war nach Ihren Vorstellungen vorgesehen, dass die gesamte Kreditierung im Jahr 2006 zurückgezahlt werden soll.

Wir haben Ihnen – wie auch die kommunalen Spitzenverbände – vorgeschlagen, dass das auf zwei Jahre gestreckt werden soll; die kommunalen Spitzenverbände haben eigentlich sogar drei Jahre gewünscht. Wir haben gesagt: Um die eigentliche Nettobelastung des Landeshaushaltes – der Rest sind operative Spielchen, die wir hier lassen können – in Grenzen zu halten, bedarf es einer Zinslast von 14 Millionen €, wenn wir diese Kreditierung strecken wollen. Diese 14 Millionen € sind im Verhältnis zu dem Geld, das Sie an anderen Stellen zum Fenster hinauswerfen – sei es beim Flughafen Münster, sei es bei den Landwirtschaftskammern –, Peanuts, wenn Sie auch nur ansatzweise Ihrem eigenen Anspruch eines kommunalfreundlichen Handelns nachkommen wollten. – Sie tun es nicht. Sie haben auch da das Motto: Augen zu und durch!

Meine Damen und Herren, auch die gesamten GTK-Fragen, auch die gesamten Geschichten rund um die Kinder- und Jugendgesetzgebung und die Kinder- und Jugendzuschüsse machen eins deutlich: Sie kürzen, Sie nehmen dann an manchen Stellen Kürzungen teilweise zurück, und Sie rühmen sich hinterher dafür. Das wird der Wirklichkeit genauso wenig gerecht wie Ihr Umgang mit der kommunalen Szene an einem anderen Punkt. Auch das will ich im Kontext der Beratungen zum GFG erwähnen:

Wenn wir uns die Latte an Ankündigungen zur Reform der Gemeindeordnung seit dem letzten Sommer angucken, kann ich nur feststellen: Es ist bis jetzt nichts als heiße Luft,

(Beifall von den GRÜNEN)

es ist nichts als Verunsicherung der Kommunen, und es ist nichts außer – ich muss es so deutlich sagen – der Ankündigung von kommunalfeindlichem Handeln im Wesentlichen einer Horde wild gewordener Liberaler,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

die meinen, sie müssten „Privat vor Staat“ auf jeder Ebene durchdeklinieren, die meinen, sie müssten ihre fundamentalistischen Spielchen in Nordrhein-Westfalen betreiben

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

und die ganz offensichtlich angestachelt durch den liberalen Bedeutungsverlust im Bundesrat, seitdem die letzten Landtagswahlen in zwei Bun-

desländern zu ihrem Regierungsverlust geführt haben, hier nochmals mit Herrn Westerwelle im Rücken als Scharfmacher auftreten.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie kommen doch in kein Parlament mehr rein!)

Ich kann nur sagen: Die CDU ist klug beraten, wenn sie sich in Zukunft davon distanziert, was Sie da veranstalten; denn Sie müssen auf der kommunalen Ebene keinerlei Verantwortung dafür tragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP ist so gut wie nirgendwo in der kommunalpolitischen Verantwortung. Sie hat nicht auszubaden, was Sie hier mit § 107 veranstalten wollen, was sich drastisch für die Kommunen und die kommunalen Finanzen auswirkt, was sich drastisch für die Beiträge, die Gebühren, die Fahrpreise im ÖPNV und auf vieles mehr auswirkt. Wie weit das geht, habe ich in einer der letzten Sitzungen anlässlich der Frage des steuerlichen Querverbands und des Verhaltens von Innenminister Wolf in der Innenministerkonferenz dargelegt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Noch nicht einmal da sind Sie den Weg gegangen, den Bayern, den Baden-Württemberg, den alle Regierungen der CDU gegangen sind. Sie haben auch das auf dem Altar von Innenminister Wolf, Herrn Papke und anderen Leuten, die diesen wild gewordenen Kurs, von dem ich eben sprach, seit Monaten verfolgen, geopfert.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Sie haben angekündigt, Sie wären kommunalfreundlich – Sie sind kommunalfeindlich! Sie haben angekündigt, den Kommunen würde es besser gehen. – Es geht ihnen schlechter!

Sie haben angekündigt, es würde in den nächsten Jahren konstant und berechenbar sein. – Berechenbar ist offensichtlich nur, dass Sie auch noch die Grunderwerbsteueranteile der Kommunen kürzen und damit weitere 145 Millionen € streichen wollen. Sie haben angekündigt, Sie wären aufseiten der Kommunen. – Sie befinden sich aber aufseiten einer wild gewordenen Privatisierungspartei.

All das gibt in Ihren eigenen Reihen Anlass zu Protest. Es gibt Anlass zu viel Sorge, wie ich von vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpo-

litikern der CDU weiß. Ich betone noch einmal: Machen Sie einen Kurswechsel!

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, bloß nicht!)

Machen Sie das, was Sie angekündigt haben! Gehen Sie auf die Kommunen zu! Ansonsten werden Sie das Problem nicht los, dass insbesondere mit wachsender Nähe zu den Kommunalwahlen Ihre Bürgermeister immer mehr sagen – das tun Sie jetzt noch hinter vorgehaltener Hand und nur selten laut –, dass sie von einer kommunalfeindlichen Landesregierung, wie Sie sie darstellen, maßlos enttäuscht sind. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Völliger Blödsinn!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun möchte sich gern für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Engel äußern. Sie haben das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute im Plenum zum zweiten Mal mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2006. Die Landesregierung hat systematisch das Gemeindefinanzierungsgesetz auf völlig neue Beine gestellt. Die Verteilung der finanziellen Mittel ist im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs transparenter, gerechter und planbarer gestaltet worden mit dem Ziel, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Dabei bleibt der kommunale Anteil an den Steuereinnahmen des Landes mit 23 % konstant. Das hätten die Herren Vorredner auch einmal erwähnen können.

Ich möchte die wesentlichen Neuerungen aufgrund ihrer großen Bedeutsamkeit noch einmal nennen.

Erstens: Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens für den Referenzzeitraum 1. Oktober 2004 bis 30. September 2005. Das bedeutet – das habe ich schon einmal gesagt – mehr Planbarkeit für die Kommunen.

(Beifall von Rainer Lux [CDU] – Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

– Herr Lux hat Recht mit seinem Beifall. Das bedeutet mehr Planbarkeit für die Kommunen.

Zweitens: Beibehaltung des Verbundbetrags mit 23 %. Das heißt mehr Gerechtigkeit.

Drittens: Abbau der Befrachtung um fast 50 % auf 166 Millionen €. Das bedeutet mehr Transparenz für die Kommunen.

Viertens: Abschaffung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz durch Verlagerung in den Landeshaushalt. Das bedeutet Stärkung der Eigenständigkeit für die Kommunen.

Herr Becker, ich kann überhaupt nicht erkennen, wo Sie es hernehmen wollen, dass wir eine kommunalfeindliche Politik machen. Aber zu Ihnen komme ich am Ende noch einmal ganz persönlich.

(Martin Börschel [SPD]: Oh! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Oh, eine Drohung!)

– Keine Drohung, das war nur eine nette Ankündigung.

Fünftens: Systemumstellung bei der Solidarbeitragsbeteiligung. Das bedeutet Abbau überbordender bürokratischer Verfahren.

Sechstens: Schwerpunktlegung der verteilbaren Verbundmasse mit über 85 % auf die Schlüsselzuweisungen. Diese konsumtiven Gelder – das wissen Sie – fließen damit direkt in die klammen Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Das bedeutet Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit mehr Eigenständigkeit und mit mehr Eigenverantwortlichkeit.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, Herr Engel!)

Siebtens: Erhöhung der Sonderpauschalen auf 510 Millionen €. Bei der Schulpauschale werden erstmals 70 Millionen € als konsumtive Zuweisung ausgewiesen. Damit wird der Kritik des Landesrechnungshofes vollständig entsprochen. Das bedeutet Ehrlichkeit in der Mittelzuweisung an die Kommunen.

Wie ich bereits in meiner Rede zur ersten Lesung hier im Plenum gesagt habe, begrüße ich als kommunalpolitischer Sprecher die genannten Änderungen des GFG. Daran hat sich auch nach Anhören der kommunalen Spitzenverbände im Fachausschuss nichts geändert, sodass Nachbesserungen seitens der Regierungsfractionen nicht erforderlich sind.

Ich sage an der Stelle noch einmal: Wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis zu den kommunalen Spitzenverbänden.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD] und Martin Börschel [SPD])

Wir pflegen den Kontakt. Es gibt Gespräche ohne Ende. Herr Körfges und Herr Becker, Sie haben aus der „Rheinischen Post“ zitiert. Sie hätten eigentlich weiter lesen und zitieren können – Herr Laschet wird im Weiteren genannt –, wie oft dort

bereits konsultiert wurde, wie oft man sich dort unterhalten hat. Also, man braucht die Sache beim Städtetag wirklich nicht zu übertreiben.

Meine Damen und Herren, trotz des Anstiegs der wichtigsten kommunalen Einnahmequelle, nämlich der Gewerbesteuer, bleibt die Finanzlage in unseren Kommunen angespannt. Das wissen wir. Die kommunalen Spitzenverbände haben in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Gemeindefinanzierungsgesetz darauf hingewiesen, dass die Zahl der Kommunen, die sich in einem Haushalts-sicherungskonzept beziehungsweise in einer vorläufigen Haushaltsführung befinden, gegenüber dem Vorjahr sogar noch angestiegen ist. Nach meiner Kenntnis waren es per Monatsende März 201 von 396 Kommunen.

Deshalb haben sie darum gebeten zu prüfen, ob die Rückzahlung der Finanzausgleichskredite aus früheren Steuerverbünden in Höhe von 674,4 Millionen € auf mehrere Finanzausgleichsjahre verteilt werden kann. Die kommunalen Spitzenverbände haben einen zeitlichen Rückzahlungskorridor bis 2007 vorgeschlagen.

Wir haben uns mit diesem Prüfauftrag intensiv auseinander gesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir die vollständige Rückzahlung des Landesdarlehens in diesem Jahr vornehmen. Ein solches Landesdarlehen entspricht nicht unseren Vorstellungen von einem transparenten und klar strukturierten Haushalt. Allein vor diesem Hintergrund müssen wir die Altlasten der rot-grünen Vorgängerregierung so schnell wie möglich abbauen.

(Beifall von der FDP)

Wir Liberale haben damals die Kreditierung abgelehnt, da bereits zum damaligen Zeitpunkt absehbar war, dass die Rückzahlung der Kreditierung von den Kommunen schwer zu schultern sei. Genauso ist es jetzt auch. Die Rückzahlung von über 674 Millionen € bedeutet einen großen Kraftakt, zumal die verteilbare Verbundmasse um 8,8 % geringer ausfällt als im Jahr 2005.

Sie, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, wollen sich jetzt, da Sie sich auf der Oppositionsbank befinden, als Freunde der Kommunalpolitik aufspielen. Anders kann man Ihren Antrag auf Abrechnung der Kreditierung über mehrere Jahre ohne entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag, Herr Becker, nicht verstehen. Deshalb bin ich auch froh, dass Ihr Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss nicht angenommen worden ist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Bemerkung. Wieso haben Sie in Ihrer zehnjährigen Regierungszeit nicht ein Herz für die kommunale Familie entdeckt?

(Horst Becker [GRÜNE]: Damals war ich eben noch nicht im Landtag! – Allgemeine Heiterkeit)

Nicht ein einziges Mal!

Herr Becker, ich komme nun zu Ihnen; ich hatte es ja angekündigt. Sie haben vorhin die Liberalen als Horde wild gewordener Liberaler bezeichnet. Ich möchte das wirklich mit dem Ausdruck der Empörung zurückweisen, wobei Empörung, Herr Becker, in der 13. Legislaturperiode bei Herrn Rimmel zu Hause war. Der hat das aber besser gemacht. Ihre Versuche, sich als neuer empörungspolitischer Sprecher in der 14. Legislaturperiode zu gerieren, funktionieren nicht. Herr Rimmel hat das viel besser gemacht, aber ist jetzt auch, Herr Rimmel, viel ruhiger geworden.

Ich will auch einige Worte an die SPD-Fraktion richten. Wo sitzt Herr Körfges?

(Hans-Willi Körfges [SPD] winkt von seinem Platz aus.)

– Da oben ist er. – Herr Körfges, ich freue mich darüber, dass Sie einige Systemumstellungen wie die Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens begrüßen und mittragen. Bedauerlich ist nur, dass Sie sich auch für eine zeitlich gestaffelte Rückführung der Kreditierung aussprechen. Das haben Sie noch einmal gesagt. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich an die damalige Abmachung – Rückzahlung der Restkreditierung in 2006 – halten.

In Anbetracht der schwierigen Finanzlage des Landes können keine finanziellen Wohltaten erwartet werden. Wer geht auch davon aus? Wir haben es aber geschafft, dass das Land seiner Verpflichtung aus Art. 79 der Landesverfassung nachkommt, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Das war möglich, indem sich der kommunale Finanzausgleich durch das Gemeindefinanzierungsgesetz auf seine wesentlichen Funktionen konzentriert.

Es ist klar – das hat auch schon der Innenminister in seiner Einbringungsrede zum Gemeindefinanzierungsgesetz gesagt –, dass die strukturellen Veränderungen des GFG nicht überall auf Zustimmung bei den Kommunen im Lande treffen werden. Denn die Operation lautete: Wie können wir diejenigen mit den schwachen Schultern etwas besser stellen, und wie können wir die anderen

belasten? Zwei Drittel aller Kommunen konnten wir besser stellen. Das wissen Sie. Das GFG 2006 stellt eine Mischung aus notwendiger Neuorientierung und Kontinuität dar; seine Wirkung wird vor Ort sicherlich noch gebührend anerkannt.

Wir werden Ihren Änderungsanträgen aus diesem Grunde nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit voller Genugtuung und mit großer Gelassenheit können wir feststellen: Das ist ein GFG aus einem Guss. Da nutzen auch die Provokationen von Herrn Becker nichts. Er versucht, mit bundespolitischen Ausflügen Aufmerksamkeit zu erregen. Wir können in aller Gelassenheit feststellen: Grüne gibt es in keiner Landesregierung mehr, auch nicht mehr in der Bundesregierung, und das ist gut so.

(Beifall von der FDP)

Wenn ich über das GFG spreche, komme ich schnell zu der Erkenntnis: transparenter, gerechter und planbarer. Wir haben – dafür bin ich sehr dankbar – an vielen Stellen Zustimmung erfahren. Das ist bei der Umstellung des Referenzzeitraums der Fall gewesen. Ein Redner hat festgestellt, es war nicht der richtige Zeitpunkt. – Interessant. Für die Opposition ist es nie der richtige Zeitpunkt. Es hätte längst gemacht werden müssen. Wir haben mit dem Vor- und Zurückrechnen beim GFG Schluss gemacht. Jetzt haben wir eine saubere Berechnungsgrundlage.

Wir haben die Befrachtungen um 50 % reduziert. Und zur Kommunalfreundlichkeit gehört natürlich auch, dass wir ein Ärgernis beseitigt haben. Zu den 158 Millionen € – Stichwort: Straßenbauverwaltung – haben die Kommunen immer gesagt: Das kann doch nicht auf unseren Schultern abgeladen werden.

Auch die Eingliederung der Zweckzuweisungen aus dem GFG in den Landeshaushalt ist folgerichtig. Auf diese Art und Weise kommen wir auf 85 % allgemeine Zuweisungen. Der goldene Zügel ist also ganz weit zurückgeführt. Die Kommunen erhalten das Geld zur eigenen Verwendung. Das ist genau der richtige Weg.

Wir haben nach wie vor einen Verbundsatz von 23 %. Das kann sich sehen lassen, und wir haben einen Verzicht auf das Solidarbeitragsgesetz ausgesprochen. Es ist anerkannt worden – auch von Herr Körfges – dass das der richtige Weg ist. Eine Privilegierung ist aufgehoben. Auch das sehen wir als richtigen Weg an.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Am Ende dreht es sich, wenn man über das GFG spricht, 2006 in erster Linie um die Kreditierung. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das ist wieder nach dem Motto: Haltet den Dieb! Erst eine katastrophale Fehlentscheidung – Kollege Engel hat es gesagt –, und dann spielt sich das Land als Bankier auf, obwohl es bis unter die Halskrause verschuldet ist, und sagt: Wir kreditieren euch 674 Millionen €, und ihr müsst sie 2006 zurückzahlen. Genau die, die nun in der Opposition sitzen, haben das so beschlossen. Wir lösen das ein. Was damals falsch war, ist auch jetzt noch falsch, und deswegen reparieren wir das.

(Beifall von CDU und FDP)

Leider ist der Herr Präsident nicht mehr anwesend, Frau Präsidentin. Sonst hätte ich mich gerne an ihn gewandt; denn Sie haben nicht versucht zu rügen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Es tut mir Leid. Ich kann Ihnen nicht weiterhelfen.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Vesper, Sie mögen es nachlesen: Der Terminus „organisierter Staatsbankrotteur“, den der geschätzte Kollege Wüst zu Recht angesprochen hat, ist überhaupt nicht zu rügen. Diese Aussage ist weder strafrechtlich noch sonst irgendwie relevant. Es ist eine richtige Feststellung: Politische Bankrotteure versuchen uns beizubringen, wie Haushaltspolitik geht. – Das funktioniert nicht. Wir werden zum Wohle der Kommunen auf unserem Weg zielsicher weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wolf. – Herr Börschel hat für die Fraktion der SPD ums Wort gebeten. Er bekommt es als nächster Redner. Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich war der Beitrag des Kollegen Körfges so erschöpfend, dass für die SPD-Fraktion alles gesagt gewesen wäre,

(Zurufe von der CDU)

– freuen Sie sich nicht so früh! –, wenn mich nicht die bemerkenswerten Beiträge des geschätzten Kollegen Wüst, des Kollegen Engel und vor allem des Herrn Landesinnenministers bewogen hätten, das eine oder andere doch noch klarzustellen. Wenn der Landesinnenminister ein GFG mit einem mehrfachen Hinweis auf demonstrative Gelassenheit verteidigt und diese Gelassenheit daraus herleitet, dass die Grünen in keiner Landesregierung mehr und auch nicht mehr in der Bundesregierung vertreten sind, ist das schon bemerkenswert. Immerhin ist auch die FDP in der Bundesregierung derzeit nicht vertreten. Selbst die Bundeskanzlerin ist mittlerweile der Auffassung, dass das sehr gut ist.

(Beifall von der SPD)

Auch daraus könnte man eine gewisse Gelassenheit herleiten. Aber Sie, Herr Minister Wolf, haben schlicht und einfach nicht zum Thema geredet. Das enttäuscht die kommunale Seite sehr.

Das, was insbesondere Kollege Wüst zum Besten gegeben hat, würden Psychologen wahrscheinlich als „konstruierte Wirklichkeit“ bezeichnen: Wie male ich mir eine schöne Welt, wie ich sie gerne haben will?

(Beifall von der SPD)

Das steht üblicherweise vielleicht Generalsekretären zu; aber wenn Sie hier als Plenarredner das Wort ergreifen, um die kommunale Seite des Landeshaushalts zu beleuchten, geht das doch ziemlich am Thema vorbei. Sie fabulieren davon, Herr Kollege Wüst, dass den Kommunen mehr Freiheit gegeben werde, dass den Kommunen eine bessere Ausstattung zuteil werde, dass die Kommunen insgesamt durch Ihr Haushaltsgesetz und die Begleitmaßnahmen gestärkt würden.

Das kann stärker an der Wirklichkeit nicht vorbeigehen. Das muss man sehr deutlich sagen. Es ist richtig, dass das GFG nicht der Hauptschauplatz der Kritik aller Beteiligten ist. Der Verbundsatz bleibt, jedenfalls derzeit, bei 23 %. Wir werden sehr genau darauf achten, ob das auch in Zukunft so ist, ob Sie Wort halten und den Verbundsatz dabei belassen. Es ist auch richtig, dass die Zweckzuweisungen zunächst ungekürzt in die Fachressorts übertragen worden sind. Die große Frage ist natürlich auch hier: Werden Sie in Zukunft bei den restriktiven Top-down-Vorgaben des Landesfinanzministers Wort halten und dafür sorgen können, dass die Zweckzuweisungen im allgemeinen Haushalt ungekürzt verbleiben, oder ist das nur die erste Stufe in eine Kürzung?

Schon beim Wegfall des interkommunalen Ausgleichs im Solidarbeitragsgesetz haben Sie sich natürlich einer Operation bedient, die es in sich hat. Die einen besser und die anderen schwächer zu stellen, heißt, einen Keil in die kommunale Seite zu treiben. Es ist unanständig, dass Sie versuchen, sich dafür zu rühmen, die eine Seite besser zu stellen, während Sie dafür sorgen, dass die kommunale Seite die Kritik, die sie richtigerweise äußert, nicht geschlossen artikulieren kann.

Deswegen gilt festzuhalten – das ist eben schon deutlich geworden und wird auch bei den späteren Einzelplänen noch thematisiert werden –: In diesem gesamten Landeshaushalt sind die Kleinen die größten Verlierer. In der Frage der kommunalen Seite ist das besonders perfide daran, dass sie diese Kürzungen insbesondere bei den Kleinen über die kommunale Seite organisieren. Es ist in der Tat perfide, dass Sie sowohl im GTK, im Landesjugendplan, in der Familien- und Altenhilfe, bei den Krankenhäusern, im Wohnungsbau kürzen – das waren einige Beispiele, die Kollege Körfges schon genannt hat – und dann scheinheilig sagen: Die kommunale Seite kann es doch auffangen, wenn ihr das so wichtig ist. Die können doch wieder zusetzen in ihren kommunalen Haushalten, wenn sie meinen, an der Stelle müsste man einen Schwerpunkt setzen. – Das sagen Sie, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die Hälfte aller nordrhein-westfälischen Kommunen entweder im Haushaltssicherungskonzept oder gar im Nothaushalt ist. Deswegen ist das, was Sie hier tun, unehrlich und unlauter. Das muss man an dieser Stelle auch offen sagen.

(Beifall von der SPD)

Nicht nur, dass Sie unmittelbar auf der Leistungsseite kürzen, sondern Sie ziehen den Kommunen auch noch die Beine weg. Sie sorgen dafür, dass Hilfe zur Selbsthilfe nicht funktionieren kann, wenn Ihre Vorstellungen bei der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit der Kommunen wahr werden. Lassen Sie davon ab, wie es Ihnen auch die kommunalen Spitzenverbände sagen. Deswegen meine Bitte und der Appell der SPD-Fraktion: Gehen Sie doch wenigstens mit offenem Visier an diese Fragen heran! Stellen Sie sich der Kritik offen, wie sie beispielsweise der Deutsche Städtetag artikuliert hat, und seien Sie nicht bockig und dünnhäutig, sondern laden Sie weiterhin die Kolleginnen und Kollegen ein, damit Sie wenigstens direkt und unmittelbar wissen, wie die kommunale Seele tickt und wie die tatsächlichen Sorgen und Nöte sind!

Deswegen halte ich es da – das mache ich nicht immer – mit unserem Oberbürgermeister aus

Köln, der vollkommen zu Recht diese Kürzungen der Landesregierung auf die kommunale Seite bezogen für schlimm hält hat und deswegen eine Umkehr fordert. An der Stelle stimme ich Herrn Oberbürgermeister Schramma als neuem Präsidenten des Landesstättetages ausdrücklich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst feststellen, damit das nicht untergeht in diesem Hohen Hause, dass dieses GFG dem entspricht, was wir zu Beginn der Legislaturperiode versprochen haben, nämlich, dass es für die Kommunen transparenter, gerechter und planbarer geworden ist.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Körfges, Herr Becker, lassen Sie mich gleich eines richtig stellen, wenn Sie vom Verbundsatz von 23 % reden und dazu sagen, hier wäre in Wirklichkeit der Verbundsatz gekürzt worden: Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass im Entwurf dieses GFG die Befrachtungen – die stellen nichts anderes dar als eine Absenkung des Verbundsatzes, weil die Kommunen dann für ihre eigenen Aufgaben nicht 23 % der Gemeinschaftssteuern erhalten – um 50 % zurückgefahren worden sind und deswegen den Kommunen mehr Geld zur Verfügung steht als in der Vergangenheit.

Wenn Sie dann die Situation der Kommunen beklagen, wie schwierig es die Kommunen haben, ihre Aufgaben zu erfüllen, glaube ich, Sie haben vergessen, in welcher Zeit, unter welcher Regierung die Kommunen in diese Finanzlage gekommen sind. Wenn Sie verfolgen, wie viele Kommunen sich in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushaltsrecht befinden, was meinen Sie, wie viele Kommunen in den letzten zehn Jahren in der Zeit Ihrer Regierung dort hineingekommen sind? Stetig mehr, und das unter Beteiligung der Grünen!

(Beifall von der CDU)

Herr Becker, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie sagen: Das lag daran, dass ich damals noch nicht dabei war.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Grünen sind damals beteiligt gewesen und tragen wesentlich Mitverantwortung dafür, dass sich die Kommunen heute in einer so schlechten Lage befinden. Ich sage deutlich: Es ist hanebüchen, wenn Sie heute Anträge einbringen und fordern, dass die Kreditierungen auf Dauer hinausgeschoben, halbiert und auf das nächste Jahr verlagert werden. Sie, Rot und Grün, haben in den vergangenen Haushaltsgesetzen beschlossen, dass die Kreditierungen in 2006 von den Kommunen zurückzuführen sind. Das sind Ihre Beschlüsse im Parlament, und heute tun Sie so, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Becker, Sie können doch nicht in Anspruch nehmen, dass die Kommunalpolitiker der CDU unzufrieden wären mit dem, was dieses GFG für die Kommunen bedeutet. Ich nehme häufig an den Landesvorstandssitzungen unserer kommunalpolitischen Vereinigung teil. Ich bin selber Fraktionsvorsitzender. Ich kenne mich ziemlich gut aus in der kommunalen Szene der CDU. Ich bilde mir auch ein, dass ich die besser beurteilen kann als Sie. Ich kann Ihnen sagen, dass grundsätzlich die Verantwortlichen der CDU in den Kommunen sehr damit einverstanden sind, was an Verbesserungen passiert.

Dass in Teilbereichen Kritik geübt wird, wenn Belastungen beschlossen werden, ist völlig natürlich. Es wäre unverständlich, wenn kommunale Vertreter sagen würden: Das finden wir ganz toll; wir fordern noch mehr davon. Aber wenn man es insgesamt beurteilt, ist sicher die Zufriedenheit aufseiten der CDU entschieden stärker als die Kritik, die Sie unterstellen.

Lassen Sie mich noch eines zur Mitgliederversammlung des Deutschen Stättetages sagen. Ich habe Sie bei der Versammlung gar nicht gesehen. Sie waren, glaube ich, gar nicht da. Ich habe die Versammlung von Anfang bis Ende verfolgt und die streitbaren Punkte miterlebt. Herr Körfges, ich kann Ihnen nur sagen, dass es bei der Kritik des Ministerpräsidenten an der Rede des amtierenden Präsidenten des Deutschen Stättetages erheblichen Beifall von den CDU-Delegierten dort gegeben hat. Es gab keine einhellige Kritik am Ministerpräsidenten, wie Sie sie unterstellt haben, sondern das Gegenteil war der Fall. Der Ministerpräsident hat für seine Kritik an der Rede von Herrn Langemeyer erheblichen Beifall in der Versammlung bekommen. Das können Sie aber nur wissen, wenn Sie da waren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen lädt er den Stättetag auch aus!)

Ich habe sowieso festgestellt, dass Sie Ihre Informationen vorzugsweise nicht aus der Wirklichkeit, sondern aus der Zeitung beziehen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Unglaublich!)

Diesbezüglich komme ich auf einen Artikel in der „Rheinischen Post“ zu sprechen. Sie sagen dort, Herr Wüst hätte gesagt, der Deutsche Städtetag sei von Gremien ausgeschlossen. Wenn Sie den Artikel wirklich gelesen hätten und nicht nur dabei geblieben wären, Überschriften zu lesen, dann hätten Sie festgestellt: Herr Wüst wird zitiert, dass wir vor den Sitzungen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbänden auch unter uns tagen wollten. – Ist es nicht selbstverständlich, dass eine Arbeitsgruppe der Landtagsfraktion auch ohne Begleitung von außen diskutiert? Das haben wir in der Vergangenheit so gehalten, und das werden wir auch in Zukunft so halten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wird nur noch schlimmer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch zukünftig werden selbstverständlich Gespräche mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geführt. Das war in der Vergangenheit so, ist in der Gegenwart so und wird auch in Zukunft so sein. Nichtsdestotrotz – das sage ich ganz deutlich – halten wir überhaupt nichts davon, wenn auf Versammlungen kommunaler Spitzenverbände einseitige Schuldzuweisungen erfolgen. Deswegen sollte man deutlich machen, dass wir in Zukunft ein gehöriges Maß an Ausgewogenheit auch bei diesen Stellungnahmen – die haben wir bei der Rede von Herrn Langemeyer sehr vermisst – erwarten. Aber das hat nichts damit zu tun, dass es nach wie vor eine vernünftige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der CDU-Fraktion und den kommunalen Spitzenverbänden geben wird.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen: Sie werden trotz allen Geredes nicht daran vorbeikommen, festzustellen, dass dieses Gemeindefinanzierungsgesetz, das erste der schwarz-gelben Koalition, dadurch besticht – was überall anerkannt wird –, dass es die ganz wesentlichen Voraussetzungen erfüllt, transparenter, gerechter und planbarer zu sein.

Ich sage noch einmal: Sie sollten nicht hinter irgendwelchen Geschichten, die Sie hier aufbauen, verdecken, dass die kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen sehr damit zufrieden sind, dass der Referenzzeitraum geändert worden ist und damit diese Einnahmen der Kommune zukünftig planbar sind, dass sie nicht mit dem Damoklesschwert der Kreditierung leben müssen, und vor allem – darauf weise ich als CDU-

Vertreter mit vollem Stolz hin –, dass wir es geschafft haben, den Kommunen 85 % der Mittel zur freien Verfügung zu stellen. Das ist eine uralte Forderung der CDU. Deswegen bedanke ich mich ganz deutlich bei dieser Landesregierung, dass dies so schnell umgesetzt wurde. Wir können auf dieses Gemeindefinanzierungsgesetz stolz sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege Lux, Sie reden von vertrauensvoller Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden.

(Hendrik Wüst [CDU]: Das kennen Sie gar nicht!)

– Doch, ich kenne das gut, nicht nur deswegen, weil ich seit 20 Jahren in der Kommunalpolitik tätig bin, sondern auch sehr intensiv aus den letzten Monaten. Die Verbände suchen nämlich das Gespräch mit uns, weil Sie eben nicht vertrauensvoll mit ihnen zusammenarbeiten. Ich möchte Ihnen nur wenige Stichpunkte nennen. Wo sehen Sie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem kommunalen Spitzenverbänden bei der Abschaffung der Schulbezirke? Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden bei dem Schleifen des § 107 der Gemeindeordnung? Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden beim Schleifen des steuerlichen Querverbundes?

(Zurufe von der CDU)

Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit, Herr Lux, bei dem, was Sie im Sparkassengesetz mit dem Stammkapital vorhaben, was man Ihnen vonseiten des rheinischen und westfälischen Sparkassengiroverbandes sowie der kommunalen Spitzenverbänden sozusagen mehr oder weniger um die Ohren gehauen hat? Wo sehen Sie die? Ich sehe die nicht. Ich sehe kommunale Spitzenverbände, die über Ihre Rolle nach dem, was Sie in all den Jahren der Opposition behauptet haben und jetzt in der Praxis vollführen, tief verstört sind.

Ich sehe kommunale Spitzenverbände, die sich bei Ihnen darüber beschwerten, dass Sie die Schülerbeförderungskosten streichen, die sich beschwerten, dass Sie im GTK-Bereich erhebliche Sachmittelkürzungen vornehmen, die sich be-

schweren, dass Sie im Weiterbildungsbereich erhebliche Streichungen vornehmen zulasten der VHS, insbesondere im ländlichen Raum. Ich erlebe, dass man sich darüber beschwert, dass Sie Ihre eigenen Ankündigungen im Jugendhilfebereich unisono nicht einhalten.

Wenn Sie das ernsthaft zum Anlass nehmen, von einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zu reden, dann haben Sie die Stellungnahmen nicht gelesen, nicht zur Kenntnis genommen, oder Sie haben einen Traum geträumt, in dem Sie gut vor kommen, aber der Rest der Welt das alles akzeptieren muss, was Sie hier veranstalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Gemeindefinanzierungsgesetz nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen damit zur **Abstimmung** zum **Gemeindefinanzierungsgesetz**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge entsprechend den laufenden Nummern 34, 35 und 115 der vorliegenden Übersicht.

Ich lasse über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/1774** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse nun über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Drucksache 14/1775** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/1769**. Antragstellerin ist ebenfalls die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Antrag ist heute als Tischvorlage verteilt worden. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, weitere Änderungsanträge zum Gemeindefinanzierungsgesetz liegen mir für die zweite Lesung nicht vor.

Damit lasse ich über das Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 14/1102 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 abstimmen. Wer dem Gemeindefinanzierungsgesetz so zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das **Gemeindefinanzierungsgesetz** mit den Stimmen von CDU und FDP

(Beifall von CDU und FDP)

gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Über die Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden wir morgen am Schluss der Beratung aller Einzelpläne entscheiden.

Meine Damen und Herren, bevor ich Einzelplan 05 aufrufe, gestatten Sie mir einen Hinweis. Ich hatte heute zwei Besuchergruppen. Diese und, wie mir der Besucherdienst bestätigt hat, auch alle anderen Besuchergruppen haben heute sehr den Ablauf der Plenardebatte kritisiert. Vielleicht gelingt es uns bei den verbleibenden Punkten, den Rednern etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb bitte ich alle, die den Raum verlassen wollen, dies leise zu tun und nicht in Grüppchen das Gespräch zu suchen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Einzelplan 05** auf:

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1705, die Änderungsanträge der SPD mit den Nrn. 36 bis 41 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nrn. 42 und 43.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und gebe als erster Rednerin für die Fraktion der SPD der Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bedanke mich noch einmal für Ihren Hinweis, Frau Präsidentin, dass Sie dem Einzelplan 05 besondere Bedeutung beimessen. Ich freue mich auch, dass das Auditorium etwas größer ist als bei den anderen Einzelplänen. Der Stellenwert ist da richtig angesetzt.

Ich möchte aufnehmen, was vorhin schon von Herrn Becker und zuvor von vielen anderen formuliert worden ist. Auch für den Einzelplan 05 gelten die Wörter: „versprochen – gebrochen“.

(Beifall von der SPD)

Diese Wörter ziehen sich tatsächlich wie ein roter Faden durch Ihr Regierungshandeln. Für den Bil-

dungsbereich kann ich sagen: Sie haben in elf Monaten das komplette Vertrauenspotenzial in der Bildungspolitik verspielt.

(Beifall von der SPD)

Es hagelt Proteste. Wir haben eben schon gehört: Nicht nur beim GFG, sondern auch im Bildungsbereich, beim neuen Schulrechtsänderungsgesetz laufen die kommunalen Spitzenverbände Sturm. Das müsste Ihnen doch irgendwann einmal zu denken geben. Sie machen hier heute eines: Von der so wichtigen staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft, die ihr Gesellenstück – ich nenne es einfach einmal so – beim Aufbau von 1.400 Ganztagsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, verabschiedet sich Schwarz-Gelb Zug um Zug mit diesem zweiten Schulrechtsänderungsgesetz. Es ist ein Rückschritt in die 50er-Jahre. Aber die Rolle rückwärts ist bekanntlich schon vor längerer Zeit zur Turnübung unseres Ministerpräsidenten geworden, besser bekannt auch als „Rolle Rüttgers“.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Der Ausbau des Ganztags an unseren Schulen ist für die SPD ein ganz zentrales bildungspolitisches Thema. Deshalb haben wir zum Haushalt 2006 einen Einstieg in den Ganztagsmodell auch für Realschulen und Gymnasien beantragt. Das haben CDU und FDP im Fachausschuss abgelehnt. Sie konzentrieren sich bei Ihrem Ganztagsmodell schlicht und einfach auf ein verpflichtendes System von Klasse 5 bis Klasse 10 ausschließlich an Hauptschulen und Förderschulen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Gut gemeint, aber schlecht gemacht.

(Ralf Witzel [FDP]: Falsch! Unrichtig!)

Zum einen stigmatisieren Sie den Ganztagsmodell als Modell für besonders zu fördernde Kinder und Jugendliche und verhindern, dass er zum Normalfall an nordrhein-westfälischen Schulen wird.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE] –
Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

Zum anderen werden die Eltern aller Kinder an den Grundschulen im Ganztagsmodell den berechtigten Anspruch nach einem Folgemodell an allen Schulformen stellen. Wie gehen Sie damit um, wenn dieser Anspruch demnächst an Sie gerichtet wird? Bildung, Erziehung und Betreuung brauchen mehr Zeit – aber an allen Schulen der Sekundarstufe I.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Zu allem Überfluss lassen Sie die Kommunen allein mit dem Problem, wie die Unterrichtsausweitung am Gymnasium in den Klassen 5 und 9 ohne Ganztagsausstattung bewerkstelligt werden kann.

Von einer Fortsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe hört man überhaupt nichts mehr, seit Minister Laschet den Jugendbereich übernommen hat.

(Zustimmung von der SPD)

Wir nehmen ihn wahr – ich sage das hier ausdrücklich – als Integrationsminister. Aber ausgerechnet da streichen Sie ihm die Mittel. Es wird sich zeigen, dass es ein Fehler war, die Bereiche Jugend, Kinder und Schule zu trennen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben zwar einen Integrationsminister bekommen. Aber nichts, aber auch gar nichts ist mehr zu hören von einem Kinderminister oder von einem Jugendminister. „Versprochen – gebrochen“: Der Devise bleiben Sie treu, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP. Noch kein Jahr an der Regierung und schon so entzaubert! Wenn Sie wenigstens nicht alle Versprechen aus der Zeit vor der Wahl in den Koalitionsvertrag geschrieben hätten, dann hätten Sie es jetzt etwas leichter.

Ich möchte aus der Plenardebatte vom 15. März dieses Jahres zitieren. Ministerin Sommer sagte – ich vermute wider besseren Wissens; ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Der Bedarf aus der Änderung des Schulgesetzes kann durch die Nutzung von Demographiegewinnen, also durch frei werdende Kapazitäten gedeckt werden. Diese Stellen stehen den Schulen auch weiterhin zur Verfügung, anders als die Regierung unter Ihrer ...“

– gemeint war Rot-Grün –

„... Führung es vorgesehen hatte: Sie hatten die Stellen zur Streichung freigegeben.“

Da lag der Entwurf des Haushalts 2006 bereits vor. Da steht schwarz auf weiß auf Seite 4: Bei den Hauptschulen werden knapp 1.300 Stellen gestrichen.

Auf Seite 127 im Einzelplan 05 finden wir Ihren realen Stufenplan. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich hervorheben: Streichung von 2000 Stellen bis zum Jahre 2009.

Und Sie kommen daher und wollen behaupten, Sie ließen alle Demographieeffekte in den Schulen? Ihr Haushaltsentwurf spricht da eine ganz

andere Sprache. Und Sie wollen behaupten: „Bis 2010 gibt es 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich“? Verkaufen Sie doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr länger für dumm, und hören Sie endlich auf, die Lüge aufzutischen, Rot-Grün habe diese Stellen gestrichen.

(Beifall von der SPD)

Die mittelfristige Finanzplanung sagt dazu gar nichts. Sie können sich allerdings davon überzeugen, dass diese Stellen unter Rot-Grün stets aufs Neue bewilligt worden sind. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Streichung der 500 Stellen, die 2006 nach Ihren Planungen abgebaut werden sollen, rückgängig zu machen.

(Beifall von der SPD)

Das, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben Sie abgelehnt. Ich frage mich: Warum haben Sie das abgelehnt? Doch wohl kaum, weil wir es angeblich so geplant haben. Ich stelle fest: Sie haben jetzt die Regierungsverantwortung. Wer oder was hindert Sie daran, diese Stellen im System zu lassen? Wir nicht. Der Stellenabbau ist Vorschlag Ihres Finanzministers. Verstecken Sie sich also nicht länger hinter uns, sondern nehmen Sie Ihre Regierungsverantwortung endlich wahr. Dafür sind Sie nämlich gewählt worden.

Ihr Versprechen zur Unterrichtsgarantie vor der Wahl haben Sie ohnehin ohne jegliche Debatte einkassiert. Aber wir kommen darauf sicherlich noch einmal zurück.

Überhaupt lässt dieser Haushaltsentwurf im Einzelplan 05 jegliche Transparenz vermissen. Die öffentliche Behauptung, es würden 1.610 neue Stellen geschaffen, entpuppt sich als Taschenspielertrick. Sie behaupten, es gebe 1.000 angeblich neue Stellen für die Unterrichtsversorgung, 900 angeblich neue Stellen für die Stellenreserve an Grundschulen und 210 Stellen für den Ganztag. Davon ziehen Sie dann die 500 kw-Stellen wieder ab und erreichen so die Zahl 1.610.

Richtig ist: Von den 1.000 angeblich neuen Stellen bleiben nur 500. Richtig ist: Die 900 angeblich neuen Stellen sind gar keine neuen Stellen, weil von einem in den anderen Topf umgeschichtet wird nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche. Kein zusätzlicher Cent wird hierfür investiert.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hört, hört!)

Die 210 Stellen für den Ganzttag sind eine richtige Entscheidung. Wenn man dann allerdings den Gesamtzusammenhang Ihrer Bildungspolitik betrachtet,

dann brauchen Sie für diese 500 und 210 – also insgesamt 710 – neuen Stellen ca. 35 Millionen €. Wenn man dann aber feststellt, dass Sie im Elementarbereich massive Kürzungen vorsehen, die weit über diesen Bereich hinausgehen, dann ist das ein verdammt hoher Preis und eine bittere Pille für Minister Laschet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Abschließend möchte ich eine Anmerkung zum neu eingeführten Globalbudget der Personalmittel machen. Sie setzen den Bereich mit 7,2 Milliarden € an. Rechnet man eine Lehrerstelle mit 50.000 € um und darauf an – was Sie ja tun –, dann bekommt man dafür 144.000 Lehrerstellen finanziert. Im Haushalt haben Sie aber 147.000 Stellen ausgewiesen. Das sind ungefähr 3.000 Stellen mehr, als Ihr Budget vorsieht. Da helfen auch keine pflaumenweichen Erklärungen Ihres Hauses.

Unterm Strich sind Ihre ausgewiesenen Stellen nicht gegenfinanziert. Diese Entwicklung werden wir beobachten und verfolgen. Es wird ganz entscheidend sein, was am Ende eines Jahres unterm Strich herauskommt: Haben Sie die Stellenzahl erreicht, dann haben Sie das Globalbudget falsch angesetzt. Haben Sie das Globalbudget erreicht, dann sind Sie bei den Stellen unterfinanziert, dann fehlen 3.000 Stellen. Wir werden das nachhalten.

(Beifall von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Ich betrachte Ihren Haushaltsentwurf für Schule und Weiterbildung, trotz vollmundiger Erklärungen Ihrerseits, nach einer intensiven Analyse in vielen Teilen als Luftbuchung. Sie handeln wissentlich unseriös.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Kollege Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion heute ist schon sehr spannend. Heute Morgen wurde zunächst massive Kritik an den Kürzungen im Jugendbereich geübt, und ich frage Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün: Ist nicht der Bildungsbereich die wichtigste Säule jeder Jugendförderung?

(Ute Schäfer [SPD]: Wann fängt denn bei Ihnen Bildung an?)

Und hier stellen wir doch mit einem Plus von fast 3 Millionen € ganz entscheidende Weichen, von denen Sie, Frau Schäfer, geträumt hätten. Sie haben sich damals leider nicht in Ihrer Mannschaft durchsetzen können.

Genau hier haben Sie in der Vergangenheit versagt. Ich erinnere daran, dass laut Pisa die Bildungschancen in keinem anderen Land so vom Portemonnaie der Eltern abhängen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das werden Sie noch verschärfen!)

Der eigentliche Skandal ist doch, dass Sie die Zukunftschancen junger Menschen in einem solchen Maße beeinträchtigt haben. Im Übrigen, Frau Schäfer: Sie waren Spielführerin in dem Team, das das verursacht hat. Sich dann hierhin zu stellen und massive Kritik zu üben!

(Sören Link [SPD]: Sie werden das ja jetzt beheben, Herr Recker! Das ist doch lächerlich!)

Meine Damen und Herren, genau das werden wir ändern. Ich bin stolz darauf, diesen Haushalt für den Bildungsbereich vorlegen zu können. Angesichts der dramatischen finanziellen Katastrophe, die Sie uns hinterlassen haben, und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Sparmaßnahmen, meine Damen und Herren, diesen Haushaltsentwurf vorzulegen, das ist wirklich Spitze.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wenn Sie bei Rot-Grün noch ein bisschen Gespür für politische Fairness und die schulische Realität hätten, müssten auch Sie darüber erfreut sein. Da erleben wir aber bei Ihnen nur wirklich billiges Herumnörgeln.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, dass die bildungspolitischen Interessen und Notwendigkeiten bei Rot-Grün in der Vergangenheit leider nie den Stellenwert hatten, den unsere jungen Menschen gebraucht hätten.

In der Bildungspolitik geht es nicht allein um die Schule. Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik und auch Wirtschaftspolitik. Wenn laut Pisa 25 % durchs Sieb fallen, junge Menschen nicht ausbildungsfähig sind und damit Perspektivlosigkeit angesagt ist, so wird das unser soziales System nicht mehr verkraften, unabhängig von den Einzelschicksalen, die hinter jeder dieser Zahlen stehen. Daher lautet unsere Devise: Präventiv in Bildung investieren! Das ist sinnvoller. Das ist kostengünstiger und auch sozialer, meine Damen

und Herren. Denn Reparaturmaßnahmen sind wesentlich teurer, und meistens greifen sie nicht. Wenn dann trotz Lehrstellenknappheit in manchen Bereichen fast 20 % der Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, so ist das, gelinde gesagt, eine Katastrophe.

Mit diesem Haushalt setzt die Landesregierung eindeutig Prioritäten für Schule und Unterricht. Wir schaffen Voraussetzungen für eine bessere und verlässliche Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen.

Nun komme ich zu den Fakten. Frau Schäfer, ich bitte Sie, noch einmal zuzuhören. Wie versprochen, werden in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall geschaffen. 1.000 zusätzliche Lehrerstellen haben wir bereits 2005 eingerichtet, weitere 1.000 mit dem Haushalt 2006, und in dieser Legislaturperiode kommen weitere 2.000 hinzu.

Wir werden den Schulen darüber hinaus zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen, die von der alten Landesregierung für Aufgaben in Schulaufsicht und Schulverwaltung in Anspruch genommen wurden. Zum 1. August 2006 werden dies bis zu 250 Stellen sein. In den Folgejahren werden wir die kritische Prüfung des Ressourcenverbrauchs intensiv fortsetzen, um die Unterrichtssituation zu verbessern.

Für die Grundschulen richten wir mit 900 Stellen eine dauerhafte Vertretungsreserve ein. Sicherlich wird das zum großen Teil finanziert aus dem Programm „Geld statt Stellen“, aber ich sage auch: Es hat eine ganz andere Qualität, nämlich Verlässlichkeit für die Schulen, aber vor allen Dingen auch für die betroffenen Lehrer. Die Resonanz ist eindeutig.

Meine Damen und Herren, wir werden die Grundschulen, die einen erhöhten Förderbedarf haben, durch den Einsatz von weiteren 600 Lehrerstellen unterstützen, damit sie sich auf die ab 2008 vorgesehene Aufhebung der Schulbezirke vorbereiten können.

Wichtig auch: 500 zusätzliche Lehrerstellen bleiben für das Schuljahr 2006/2007 für unsere Qualitätsoffensive Hauptschule an den Hauptschulen unseres Landes.

Wichtig ferner: Wir werden die Förderung der für unser Bildungssystem notwendigen Ersatzschulen auf hohem Niveau fortsetzen. Die dramatische Situation des Landeshaushalts zwingt uns dazu, andere gesetzliche Leistungen – wir haben das heute diskutiert – bis zu 20 % zu reduzieren. Nur, hier lautet die frohe Botschaft: Die Ersatzschulen

und ihre Träger können sich darauf verlassen, dass die bisherige Förderung mit einem Volumen von mehr als 1 Milliarde € jährlich nicht zur Disposition steht. Die von der alten Landesregierung für das Jahr 2005 verfügte Kürzung der Ersatzschulfinanzierung um 50 Millionen € haben wir bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt rückgängig gemacht. Meine Damen und Herren, auch das bitte beachten!

Frau Schäfer, Sie haben es gesagt. Von den 2.000 Lehrerstellen, die während der Zeit der alten Landesregierung einen kw-Vermerk hatten und damit wegfallen sollten, bleiben ab 1. August zunächst 1.500 im System. Das war bei Ihnen nicht in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten, Frau Schäfer. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Ganz wichtig für die 250 Sozialpädagogen an Hauptschulen, die bisher einen dreijährigen bis zum 31. Juli 2006 befristeten Vertrag hatten: Wir haben diese Maßnahme gesichert. Das fand gerade an den Hauptschulen eine große Resonanz.

Nun zu der Ganztagsproblematik: Frau Schäfer, ich finde es schon abenteuerlich, was Sie hier für Realschulen und für Gymnasien fordern. Sie haben es nicht einmal geschafft, der wichtigsten Schule, für die das notwendig ist, nämlich der Hauptschule, diese Möglichkeit zu geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt hier diese Forderung aufzustellen, ist geradezu abenteuerlich.

Was machen wir, auch was Qualität angeht? – Wir werden den Lehrstellenanteil der Grundschule verdoppeln. Hier setzen wir zusätzlich 16 Millionen € ein. Insgesamt investieren wir 96,5 Millionen € jährlich in die Ganztagsangebote in den Grundschulen. Mit diesen Mitteln werden unter anderem 945 zusätzliche Lehrerstellen für diese Aufgabe finanziert.

Meine Damen und Herren, wir setzen die am 1. Februar beginnende Förderung der Ganztags-hauptschule und Ganztagsförderschule in der Sekundarstufe I auf hohem Niveau fort. Über den 1. August hinaus stehen weiterhin 620 zusätzliche Lehrerstellen für den Aufbau und Ausbau des Ganztags an diesen Schulen zur Verfügung. Bis 2012 sollen 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule entstehen. Dass Sie das nicht gemacht haben – gerade in den Hauptschulen –, ist für mich übrigens eine der Ursachen für die Situation, die an den Hauptschulen leider entstanden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wissen auch, meine Damen und Herren: Die Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen mit Inkrafttreten des Zweiten Schulrechtsänderungsgesetzes zum 1. August 2006 eigenverantwortliche Schulen werden. Wir werden die Schulleitungen für ihre Leitungsaufgaben unter anderem durch die Erhöhung des Entlastungskontingents um eine Stunde je Schule unterstützen. Schulleitungen bekommen hierdurch den Spielraum für Fortbildung und Qualifizierung. Diese zusätzliche Schulleitungsentlastung wird durch den Abbau von Moderatorenstellen, die nicht unmittelbar der Unterrichtsversorgung dienen, gegenfinanziert.

Wichtig auch, was die Perspektive angeht für die jungen Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen: Wir stellen in Nordrhein-Westfalen mehr Referendare und Lehramtsanwärter zur Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung ein. Anders als andere Länder wollen wir keinen Numerus Clausus für den Vorbereitungsdienst. Insgesamt stellen wir im Jahre 2006 über 14.000 Ausbildungsplätze für den Vorbereitungsdienst zur Verfügung. Am 1. Februar 2006 stellen wir bis zu 6.000 junge Menschen in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt ein. Im Sommer 2006 werden die Einstellungskapazitäten mit 500 zusätzlichen Lehramtsanwärterstellen deutlich ausgeweitet.

Wir schaffen damit die Grundlage, endlich Mangelfächer an Gymnasien und Gesamtschulen zu beheben. Auch lösen wir damit das Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung ein, die Wartezeit zwischen Beendigung des Studiums und Beginn des Referendariats zu verkürzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zusammengefasst unser Programm für den Haushalt 2006. Ich sage Ihnen deutlich: Darauf sind wir stolz.

(Beifall von der FDP)

Wir geben damit den Schulen und den jungen Menschen endlich die Chance, die sie verdient haben und die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten ist.

(Zuruf von der SPD)

Wer diesem Haushalt als Bildungspolitiker nicht zustimmt, muss schon arg verblendet sein und recht wenig Gespür für das dringend Notwendige, aber auch für das finanziell Machbare haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht umsonst haben die Haushaltsplanentwürfe, die uns vorgelegt wurden, einen himmelblauen Umschlag. Denn in vielerlei Hinsicht können die Bürgerinnen und Bürger davon sprechen, dass ihnen das Blaue vom Himmel versprochen worden ist. Das gilt auch gerade in Bezug auf den Einzelplan 05.

Aber wer genau hinsieht, merkt, dass von den hehren Versprechungen nicht viel übrig geblieben ist, der merkt, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen etwas vorgemacht bekommen, der merkt, dass gerade Verbände und Träger in der Weiterbildung hinters Licht geführt werden.

Im Einzelplan 05 geht die Landesregierung mit der Abrissbirne durch weite Bereiche der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, und ihre Neubauprojekte entpuppen sich als potemkinsche Dörfer.

(Beifall von der SPD)

Ihre Ressourcensteuerungspolitik – das ist ein Faktum, das wir in diesem Hause noch ausführlicher diskutieren müssen – bedient nicht die tatsächlichen Bedarfe. Sie bemüht sich nicht um mehr Chancengleichheit, sondern sie bedient zuallererst Klientelinteressen.

Daran sind Ihre Fensterreden zu messen, die Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Familien aufs Parkett legen. Das beste Beispiel für diese Vorgehensweise sind die Zuweisungen der Vertretungsreserve in der Sekundarstufe I an die verschiedenen Schulformen. Beim sogenannten Eckdatenerlass vom 13. Februar 2006 wird die wirkliche Handschrift deutlich. Darin regelt das Schulministerium nämlich die Verteilung der Stellen für Vertretungs- und Förderaufgaben.

Wer die Stellenzahlen in Relation zur Zahl der Schüler/innen setzt, die in der jeweiligen Schulform unterrichtet werden, kommt bei der Vergleichsrechnung zu aufschlussreichen Erkenntnissen. Die Hauptschulen erhalten danach 3,53 %. Das ist gut und richtig so. Realschulen werden mit 2,85 % bedacht. Bei den Gymnasien sind es stattliche 2,34 %. Die Gesamtschule aber wird im Vergleich

zu den Schülerzahlen mit lediglich 1,05 % Stellenaufschlag geradezu stiefmütterlich behandelt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Und das, obwohl die Gesamtschule neben der Hauptschule die größte Integrationsleistung erbringt in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder mit sozialen Problemlagen im NRW-Schulsystem.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hat schon genügend Privilegien!)

Jetzt soll sie aus ideologischer Verbohrtheit auf Kosten der Förderung ihrer Schüler/innen benachteiligt werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie ist bevorzugt an vielen Stellen!)

Das ist schon eine Ungeheuerlichkeit nach den Lippenbekenntnissen und Fensterreden in Bezug auf das Problem der sozialen Auslese in den Schulen. So sieht die Wirklichkeit hinter Ihrem Wir-erzählen-das-Blaue-vom-Himmel-Plan für die Schulen aus.

Die Schulministerin hat im Schulausschuss den Haushaltsentwurf vorgestellt und in einer Tabelle ihre Bilanz gezogen. Dabei kommt sie zu der Aussage, die eben schon von der Kollegin Schäfer kommentiert worden ist: 1.600 Stellen beträgt der Zuwachs.

Ich muss das noch einmal ausführen, denn diese Botschaft wird so durch das Land getragen. Mit dieser Aufstellung will sich die Ministerin offensichtlich bei David Copperfield als Assistentin bewerben.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Das Prinzip „David Copperfield“ ist das eines Erzeugens von Illusionen,

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

des Vortäuschens von Nicht-Vorhandenem und der Ablenkungsmanöver für das Publikum, das die eigentlichen Aktivitäten nicht mitbekommen soll.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von Ralf Witzel [FDP])

Ich verweise zum letzten Punkt gerne noch einmal auf die Benachteiligung der Gesamtschulen in der Stellenreserve.

Aber zurück zu den Illusionen: Es werden eben 1.610 Stellen verkündet, die sich im Löwenanteil aus der Umwandlung von Geld-statt-Stellen in

900 Stellen für die Vertretungsreserve Grundschule ergeben.

(Bernhard Recker [CDU]: Quatsch! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Natürlich ist das so!)

Keine neuen Mittel, die Wanderung der Mittel von einer Tasche in die andere und dazu die Organisation bei den Schulämtern, die noch mit reichlich Fragen besetzt ist, wie wir auch im Schulausschuss erfahren durften.

Die 210 Stellen für die offene Ganztagschule, die zu Buche schlagen, fließen nicht in die Grundversorgung, sondern sind Ressourcen für ergänzende Angebote. Sie werden als Stellenzuschläge bereitgestellt.

Tausend neue Stellen in 2006 – davon bleiben unter dem Strich nur 500 übrig, weil Sie im Gegenzug 500 kw-Vermerke umsetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist also die wirkliche Bilanz, die sich hinter der magischen Zahl 1.610 Stellen verbirgt. Es gab Neudefinition von Mitteln, die es auch vorher im Haushalt gab, und Stellenzuschläge, die gar nicht in die Grundversorgung eingehen.

Das Mittel der Neuetikettierung wenden Sie auch in anderen Bereichen an.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

So verbirgt sich hinter der verbesserten Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule nichts anderes als das Einbeziehen der Stellen für den Englisch-Unterricht in der Grundschule in das allgemeine Stellenkapitel. Bisher waren die Stellen separat ausgewiesen.

Es bleiben also 500 neue Stellen übrig, die Sie als neue Stellen reklamieren können.

(Zuruf von der CDU: Wie spannend!)

500 Stellen sind zu begrüßen. – Gemessen an den Wahlversprechungen und -verkündigungen ist das aber eine magere Bilanz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist natürlich nicht das, was Sie den Menschen und den Schulen im Vorfeld versprochen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber natürlich!)

Das wissen Sie wohl selbst; sonst würden Sie Ihre Zahlen nicht nach dem „Prinzip Copperfield“ präsentieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: So ist das! – Ralf Witzel [FDP]: Falsch!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will an dieser Stelle aber auch deutlich machen, dass neben der mageren Bilanz auf der einen Seite der Abbruch im Bildungswesen auf der anderen Seite von Schwarz-Gelb massiv betrieben wird, zum Beispiel auf Kosten der Unterrichts- und Schulentwicklung.

So werden vor allem bei den Beratern im Schulsport ungeachtet des von allen erkannten und immer wieder herausgehobenen Zusammenhangs von Lernen und Bewegung die Stellen um bis zu 80 % gekürzt; mein Kollege Vesper hat das schon aus der Sicht des Sportes kommentiert.

Für die Aufrechterhaltung des Netzwerks Bildung und Gesundheit OPUS NRW werden sogenannte Rundungsgewinne in Aussicht gestellt, von denen noch gar nicht klar ist, inwieweit sie überhaupt noch zur Verfügung stehen.

Mit der Zerschlagung des Landesinstituts in Soest werden weite Bereiche der Schulentwicklung ausgehöhlt und der stromlinienförmigen Ausrichtung an der schwarz-gelben Schulpolitik geopfert. Konzeptionelles Weiterdenken, das den schwarz-gelben Horizont übersteigt, ist nicht erlaubt und darf offensichtlich nicht sein.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh nein!)

Lehramtsanwärterinnen hier im Land auszubilden, war immer schon Priorität. Wir begrüßen die weiteren Initiativen in diesem Zusammenhang. Aber wo sind denn die Initiativen des Ministerpräsidenten, das dann auch im Länderfinanzausgleich zu thematisieren, was wir als Ausbildungsleistung vorzuweisen haben? Das gilt übrigens auch für unsere Leistungen im Bereich der Hochschullandschaft.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Wo sind die Initiativen des Ministerpräsidenten in Bezug auf die Föderalismusreform, um uns die Mittel der Bundesebene weiter zu sichern, damit Ausbauprogramme wirklich vorankommen können? Meine Kleine Anfrage haben Sie ja dahingehend beantwortet, dass Sie jetzt noch nicht wüssten, wie es nach dem Auslaufen des Ganztagschulprogramms auf Bundesebene weitergehen wird.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen unverzichtbaren Bildungsbereich kommen. Herr Recker hat zu Recht gesagt: Bildung ist nicht nur Schule. – Es gibt auch noch andere Bereiche, in denen ge-

sellschaftliche Teilhabe gesichert wird. Diesen sensiblen Bereich hat hier und heute noch niemand thematisiert. Es geht dabei um die Weiterbildung. Auch hier sind Sie mit der Abbruchbirne unterwegs. Können Sie den Weiterbildungsträgern überhaupt noch in die Augen schauen? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben Ihr Versprechen, das Sie den Weiterbildungsträgern noch einmal am 19. Mai 2005 in Ihrem Entschließungsantrag schriftlich gegeben haben, gnadenlos gebrochen.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben den doch abgelehnt! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

Was machen Sie? – Entgegen dem rot-grünen Haushaltsbegleitgesetz, das mit diesem Haushalt den mit den Weiterbildungsträgern vereinbarten Haushaltsansatz 2002 wieder realisiert hätte, muss die vierte Säule im Bildungssystem eine zwanzigprozentige Kürzung verkraften. Da helfen auch die Beteuerungen nichts, die wir noch in der Weiterbildungskonferenz mit anhören konnten.

Frau Pieper-von Heiden wird im Protokoll zitiert: Für die FDP kann ich zusichern, dass wir uns gerade für diesen Bereich ganz besonders stark einsetzen werden.

Und an anderer Stelle: Wir stehen ausdrücklich zum Koalitionsvertrag, dass wir uns gerade für diesen Bereich ganz besonders stark einsetzen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Wirklichkeit sieht so aus: Unrentable Flughäfen wie Münster/Osnabrück oder Lobbyvereine wie die Landschaftskammer werden gerne subventioniert. Die Weiterbildungsträger in diesem Land müssen dafür bluten.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Albern!)

Herr Kaiser, Sie als ehemaliger Leiter einer Volkshochschule müssen jetzt dafür geradestehen, dass es nun auch noch den Landesorganisationen der Weiterbildung an den Kragen geht. Auf dem Erlasswege erfahren diese, dass sie herhalten müssen, um die globale Minderausgabe im Einzelplan 5 zu erbringen. Damit werden die Landesorganisationen unverantwortlich zur Ader gelassen, zum Teil werden sie diese Behandlung nicht überleben, zumal in demselben Papier vom 5. April 2006 schon angekündigt wird:

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass die Entwicklung der Haushaltslage des Landes Kürzungen von Zuwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung erfordert oder Zuwendungen deswegen ganz entfallen.

Der Erlass schließt mit der freundlichen Bitte, dieses Finanzrisiko zu beachten.

Herr Kaiser, sind das die vernünftigen Ergebnisse, die Sie noch in der Weiterbildungskonferenz in Aussicht gestellt haben? – Nein, das ist ein Desaster für die Weiterbildung, das Sie den Trägern bescheren.

Da ist es schon fast zynisch, wenn der Staatssekretär im Schulministerium im September 2005 auf der Tagung des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes Westfalen/Lippe im Haus Ortlohn ausführt: Nutzen Sie die Spielräume des Weiterbildungsgesetzes.

(Lachen von GRÜNEN und SPD)

Wie soll man Spielräume nutzen, wenn gleichzeitig die Existenzgrundlage entzogen wird?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich fordere Sie deshalb auf: Folgen Sie uns hier und heute und stimmen Sie der Erhöhung der Weiterbildungsmittel zu, wie wir sie mit unserem Antrag vorgelegt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wollen wir doch einmal ein bisschen die Fakten gerade rücken. Bei allem Sparzwang, den wir uns als Folge jahrzehntelanger Misswirtschaft der alten rot-grünen Landesregierung auferlegen müssen, sparen wir nicht bei dem so wichtigen Zukunftsthema „Bildung“.

(Ute Schäfer [SPD]: Wo fängt denn „Bildung“ bei Ihnen an?)

Für uns hat Bildung allerhöchste Priorität. Denn Bildung bedeutet die Zukunft unserer Kinder und die unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb halten wir uns auch strikt an unsere Ankündigung und investieren trotz einer Haushaltslage in NRW, die mehr als angespannt ist, in Bildung allein in diesem Jahr 317 Millionen € zusätzlich. Wir steigern die Ausgaben für den Schulhaushalt von 12,3 Milliarden € im Jahr 2005 auf rund 12,6 Milliarden € im Jahr 2006, und dies trotz rückläufiger Schülerzahlen um 34.000 allein in diesem Jahr. Trotz geringerer Schülerzahlen

erbringen wir größere Leistungen. Das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP)

Als wir nach der Landtagswahl 2005 die Regierungsverantwortung übernommen haben, war Unterrichtsausfall an der Tagesordnung. Wir haben 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall versprochen und sogleich erfolgreich mit der Besetzung von 1.000 Stellen begonnen. Alle zugesagten 4.000 Lehrerstellen werden bis zum Ende der Legislaturperiode eingerichtet. Zusätzliche Lehrer sind die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Unterricht wie geplant stattfindet, dass Klassengrößen sinken können, dass Kinder und Jugendliche endlich die Schule bekommen, die sie verdienen, und dass wir Kinder individuell fördern können.

(Beifall von der FDP)

Damit Sie sehen, was über die Gesamtzielmarke von 4.000 zusätzlichen Lehrern hinaus bereits passiert ist, will ich Ihnen das einmal kurz darstellen, und zwar anhand einer Liste, die eine ganze Seite lang ist. Frau Schäfer, Sie hätten Ihre Lehrereinstellungen in einer Fußnote unterbringen können:

Zum 1. August 2006 werden 250 zusätzliche Stellen aus der Schulaufsicht und Schulverwaltung für den Schuldienst generiert. Ab dem 1. August 2006 wird es ebenso eine ständige Vertretungsreserve von 900 Lehrkräften für die Grundschulen geben. Endlich werden sie durchgehend beschäftigt und müssen für die Sommerferien nicht zum Arbeitsamt gehen. Das müssen Sie doch auch einmal anerkennen. Das ist eine größere Verlässlichkeit. Das ist eine bessere Einteilungsmöglichkeit, eine bessere Planbarkeit.

Darüber hinaus gibt es 500 Stellen für die Hauptschulen im Jahr 2006 und an den Grundschulen 500 zusätzliche Stellen für individuelle Förderung. 620 Stellen gibt es für den qualifizierten Ganztags an Hauptschulen. In der Tat sehen wir den Ganztags nicht als Zwang, sondern gestalten das freiwillig. Aber dort, wo er notwendig ist, gibt es dafür auch die erforderlichen Ressourcen.

Außerdem werden 250 Sozialpädagogen unbefristet weiterbeschäftigt. Sie wollten die aus den Hauptschulen abziehen.

Wir haben sie weiterbeschäftigt, weil wir sehen, dass dort ein ganz besonderer Bedarf besteht. Darüber hinaus gibt es 210 zusätzliche Lehrerstellen an den offenen Ganztagsgrundschulen, so dass man zu dieser Einrichtung am Nachmittag auch tatsächlich Schule sagen kann.

(Beifall von FDP und CDU)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die beste Schule auf den Weg zu bringen, die NRW jemals hatte, das beste Schulsystem von ganz Deutschland zu schaffen. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder. Für ein neues NRW machen wir nämlich Schluss damit, unsere Kinder weiter auf die von Rot-Grün zu verantwortende Nivellierung hin zu unterrichten.

Rot-Grün hat seinerzeit fast in allen Bereichen auf eine individuelle Förderung verzichtet. Wir rüsten unsere Kinder vor Schulbeginn erst einmal mit den für Chancengleichheit und Schulerfolg so notwendigen Deutschkenntnissen aus. Dafür hat die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf 2006 die Mittel deutlich mehr als verdoppelt.

(Ute Schäfer [SPD]: Und Kindergärtenplätze weggenommen!)

Aber die Regierungsfractionen von FDP und CDU legen noch eine Schippe drauf und erhöhen den Ansatz um weitere 2 Millionen €, sodass die vorschulische Sprachförderung insgesamt ein Volumen von 17,65 Millionen € für dieses Jahr aufweist. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg überhaupt. Das haben Sie bis 2001 komplett ignoriert.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben das auch aus der Opposition heraus immer eingefordert, machen es wahr und haben diesen Etat um 10 Millionen € in diesem Land bei dieser Haushaltslage erhöht. Das hätten Sie nicht geschafft. Das wollten Sie auch gar nicht schaffen. Das kann sich doch wohl wahrlich sehen lassen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ein Baustein im Gesamtgefüge der Qualitätsverbesserung ist die Ganztagschule. Sie ist ein wichtiger Beitrag nicht nur zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, sondern auch und vor allem zur besseren schulischen und sozialen Entwicklung von Schülerinnen und Schülern. Allein für den Bereich der offenen Ganztagsgrundschule erhöhen wir den Mittelansatz um rund 41 Millionen € auf 96,5 Millionen €. Soll ich Ihnen das einmal in Prozenten sagen? Das ist eindrucksvoll: Das ist eine Erhöhung um mehr als 70 %.

Eine ebensolche Priorität mit hohem Mitteleinsatz setzen wir bei der Unterstützung und Förderung der Hauptschulen: Wir wollen an den nordrhein-westfälischen Hauptschulen 50.000 vollwertige

Ganztagsplätze bis zum Jahr 2012 einrichten. Zu diesem Zweck stellt die Landesregierung allein für das Jahr 2006 rund 24 Millionen € zur Verfügung. Den wichtigsten Schwerpunkt setzen wir dabei auch hier auf individuelle Förderung, denn dabei herrscht dringender Nachholbedarf. Keine andere Schulform ist in den vergangenen Jahren so sträflich vernachlässigt worden wie die Hauptschule.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen, dass von den 25 % der Pisa-Risikogruppe drei Viertel von den Hauptschulen kommen. Diese Jugendlichen, insbesondere Jugendliche aus sozialen Brennpunkten, brauchen endlich eine echte Chance zur Teilhabe an Bildung und Ausbildung.

Die neue Landesregierung bekennt sich klar zum gegliederten Schulsystem in NRW und wird die Hauptschule durch mehr Lehrer und ein neues, umfassendes pädagogisches Konzept mit Partnern aus Jugendhilfe, Wirtschaft und Handwerk stärken. Wir brauchen mehr Schulabgänger, die fit sind für die praktische Berufsausbildung.

Qualitätssicherung ist ein Stichwort, das nicht nur im Rahmen der Ganztagsoffensive an den Hauptschulen zum Tragen kommt. Rund 1 Million € werden wir in den Landeshaushalt einstellen, um im Jahr 2006 in allen Schulen vor Ort Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung durchzuführen. Hierzu zählen die Lernstandserhebungen in der dritten und achten Klasse, zentrale Prüfungen in der zehnten Klasse sowie zentrale Prüfungen im Abitur.

Diese Prüfungen geben den Schulen wichtige Aufschlüsse über Qualität und Erfolg des Unterrichts. Schülern, Lehrern, Eltern und potenziellen Ausbildern geben sie eine zuverlässige und vergleichbare Rückmeldung über die Leistung des jeweiligen Schülers. Des Weiteren tragen sie zur Qualitätssicherung des gesamten Schulsystems in Nordrhein-Westfalen bei.

Nicht zuletzt ist darüber hinaus für FDP und CDU die Förderung von Ersatzschulen in privater Trägerschaft eine feste und unverzichtbare Säule. Sogleich nach Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir die von Rot-Grün vorgenommen Kürzungen von 15 Millionen € wieder rückgängig gemacht. Die Förderleistung des Landes wird für das Jahr 2006 um fast 35 Millionen € auf dann mehr als eine ganze Milliarde € erhöht werden. Wir würdigen damit ausdrücklich die Innovationsleistung und das hohe Innovationspotenzial dieser Schulen, die seit Jahrzehnten vorbildhaft pädagogische Impulsgeber für das gesamte Schulsystem sind.

Innovationen für eine erfolgreichere Pädagogik und bessere Bildungsergebnisse brauchen wir jedoch an allen Schulen des Landes. Deshalb ist für FDP und CDU Bildung ein geschützter Bereich, dem das neue NRW nicht in die Tasche greift.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht ganz vier Wochen her, als ich Ihnen den Entwurf für das neue Schulgesetz vorgestellt habe, mit dem wir das Fundament für ein neues, modernes, leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem legen wollen. Mit dem Haushalt 2006 kommt nun ein weiterer wichtiger Baustein unserer neuen Bildungspolitik hinzu.

(Zuruf von der SPD: Wer's glaubt, wird selig!)

Zunächst einmal mag ein Haushalt ein trockenes Zahlenwerk sein. Für mich, meine Damen und Herren, ist es auch ein Dokument und eine Handlungsgrundlage für eine schulpolitische Neuausrichtung. Die Ergebnisse von Pisa belegen, dass in der Vergangenheit nicht alles richtig gewesen sein kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte an dieser Stelle unmissverständlich sagen: Die Schuld sehen wir dabei nicht bei Schülerinnen und Schülern oder gar Lehrerinnen und Lehrern. Die Rahmenbedingungen sind entscheidend; hierfür trägt allein die Politik die Verantwortung. Hier müssen wir deutlich nachbessern, um international wieder Anschluss zu finden.

Meine Damen und Herren, wer sich um die Zukunft unserer Kinder sorgt, muss das Land aus der Schuldenfalle herausführen und gleichzeitig mehr in Schule und Unterricht investieren.

(Beifall von der FDP)

Die CDU/FDP-Landesregierung wird deshalb bei einem schrumpfenden Gesamtetat und einer deutlich geringeren Nettoneuverschuldung mehr in Bildung investieren, um so die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Was heißt das denn?)

Der Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung steigt von 2005 nach 2006 um rund 300 Millionen €. Das ist eine Steigerungsrate von 2,44 %. Dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, aber auch allen Kabinettskolleginnen und -kollegen bin ich dankbar, dass Sie diesen Kurs eindeutig mitfahren und so die Arbeit vorbehaltlos unterstützen. Herzlichen Dank!

Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, wie wichtig guter Unterricht für gute Schülerleistungen ist. Ebenso wichtig ist aber, dass der Unterricht auch verlässlich stattfinden kann. Dies wurde in der Vergangenheit viel zu oft übersehen.

5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall sind einfach zu viel. Wir werden daher bis zum Ende dieser Legislaturperiode, wie versprochen, schrittweise 4.000 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen, um gegen den Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen vorzugehen. Tausend zusätzliche Stellen sind bereits im Jahr 2005 unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eingerichtet worden, tausend weitere kommen mit dem Haushalt 2006 dazu. Zweitausend weitere Stellen werden folgen.

Darüber hinaus werden wir den Schulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung zum 1. August dieses Jahres bis zu 250 weitere Stellen zuweisen, die bisher für Aufgaben in der Schulverwaltung und Schulaufsicht in Anspruch genommen wurden. Mit diesen zusätzlichen Stellen werden wir die Schulen in die Lage versetzen, sukzessive eine Vertretungsreserve aufzubauen.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Grundschule. Mit 600 Lehrerstellen erhält sie trotz sinkender Schülerzahlen den größten Anteil der zusätzlichen Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Uns liegt daran, dass diese zusätzlichen Stellen den Schulen zugute kommen, die einen besonders hohen Förderbedarf haben. Diese zusätzlichen Stellen werden wir abweichend vom bisherigen Verteilerschlüssel, der jeden Schüler gleich gewichtet, nach einem Sozialindex auf die 54 Schulamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen verteilen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem neuen Verteilerschlüssel gehen wir gezielt so vor, dass wir, meine Damen und Herren, Ungleiches auch ungleich behandeln. Es bekommen also die mehr, die mehr benötigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Neben diesen 600 unmittelbar bei Schulen ausgebrachten zusätzlichen Stellen wird für die Grundschule auf der Ebene der Schullämter eine stabile schulübergreifende Vertretungsreserve mit 900 Planstellen eingerichtet. Die offenen Ganztagsangebote im Primarbereich werden wir auf der Basis eines verdoppelten Lehreranteils weiter ausbauen. Hierfür sind zusätzlich 42 Millionen € in den Haushalt 2006 eingestellt.

Die Zahl der Lehrerstellen für den Ganzttag im Primarbereich steigt um 210 auf dann 945 Stellen. Diese Lehrerstellenanteile sind zu nutzen, um die Kinder ergänzend zum Regelunterricht individuell zu fördern.

Gemeinsam mit den Gemeinden, den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe sowie den Partnern aus Kultur und Sport wird die Landesregierung einen Prozess der Qualitätsentwicklung einleiten, um diese in den offenen Ganztagsangeboten nachhaltig zu erhöhen.

Unsere uneingeschränkte Aufmerksamkeit und Unterstützung verdienen die Hauptschulen. Wir dürfen weder die Schulform noch die Schülerinnen und Schüler aufgeben. Wir haben deshalb bereits unmittelbar nach dem Regierungswechsel die Qualitätsoffensive „Hauptschule“ gestartet. Zentraler Eckpunkt dieser Qualitätsoffensive ist die Umwandlung von Hauptschulen in neue erweiterte Ganztagshauptschulen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 in Haupt- und Förderschulen 50.000 neue Ganztagsplätze zu schaffen. Hierfür haben wir bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 zusätzlich 620 Lehrerstellen bereitgestellt.

Wir haben die Hauptschulen darüber hinaus mit 500 Stellen über die Schüler-Lehrer-Relation hinaus zur individuellen Förderung und für Vertretungsaufgaben ausgestattet. Auch diese Stellen werden Schulen mit schwierigen sozialen Problemlagen auf der Grundlage des eben beschriebenen Sozialindex gezielt zugewiesen.

Die Beschäftigungsverhältnisse der von der rot-grünen Landesregierung nur befristet eingestellten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Hauptschulen haben wir entfristet und geben damit den Schulen und den Beschäftigten eine dauerhafte und gesicherte Perspektive.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die anderen Schulformen Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Förderschulen und die Berufskollegs können mit den zusätzlichen Lehrerstellen, die von der neuen Landesregierung zur Verfügung gestellt werden,

ab August dieses Jahres eine Vertretungsreserve von insgesamt 1.000 Stellen einrichten.

Wir wollen eigenverantwortliche Schulen. In dieser Eigenverantwortlichkeit übernehmen die Schulleitungen eine zentrale Rolle. Um ihnen für ihre neuen Aufgaben mehr Zeit zu geben, werden wir daher bereits ab dem 1. August 2006 jeder Schulleiterin und jedem Schulleiter eine zusätzliche Stunde an Leitungszeit zur Verfügung stellen. Das ist uns der Einsatz von 230 Stellen wert.

Wir wollen auch die schulischen Fortbildungsbudgets deutlich heraufsetzen. Die Schulen kennen den Fortbildungsbedarf ihrer Lehrerinnen und Lehrer selbst am besten. Die Mittel für die schulischen Fortbildungsbudgets steigen von 4,5 Millionen € auf künftig rund 6 Millionen €.

Dass der neuen Landesregierung die Ersatzschulfinanzierung besonders am Herzen liegt, war schon mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 erkennbar. Dort haben wir die von der rot-grünen Landesregierung verfügte Kürzung der Ersatzschulfinanzierung von 15 Millionen € rückgängig gemacht. Im Haushalt 2006 steigt der Ansatz der Ersatzschulfinanzierung noch einmal um rund 34,6 Millionen €. Er übersteigt damit erstmals die Milliardenschwelle – und das, obwohl bei anderen gesetzlichen Leistungen des Landes Kürzungen bis zu 20 % vorgenommen wurden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nun ein Wort zur Gesamtbilanz bei der Lehrerstellenzahl: Der letzte von der rot-grünen Landesregierung verantwortete Haushalt sah vor, dass am 31. Juli 2006 2.000 Lehrerinnen und Lehrer wegfallen. Auch Ihre mittelfristige Finanzplanung, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, sah ab dem 1. August 2006 keine Finanzierung dieser Stellen mehr vor. Man darf also annehmen, dass Ihre Bilanz bei der Lehrerstellenzahl für das Schuljahr 2006/2007 bei minus 2.000 geendet hätte.

(Beifall von CDU und FDP)

Zuletzt, meine Damen und Herren, ein Hinweis auf die Weiterbildung: Auch das Ministerium für Schule und Weiterbildung muss sich an dem Ziel beteiligen, Zukunftsfähigkeit für dieses Land zu gestalten. Wir stellen für das Jahr 2006 für Weiterbildung eine Fördersumme von rund 96,2 Millionen € zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet eine Reduzierung der Landesförderung um 5 Millionen €. Ich führe allerdings zurzeit Gespräche mit meinem Kollegen Laumann mit dem Ziel, Projekte der Weiterbildung zu unterstützen. Diese Mittel können für strukturbildende Maßnahmen, für die Entwicklung des lebensbegleitenden Ler-

nens eingesetzt werden. Wir wollen trotz schwieriger werdender Regelfinanzierung eine attraktive Weiterbildungspolitik betreiben und hierfür auch die finanziellen Grundlagen sichern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Applaus an der falschen Stelle ist schon verdammt verräterisch. Oder, Herr Witzel, war das eben doch die richtige Stelle zur Weiterbildung, die Frau Beer zitiert hat? Wenn das die richtige Stelle war und Sie bewusst geklatscht haben, dann allerdings sprach und spricht Ihr Applaus Bände, dann ist das schlichtweg die Verhöhnung der Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen gewesen und nichts anderes, und das finde ich schon sehr interessant.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An die Adresse der Ministerin: Frau Ministerin Sommer, diesen Hinweis an die Weiterbildung hätten Sie sich an der Stelle aus meiner Sicht sparen können, insbesondere die Tatsache, dass Sie mit Herrn Minister Laumann zurzeit Gespräche führen. Herr Minister Laumann hat vorhin in seinen Redebeiträgen nachdrücklich deutlich gemacht, dass er für die berufliche Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zuständig ist. Sie allerdings, Frau Ministerin Sommer, sind für die allgemeine Weiterbildung zuständig. Der haben Sie noch im letzten Jahr sowohl im Koalitionsvertrag wie auch auf der Weiterbildungskonferenz versprochen, dass die Weiterbildung ebenfalls Priorität in Nordrhein-Westfalen habe. Eine verlässliche Grundförderung wollten sie gewährleisten.

Was haben Sie weiter auf der Weiterbildungskonferenz versprochen, was besonders interessant und spannend ist? – Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2006 werden wir – damit waren die Weiterbildungslandschaft und die Abgeordneten gemeint – wissen, wie die finanzpolitischen Ziele mit den fachpolitischen Ansprüchen in Einklang gebracht werden. Das ist mit diesem Haushalt deutlich gemacht worden, nämlich ganz eindrucksvoll zugunsten der Finanzpolitik oder, um es anders zu formulieren, Frau Ministerin: Sie und die Kolleginnen und Kollegen der CDU haben die

allgemeine Weiterbildung sang- und klanglos dem Finanzminister geopfert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Landesregierung, CDU und FDP kürzen im Bereich der Weiterbildung im Schnitt 20 % und nicht nur 5 %. Das heißt ganz eindeutig, dass der Weiterbildung im Jahr 2006 rund 24 Millionen € fehlen werden. Diese 24 Millionen € fehlen allein im Bereich der Förderung nach dem Weiterbildungs-gesetz. Dazu kommen noch die Kürzungen bei der Landeszentrale für politische Bildung, die die politischen Stiftungen und die Träger der politischen Weiterbildung treffen, die Kürzungen bei den Landesorganisationen der Weiterbildung und die Kürzungen im Bereich der Familienbildung – übrigens dieselbe Familienbildung, die sich am Aufbau der Familienzentren beteiligen soll. Nur weil es nicht um Ihren Haushalt geht, kann es nicht angehen, dass es sich nicht um Weiterbildungsmittel handelt.

Die Träger der Weiterbildung, die im wahrsten Sinne des Wortes doppelt von den Kürzungen betroffen sind, weil bei Ihnen WbG-Kürzungen und die sogenannten Ermessensmittel gekürzt werden, also kumulative Effekte entstehen, werden sich schwerlich in den offiziellen Ausführungen der Landesregierung wiederfinden. In deren Ohren muss es doch wie Hohn klingen, wenn Sie, Frau Ministerin, im Ausschuss formulieren, dass angesichts der Stärke der nordrhein-westfälischen Weiterbildung zu erwarten sei, dass die Einrichtungen die geringere Landesfinanzierung durch betriebswirtschaftliche Optimierung auffangen könnten. Was wollen Sie der Weiterbildung damit eigentlich sagen? Dass bisher Geld verplempert wurde oder die Weiterbildung die öffentliche Förderung als Mitnahmeeffekt verstanden hat und durchaus ohne sie auskäme? Oder wollen Sie sich klammheimlich über die Haushaltspolitik aus dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen verabschieden?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sind Fragen, die Sie klären und beantworten müssen. Es ist auch noch kein Ende der Sparaktion in Sicht. Die Landesregierung sagt: Dieser Haushalt ist der Einstieg in die Finanzkonsolidierung. Das haben wir heute Vormittag, heute Mittag zigfach gehört. Was für Perspektiven machen Sie dann für die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen auf? Werden wie in anderen Bereichen die Förderungen gekürzt und dann in gekürzter Form politisch garantiert? Auch hier viele Fragen, aber verdammt wenige Antworten.

(Beifall von der SPD)

Doch zurück zur aktuellen Haushaltsituation! Die Folgen dieser Kürzungen im Weiterbildungsbe-reich stehen fest: Wir werden über Personalabbau reden. Wir werden Programmeinschränkungen sehen. Die Teilnahmebeiträge werden steigen. Wir werden erleben, dass kostenintensive Angebote für Bildungsbenachteiligte oder Bildungsferne abgebaut werden. Es wird Einschnitte in der Pluralität geben. Und es wird Einschnitte in der Flächendeckung geben. Auch die Schließung von Einrichtungen steht bevor.

Falls Sie glauben, das seien Horrorszenarien, dann kann ich nur sagen: Es ist wirklich so. Reden Sie einmal mit der Weiterbildungslandschaft und mit dem Gesprächskreis Weiterbildung!

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, so sieht also die hohe Bedeutung aus, die Sie laut Koalitionsvertrag der Weiterbildung zusprechen. Diese negative Entwicklung wird auf Ihr Konto gehen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fest steht: Der Landeshaushalt 2006 belegt für den Bereich der Weiterbildung überdeutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung mit Unterstützung der beiden die Regierung tragenden Fraktionen politischen Wortbruch begeht. Mit diesem Haushalt sparen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, in eigener Verantwortung und in eigener Zuständigkeit. Es ist Ihr Haushalt, und in anderen Veranstaltungen machen Sie das auch immer wieder deutlich.

Deshalb mangelt es Ihnen entweder an ausreichendem Problembewusstsein für die Folgen Ihrer Kürzungen, oder Sie verfolgen Ziele, die Sie hier auf keinen Fall offen aussprechen wollen. Doch spätestens mit dem nächsten Landeshaushalt – der liegt ja nicht in weiter Ferne – werden wir an diesem Punkt Gewissheit haben: Unfähigkeit oder Absicht – die Frage ist dann wahrscheinlich beantwortet.

Zu diesem Zeitpunkt ist es vielleicht für viele Träger der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen bereits zu spät. Deshalb appelliere ich an dieser Stelle noch einmal eindringlich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP: Stimmen Sie diesen Kürzungen nicht zu. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu, damit die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen auch ein starkes Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gödecke. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Gödecke, das, was Sie hier abgelassen haben, war ja ein Feuerwerk, ein Drohszenarium.

(Beifall von der SPD)

Vielleicht macht es auch Sinn, dass wir uns einfach an die Wirklichkeit und an die Fakten halten.

(Ute Schäfer [SPD]: Das hat Frau Gödecke auch getan!)

– Genau, Frau Schäfer. Ich freue mich ganz besonders, wenn Sie über Ihre vergangene Amtszeit berichten. Das nehme ich immer wieder gerne zur Kenntnis.

(Ute Schäfer [SPD]: Ich hatte jetzt auf Sie reagiert!)

Folgendes zu den Fakten: Es ist richtig, dass im Bereich der Weiterbildung im Landeshaushalt 5 Millionen € zusätzlich gekürzt werden. Das sind weitere 5 Millionen € zu den 15 Millionen €, um die Sie zwei Jahre zuvor in dem Bereich gekürzt haben.

Frau Gödecke, Sie können mir doch nicht ernsthaft erzählen, dass der Personalabbau und der Standardabbau die Folge einer 5-Millionen-Kürzung sei, wenn von Ihnen vor zwei Jahren eine Kürzung von 15 Millionen durchgesetzt worden ist. Was Sie hier erzählen, ist unfair und damit in keiner Weise sachgerecht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich gebe zu, dass ich hier heute lieber stände, wenn ich sagen könnte, dass wir wieder auf 100 Millionen € hochgehen und die Kürzung von insgesamt 20 Millionen € rückgängig machen. Dar- aus mache ich keinen Hehl. Aber ich gebe auch zu, dass wir in der finanzpolitischen Realität angekommen sind und von daher die Kürzung um 5 Millionen € im Haushalt 2006 unvermeidlich ist. Ich gebe das zur Kenntnis, und es tut mir auch Leid, aber das ist nicht anders machbar. Das ist der finanzpolitische Tribut an Ihre verfehlte Politik über 39 Jahre. Das ist Fakt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir jetzt aber fragen, wie sich die Weiterbildungspolitik insgesamt entwickelt, möchte ich sehr gerne darauf hinweisen, dass wir uns inhaltlich profilieren mit der Zusage: Das Weiterbildungsgesetz hat Bestand. Kulturelle Bildung ist

förderfähig, und allgemeine Weiterbildung ist eben mehr als nur Anpassungsqualifikation. Letzteres ist die Politik gewesen, die Sie in den letzten Jahren verfolgt haben.

Ich habe im Fachausschuss bereits ausgeführt: In Zeiten knappen Geldes ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, wie man neue intelligente und kreative Wege gehen kann. Frau Sommer hat das eben angesprochen. Ich bin ihr auch sehr dankbar, dass sie mit dem Kollegen Laumann die Gespräche sucht, um diese neuen Wege zu gehen und neue Projekte möglich zu machen.

Frau Gödecke, der kleine Hinweis ist natürlich richtig: Herr Laumann ist für die berufliche Weiterbildung zuständig. Aber im europäischen Kontext ist es eben möglich, lebensbegleitendes Lernen aus der allgemeinen Weiterbildung bei der beruflichen anzusiedeln. Und das ist genau das Ziel.

(Beifall von der CDU)

Und da reden wir – zumindest vernehme ich das so – ebenfalls von 5 Millionen €. Das ist genau die Summe, die im Landeshaushalt fehlt und die über Drittmittel eingeworben werden kann.

Reden wir auch über neue Projekte! Vielleicht macht es ja auch Sinn, Weiterbildung über Inhalte zu definieren. Wir sollten vielleicht darüber nachdenken, wie wir zum Beispiel „Weiterbildung geht zur Schule“ verlängern können? Wie können wir etwas für benachteiligte Gruppen und für bestimmte Zielgruppen machen? Wie können wir Angebote für Migranten verbessern? Wie können wir deren Schulabschlüsse verbessern? – Da gibt es Möglichkeiten in Richtung lebensbegleitendes Lernen. Das müssen wir uns im Einzelnen anschauen. Frau Sommer ist sehr dafür zu danken, dass sie neue Wege eröffnet, um diese Kompensation insgesamt zu erreichen.

Mit anderen Worten: Das Weiterbildungsgesetz hat Bestand. Es hat einen zuverlässigen Rahmen. Wir haben für 2006 zumutbare Bedingungen vor dem Hintergrund des gesamten Finanzvolumens, und wir gehen – das zeichnet unsere Koalition aus – neue kreative Wege. Es gibt neue kreative Wege zu neuen Angeboten, und damit bringen wir auch die Verlässlichkeit in die Weiterbildungs- szene, die erforderlich ist, und auch die Planungssi- cherheit, die den Trägern weiterhilft. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, jetzt habe ich schon ein paar Fragen an Sie. Wir haben uns zu der prekären Haushaltslage ja auch verhalten und sehr deutlich Stellung genommen, haben aber mit unseren Haushaltsanträgen ein Konzept vorgelegt, das die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und in der Weiterbildung vermeidet und Politikbereiche anders gewichtet. Wenn man kreativ ist, Herr Kaiser, sollte man vielleicht intelligent kreativ sein und keine Symbolpolitik betreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist die Frage, ob dann auf Pferde oder auf Kinder und auf Weiterbildung gesetzt werden muss. Im Gegensatz zur schwarz-gelben Koalition und der Realität Ihres Handelns hat sich Rot-Grün auch bei sensiblen Vorhaben immer verlässlich gezeigt. Rot-Grün hat die Jugendförderungsmittel gesetzlich abgesichert, Sie aber legen die Axt in diesem Bereich an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rot-Grün hat im Haushaltsbegleitgesetz die Mittel für dieses Jahr wieder eingestellt, auch für die Weiterbildung. Und Sie kürzen die Mittel und lassen die Weiterbildungsträger zur Ader, sodass wir nicht wissen, wer im nächsten Jahr noch da ist. Die nächste Kürzungswelle – um die 15 % – ist schon angekündigt. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist hier und heute erst der erste Aufschlag. Die Drangsaliererei geht weiter, und die Mittel werden weiter gekürzt. Das werden nicht viele Weiterbildungsträger überleben. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Kaiser, der Sie sich mit allen Konsequenzen stellen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch eine allgemeine Bemerkung: Frau Ministerin, wenn Sie von der internationalen Anschlussfähigkeit des Schulsystems reden und das als Zielperspektive ausmachen, müssen Sie allerdings auch unseren internationalen Freundinnen und Freunden erklären, wie man das mit einem Schulsystem bewerkstelligen will, das verstärkt auf soziale Ausleseprozesse setzt und das Sortieren der Kinder mit neun Jahren betreibt. Das können Sie im Ausland niemandem erklären – auch auf OECD-Ebene nicht.

Auch Kollegin Pieper-von Heiden wird ihre Aussage: „Wir brauchen mehr Schülerinnen und Schüler, die für die praktische Berufsausbildung fit sind“ erklären müssen. Für welchen Arbeitsmarkt bilden Sie eigentlich Kinder und Jugendliche mit einer solchen Etikettierung aus? Sie haben es

immer noch nicht geschafft, von dem Begriff der praktischen Begabung abzulassen.

Ich gebe Ihnen noch einmal die Unterlagen der OECD mit dem Szenario, das sehr genau angibt: Im Jahr 2020 werden noch maximal 10 % der Arbeitsplätze in der manuellen Produktion liegen. Wofür bilden Sie in der Hauptschule Kinder mit sogenannter praktischer Begabung nach Ihren Vorstellungen aus, die Sie als theorie- und lernschwach etikettieren? Damit tun Sie niemandem einen Gefallen, sondern Sie geben den Kindern Etiketten mit und machen Sie nicht fit für die Teilhabe in dieser Gesellschaft, und wir wissen jetzt schon, dass sie im Alter von neun Jahren aufs Abstellgleis geschoben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. – Für die FDP spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu Frau Gödecke, wenn ich die kleine PG-Runde zur Bildungspolitik fortsetzen darf. Sie hatten den Bereich der zukünftigen Weiterbildung reflektiert. Die PGs waren sich immer einig, in den Fachdebatten seriös miteinander zu diskutieren. Deshalb ist es ein Stück meiner Wahrheit, dass ich Ihnen Recht gebe. Mir wäre es lieber, wir hätten in diesem Bereich höhere Ansätze, die wir uns als Bildungspolitiker auch vorgestellt haben.

Zu der Wahrheit gehört aber auch, dass wir in der Abstimmung mit anderen Ressorts Ausgaben und Investitionen für Weiterbildungszwecke in anderen Haushaltstiteln verstärken. Deshalb ist es kein Zynismus, wenn CDU und FDP in diesem Haus weiter zu dem Grundsatz stehen, dass lebenslanges Lernen immer wichtiger wird und Weiterbildung für uns Priorität hat. Diese Gelder ressortieren dann nur nicht mehr im Einzelplan 05.

Umgekehrt ist es dann aber auch ein Stück Ihrer Ehrlichkeit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Meistergründungsprämie um über 2 Millionen € erhöhen und – das ist auch dargestellt worden – über der europäischen Strukturfondsmittel zusätzlich 5 Millionen € für Weiterbildung mobilisieren werden. Das ist nicht in das WBG eingebunden. Das war unser Ziel.

Mir wäre an dieser Stelle mehr Geld auch recht und lieb – gar keine Frage. Wir müssen eingestehen, dass wir nicht am Ende unserer Träume sind. Aber Zynismus, Frau Gödecke, ist es nicht, wenn wir an anderen Stellen im Haushalt Schwerpunkte setzen, um zumindest die Richtung

vorzugeben, dass hier Etatansätze wieder steigen müssen.

Frau Kollegin Beer, wenn man Ihren Ausführungen lauscht, weiß man nicht, auf welchem Planeten man lebt. Sie kritisieren lautstark, dass die Gesamtschulen in diesem Land so benachteiligt sind. Wo leben Sie? Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass es nach Ihrem alten Schulrecht eine Reihe von Privilegien ausschließlich für den Gesamtschulbereich gibt?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass wir anfangen, anderen Schulformen auf Augenhöhe die Gelegenheit zu geben, auch Ganztagsangebote anbieten zu können,

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzer [SPD]: Dann definieren Sie einmal Augenhöhe!)

während Sie bei den weiterführenden Schulen ausschließlich den Gesamtschulen das Ganztagsprivileg zugestehen wollen? Deshalb fangen wir, Frau Beer, mit den Hauptschulen an, weil Sie die letzten Jahre systematisch die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen kaputtgemacht haben,

(Beifall von FDP und CDU)

indem Sie in unmittelbare örtliche Nähe Gesamtschulen mit 20 % Stellenzuschlag und Ganztagsangebot gesetzt haben. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Aber, Frau Beer, wir wollen als Koalition der Erneuerung keinen Zwangsganztag. Ganztag muss als Angebot für die zur Verfügung stehen, die die Ressourcen benötigen, aber nicht Zwang für die sein, die die Angebote nicht in Anspruch nehmen wollen. Denn wenn wir hier eine seriöse Haushaltsdebatte führen wollen, müssen wir auch nicht Geld für die ausgeben, die Mittel nicht wollen und der Angebote nicht bedürfen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Witzel, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Ralf Witzel (FDP): Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Das ist sehr nett von Ihnen, Herr Kollege. – Es ist sehr ungewöhnlich, dass wir einmal erleben, dass Sie sich so erregen.

Könnten Sie mir bitte mitteilen, ob sich an der Rechtslage, dass die Schulträger entscheiden, welche Schulen sie errichten, irgendetwas geändert hat?

(Beifall von der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Frau Löhrmann, natürlich haben die Schulträger die Gestaltungsaufgabe, ihre kommunale Schullandschaft auszuprägen. Es geht aber bei der Entscheidung, die Schulträger vor Ort vornehmen, um die Konditionen und Fördermöglichkeiten des Landes. Das ist Ihnen doch klar.

Deshalb erwarte ich von Ihnen, Frau Löhrmann, wenn wir in aller Seriosität eine Haushaltsdebatte führen, zur Kenntnis zu nehmen, dass es das Entscheidungsverhalten kommunaler Schulträger beeinflusst, wie die finanziellen Zuschüsse des Landes für Personalressourcen und Ganztagsangebote an Gesamtschulen ausgestaltet sind: bevorrechtigt gegenüber allen anderen Schulformen des gegliederten Systems. Wir wollen nämlich nicht, wie Sie das vertonen, irgendwen diskriminieren oder behindern, sondern wir wollen faire Chancen für alle auf Augenhöhe, weil wir das für gerecht und richtig im Wettbewerb halten.

Zurück zur Haushaltspolitik. Ich erwarte in einer ehrlichen Debatte, dass Sie, Frau Schäfer, zur Kenntnis nehmen, dass netto nach Abzug von 500 Stellen 1.600 neue Stellen im Schulbereich zum 1. August 2006 übrig bleiben, dass wir 1.500 Stellen vorgefunden haben, die nach den alten Planungen der abgewählten Regierung bereits Mitte des Jahres weggefallen wären, dass wir 210 neue Stellen für Ganztagsgrund- und -hauptschulen schaffen, damit wir am Ende der Legislaturperiode mehr als 200.000 Plätze im Primarbereich zusätzlich anbieten können, dass wir diejenigen waren, die die von Ihnen vorgesehene Befristung für die Weiterbeschäftigung von Sozialarbeitern, von Sozialpädagogen aufgehoben haben, um auch wirklich für Unterrichtsfähigkeit an den Schulen zu sorgen, die bislang die allergrößten Probleme damit haben.

(Unruhe – Glocke)

Das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu.

Das heißt, dass wir, bevor wir zu den inhaltlichen Fragen kommen, die wir in den nächsten Wochen diskutieren – Aufstellung unseres neuen Schulgesetzes auf dem Weg hin zu dem modernsten System in ganz Deutschland, für eine Schule ohne Grenzen mit mehr Freiheit, Leistung, Eigenverantwortung im Wettbewerb –, natürlich auch die Ressourcen bereitstellen, die wir für dieses ehr-

geizige Projekt bei perspektivisch zurückgehenden Schülerzahlen brauchen. In einem insgesamt gekürzten Haushalt haben wir es als Koalition der Erneuerung ermöglicht, einen Sprung zu machen, den Sie in den letzten zehn Jahren Ihrer Stillstandskoalition nicht hinbekommen haben:

(Beifall von der CDU)

bei einem sinkenden Haushalt die Mittel für Jugend und Schule um 3 % zu erhöhen und damit per Saldo über 200 Millionen € mehr zur Verfügung zu stellen, als es bislang der Fall war. Damit sind wir nicht am Ende unserer Träume, aber es ist eine hervorragende Leistung, von der Sie sich eine ganz dicke Scheibe abschneiden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nur noch wenig Zeit. Erlauben Sie mir bitte zu zwei Ausführungen noch ein paar Bemerkungen.

Sehr geehrte Frau Kollegin Schäfer: Wegfall der Vorgriffsstellen. – Es wird nicht dadurch besser, dass man es immer wiederholt. Es wird dadurch auch nicht richtiger. Ich glaube, Sie sollten akzeptieren, dass auch wir Dokumente lesen können. Die von Ihnen uns hinterlassenen Dokumente weisen deutlich aus, dass Sie diese Stellen nicht mehr im Haushalt hatten. Der von Ihnen verantwortete Haushalt sieht den Wegfall dieser Stellen zum 31. Juli 2006 nun einmal vor. Wem wollen Sie das an dieser Stelle erklären?

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Zur Kürzung der Weiterbildungsmittel. Zur Weiterbildung, meine Damen und Herren von der Opposition, muss ich einmal Ihr Gedächtnis bemühen. Sie waren es doch, die die Weiterbildungsmittel um 15 % gekürzt haben. Ihre Anträge machen deutlich, dass Sie diese Kürzung nicht zurückgenommen hätten.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dass wir der Weiterbildung nun einen durchaus vertretbaren Konsolidierungsbeitrag von 5 Millionen € abverlangen, ist angesichts der Schuldenlast, die Sie uns hinterlassen haben, leider erforderlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein.

Meine Damen und Herren, es sind an diesem Tage sehr viele Zahlen genannt worden; wir haben sie strittig diskutiert. Erlauben Sie mir am Schluss noch ein Wort als Ministerin für Schule und Weiterbildung. Es ist wichtig, dass diese Zahlen sich umsetzen. Es ist wichtig, dass diese Zahlen in den Schulen ankommen. Ich weiß, dass es um diese Maßnahmen, die wir schon erfolgreich umgesetzt haben, besser in Schulen geworden ist. Und nur das, meine Damen und Herren, zählt. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Abstimmung zum Einzelplan 05.**

Ich rufe auf die laufende Nr. 36: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1694.** Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 37: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1695.** Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 38: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1696.** Wer ist für den Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 39: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1697.** Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 40: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1698.** Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 41: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1699.** Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Laufende Nr. 42: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1787 – Neu-druck**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 43: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1788 – Neu-druck**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05. Wer ist für diese Vorlage? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der **Einzelplan 05** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Beratung des **Einzelplans 10**:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich gebe Frau Watermann-Krass von der SPD-Fraktion das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung kündigt für ihre Politik im Bereich Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaftspolitik in blumigen Worten Veränderungen an. Sie müssen sich aber daran messen lassen, was Sie tatsächlich verändern und wo Sie tatsächliche Schwerpunkte setzen.

Wir sind uns alle einig, dass die Gestaltungsspielräume in den Haushalten heute eng sind. Aber gerade dann ist es wichtig, ganz genau hinzusehen. Da ist es schon spannend, wie Sie Ihre Spielräume nutzen.

Sie schwächen die, die bei Ihnen keine Lobby haben: Verbraucherinnen und Verbraucher, alle im Umweltschutz und in der Umweltbildung wie die biologischen Stationen, kleine und mittlere Landwirte, vor allem die Bio-Branche, Firmen, die auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzen, und Sie stärken die, die bei Ihnen eine gute Lobby haben.

Minister Uhlenberg outet sich ganz offen als Cheflobbyist des Agrobusiness. Auf der einen Seite stärken Sie aus dem Umweltetat einen Flughafen, betreiben aber auf der anderen Seite einen beispiellosen Kahlschlag in der Naturschutz- und Umweltpolitik des Landes.

Sie verteilen in Ihrem Etat gezielt um. Ich will das hier nur an wenigen Punkten beispielhaft deutlich machen.

Sie reden von neuer Verantwortung. Doch was ist mit der Verantwortung für die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW? Sie streichen bei der Verbraucherzentrale mehr als 1 Million € heraus. Das führt dazu, wie heute aus der Pressemitteilung der Verbraucherzentrale bekannt wurde, dass konkret bis zu acht Verbraucherberatungsstellen geschlossen werden müssen. Die Städtenamen werden darin bereits genannt.

Da ist es schon zynisch, jetzt so zu tun, als ob Sie 50.000 € zusätzlich gewähren. Sie wissen, dass diese Gelder für Projekte des Ministeriums gedacht sind, an denen die Verbraucherzentrale nur mitarbeitet. Das riesige Haushaltsloch, das Sie bei der Verbraucherberatung reißen, wird damit nicht geschlossen.

Das heißt, Sie schwächen die Struktur der Verbraucherarbeit in der Fläche, eine Verbraucherarbeit, die sich über Jahrzehnte bewährt hat. Viele Menschen in NRW müssen zukünftig auf den persönlichen Kontakt bei einer Beratung verzichten oder weit fahren, um beraten zu werden.

Die CDU spricht allerdings in einer Pressemitteilung davon, dass sie das hohe Niveau des Verbraucherschutzes erhalten wolle, und sorgt gleichzeitig dafür, dass bis zu acht der 54 Beratungsstellen geschlossen werden. Da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

Was CDU und FDP unter Dialog verstehen, kann man sich sehr gut bei dieser Haushaltsdiskussion ansehen. Da werden die Änderungsanträge der CDU nicht in die Fachausschüsse eingebracht und dort diskutiert, sondern nur wenige Stunden vor der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses dem Parlament zur Verfügung gestellt. Sie entziehen sich damit einer breiten fachlichen Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie setzen angeblich auf einen Dialog mit der Wirtschaft, kürzen aber gleichzeitig die Mittel für das nachhaltige Wirtschaften. Davon ist dann vor allem die Effizienzagentur betroffen. Sie sagen auf der einen Seite, dass auf die Arbeit der Agentur zu setzen ist, weil sie wichtige Impulse gibt, und streichen gleichzeitig dort die Mittel. Da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

Bei der Forstwirtschaft werden auch ohne großartige Dialoge mit diesem Haushalt Fakten geschaffen. Da muss ein Betrieb, der gerade erst seit kurzer Zeit läuft, bereits jetzt aus dem Stand deutli-

che Gewinne erwirtschaften. Da wird einfach gekürzt, ohne das in Auftrag gegebene Gutachten abzuwarten.

Bei der Landwirtschaftskammer hätten Sie bei solch einem Verfahren einen riesigen Aufstand gemacht. Wo ist denn der Dialog und die Verantwortung für den Landesbetrieb? Wir haben den Eindruck, Sie wollen diesen Landesbetrieb nicht. Mit diesem Haushaltsansatz für den Landesbetrieb Wald und Holz tragen Sie die volle Verantwortung für den Fortbestand dieser Einrichtung.

Man kann bei diesem Haushalt deutlich den Eindruck gewinnen, dass Sie gewillt sind, den Ratsenater zu geben. Das hat dann aber mit Regierungsverantwortung nichts zu tun.

Sie kündigen Modernisierung und Zukunftsfähigkeit für NRW an. Gleichzeitig schneiden Sie in die Struktur der biologischen Stationen hinein. Sie wissen so gut wie ich, dass bei einer 20 %igen Kürzung in diesem Bereich vor allem kleinere biologische Stationen in NRW schließen werden. Was hat das mit Modernisierung zu tun, wenn hier wichtige Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist?

Biologische Stationen sind in der Region verankerte Orte des angewandten und praktischen Naturschutzes. Sie sind begründet und getragen durch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Die biologischen Stationen sind wichtig für den praktischen Naturschutz vor Ort, vom Kind bis zum Rentner. Von lokaler Umweltbildung und Naturschutz zu reden und dann hier die Mittel zu streichen, da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

(Beifall von der SPD)

Was hat es mit Umweltschutz zu tun, wenn Sie aus dem Etat des Umweltministeriums 1 Million € plus 10 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen für den Flughafen Münster/Osnabrück ausgeben? Wenn das Wirtschaftsförderung und damit eine Subvention für das Münsterland ist, hat das im Umweltschutz nichts zu suchen.

Sie schreiben ja selbst im Erläuterungsband zum Einzelplan 10, dass diese Auflagen eigentlich vom Verursacher zu zahlen sind, hier jetzt aber vom Land gezahlt werden. Was ist daran moderne Umweltpolitik? Wird das Land dann demnächst auch die Umweltauflagen für andere Großprojekte mit Planfeststellungsverfahren übernehmen?

Dieser Zuschuss wirft ein eindeutiges Licht auf Ihr Verständnis von Umwelt. Modernisierung bedeutet hier, dass man Investoren Umweltauflagen nicht zumuten kann, dass stattdessen das Land eintreten und zahlen muss. Der Begriff „Kultur des

Verzichtes“ bedeutet hier für Sie: Verzicht auf das Verursacherprinzip und die Rechtsstaatlichkeit.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wie bitte?)

Was hier deutlich wird, ist, welchen Stellenwert Umweltpolitik bei CDU und FDP hat. Die wichtigen Dinge werden bei Ihnen offensichtlich im Koalitionsausschuss geklärt. Da gibt es keine Lobby für Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Da hat Minister Uhlenberg anscheinend nichts zu sagen. Schön, dass er wenigstens 90 Minuten – wie wir heute gelesen haben – bei der Kabinettsitzung mitspielen darf.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Annette Watermann-Krass (SPD): Nein. Gleich.

Präsidentin Regina van Dinter: Nein.

(Christian Lindner [FDP]: Wovor haben Sie denn Angst? – Achim Tüttenberg [SPD]: Vor einer dummen Frage!)

Annette Watermann-Krass (SPD): Unser Fazit zu diesem Haushalt lautet daher: Verzicht müssen bei einer schwarz-gelben Landesregierung vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir haben hier in NRW keinen Verbraucherminister, sondern einen angeblichen Bauernbefreier, der billigend in Kauf nimmt, dass hier bewährte Strukturen zerschlagen werden. Aber das hat NRW nicht verdient. Das, was Sie machen, hat nichts mit Haushaltszwang zu tun, sondern ist eine politische Entscheidung. Und Sie sparen nicht wirklich, sondern Sie verteilen die Mittel um. Stehen Sie endlich dazu! Denn beim Einzelplan 10 wird sehr deutlich: Ihre angebliche Kultur des Verzichtes ist nur ein Vorwand für eine Umverteilung der Mittel: weg vom Umweltschutz und hin zu Ihrer Lobby. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Fasse.

Marie-Luise Fasse (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass zu später Stunde noch so viele Kolleginnen und Kollegen da sind. Mit dem Haushaltsplan 2006 macht unser Land einen großen und wichtigen Schritt zur Konsolidierung. Es wird

auf den Weg geführt zurück zur finanziellen und damit auch zur politischen Handlungsfähigkeit.

Bei einer Verschuldung von 110 Milliarden € sind Sparen, Investieren und Reformieren Forderungen, an denen sich jede politische Entscheidung zu orientieren hat.

(Frank Sichau [SPD]: Heute Morgen waren es noch 112 Milliarden, Frau Fasse!)

Der Sparkurs kann nur durch strikte Selbstdisziplin, Kreativität und Gestaltungskraft bei der Finanzierung der uns gestellten Aufgaben zum Erfolg führen. Schulden zulasten künftiger Generationen müssen vermieden werden. Das Prinzip „Zukunft bauen, nicht verbauen“ muss in unserer Finanzpolitik gelten.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

In diesem Zusammenhang ist auf den gerade in der Umweltpolitik entwickelten Gedanken der Nachhaltigkeit hinzuweisen. Die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem Ertragskraft und Vorrat wieder aufgebaut werden können.

Den Konsolidierungskurs hat die Landesregierung mit der Kürzung des Haushaltsvolumens um fast 5 % gegenüber 2005 eingeschlagen. Auch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat dieses Sparziel in seinem Einzelplan 10 mit zum Teil erheblichen Einschnitten umgesetzt. Belastungen wurden auf viele Schultern verteilt. Eine Überforderung Einzelner wurde vermieden. Die Zukunftschancen wurden erhalten.

In diesem Einzelplan sind die Gesamtausgaben um knapp 29 Millionen € auf 907,7 Millionen € vermindert worden. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der im Einzelplan enthaltenen EU-Mittel und der Verlagerung von Mitteln aus dem GFG und aus dem Einzelplan 15 in den Haushalt des Umweltministeriums beträgt die bereinigte Absenkung 62,8 Millionen €. Das sind 6,7 % des Einzelplans 10.

Mit dieser Absenkung wurden die Grenzen möglicher Einsparungen erreicht. Zweckgebundene Ausgaben und Ausgaben aufgrund gesetzlicher Regelungen sowie Personalausgaben und Sachausgaben sind nämlich nur bedingt gestaltbar. Von diesen eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten wurde durch Personalabbau Gebrauch gemacht. Der Stellenbestand wurde gegenüber 2005 um 74 Stellen auf 5.325 Stellen verringert.

Um die dargestellten Einsparungen zu erreichen, musste sich die Kürzung insbesondere auf die

Förderprogramme erstrecken. Die Landesmittel für die nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierten Förderprogramme waren um 11 % zu kürzen. Wenn man von der Aufstockung der Mittel für den Wasserbau und Hochwasserschutz absieht, beträgt die Kürzung bei den anderen Förderungsmaßnahmen im Durchschnitt 15 %.

Meine Damen und Herren, nach meiner festen Überzeugung hat das Ministerium damit das eingangs von mir erwähnte Sparziel bis an die Grenze des Möglichen ausgeschöpft. Dies findet unsere allseitige Zustimmung. Trotz der geschilderten Einsparungen ist es gelungen, die Finanzausstattung in den Kernbereichen des Einzelplans 10 mit einigen Akzentsetzungen auf vergleichsweise hohem Niveau zu halten.

Die Diskussion im Ausschuss und die von den Oppositionsfraktionen vorgelegten Änderungsanträge sind keine ernst zu nehmende Alternative zum vorgelegten Haushaltsentwurf.

(Beifall von Clemens Pick [CDU])

Manche Vorschläge mögen bei einer gesunden Finanzlage diskussionswürdig sein. Zurzeit sind sie jedoch unpassend und mangels Gegenfinanzierung nicht realisierbar. Die Grenzen des Machbaren sind damit erreicht.

Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen sind realitätsfern und nicht durchführbar. So beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Beispiel eine weitere Kürzung der Mittel für die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Der Zuschuss an die Kammer wurde von 97,2 Millionen € im Jahre 2000 auf 75,3 Millionen € im Jahre 2005 zurückgefahren. Dankenswerterweise hat die alte Landesregierung ein Finanzierungsgutachten zur Landwirtschaftskammer erstellen lassen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Darin wird unter anderem festgestellt, dass die Landwirtschaftskammer wegen reduzierter Landesmittel in den letzten Jahren den Haushalt über Vermögensabbau finanzieren musste.

(Hannelore Kraft [SPD]: Da wird festgestellt, dass die ineffizient sind! Sie müssen das mal lesen! Das ist ein Unterschied!)

Meine Damen und Herren, diese Unterfinanzierung führt nach Ansicht der Gutachter zu einer Existenzbedrohung der Kammer. Sie braucht jede zusätzliche Finanzzuweisung zur dringend erforderlichen Umstrukturierung ihrer Arbeit und Verwaltung. Diese Zuweisungen belaufen sich im Haushalt 2006 auf 15,5 Millionen €. Innerhalb der

nächsten zehn Jahre kann dieser Etatposten komplett abgebaut werden.

Die im Haushaltsplan eingestellten Mittel in Höhe von 98,1 Millionen € sind schon um 2,5 Millionen € geringer, als im Gutachten veranschlagt. Eine weitere Reduzierung entsprechend Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht verantwortbar und hätte zur Folge, dass die Kammer ihrer Aufgabe als Landesbeauftragte nicht mehr ordnungsgemäß nachkommen könnte. Die Durchführung, meine Damen und Herren, von Bundes- und Landesgesetzen sowie EG-Vorschriften, die Beteiligung im Planungs- und Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren anderer Behörden und die Abwicklung zahlreicher Förderprogramme des Landes wäre nicht mehr gewährleistet.

Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf den bedeutenden Wirtschaftszweig der Landwirtschaft in unserem Agrarland Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Fraktion bekennt sich daher zu einer selbstverwalteten, bedarfsgerecht finanzierten Landwirtschaftskammer anstelle eines von oben geführten Landesbetriebes.

Meine Damen und Herren, effektiver Verbraucherschutz und umfassende Verbraucherinformation sind Forderungen, die unsere Bürger mit Recht an die Politik stellen. Die Ansätze im Haushaltsplan auf diesen Gebieten werden den Forderungen gerecht. Der Staat bleibt in der Pflicht für seine Verantwortung für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Ausreichende Mittel für eine effiziente Lebensmittelkontrolle sind vorgesehen, sodass dem Bürger Lebensmittelsicherheit und -qualität auf höchst möglichem Niveau gewährt werden können.

In unserem Land sind die Verbraucherzentralen kompetente Partner beim Verbraucherschutz und auch bei der Verbraucherberatung. Die besondere Bedeutung der Verbraucherzentralen findet im Haushaltsplan dadurch Ausdruck – das haben wir auch lange diskutiert –, dass die institutionelle Förderung nur um 10 % beziehungsweise – Frau Watermann-Krass hat das gesagt – um 1 Million € gekürzt wird.

Im Hinblick auf die Hochwasserereignisse in jüngster Zeit ist der Haushaltsansatz von 29 Millionen € für naturnahe Gewässergestaltung und den Hochwasserschutz um 6,44 Millionen € höher als im Jahre 2005. Damit kann in den städtischen Bereichen, vor allem in Köln, aber auch in den ländlichen Bereichen eine Verbesserung des Hochwasserschutzes erreicht werden.

Nach jüngsten Veröffentlichungen des Max-Planck-Institutes für Klimaforschung wird in der

Zukunft mit einem Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperaturen zu rechnen sein. Das beinhaltet dann, dass vermehrte Hochwässer in der Zukunft nicht mehr nur ein Jahrhundertereignis, sondern regelmäßige Bedrohungen darstellen. Zu einem effektiven Schutz müssen am Rhein die Deiche saniert und möglichst zurückverlegt werden. Abflussverschärfungen der Vergangenheit sind durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Hierzu liegt bereits seit kurzem ein neues Hochwasserschutzkonzept bis zum Jahre 2015 vor.

Zur Förderung des Kleingartenwesens wird über den Haushaltansatz von 500.000 € hinaus ein Antrag auf Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 90.000 € von der Regierungskoalition gestellt werden. Mit diesen Mitteln soll eine Studie zur Zukunft des Kleingartenwesens finanziert werden, da sich im Laufe der Zeit viele signifikante Daten und auch die dort tätigen Gruppen verändert haben. Auf diese Weise sollen Perspektiven für eine Neuausrichtung des Kleingartenwesens entwickelt werden. Dabei müssen Aspekte der demographischen Entwicklung, der Migration sowie der Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen und relevante Daten zur Stadtplanung berücksichtigt werden.

Dem Kleingartenwesen mit über 119.000 Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern mit ihren Familien in rund 1.600 Vereinen kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Kleingärten fördern die Lebensqualität und bieten besonders den Bürgern in Ballungsräumen Raum für Freizeit und Erholung.

Meine Damen und Herren, besonders erfreulich ist die Annahme eines Haushaltsansatzes in Höhe von 1,5 Millionen €, damit ab dem Jahre 2008 auch künftig wieder Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen im dreijährigen Turnus durchgeführt werden können.

(Beifall von CDU und FDP – Holger Ellerbrock [FDP]: Sehr gut!)

Diese Schauen beseitigen strukturelle Siedlungsdefizite, und sie verbessern die Lebensqualität und auch das soziale Umfeld der Menschen in unserem Land und zeigen die Leistungsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Gartenbaus.

Der vorliegende Haushaltsentwurf mit dem Einzelplan 10 wird den Herausforderungen, dem Umfang und auch der Komplexität der aktuellen Fragen in der Politik für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen in allen Punkten gerecht. Dies kann eindeutig festgestellt werden, auch wenn in

manchen Bereichen schmerzhaft Einschnitte nicht zu vermeiden waren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Rimmel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dieser etwas vorgerückten Stunde stehen wir vor der Schwierigkeit, einen Einzelplan beraten zu müssen, der eigentlich eine sehr ausführliche Diskussion notwendig macht, wir aber gleichzeitig im Foyer gewisse Notwendigkeiten haben und ich auch den einen oder anderen Druck kenne.

Aber der Minister signalisiert schon: Er hat stundenlang Zeit, mit mir, mit uns hier zu diskutieren. – Gut, dann werden wir das auch ausnutzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Anliegen dieses Einzelplanes sind uns sehr wichtig, weil sie von großer landespolitischer Bedeutung sind. Ich bleibe bei dem, was ich im Ausschuss gesagt habe. Ich habe diesen Etat mit vier Adjektiven gekennzeichnet. Ich möchte sie wiederholen, weil die Fachberatung und auch die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss diese Kritik nicht mitgemacht haben.

Ich bleibe dabei, dass dieser Haushalt – insbesondere im Einzelplan 10 – unehrlich ist, er ist zynisch, er ist ungerecht und einseitig und politisch hinterhältig. In der Beratung ist noch hinzugekommen, dass er handwerklich schlecht ist, rechtlich fragwürdig und kleinkariert – jedenfalls bezogen auf das, was die Koalitionsfraktionen als Änderungsanträge eingebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir, dass ich es im Einzelnen begründe.

Unehrllich: Sie gehen raus und behaupten: Weil die Haushaltslage so schlecht ist, müsse man an der einen oder anderen Stelle begründet sparen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Dieser Haushalt, die Lage ist so furchtbar schlecht. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz schützen, deshalb müssen wir die biologischen Stationen kürzen, deshalb müssen wir die Agenda 21 nach unten fahren. Das ist unehrlich, meine Damen und Herren, wenn Sie gleichzeitig 11 Millionen € für Maßnahmen, die das Land ü-

berhaupt nicht bezahlen muss, zur Verfügung stellen, zum Beispiel am Flughafen Münster/Osnabrück; wenn Sie bereits ausgelaufene Landesgartenschauen wieder in den Haushalt einführen, wenn Sie 17 Millionen € für die Finanzierung der Landwirtschaftskammer übrig haben, obwohl das gutachterlich überhaupt nicht von Ihnen gefordert ist.

An dieser Stelle also eine klare Zweiteilung! Sie sind unehrlich, indem Sie den Konsolidierungsbedarf vorschieben, aber andererseits offensichtlich Geld zum Ausgeben haben.

Sie sind zynisch, weil Sie immer wieder, ohne sich mit der Sache auseinander zu setzen, einfach auf „rot-grüne Versäumnisse“ verweisen, die diesen Schuldenberg angehäuft hätten. Deshalb müsse der Verbraucherschutz leiden usw. Sie wissen doch – da sind wir alle miteinander nicht ehrlich –, dass Sie mit der Kürzung im freiwilligen Bereich diesen Landeshaushalt nie und nimmer werden sanieren können.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das hat Ihre Hartmann-Kommission belegt. Das hat auch unsere Kommission noch einmal deutlich gemacht. Wenn Sie wirklich grundlegend konsolidieren wollen, dann müssen Sie an ganz andere Bereiche herangehen. Da gehen Sie aber offensichtlich nicht dran. Deshalb ist es zynisch gegenüber dem Ehrenamt,

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

gegenüber dem Gesicht Nordrhein-Westfalens, weil an dieser Stelle im Ehrenamt Nordrhein-Westfalen tatsächlich ein Gesicht hat, was Sie mit diesem Haushalt aufs Spiel setzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind ungerecht und einseitig, weil Verlierer offensichtlich der ehrenamtliche Naturschutz ist. Ihm soll die finanzielle Unterstützung entzogen werden. Die Mittel für nachhaltige Entwicklung kürzen Sie um 66 %. Das bedeutet das Aus für die Agenda-21-Projekte vor Ort.

Auf der anderen Seite, wie gesagt: der Flughafen, die Landesgartenschauen, die Landwirtschaftsbürokratie, der Sie das Geld hinterher tragen. Das, meine Damen und Herren, macht schon die Einseitigkeit und Ungerechtigkeit in diesem Haushalt deutlich.

Ich will das auch noch einmal unterstreichen bezogen auf die Landwirtschaftskammer. Sie führen immer dieses Gutachten an. Wir werden uns ja auf der Strecke auch noch damit zu beschäftigen

haben. Warum diskutieren Sie nicht über eine Umlageerhöhung? Warum hat das in den Haushaltsberatungen keine Rolle gespielt? Warum diskutieren wir nicht über die immensen Preise, die die Bildungseinrichtungen dieser Kammer kosten? Warum diskutieren wir nicht über die erheblichen Effizienz- und Kostenunterschiede der einzelnen Kreisstellen? Das steht ausführlich in dem Gutachten drin. Warum diskutieren wir nicht wie bei allen anderen Förderprogrammen des Landes, dass sie zukünftig wohl besser von der NRW-Bank abgewickelt werden als über die Landwirtschaftskammer? All das wird hier nicht diskutiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist ungerecht gegenüber denen, von denen Sie Restrukturierungsprogramme einfordern und denen Sie – zack! – das Geld kürzen, während Sie bei der Landwirtschaftskammer dieses noch nicht einmal zur Voraussetzung gemacht haben. Das ist ja das handwerklich Schlechte daran. Wenn ich restrukturieren will, dann mache ich da doch eine Auflage. Dann mache ich da einen Sperrvermerk dran und sage: Ihr kriegt das Geld erst, wenn Ihr einen Restrukturierungsplan vorgelegt habt. Das ist gutes Handwerk. Das ist gute Haushaltspolitik. Aber dass Sie das nicht machen, zeigt, dass Sie an dieser Stelle einseitig und ungerecht sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das geht ja noch weiter und wird noch schlimmer, wenn wir uns den ganzen Bereich des Biolandbaus anschauen. Nun mag man uns da eine gewisse ideologische Nähe unterstellen, aber wir haben derzeit in der Bundesrepublik einen absoluten Boom in diesem Bereich. Sie müssen sich nur einmal die dritte und die vierte Seite der Tageszeitungen anschauen. Die Firmen Lidl und Aldi werben damit, dass sie jetzt eine eigene Biolinie haben. Die Zuwachsraten betragen auch bei Bioläden teilweise 30 %. Neue Läden werden aufgemacht.

Und was macht der Minister? – Er kürzt in Nordrhein-Westfalen die Zuschüsse für den Biolandbau. Er fährt diese Zuschüsse zurück für Umstellungen und all die Programme, die dazu beitragen sollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf diesem Weg ein Stück vorankommen. Auch das würde ich dann unter der Überschrift „Ungerechtigkeit“ subsumieren.

Dann komme ich zum rechtlich Fragwürdigen. In den Debatten sowohl hier im Landtag als auch im Ausschuss ist klar geworden: Der von Ihnen politisch gewollte Zuschuss für den Flughafen Münst-

ter/Osnabrück ist rechtlich nicht nur fragwürdig, er ist rechtlich nicht zulässig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben hier etwas in Ansatz gebracht, was Sie nach der Haushaltsordnung nicht in Ansatz bringen dürfen. Sie dürfen es nicht in Ansatz bringen, weil es EU-rechtlich nicht zulässig ist. Es ist eine unzulässige Beihilfe. Ich prognostiziere Ihnen, dass Sie es im nächsten Haushalt werden zurücknehmen müssen. Dieses Mal halten Sie es aufrecht, weil Sie es eingebracht haben. Ich prognostiziere Ihnen aber: Sie werden es zurücknehmen müssen. Deshalb ziehen Sie es doch lieber heute zurück, weil wir heute schon wissen: Es ist der falsche Weg. Es ist haushaltsrechtlich nicht notwendig und auch rechtlich nicht in Ordnung, das so zu etatisieren.

Kleinkariert finde ich allerdings die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Das ist Haushaltspolitik nach dem Pepita-Motto: kleinkariert hier mal noch 10.000 € drauf, da mal 25.000 € drauf. Also, meine Damen und Herren, Sie wollen doch wohl nicht dem Parlament, dem Landtag Nordrhein-Westfalen weismachen, dass Sie damit entscheidende Impulse in Sachen Verbraucherschutz und Umweltpolitik gesetzt haben. Sie dokumentieren das Gegenteil. Sie hätten es lieber gelassen. Das wäre besser gewesen an dieser Stelle. Sie dokumentieren, welche Schwäche im Vergleich zu anderen Politikbereichen offensichtlich der Verbraucherschutz und die Umweltpolitik in der großen Regierungsfraktion dieses Hauses haben. Damit stellen Sie sich ein Armutszeugnis aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das macht aber deutlich, dass wir zu Recht bei der Einführungsrede des Ministers in die Umweltpolitik für die nächsten fünf Jahre gewisse Widersprüche aufgezeigt haben und gesagt haben, es fehlt der rote Faden. Es fehlt nämlich der rote Faden der Nachhaltigkeit und der ökologischen Orientierung in diesem Haushalt. Der ist nicht mehr vorhanden. Dieser Haushalt macht deutlich, welchen Stellenwert Nachhaltigkeit und welchen Stellenwert Umweltpolitik in diesem Land haben.

Es ist schon bezeichnend, in welcher Weise Sie sich in fast traumatischer Art an der Vorgängermministerin abarbeiten. Anstatt souverän Ihre eigene Politik zu vertreten – das gilt sowohl für die Fraktion als auch für den Minister –, wird der ständige Bezug zu Frau Höhn gesucht. Das ist nicht gut für die Umweltpolitik, für den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen und für den Naturschutz. Sie

sollten die Souveränität haben, ein eigenes Profil in diesem Feld zu entwickeln

(Beifall von den GRÜNEN)

und dazu auch selbstbewusst zu stehen.

Aber was passiert tatsächlich? – In der Umweltpolitik haben Sie nichts zu sagen. Sie tragen zwar groß vor, dass Sie im Bereich des Flächenverbrauchs Initiativen ergreifen wollen, aber gleichzeitig stellt die Wirtschaftsministerin ein Konzept zur zukünftigen Rohstoffsicherung auf. Wo ist da der Umweltminister?

Gestern ist das Konzept der Verwaltungsreform vorgestellt worden. Das ist eine Selbstenthaupung des Umweltministers. Wo ist da die Umweltpolitik in diesem Land?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben jüngst die Erfahrung gemacht mit der Integrierten Gesamtverkehrsplanung. Sie haben ja selber den Brief an Ihren Kollegen geschrieben. Wo war die Umweltpolitik? Sie haben zwar einen Brief geschrieben, aber Sie haben sich nicht durchsetzen können, Herr Umweltminister, weil Sie nämlich der Umweltpolitik in diesem Land zwar verbal noch die Fahne hochhalten, aber faktisch schon längst die Signale eingerollt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Oliver Keymis [GRÜNE]: Ohne Truppen!)

Das ist meine große Frage am Schluss. Von den Kollegen von der CDU wird vom „Königreich Höhn“ gesprochen. Herr Uhlenberg, ich möchte gerne wissen: Wo in der Umweltpolitik sind Sie König? Für die Verbraucher? Für die Umwelt? Für den Naturschutz? – Ich sehe am ganzen Horizont gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sehe keinen König, sondern nur die Abrissbirne. Das, meine Damen und Herren, hat dieses Land nicht verdient. Deshalb müssen wir den Einzelplan 10 mit Vehemenz ablehnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion, das Wort.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Jetzt muss die Fliege rotieren! – Allgemeine Heiterkeit)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! König Uhlenberg, wie Sie eben genannt worden sind!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eben nicht! – Marc Jan Eumann [SPD]: König ohne Land! – Minister Eckhard Uhlenberg: Schützenkönig vielleicht! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, damit habe ich keine Probleme. Auch in der Demokratie kann man einen König als Repräsentanten und wegweisenden Mahner gut gebrauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich wundern einzelne Beiträge schon sehr stark. Es wird letztlich von Rot-Grün gefordert, dass man die alte verschuldungsorientierte Politik fortsetzt und

(Frank Sichau [SPD]: Richtig!)

mit der Gießkanne über das Land geht, um Klientelbefriedung allerorten zu betreiben. Dort, wo man nachhaltige Verantwortlichkeit zeigt – auch im Finanziellen –, wird man beschimpft. Man wird beschimpft, weil man zugunsten einer wieder zu erwirtschaftenden politischen Handlungsfähigkeit Generationengerechtigkeit einfordert und weil man sagt, dass wir überall sparen müssen.

Es ist richtig, Herr Kollege Rimmel: Es gibt eine Kommission, die gesagt hat, dass wir es nicht innerhalb kürzester Zeit schaffen, diesen Landeshaushalt zu sanieren. Dann gibt es aber zwei Möglichkeiten. Die Möglichkeit, die Sie anmahnen, besteht darin, weiterhin Geld auszugeben nach dem Motto: Was schert mich die nächste Legislaturperiode?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Quatsch!)

Innerhalb von wenigen Jahren haben Sie mit mehr als 40 Milliarden € zusätzlicher Verschuldung dieses Land in den Ruin getrieben.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Es ist einfach nicht richtig, wenn Sie sich hinstellen und uns beschimpfen, wir würden irgendwelche zusätzlichen Einsparungen vornehmen, die nicht möglich sind.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Erneuerung!)

Diese Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, den Weg von vorne zu beginnen

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

und mit kleinen Schritten einzusparen, um politische Handlungsfähigkeit im Sinne von Generationengerechtigkeit zu verwirklichen. Das ist die zweite Handlungsmöglichkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist bitter. Das tut uns weh. Das macht auch keinen Spaß. Aber das ist ehrlicher, als wie Sie die Verschuldung weiter in die Höhe zu treiben.

(Zuruf von der SPD: Das machen Sie doch gerade!)

Das wäre unverantwortlich, meine Damen und Herren. Es ist ausgesprochen bedauerlich und macht uns auch keinen Spaß, wenn wir bei den Verbraucherzentralen Einsparungen vornehmen müssen, die durchaus wesentlich geringer sind, als wir sie im Durchschnitt in anderen Bereichen einfordern müssen.

Wir sagen Ja dazu. Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir sagen Ja zum Erhalt der Struktur der Verbraucherzentralen. Wenn die Verbraucherzentralen jetzt die Drohung aussprechen, bei 1 Million € Verschuldung müssten sofort bis zu acht Verbraucherzentralen geschlossen werden, ist das eine interessenorientierte Aussage.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Das mag ich aus Sicht der Verbraucherzentralen nachvollziehen.

(Zuruf von der SPD)

Auf der anderen Seite wird bedauert, dass das gesamte Netz der Verbraucherzentralen mit ihrer umfassenden Beratung allerorten und zu jeder Zeit nicht aufrechterhalten werden kann.

(Zuruf von der SPD: Hauptsache, die Landwirtschaftskammern bekommen Geld!)

Ja, das nehmen wir in Kauf. Eine umfassende Beratung zu jeder Zeit an jeder Stelle in allen Bereichen ist auch nicht notwendig.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das gibt es doch auch gar nicht!)

Vor dem finanziellen Hintergrund dieses Landes ist das nicht zu verantworten und nicht tragbar.

(Beifall von der CDU)

Die Struktur der Verbraucherzentralen wird erhalten. Meine Damen und Herren, das ist bei den Verbraucherzentralen die gleiche sozialromantisierende Denke wie bei Ihrer Forderung, Jugendliche müssten zu jedem Kino zu jeder Zeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr – mit heißer Luft im Bus – gefahren werden. Nur: Bei den Kinobesuchen spielt das alles keine Rolle. Da ist es selbstverständlich, dahin fährt man mit dem Auto, das regelt sich alles von selbst. Bei der

Verbraucherzentrale ist das ein großes Problem. Meine Damen und Herren, lassen Sie doch bitte die Kirche im Dorf!

Sie, Frau Watermann, haben die Effizienzagentur angesprochen. Sie wird von vielen – nicht von allen – durchaus positiv gesehen. Ich stelle mir allerdings die Frage, inwieweit es sinnvoll oder gar zwingend ist, dass die Effizienzagentur Reisen nach Südafrika und England unternimmt. Das sehe ich überhaupt nicht ein. Aber dafür werden auch Gelder ausgegeben. Dieses – da können Sie sicher sein – werden wir unter einen verschärften Blick nehmen. Mit meinem Kollegen Gerhard Papke werden wir im nächsten Jahr gerade auch die Effizienzagentur besonders begutachten. Wir werden wie immer das Positive herausstellen, Kritik durchaus sachlich anbringen und die Ergebnisse mit dem Koalitionspartner diskutieren.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ich helfe gern, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, zu den biologischen Stationen. Sie, Frau Watermann – darauf bezog sich meine Frage –, haben im Zusammenhang mit den biologischen Stationen den Ausdruck benutzt, das sei eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Was haben Sie denn damit gemeint? Vielleicht haben Sie im zweiten Teil Ihrer Rede noch eine Möglichkeit, darauf einzugehen. Im Zusammenhang mit den Einsparungen bei den biologischen Stationen von Verletzung der Rechtsstaatlichkeit zu sprechen, kann ich überhaupt nicht verstehen.

Meine Damen und Herren, das Ehrenamt zu diskreditieren, indem man es immer mit finanzieller Alimentation gleichsetzt, finde ich ungeheuerlich. Ehrenamt ist Ehrenamt. Das muss nicht unbedingt etwas mit finanzieller Alimentation zu tun haben. Das ist Engagement um der Sache willen – und nicht um des Geldes willen. Das müssen wir doch einmal ganz klarstellen.

Der nächste Punkt: Wir können uns in Nordrhein-Westfalen nach meiner tiefen Überzeugung 42 biologische Stationen nicht leisten.

(Beifall von der CDU)

Ich verkenne nicht, dass viele – nicht alle – biologische Stationen durchaus wertvolle Arbeiten im Bereich der Landschaftspflege usw. vornehmen. Ich möchte mich sogar vor die biologischen Stationen stellen und sie vor ungerechtfertigten Angriffen in Schutz nehmen.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Sie sollen sich gegenüber ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchler! Heuchler!)

– Herr Kollege, wer eben wie Sie Worte wie „hinterhältig“ benutzt, sollte seiner Wortwahl mehr Beachtung schenken.

(Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchelei! Wenn man auf 10 % kürzen will, ist das Heuchelei!)

Herr Kollege, wenn Sie eine Frage stellen wollen, dann stellen Sie eine Frage. Ich werde dem gern zustimmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es ist Heuchelei, auf 10 % zu kürzen!)

Solche Wortwahl, wie Sie sie treffen, werden ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Heuchelei!)

Ich möchte noch viel mehr streichen. Und trotzdem werde ich mich dafür hinstellen. Ich werde Ihnen nämlich deutlich sagen ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchelei!)

– Herr Kollege, Sie können überhaupt nicht nachvollziehen, dass biologische Stationen auf ihre Art zwar wertvolle Dienste leisten, sich aber als beauftragte Dritte – zum Beispiel von Kreisen – der Konkurrenz stellen müssen. Andere können die Arbeiten genauso machen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Die biologischen Stationen, so wie Sie sie hier darstellen und mit ihrem Engagement ...

(Zurufe von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Jetzt sind sie ein Remmel-Replikat. Sie sind ja wieder als empörungspolitischer Sprecher neu aufgetreten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das bin ich gern!)

Herr Replikat, deswegen muss man ganz klar sagen: So, wie Sie sie hier verteidigen, bringen Sie die biologischen Stationen in die Schwierigkeit, ein grüner Kampfverband zu sein.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von SPD und Johannes Remmel [GRÜNE])

Und das möchte ich gar nicht.

Ich möchte vielmehr die biologischen Stationen im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern sehen, die bei der Landschaftspflege vielleicht im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb Wald und Forst

oder im Zusammenspiel mit der ANTL, dem NABU oder dem BUND beweisen können, dass sie gute Arbeit leisten. Dann wird – so haben der Minister und sein Ministerium es vorgeschlagen – in einer Kundenbefragung herauskommen, welche Stationen besonders leistungsfähig sind und welche nicht.

Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, dass es an der Stelle eine unterschiedliche Beurteilung über die Sinnfälligkeit der biologischen Stationen zwischen Ihnen und mir gibt. Das trage ich gerne aus. Ich möchte diejenigen biologischen Stationen, die gut sind, im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern als beauftragte Dritte im Dienste der Kreise und der Landschaftspflege sehen. So einfach ist das.

Herr Kollege Remmel, Sie haben eben Worte gebraucht, von denen wir uns überlegen sollten, ob wir sie so im Raum stehen lassen. „Unehrllich“ ist eine Bewertung, die ich nicht gut finde, über die man aber reden kann.

Dann haben Sie über die Landwirtschaftskammer gesprochen. Die jetzige Regierung will im Gegensatz zu Ihnen keine eigene staatliche Agrarverwaltung, die Sie die Landwirtschaftskammer herunter- und vor die Wand fahren wollten. Wir haben uns an das gehalten, was die Vorgängerregierung als Finanzrahmen vorgegeben hat und noch Einsparungen vorgenommen.

Sie haben gesagt, es sei „zynisch“, dieser Landeshaushalt sei nicht zu sanieren. Dieser Landeshaushalt ist deshalb nicht zu sanieren, weil Sie ihn vor die Wand gefahren haben. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Jeder kleine Schritt ist ein Schritt zum Gewinn neuer Handlungsfähigkeit im Sinne einer Generationengerechtigkeit.

(Widerspruch von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Kollegin Löhrmann, wenn Sie reden wollen, melden Sie sich zu Wort. Ansonsten hören Sie einfach einmal zu. Wir machen das bei Ihnen oftmals auch.

(Beifall von FDP und CDU)

Als Nächstes haben Sie von „ungerecht“ und „einseitig“ gesprochen. Viele der Agenda-Projekte, die vor Ort gemacht werden, mögen gut sein. Es gibt aber auch viele, deren Sinnhaftigkeit sich noch nicht einmal den Antragstellern sofort erschließt. Das muss man einmal ganz deutlich so sagen. Auch dort müssen wir sparen. Selbstverständlich!

Dann haben Sie einen Ausdruck gebracht, den ich wirklich schlimm fand, auf den Sie aber nicht mehr

eingegangen sind, weil die Beweisführung fehlt. Sie haben den Ausdruck „hinterhältig“ benutzt. Ich glaube, dass das schlimm ist. Ich spreche Ihnen nicht ab, dass Sie sich um Gutes bemühen. Aber „hinterhältig“ habe ich hier noch nicht gehört. Ich finde, das ist eine ganz schlimme Sache. Vielleicht sollten Sie dazu Stellung nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich spreche keinem der hier anwesenden Kollegen ab, dass er sich um das Gute bemüht. Wir mögen unterschiedliche Auffassungen haben. Wir mögen unterschiedliche Ziele verfolgen. Wir haben sicherlich auch unterschiedliche Wege. „Hinterhältig“ habe ich, so meine ich, hier in diesem Hause noch nicht gehört. An der Stelle haben Sie heute eine neue Qualität eingebracht. Rücken Sie das gleich doch bitte gerade.

Meine Damen und Herren, eben hat der Kollege Rimmel ein eigenes Profil eingefordert. Wer des Lesens kundig ist – und Lesen macht nach Pisa ja inzwischen schon einen Standortvorteil für Nordrhein-Westfalen aus, sofern man es beherrscht –, muss ganz deutlich fragen: Wie sieht das eigene Profil in der Umweltpolitik aus?

Fangen wir im Bereich der Agrarpolitik an: Jawohl, wir wollen Biolandbau mit anderem konventionellem Landbau gleich behandeln. Beide brauchen wir. Auf Gleichbehandlung kommt es an. Das mag Ihnen nicht passen, ist aber ein Profil.

Wir sagen Vertragsnaturschutz statt Ordnungsrecht und meinen das nicht nur so, sondern handeln auch entsprechend. Das ist eigenes Profil. Das mag Ihnen nicht passen, aber es ist eigenes Profil.

Sie sprechen das Rohstoffkonzept an, das die Wirtschaftsministerin vorgetragen hat. Herr Rimmel, das mag Ihre Phantasie vielleicht übersteigen, ist aber eine Chance für Umwelt und Naturschutz, mit langfristig konzipierten Abgrabungen nicht nur Wertschöpfung hier bei uns zu betreiben, sondern in Koordination mit den Kommunen, deren dortigen Planungen, mit Tourismus und Naturschutz sowie der Wasserwirtschaft zu vernünftigen, langfristig orientierten Konzeptionen zu kommen.

Ihnen, die Sie die Von-der-Hand-in-den-Mund-leben-Politik betrieben haben, mag das fremd sein. Ich halte das für ein Profil und für ausgesprochen vernünftig.

Wir sagen – auch das ist Profil – Ja zum Verbraucherschutz. Wir sagen Ja zu besseren und mehr Kontrollen. Allerdings nicht so, wie Sie das wollen, sondern wir entlassen die Wirtschaft nicht aus ih-

rer Eigenverantwortung. Wir verlangen Selbstkontrolle, eigene Qualitätssicherungssysteme. Der Staat beschränkt sich effektiv darauf, als Kontrolleur der Kontrolleure nach vorne zu gehen.

Wir sagen Ja zur Kooperation statt zum staatlichen Dirigismus. Das mag Ihnen alles nicht passen. Das sind vielleicht Reifen und Profile, die Ihnen nicht zusagen. Aber das Profil ist da. Ich verspreche Ihnen eins: Wir werden uns in der Koalition mit den Kolleginnen und Kollegen und diesem Minister gemeinsam darum bemühen, in der Richtung, die ich eben dargestellt habe, das Profil noch sehr viel schärfer zu machen. Dann werden Sie vielleicht sagen, wir seien viel zu streng. – Ja, das werden wir sein. Aufgrund der von Ihnen hinterlassenen Schulden haben wir keinen anderen Weg. Diesen Weg werden wir Schritt für Schritt nach vorne gehen.

Jetzt hätte ich eigentlich auch noch die Stichworte, die mir mein Kollege Hamer nahe gelegt hat. Dann wären wir allerdings bei 22:30 Uhr. Das möchte ich mir dann für eine der nächsten Sitzungen oder die zweite Runde aufsparen.

Ich möchte Sie, Herr Kollege Rimmel, nur ganz im Ernst darum bitten: Nehmen Sie bitte den Begriff „hinterhältig“ zurück. Das belastet die Zusammenarbeit. Das war wirklich nicht gut. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Rimmel, nach ständiger Übung in diesem Parlament ist der Begriff „Heuchler“ unparlamentarisch und deswegen selbst bei größter Empörung zu vermeiden. „Heuchelei“ darf man sagen, „Heuchler“ nicht. Das wollte ich noch anmerken.

Jetzt hat der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herr Uhlenberg, das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Christlich-liberale Umweltpolitik bedeutet vor allen Dingen eins: Generationengerechtigkeit! Wir, die gesamte Landesregierung, gestalten, aber auch das Umweltministerium leistet einen entsprechenden Beitrag, eine nachhaltige und spürbare Sanierung der Landesfinanzen, maßgeblich mit. Dadurch nehmen wir Generationenverantwortung wahr.

Die Politik der Nachhaltigkeit betrifft auch die Finanzierung der Umweltpolitik von heute auf morgen. Frau Kollegin Watermann-Krass, es stimmt: Die Spielräume sind enger geworden. Ich spüre das auch als neuer Umwelt- und Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen. Jawohl, die Spielräume sind enger geworden. Das ist eine enorme Belastung auch für mein Ministerium, für die Kolleginnen und Kollegen auch in den Regierungsfractionen, die hier politische Verantwortung tragen. Es ist leichter, in einer Zeit zu regieren, in der die Kassen voll sind oder wenn man so tut, als wenn die Kassen voll wären, und eine Politik zu machen, bei der die Frage der Nettoneuverschuldung keine große Rolle spielt.

(Beifall von der CDU)

Die finanziellen Spielräume sind enger geworden. Aber andere Spielräume in Nordrhein-Westfalen sind größer geworden. Dazu gehört insbesondere das politische Klima, das durch diese neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen realisiert worden ist.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig, dass wir die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen insgesamt anders darstellen, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Umweltpolitik ist immer als Klotz am Bein der Wirtschaft dargestellt worden. Aus dieser Ecke muss die Umweltpolitik herauskommen. Die neue Landesregierung und der neue Umweltminister haben da einen anderen Ansatz.

Deswegen starten wir den Dialog mit der Wirtschaft für ein umweltverträgliches Wachstum, den ich gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin Frau Thoben auf den Weg bringe. Deswegen nehmen wir die wichtigen umweltpolitischen Themen – bei der Gewässerpolitik, bei den EU-Umweltstrategien, bei der Ressourceneffizienz, beim produktionsintegrierten Umweltschutz und bei der Frage Energie und Klima –, die in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielen und die dringend gelöst werden müssen, zu einem gesellschaftlichen Dialog der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen auf und gestalten mit den Verbänden gemeinsam.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Im finanziellen Bereich sind die Spielräume enger geworden. Aber was das Klima und die Frage der Kreativität angeht, was die Frage der Subsidiarität in der Umweltpolitik angeht, sind die Spielräume in Nordrhein-Westfalen größer geworden. Deswegen fordern wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf, diesen neuen Weg in der Umweltpolitik mitzugehen.

Lassen Sie mich etwas zu den einzelnen Punkten sagen, die heute angesprochen worden sind. Ich habe am Anfang gesagt, dass es schmerzlich ist, wenn wir in einigen Bereichen Kürzungen vornehmen müssen. Das gilt für mich auch für den Naturschutz. Es ist völlig klar, dass das ein Problem ist. Aber es kann doch nicht sein, dass Kürzungen, die im vorigen Jahr von der rot-grünen Regierung im Naturschutz vorgenommen worden sind – damals hat es ja auch Kürzungen gegeben –, so dargestellt werden, dass damals noch alles okay und prima gewesen ist, aber die Kürzungen, die wir als neue Regierung jetzt leider auch vornehmen müssen, unmoralisch und nicht in Ordnung sind.

Nein, meine Damen und Herren, eine solche Doppelstrategie fällt auf. Mit den 6 Millionen € – um mich auf die biologischen Stationen zu konzentrieren –, die im Haushaltsplan 2006 stehen, können die biologischen Stationen ihre Arbeit in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Ich möchte das unterstreichen, was der Abgeordnete Ellerbrock gesagt hat: Die Kundenbefragung, die jetzt vorgenommen wird, ist notwendig, um die biologischen Stationen neu aufzustellen. Deswegen wird hier auch eine verantwortliche Politik geleistet.

Zum Verbraucherschutz, meine Damen und Herren: Auch Rot-Grün hat im vergangenen Jahr Kürzungen bei den Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Das wollen Sie jetzt vergessen machen. Das ist nicht in Ordnung. Es ist in der Tat so, dass auch die Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen ihren Beitrag zum Haushaltsplan 2006 leisten müssen, in einer Größenordnung von 985.000 €. Das liegt weit unter den Kürzungen in vielen anderen Bereichen dieses Haushaltsplanes.

Ich bedauere es sehr, dass die Verbraucherzentrale heute Angst schürt und in Form einer Presseerklärung sagt, sie müsse aufgrund dieser Kürzung in Nordrhein-Westfalen möglicherweise fünf oder sechs Geschäftsstellen schließen. Gleichzeitig zählt sie acht Städte auf, in denen eventuell Verbraucherzentralen geschlossen werden müssten. Die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen trägt die volle Verantwortung für diese Politik. Bei 985.000 € kann man eine solche Strategie nicht fahren. Daher ist diese Pressemitteilung der Verbraucherzentrale vom heutigen Tag verantwortungslos. Ich habe gehört, dass sie intern sehr umstritten gewesen sein soll.

Es gibt kaum einen Bereich, in dem so stark gekürzt wird wie in der Agrarpolitik. Das betrifft die gesamten Förderprogramme. Das liegt nicht nur an uns in Nordrhein-Westfalen. Das wird sich in den nächsten Jahren bedauerlicherweise fortset-

zen, weil wir alle wissen, dass die kofinanzierten Programme der Europäischen Union in den nächsten Jahren um 25 bis 30 % gekürzt werden müssen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen in der Lage, unsere Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen. Aber gerade bei der Landwirtschaft gibt es enorme Kürzungen. Das ist in der Tat so. Da müssen wir ran. Aber wenn die Europäische Kommission diese Mittel jährlich in einer Größenordnung für uns in Nordrhein-Westfalen von 50 bis 100 Millionen € kürzt, ist das ein schwerer Einschnitt. Wir sind nicht in der Lage, das durch eigene Landesmittel, durch mehr kofinanzierte Mittel auszugleichen.

Aber darum geht es Ihnen ja auch gar nicht. Es geht Ihnen noch einmal um den Kampfbegriff Landwirtschaftskammer, der hier eingeführt worden ist. Um was geht es?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es geht darum, was Sie damit machen!)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat keine eigene Agrarverwaltung. Vor 60 Jahren hat die damalige Landesregierung die Entscheidung getroffen, dass Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern keine eigene staatliche Agrarverwaltung aufbaut, sondern dass die damaligen zwei Landwirtschaftskammern mit dieser Aufgabe betraut werden. Aus den beiden Landwirtschaftskammern ist eine Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen geworden. Das war in Nordrhein-Westfalen eigentlich auch nie ein strittiges Thema.

Dann hat sich meine verehrte Frau Vorgängerin eines Tages vorgenommen, diese Landwirtschaftskammer zu zerschlagen, und mit ihr die grüne Fraktion. Ich weiß, dass die SPD-Fraktion in dieser Frage – da können Sie die Beiträge von Irmgard Schmid aus der letzten Wahlperiode in den Protokollen nachlesen – immer eine andere Politik betrieben hat.

(Beifall von der FDP)

Es gab damals schon eine Auseinandersetzung in der rot-grünen Koalition über die Zukunft der Landwirtschaftskammer. Das hat dazu geführt, dass der frühere Finanzminister, Herr Dieckmann, ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, mit dem endlich einmal geklärt werden sollte, welchen Beitrag die Landwirte in Nordrhein-Westfalen leisten müssen, damit die Selbstverwaltung organisiert wird. Daher, Herr Abgeordneter Rimmel, entscheiden auch die Landwirte über die Frage der Kammerbeiträge und nicht die Landesregierung.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Und was muss die Landesregierung dazu beitragen, um diesen Teil der Agrarverwaltung zu finanzieren, den die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen für die Landesregierung wahrnimmt?

Ich bin dem früheren Finanzminister Dieckmann sehr dankbar, dass er dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat – völlig unabhängig von den Zahlen –, damit wir endlich einmal ein Gerüst für die nächsten Jahre haben, wie die Kammer finanziert werden soll.

Dass es auch ein großes Stück Polemik ist, was hier vorgeführt wird, meine Damen und Herren, sehen Sie alleine an den Zahlen. Dass die frühere Landesregierung im Jahr 2000 für die Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen 97,2 Millionen € zur Verfügung gestellt hat und wir in diesem Jahr, 2006, 85,6 Millionen € zur Verfügung stellen. Wir stellen 10 Millionen € weniger zur Verfügung, als das vor sechs Jahren bei den früheren Landwirtschaftskammern der Fall war. Aber darum geht es gar nicht.

Sie hatten sich vorgenommen, die Landwirtschaftskammer zu zerschlagen. Nachdem die Landesforstverwaltung aus der Kammer ausgegliedert war, sollte eine zweite staatliche Agrarverwaltung neben der Forstverwaltung aufgebaut werden. Und dieses Konzept, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit. Wir setzen auf Freiwilligkeit, und wir setzen auf Subsidiarität.

Ich glaube auch nicht, dass es für Nordrhein-Westfalen billiger geworden wäre, wenn wir eine eigene neue staatliche Agrarverwaltung aufgebaut hätten. Deswegen setzen wir diese Politik fort, aber auch in der Form, dass bei den Zuweisungen an die Landwirtschaftskammer 2,5 Millionen € gekürzt werden über das Programm hinaus, das die Kammer in den nächsten Jahren umsetzen muss, wobei es einen harten Diskussionsprozess zwischen der Landesregierung und der Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Zum Thema Biolandwirtschaft: Meine Damen und Herren, ich freue mich über jeden Verbraucher in Nordrhein-Westfalen, der zu Bioprodukten greift. Damit haben wir überhaupt keine Probleme. Aber es ist doch nicht Aufgabe einer Landesregierung zu sagen: Bio ist gut und konventionell ist schlecht. – Unsere Aufgabe ist, dass beide Formen der Landwirtschaft – 96 % bewirtschaften konventionell, 4 % bewirtschaften biologisch – fair behandelt werden. Und das macht die neue Landesregierung. Deswegen setzen bei der Förder-

politik die Ansätze auf den Schnitt der anderen Bundesländer herunter.

Es macht doch keinen Sinn, wenn ein Landwirt, der bei uns von der konventionellen Landwirtschaft auf die Biolandwirtschaft umstellt, doppelt so hohe Hektarsätze bekommt, als das in Niedersachsen oder in Rheinland-Pfalz der Fall ist. Wir können es auch nicht mehr bezahlen, meine Damen und Herren. Von daher behandeln wir die Biolandwirtschaft fair. Ich kämpfe auch dafür, dass die Bioschule Haus Riswick erhalten bleibt. Sie ist nicht gefährdet, weil wir sie nicht wollen, sondern weil sich bedauerlicherweise – das hängt auch mit dem Strukturwandel zusammen – zu wenige junge Menschen angemeldet haben.

Meine Damen und Herren, keine Kürzungen gibt es in wichtigen umweltpolitischen Bereichen dieses Einzelplans 10. Das ist der Umgebungslärm – ein wichtiges Thema in den Großstädten unseres Landes –, das ist die große Feinstaubproblematik, bei der wir vor einer Riesenverantwortung stehen, und das ist die große Aufgabe des Hochwasserschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Ich bin sehr froh – dafür hat es eine breite parlamentarische Unterstützung gegeben –, dass wir die Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen wieder einführen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Meine Damen und Herren, dieses Ministerium wirkt mit an einer Verwaltungsstrukturreform, die dazu beitragen wird, dass die Umweltstandards – darum geht es letztlich – nicht abgesenkt werden. Dies sind Entscheidungen, die von der neuen Regierung auf den Weg gebracht werden und die schlicht und einfach überfällig sind. Dies sind auch Entscheidungen, die im Interesse der Bediensteten der Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen sind, weil sie auch langfristig einen sicheren Arbeitsplatz haben müssen.

Diese Umstrukturierungen finden in allen Bundesländern statt. Sie finden jetzt auch in Nordrhein-Westfalen statt, und sie finden sozialverträglich statt. Es wird keiner entlassen. Und wer kann das in anderen Wirtschaftsbereichen sagen, wenn er dort einen Arbeitsplatz hat?

Ein Wort noch zur integrierten Verkehrsplanung, weil das Thema angesprochen worden ist. Mein Haus hat sich bei der Frage der integrierten Verkehrsplanung inhaltlich durchgesetzt. Wir haben eine gemeinsame Kabinettsvorlage erarbeitet. Sie ist verabschiedet worden. Ich habe kritisiert, dass die Zeit für uns etwas kurz war. Es gibt Übereinstimmung, dass das in Zukunft nicht mehr ge-

schieht. Aber in der Sache haben wir dieser Kabinettsvorlage zugestimmt, weil es zu verantworten war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich am Ende dieser Haushaltsplanberatungen zum Einzelplan 10 ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses. In den letzten Monaten wurden im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium folgende Arbeiten geleistet – ich will nur einige Stichpunkte nennen:

Es ging um die Frage: Wird in Zukunft noch Kohle unter dem Rhein abgebaut, ja oder nein? Eine Riesenaufgabe, kurz nachdem wir im Amt waren. Wir waren im Grunde noch gar nicht im Amt, da mussten wir schon eine Entscheidung treffen.

Es ging um Gammelfleisch. Das war kein Fleisch, das nach dem 22. Mai eingelagert war. Wir haben die risikoorientierte Überwachung umgesetzt.

Das Thema Vogelgrippe hat uns in den letzten Wochen eingeholt; dabei sind Hunderte Betriebe insbesondere in Ostwestfalen gefährdet.

Thema Schweinepest: Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums und der nachgeordneten Behörden in den letzten Wochen, auch über Ostern, als viele aus diesem Haus in den Urlaub gefahren sind, auch übers Wochenende geleistet haben, war hervorragende Arbeit.

Deswegen möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Arbeit sehr herzlich bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit ist beendet.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich möchte mich auch noch bei den Koalitionsfraktionen, bei CDU und FDP, für die politische Unterstützung bedanken.

Herr Abgeordneter Remmel, wenn Sie das Wort „hinterhältig“ in den Mund nehmen, dann zeugt das nicht von Souveränität, sondern es zeigt, dass Sie nervös geworden sind. Denn Sie haben genauso wie ich das Gefühl, dass diese Koalition aus CDU und FDP, die am 22. Mai des vergangenen Jahres das Vertrauen von über 50 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen bekommen hat, eine Vision auch beim Umwelt- und Verbraucher-

schutzes und in der Agrarpolitik hat und dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen – das geht auch aus allen Umfragen hervor – diese Politik von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen mittragen. Das, was wir uns für die nächsten Jahre und Jahrzehnte

(Wolfgang Röken [SPD]: Jahrhunderte!)

für Nordrhein-Westfalen vorgenommen haben, ist keine kurzfristige, sondern eine langfristige Aufgabe, meine Damen und Herren, weil dieses Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern, dieses schönste und wichtigste Bundesland, auch und gerade in den Bereichen, die ich angesprochen habe, eine gute Landesregierung braucht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Ortgies, CDU-Fraktion, noch einmal gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere der Auftritt von Herrn Remmel und – ich sage das jetzt auch – die unflätige Rede, die er vorhin gehalten hat, veranlassen mich nun doch noch einmal, ans Pult zu gehen und ein paar Sätze zu sagen. Sie hinterlassen den Eindruck, als seien Sie seit Jahrzehnten in der Opposition und hätten mit dem ganzen finanziellen Desaster nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Das, was Sie heute beantragt haben, läuft – das haben Sie vorhin in Ihrer Rede erklärt, und das ist sehr entlarvend – auf zusätzliche Belastungen der Bürger des ländlichen Raums hinaus. Sie verlangen in Ihrer Rede eine Erhöhung der Umlage der Landwirtschaftskammer, Sie kritisieren die Ausbildungseinrichtungen der Landwirtschaftskammer, welche sonst der Staat bezahlen müsste, und Sie kritisieren – das ist überhaupt der Höhepunkt – die Mehrkosten am Flughafen Münster/Osnabrück, die Sie mit Frau Höhn und ihren Umweltverwaltungen damals selbst verursacht haben.

(Beifall von der CDU)

Ich will noch einmal daran erinnern: Es geht schlichtweg um die Verglasung einer Landebahn, es geht darum, einem Tier, das noch niemand richtig gesehen hat, dem Neunauge, die Unterquerung dieser Bahn zu ermöglichen. Herr Rem-

mel, das ist unehrlich, und das ist – Ihre eigene Wortwahl – heuchlerisch.

(Zuruf von der CDU: Hinterhältig!)

Jenseits dieser Rede von Herrn Remmel erkenne ich allerdings bei den Grünen – die sind heute nicht hier – Ansätze zur Einsicht und Besserung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die Grünen sind hier!)

– Nicht die, die ich meine. – In der letzten Woche habe ich erstaunlicherweise in der Zeitung gelesen, dass zwei ehemalige Staatssekretäre der Grünen, die seit einem Jahr – manche sagen: zum Glück – nicht mehr im Amt sind, vorschlagen, den Haushalt noch stärker zu sanieren, als es CDU und FDP vorhaben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Von solchen Staatssekretären können Sie nur träumen!)

Doppelt so viele Stellen – man höre und staune – fordern sie zu streichen. Das fordern Ihre grünen Vordenker. Einer dieser – in Anführungsstrichen – „Gutachter“ ist Herr Griese. Das ist der Staatssekretär, der in zehn Jahren grüner Regierungsbeteiligung die Umweltverwaltung so massiv aufgebläht hat, dass diese Verwaltung inzwischen den Ruf einer Wirtschaftsverhinderungsbehörde bekommen hat.

(Beifall von der CDU)

Dass dieser Herr nun fordert, Verwaltungsaufgaben und damit auch Umweltaufgaben drastisch zu reduzieren, meine Damen und Herren, gehört für mich zu den beeindruckenden Erfahrungen, wieder an die Lern- und Einsichtsfähigkeit grüner Politiker zu glauben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Ortgies, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

Friedhelm Ortgies (CDU): Nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das war deutlich.

Friedhelm Ortgies (CDU): Ich habe nicht so viel Zeit, Frau Löhrmann. Ich weiß, dass Sie das ärgert, was ich jetzt erzähle.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zwischenfragen, Herr Abgeordneter Ortgies, und die Antworten werden auf die Redezeit nicht angerechnet. – Das nur zur Information.

Friedhelm Ortgies (CDU): Dieser ehemalige Staatssekretär hat das Feuer als Umweltstaatssekretär gelegt und betätigt sich nun – ich sage ausdrücklich: lobenswerterweise – als Feuerwehrmann. Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub.

Meine Damen und Herren von der Grünen-Fraktion, wir tun das, was Ihre Vordenker fordern. Gestern hat die Landesregierung eine umfassende Modernisierung der Landesverwaltung angekündigt. Insbesondere im Bereich des MUNLV wird es in den nächsten Jahren Vereinfachungen und Straffungen bei den Behörden geben, und wir werden 35 Sonderbehörden übergangsweise an die Bezirksregierungen angliedern. Wir schaffen damit Doppelzuständigkeiten ab, verschlanken die Landesverwaltung und ermöglichen schnellere Genehmigungen für Gewerbe, Landwirtschaft und Wirtschaft. Davon werden alle profitieren.

Dieses Signal und die Auswirkungen dieser Reform werden zum weiteren Aufschwung dieses Landes beitragen. Ich freue mich, dass uns wenigstens Teile der Grünen bei dieser Mammutaufgabe helfen wollen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Abschließend hat nun der Abgeordnete Rimmel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne in zweifacher Hinsicht um Entschuldigung bitten. Obwohl der Kollege Ellerbrock die Hinterhältigkeit, aber nicht den Heuchler kritisiert hat, möchte ich mich für den Heuchler entschuldigen. Herr Ellerbrock ist ausdrücklich kein Heuchler.

(Beifall von der CDU)

Aber der Vorgang, Herr Ellerbrock, hier zu erklären, dass Sie sich vor die biologischen Stationen stellen, und gleichzeitig in Presseerklärungen zu sagen, dass Sie nicht um 10 % kürzen wollen, sondern auf 10 %, ist Heuchelei, und dabei bleibe ich auch.

(Beifall von den GRÜNEN)

In zweifacher Hinsicht möchte ich mich entschuldigen, weil ich – das habe ich in der Tat versäumt – das Adjektiv „politisch hinterhältig“ eingeführt habe, ohne es zu erläutern. Ich habe das aber schon im

Ausschuss getan, und ich bleibe auch dabei. Politisch hinterhältig ist es, wenn man auf der Zeitachse Dinge absehen kann, aber sie den Menschen heute nicht sagt. Und Sie kennen heute die Zahlen für den Haushalt 2007.

(Zuruf von der CDU)

Der Finanzminister hat es global gesagt: Er will noch einmal 600 Millionen € im Freiwilligenbereich einsparen.

(Christian Lindner [FDP]: Er will nicht, er muss!)

Das heißt für das Umweltministerium: mindestens noch einmal 40 bis 50 Millionen €. Dann ist es das gute Recht, dass wir von Ihnen verlangen, dass Sie uns sagen, in welchen Bereichen Sie 2007 sparen wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das haben Sie bis heute nicht geleistet, und das ist politisch hinterhältig, meine Damen und Herren, weil Sie den Menschen nicht die Wahrheit sagen, weil Sie nicht offen mit dieser Perspektive umgehen. Wir könnten ja darüber reden, aber Sie tun es nicht.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mit dem Kram der aufgeblähten Umweltbehörde aufräumen; Ihr Finanzminister hat das schon getan.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Der Umweltbereich war unter Frau Höhn proportional der Bereich, der am meisten zu Stelleneinsparungen beigetragen hat. Halten Sie sich in der Diskussion bitte schön an Fakten, und wiederholen Sie nicht Stereotypen.

Und nun noch zu dem, was Herr Palmen und Herr Uhlenberg zu der Frage Flughafen Münster/Osnabrück gesagt haben. Sie müssen sich nun entscheiden, Herr Palmen. Sind Sie Mitglieder der Landesregierung oder nicht? Ist dieser Beschluss nach Recht und Gesetz zustande gekommen?

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Ja, das ist er!)

– Ja! Herr Palmen hat gesagt: Dieser Beschluss ist nach Recht und Gesetz zustande gekommen. Wenn er das nicht ist, müssten Sie ihn anfechten. Dann müssten Sie auch hier nach Recht und Gesetz handeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es steht nämlich im Gesetz, dass der Verursacher für den Ausgleich selbst aufzukommen hat. Herr

Palmen, Sie können nicht auf zwei Klavieren gleichzeitig spielen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Des Weiteren hat uns der Umweltminister mit seiner Position in Bezug auf die integrierte Verkehrsplanung heute hier wirklich ein Schauspiel geboten. Sie hätten es besser gelassen. Das war das Eingeständnis Ihrer eigenen Schwäche.

(Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Sie beschwerten sich in einem Brief, dass Sie nur 48 Stunden Zeit hatten, 600 Projekte zu bewerten. Man stelle sich vor: Der Umweltminister macht eine Einzelbewertung für 600 Projekte. Wer weiß, was für einen zeitlichen Aufwand das bedeutet, und wenn Sie dann noch sagen, das sei fragwürdig und rechtlich bedenklich, und sich dann auch noch hierhin stellen und erklären, Sie hätten gewonnen, Sie hätten sich durchgesetzt, weil Sie nur 48 Zeit hatten, dann ist das doch eine Tautologie hoch drei, Herr Minister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben heute wieder angekündigt, Sie wollten im Lärmbereich etwas tun. Das ist ja gut und schön. Sie haben ja auch mehr Geld eingestellt. Ich möchte von Ihnen nur einen Bereich wissen – nennen Sie wirklich nur einen einzigen Bereich –, in dem der Name Uhlenberg mit einem Erfolg in der Umweltpolitik verbunden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Schweinepest! – Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war eben zu optimistisch. Es gibt eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Abgeordneten Ellerbrock. Sie haben das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint.

(Zuruf von Oliver Keymis [GRÜNE])

– Sie sollten zuhören, Herr Keymes. Sie mögen für einen Ohrenarzt dann ein dankbarer Kunde werden. Ich kann es gern wiederholen: Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint.

Herr Kollege Rimmel, Sie haben eben sehr deutlich gemacht, wenn Sie davon sprechen, hier wäre etwas politisch hinterhältig. „Hinterhältig“ heißt nach meiner Definition, bewusst etwas zu vertu-

schen, um jemanden zu täuschen. Danach wären zumindest sämtliche Haushalte ab 2000, die Rot-Grün vorgelegt hatte, hinterhältig gewesen.

(Beifall von FDP und CDU)

All diese Haushalte waren in Kenntnis der absehbaren finanziellen Situation und Handlungsfähigkeit des Landes eine bewusste Täuschung des nordrhein-westfälischen Wahlvolkes.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Von Ihnen wurde also politisch jeweils Jahr für Jahr wissentlich vertuscht, um zu täuschen. Das ist politisch hinterhältig. Das wollen wir hier einmal festhalten.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweiter Punkt: Sie sagen hier, ich hätte heuchlerisch geredet. Ja, ich habe gesagt und stehe dazu: Den Ansatz, die Zuwendungen der biologischen Stationen sollte man nicht um, sondern auf 10 % kürzen, um den biologischen Stationen Gelegenheit zu geben, sich als Dienstleister für die unteren Landschaftsbehörden im Wettbewerb mit anderen Institutionen zu bewähren, um so festzustellen, welche qualitative gute Arbeit sie machen.

Dritter Punkt: Ja, Herr Rimmel, ich kann Ihnen einige Beispiele aufzählen, wo der Name Uhlenberg mit Erfolgen nachweislich in Verbindung gebracht wird. Das ist das Kooperationsprinzip, das ist die Eigenverantwortung, das ist die Selbstkontrolle der Wirtschaft, das ist die 1:1-Umsetzung von Maßnahmen, das ist der Vertragsnaturschutz, das ist die Zielrichtung Kontrolle der Kontrolleure.

Die Redezeit geht zu Ende. Ich möchte Sie hiermit nicht länger belasten. Wir könnten die Liste, wo der Kollege Uhlenberg positiv dasteht, noch sehr lange fortsetzen. Und dafür, Herr Uhlenberg, haben Sie jeweils unsere Unterstützung.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat sich auch der soeben angesprochene Minister Uhlenberg noch einmal gemeldet.

(Zuruf von der SPD: Der bedankt sich jetzt bei Ellerbrock!)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. Ich will aus Zeitgründen die Erfolge dieser ersten zehn oder elf Monate, die Sie gerade genannt ha-

ben, nicht noch einmal wiederholen. Ich möchte nur zwei Punkte nennen, auf die ich besonders stolz bin. Ich habe Sie eben schon erwähnt, aber das reicht Ihnen wohl nicht. Inzwischen ist der Plenarsaal etwas voller geworden, deswegen wiederhole ich das gerne noch einmal.

Erstens zum Thema Hochwasserschutz: Meine Damen und Herren, dieser neuen Landesregierung ist es gelungen, in den ersten Tagen, in denen wir in der Verantwortung waren, dass unter dem Rhein und unter den Deichen des Rheins keine Kohle mehr abgebaut wird. Das ist ein Durchbruch im Bereich des Umweltschutzes,

(Beifall von CDU und FDP)

das ist ein Durchbruch im Bereich des Hochwasserschutzes, worüber in der alten Koalition jahrelang geredet worden, aber wozu nichts erreicht worden ist.

Ein zweites Thema zum Weitersagen, Herr Remmel: Gammelfleisch. Die Tonnen von Fleisch, die wir aus den Regallagern in Nordrhein-Westfalen im Sinne der Verbraucher herausgeholt haben, war kein Fleisch, das nach dem 22. Mai eingelagert worden ist, sondern es lag monatelang in diesen Regalen. Und Sie sprechen von Verbraucherschutz?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie führen hier eine Scheindebatte darüber, ob die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen 890.000 € mehr oder weniger bekommt, obwohl Sie genau wissen, dass wir es nicht mehr bezahlen können. Wir haben dagegen aktive und realistische Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen betrieben, indem wir eben diese risikoorientierte Kontrolle in Nordrhein-Westfalen eingeführt und dafür gesorgt haben, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vergiftet werden. Wir haben ein 15-Punkte-Programm vorgelegt, und wir verbessern in Nordrhein-Westfalen den Verbraucherschutz Woche für Woche, der offensichtlich früher bei Ihnen in der Fraktion keine Rolle gespielt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wenn Sie hier jetzt fordern, dass wir die Zahlen für das Jahr 2007 vorlegen – diese Nummer haben Sie im Ausschuss auch schon gebracht –, dann ist das doch nur ein Zeichen dafür, dass Sie keine Argumente haben, was den Haushaltsplan 2006 angeht. Sie wollen von einer ernsthaften Debatte ablenken, die eigentlich auch Sie zum Haushaltsplan 2006 führen sollten. Das ist von Ihrer Fraktion nicht geschehen.

(Widerspruch von der SPD)

Deswegen sprechen Sie von dem Jahr 2007, obwohl Sie genau wissen, dass es ein ganz geordnetes Verfahren gibt: Jetzt läuft die Abstimmung zwischen den Ministerien. Demnächst findet eine Klausurtagung der Landesregierung statt. Herr Dieckmann, Finanzminister der früheren Regierung, kann Ihnen das System vielleicht noch einmal erläutern. Die Zahlen stehen noch nicht fest. Dann gehen wir an die Öffentlichkeit.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie wissen sie schon! – Hannelore Kraft [SPD]: Wir wissen Sie auch! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Sie wissen sie nicht!)

– Ich will der Sache auch gar nicht ausweichen, Herr Abgeordneter Remmel. Ich weiß, dass die nächste Landesregierung wieder zwischen 500 und 600 Millionen €, vielleicht auch 700 Millionen € bei der Nettoneuverschuldung einsparen wird,

(Beifall von CDU und FDP)

weil wir für Nordrhein-Westfalen eine Politik der Nachhaltigkeit betreiben wollen und keine Politik, die unseren Kindern und Enkelkindern eine Verschuldung von 170 bis 180 Milliarden € aufbürdet. Deswegen gehen wir den Weg, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren, konsequent weiter. Wir können die Schulden nicht zurückzahlen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie machen die höchste Nettoneuverschuldung bei Einbringung!)

können aber als neue Landesregierung – das ist eine Politik der Nachhaltigkeit – die Nettoneuverschuldung verringern. Auch das Umweltministerium wird seinen Beitrag dazu leisten, dass die Landesregierung beim Haushaltsplan 2007 wie jetzt beim Haushaltsplan 2006 ein geschlossenes Konzept vorlegen kann. Das ist die Voraussetzung, dass Nordrhein-Westfalen nicht mehr am Ende der Kette steht, dass wir wieder Licht im Tunnel sehen und den wirtschaftlichen Anschluss an die anderen Bundesländer bekommen. Diese Landesregierung und der Umweltminister bekennen sich zu dieser Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil Herr Minister Uhlenberg die vereinbarte Redezeit überschritten hat, hätten die anderen Fraktionen die Möglichkeit – ich sage das im Konjunktiv –, sich noch einmal zu melden. Ich will wegen des Parlamentarischen Abends, der draußen auf uns wartet, niemanden dazu er-

muntern. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Debatte.

Wir kommen entsprechend der Übersicht, die Ihnen verteilt wurde, zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 10**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge mit den Nummern 44 bis 50.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 44 der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1722** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 45 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1796** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 46 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1798** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** Nr. 47 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1799**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 48 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1802** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 49 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1803** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 50 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1804** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1710. Wer stimmt für den Einzelplan 10 in dieser Fassung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir **unterbrechen** die **Haushaltsberatungen** in zweiter Lesung und setzen sie morgen früh unter TOP 2 fort.

Ich rufe auf:

3 Veräußerung eines Grundstücks des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW – Bebautes Grundstück in Aachen

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Absatz 2 LHO
Vorlage 14/425

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1664

Passend zur Region, die sich heute beim Parlamentarischen Abend vorstellt, will der Finanzminister ein bebautes Grundstück in Aachen veräußern.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist erfreulicherweise nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1664**, in die Veräußerung dieses Grundstücks einzuwilligen. Wer ist für diesen Antrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Landesregierung Vorlage 14/425 einstimmig **angenommen**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung.

Um 20:45 Uhr, also in etwa einer halben Stunde, wird das Programm zum Regionalabend begin

nen. Bis dahin haben Sie Gelegenheit, Speisen und Getränke zu sich zu nehmen und sich auf die Vorstellung der Region Eifel einzustimmen.

Ich berufe das Plenum für morgen, Donnerstag, den 4. Mai 2006, 10 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und hoffe, dass Sie trotz oder vielleicht wegen der langen und erfreulichen Gespräche, die Sie dort führen werden, morgen pünktlich im Plenum eintreffen werden. Einen schönen Abend!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20:15 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.